mit Rumpf und Stumpf ausrotten...

Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933



Günther Rehme
Konstantin Haase

Günther Rehme/Konstantin Haase

... mit Rumpf und Stumpf ausrotten ...

Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 6

Marburg 1982

Die Formulierung des Titels „. . . mit Rumpf und Stumpf ausrotten . . ." folgt einem Zitat aus dem Schreiben des Ortsgruppenleiters der NSDAP Lohra an den Kreisleiter der NSDAP in Marburg vom 15. 8. 1941. Vgl. Dokument 75 auf Seite 160.

Zum Foto auf dem Umschlag s. S. 37.

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Rehme, Günther:
. . . mit Rumpf und Stumpf ausrotten . . !
Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933/Günther Rehme; Konstantin Haase. –
Marburg: Presseamt der Stadt Marburg, 1982.
(Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur; 6)
ISBN 3–9800490–7–8
NE: Haase, Konstantin:; Marburg <Lahn>:
Marburger Stadtschriften zur . . .

Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur
Band 6

Redaktion und Gestaltung: Erhart Dettmering
Gesamtherstellung: Karl Wenzel, Marburg
Auslieferung durch das Presseamt der Stadt Marburg, Rathaus
Copyrigth 1982 by Magistrat der Stadt Marburg
Printed in Germany. **ISBN** 3-9800490-7-8

Vorbemerkung

Vor 40 Jahren – im Jahre 1942 – wurden die letzten 36 Juden aus Marburg und Umgebung in die Vernichtungslager des Ostens deportiert. Nach dieser „Evakuierung" war auch Marburg „judenfrei".

Dem systematischen Erfassen und Abtransport der Menschen war am 20. Januar 1942 eine Besprechung am Großen Wannsee in Berlin im Büro der Internationalen Kriminalpolizei-Kommission vorausgegangen. Bei dieser „Wannsee-Konferenz" ging es um die „Endlösung der Judenfrage", wie Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei, erläuterte:

„In großen (Arbeits-) Kolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete (in die besetzten Ostgebiete) geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist". (Nach: G. Reitlinger, Die Endlösung, S. 107 f)

Hier wurde die Ausrottung eines ganzen Volkes geplant. Die Durchführung des Völkermords begann noch im Verlauf desselben Jahres, im Raum Marburg war sie bis zum September 1942 organisatorisch abgeschlossen.

In den letzten Jahren gibt es zunehmend öffentliche Diskussionen zu Problemen der Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte: so z. B. aus Anlaß des Gedenkens an die „Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938, an den Kriegsbeginn vom 1. September 1939 oder durch die Ausstrahlung des Fernsehfilms ‚Holocaust' 1978.

Die Resonanz auf diese Vorgänge der NS-Zeit war groß und wäre sicherlich noch vielfältiger gewesen, gäbe es nicht jene Verhaltensweise eines öffentlich betriebenen Verschweigens bzw. Verdrängens der NS-Vergangenheit, die als Kennzeichen der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik gewertet werden kann und auch heute keineswegs überwunden ist.

Seit Ende der siebziger Jahre hat sich das öffentliche Interesse an diesen Jahren der deutschen Geschichte stärker lokalen und regionalen Alltagserfahrun-

gen von Zeitgenossen der NS-Zeit zugewandt, nämlich Wahrnehmungsweisen und Verhaltensformen von einzelnen oder Gruppen und ihrer Betroffenheit durch Auswirkungen des politischen Systems.
In diesem Zusammenhang steht auch diese Arbeit.
Sie wurde verfaßt von – inzwischen – ehemaligen Schülern des Gymnasiums Philippinum aus Anlaß des Schülerwettbewerbs „Deutsche Geschichte" um den Preis des Bundespräsidenten 1980 (Thema: „Alltag im Nationalsozialismus vom Ende der Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg"). Für ihre Leistung wurden die Verfasser im Herbst 1981 mit einer Studienreise nach Israel ausgezeichnet. Die Arbeit ist zugleich ein Beispiel für entdeckendes Lernen, d. h. ein Nachweis für eigenständiges Arbeiten einer Schülergruppe unter methodischer Beratung durch einen Mentor – ein Arbeitsverfahren, das auch das Erarbeiten der Dokumentation und Ausstellung 'Juden in Marburg' (Mentor L. Potthoff) bestimmte.
Die vorliegende Fassung ist eine Überarbeitung des ursprünglichen Wettbewerbsbeitrags.
Die öffentliche Erörterung von Fragen zur NS-Zeit ist noch längst nicht beendet; und sie sollte so weitergeführt werden, daß alle Einwände und alles Unbehagliche an diesem Thema zur Sprache kommen, wenn Erinnern nicht nur Gedenken sein, sondern bei der Aufarbeitung der Vergangenheit helfen soll: bei der Auseinandersetzung mit den Wurzeln und Ursachen, den Geschehnissen und aktuellen Konsequenzen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie bei der Ermutigung, Solidarität zu zeigen, wenn es gilt, Gefahren, die aus diesem immer noch fruchtbaren Schoß kommen, zu begegnen.
Dazu will die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten.

Hans-Joachim Kraschewski

Einleitung

Mahnmale für Opfer des Nationalsozialismus dienen in besonderer Weise der Begegnung mit unserer jüngsten Vergangenheit, denn sie fordern auf zu Antworten auf Fragen, die immer wieder gestellt werden. In der Universitätsstraße in Marburg steht ein Gedenkstein mit folgender Inschrift:
„Zum Gedenken an die am 10. November 1938 frevlerisch zerstörte Synagoge und an unsere ermordeten jüdischen Mitbürger"
Das jüdische Gotteshaus war 1896/97 erbaut worden und trug über seinem Portal die Inschrift:
„Religion, Arbeit und Menschenliebe mögen dieses Haus tragen"
Wie kam es zu dieser Zerstörung? Was geschah vor und nach dieser Zerstörung mit den Juden in Marburg und Umgebung während der Zeit des Nationalsozialismus?
Auf diese Frage versuchen wir Antwort zu geben, indem wir die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft während dieser Zeit näher untersuchen, insbesondere die Repressalien gegen die damals hier lebenden jüdischen Menschen.
Die einzelnen Phasen dieser Entwicklung lassen sich chronologisch und inhaltlich untergliedern.
Als erstes Stadium wählten wir die Zeit von der „Machtergreifung" 1933 bis zum Erlaß der „Nürnberger Gesetze" im September 1935, in dem wir die Juden noch als Mitglieder der Marburger Gesellschaft erkennen können, während sie in der Zeit nach der Nürnberger Gesetzgebung (Sept. 1935) bis zur Reichspogromnacht (9./10. November 1938) als Menschen ohne Staatsbürgerschaft und damit minderwertig behandelt wurden.
Den nächsten Einschnitt setzt die Reichspogromnacht; denn nach dem 10. November 1938 war die jüdische Gemeinschaft von der ‚Volksgemeinschaft' isoliert und wurde immer mehr der Staatsmacht gegenüber zu einer recht- und wehrlosen Minderheit.
Das anschließende Kapitel befaßt sich mit den Ereignissen, die der Verordnung Heydrichs, daß Juden als Kennzeichen ihrer „auszurottenden Rasse" den Judenstern zu tragen hätten, folgten: Die Juden wurden zu „Menschen-

und Zahlenmaterial", als nach Beschluß der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 die ersten Deportationen im Frühjahr desselben Jahres einsetzten.
Nach 1945 leben wieder Juden in Marburg, und wir versuchen aufzuzeigen, wie ihre Lebensbedingungen unter den Nachkriegsumständen aussehen.
Abschließend wollen wir die aus der Darstellung gewonnenen Erkenntnisse der Judenverfolgung zusammenfassen und beurteilen, welche Bedeutung ihnen aus heutiger Sicht zukommt.
An den Schluß unserer Arbeit stellen wir einen Quellenteil, der unsere Beschreibung des jüdischen Lebens in Marburg und Umgebung dokumentiert.
Zu unserer Arbeit wurden wir einerseits durch persönliche Begegnungen mit Juden angeregt: So gibt es heute wieder Juden in Marburg, mit denen wir über ihre Verfolgung im Dritten Reich gesprochen haben. Wir haben aber auch Juden bei einem Aufenthalt in den USA kennengelernt, die uns aus eigenem Erleben über das Konzentrationslager Buchenwald berichteten.
Zum besseren Verständnis ihrer Schicksale soll diese Arbeit auch dienen. Denn nur die intensive Beschäftigung mit den Ereignissen der damaligen Zeit vermag einem distanzierten Betrachter, – also jemandem, der, wie wir, sie nicht selbst miterlebt hat – einen Einblick in die „Verplanung" des Schicksals der Juden unter dem NS-Regime zu vermitteln. Andererseits wurden wir durch das Buch des Amerikaners J. K. Dickinson „German and Jew" zu dieser Arbeit motiviert, das über den jüdischen Marburger Rechtsanwalt Hermann Reis, geboren 1896, (unter dem Pseudonym Sigmund Stein) berichtet, der durch seinen Einsatz vielen Juden bei der Auswanderung geholfen hat und sie damit vor der Deportation nach Theresienstadt bewahrte.[1)]
Ziel unserer Arbeit ist es, die antisemitischen, menschenverachtenden Maßnahmen des NS-Regimes am Beispiel der in Marburg und Umgebung lebenden Juden aufzuzeigen und ihre Ergebnisse zu verdeutlichen. Dabei soll die Judenverfolgung so konkret wie möglich dargestellt werden, wobei wir keine Vollständigkeit in der Beschreibung antijüdischer Maßnahmen erstreben.
Durch die Auswahl einiger Einzelbeispiele, die in der Zahl von etwa 850 Juden enthalten sind, wollen wir die Judenverfolgung begreifbar werden lassen.
Als Material für unsere Arbeit benutzten wir vor allem Akten aus dem Marburger Staatsarchiv, Akten aus dem Magistratsarchiv der Stadt Marburg sowie Artikel der einzigen lokalen Presse zu dieser Zeit, der Oberhessischen Zeitung, die in der Marburger Universitätsbibliothek magaziniert ist.
Durch Gespräche mit noch lebenden Zeitgenossen der damaligen Ereignisse – Hermann Bauer, Eleonore Kaufmann, Margot Müller – bemühten wir uns, weitere konkrete Informationen über die Situation der Juden zu erhalten. Außerdem werteten wir die Sekundärliteratur, die die Vorgänge in Marburg und Umgebung behandelt, aus.

---

1) Über sein Schicksal vgl. Paul Arnsberger, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, 2 Bde., 1971, hier Bd. 2, S. 58.

Für wichtige Hinweise und Hilfen danken wir dem Leiter des Presseamtes der Stadt Marburg, Magistratsoberrat Erhart Dettmering und Herrn Dr. Rudolf Grenz sowie Herrn Dieter Woischke und dem Direktor der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, Herrn Benjamin Armon.

In seiner Rede zum 40. Jahrestag des Brandes der Marburger Synagoge am 10. November 1978, sagte Oberbürgermeister Dr. Hanno Drechsler u. a.:

„Wer heute der verbreiteten Meinung nachgibt, über das schreckliche Geschehen der Vergangenheit den Mantel des Verschweigens, des Vergessens zu breiten, der hat bereits den ersten Schritt getan, erneut der Inhumanität den Weg zu bereiten. Historische Ereignisse sind zwar aus ihrer Zeit bedingt einmalig, aber das Grundmuster menschlicher Verhaltensweisen kann sich stets wiederholen.[2]

Wenn erst einmal Bücher verbrannt werden
– wie 1933 –
und Synagogen brennen
– wie 1938 –
Dann ist es zu spät, noch Schlimmeres zu verhindern."[3]

Günther Rehme
Konstantin Haase

---

2) Erinnerung und Gedächtnis. Zum Gedenken an den 9. November 1938. Hg. Presseamt der Stadt Marburg. Marburg 1979. S. 4, Rede des Marburger Oberbügermeisters Dr. Hanno Drechsler.
3) Erinnerung und Gedächtnis, a. a. O., S. 1.

Die Drucklegung der vorliegenden Arbeit förderten durch einen Zuschuß:

die Evangelische Landeskirche von Kurhessen-Waldeck
der Bischof der Diözese Fulda
der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen

Gerhard Jahn, MdB
Friedrich Bohl, MdB

Die Veröffentlichung der vorliegenden Untersuchung erfolgt mit Zustimmung der Kurt A. Körber Stiftung.

I. Jüdische Bürger

1. Juden um 1933 in Marburg und Umgebung

Wie zur Zeit der Weimarer Republik war auch um 1933 Marburg eine Universitäts-, Beamten- und Rentnerstadt in bäuerlichem Umland, nahezu ohne Fabrikarbeiterschaft, aber mit komplizierter und individueller Mittelstandsschichtung. So charakterisiert der Historiker Hellmut Seier die Eigenheiten der Struktur der Stadt, die kaum Industrie besaß, aber Kreismittelpunkt und Garnison war, sowie eine extrem hohe Studentenquote im Verhältnis zur Einwohnerzahl aufwies. Hier lebten mehr Menschen ohne Beruf, ohne auf Arbeit gegründetes Einkommen, mehr Pensionäre, Witwen und Bezieher von Kapitalerträgen als in vergleichbaren Städten (wie z. B. Wiesbaden oder Jena)[4].

„Das Marburg der Weimarer Zeit stand rechts."[5] Diese Schlußfolgerung zieht Seier aus einer sorgfältigen Analyse der Wahlergebnisse dieser Zeit. Denn: 1. lag der Anteil an Stimmen für die bürgerlichen Parteien weit über dem Reichsdurchschnitt, 2. vollzog sich innerhalb der bürgerlichen Mehrheit nach und nach eine Rechtsverschiebung. „Diese begann in Marburg früh und verlief ungewöhnlich drastisch".[6]

Bereits 1930 hatte die NSDAP die relative und 1932 die absolute Mehrheit an Stimmen in dieser Stadt erreicht. Dennoch war Marburg sicherlich keine Hochburg des Nationalsozialismus, denn – und darin ist Dickinson zuzustimmen – der Radikalismus der nationalsozialistischen Bewegung übte nie eine große Anziehungskraft auf das konservative Bürgertum dieser Stadt aus.[7] Ähnlich urteilt auch Seier, wenn er sagt: „Abneigung gegen die Republik schloß Abstand von einer Bewegung nicht aus, deren Gesicht und Gebaren auch potentielle Sympathisanten abstieß."[8]

Unter diesen Bedingungen fühlten sich die Marburger Juden zu dieser Zeit als Deutsche mit patriotischer Gesinnung.[9] Sie neigten vor 1933 eher den poli-

4) Hellmut Seier, Marburg in der Weimarer Republik 1918–1933, in: Marburger Geschichte, S. 560.
5) Seier, a. a. O., S. 560.
6) Seier, a. a. O., S. 561.
7) Dickinson, John Kellog, German and Jew, Chicago, 1967; S. 27:
„It is said that Hochburg-on-the-Felsen (Pseudonym für Marburg, Anm. d. Verf.) never really accepted National Socialism because the radicalism of the movement had little appeal for the conservatism of the town."
8) Seier, a. a. O., S. 562.
9) Gespräch mit Eleonore Kaufmann in Marburg am 18. 1. 1981.

tisch konservativen Parteien zu, wie aus einer Einschätzung Hermann Bauers hervorgeht.[10] Sie waren bereit, an einem demokratischen Staatswesen bürgerlicher Prägung festzuhalten, auch wenn die politischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands zwischen 1930 und 1933 Anlaß zum Nachdenken gaben.

Die Juden der Stadt Marburg gehörten größtenteils dem Mittelstand an. Sie waren Geschäftsleute, Rechtsanwälte, Beamte oder Hochschullehrer. Die Juden im Landkreis Marburg betrieben vor allen Dingen den Viehhandel und gelegentlich Großhandel mit anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Getreide). Im Vergleich zu den Juden in der Stadt lebten die Juden in Marburgs Umgebung in eher ärmlichen Verhältnissen. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde verstanden sich auch nach dem 30. Januar 1933 als Teil der städtischen Gesellschaft. Hier gab es eine israelitische Kultusgemeinde mit Synagoge und Provinzialrabbinat, einer Volks- oder Elementarschule, Friedhof, jüdischem Vereinsleben und einer jüdischen Studentenverbindung sowie einer Mensa academica judaica.

Eine Einrichtung verdient hierbei besondere Erwähnung, weil sie im Deutschen Reich einmalig war. Im Jahre 1927, gegründet auf Initiative der Reichsvertretung der deutschen Juden, war das „Israelitische Heilerziehungsheim in Marburg/Lahn" eröffnet worden. Unter Beratung des Psychiaters Professor Dr. Kretschmer von der Philipps-Universität leitete der Rabbiner Dr. Jacob Horwitz aus Frankfurt/Main dieses Institut, in dem jüdische, psychisch gestörte Kinder aus zerrütteten Ehen (infolge der Auswirkungen der Nachkriegszeit) betreut wurden. Die Zahl der zu betreuenden Kinder sollte 30 nicht übersteigen; sie kamen aus Großstädten, besonders aus Berlin. Später wurden auch Kinder aus Polen und Litauen aufgenommen.

Mit dem Heim war eine staatlich genehmigte Volksschule verbunden, wodurch diese Kinder in einem ihnen religiös vertrauten Milieu Unterricht erhielten. Hier fanden auch Lehrer und Kindergärtnerinnen Gelegenheit, als Praktikanten zu arbeiten. Alljährlich fand am Chanukkafest eine Feier statt, zu der die Mitglieder der jüdischen Gemeinde und Freunde des Heims eingeladen wurden. Das Heim in der Schulstraße 7, in dem zunächst ausschließlich Knaben aufgenommen wurden, sollte durch eine Abteilung für Mädchen ergänzt werden. Dazu kam es nach 1933 nicht mehr.[11]

Ein erstes Anzeichen für das sich wandelnde Verhältnis zwischen Juden und Deutschen markiert der Aufruf zum Boykott der jüdischen Geschäfte vom 1. 4. 1933, denn die rigorose Durchführung des Boykotts der jüdischen Geschäfte deutet darauf hin, daß ein Teil der Marburger Bevölkerung dem Wunsch der Nationalsozialisten nach gesellschaftlicher Ausgrenzung der Juden mehr oder minder freiwillig nachkam.

---

10) Gespräch mit Hermann Bauer am 24. 1. 1981, vgl. auch Dickinson a. a. O., S. 80.

11) Bericht über das „Israelitische Heilerziehungsheim in Marburg/Lahn." Archiv Yad Vashem, E/4526, Jerusalem, dankenswerterweise zur Verfügung gestellt von Herrn Direktor Benjamin Armon, 24. Februar 1982.

Marburgs Juden nahmen bereits am 30. März 1933 – vermutlich aufgrund unmittelbaren Druckes der Nazis – zum geplanten Boykott Stellung. In einem Schreiben ging die israelitische Gemeinde auf die im Ausland verbreiteten, angeblichen „Greuelnachrichten" ein, nach denen Juden von Deutschen mißhandelt worden seien. Die Marburger Juden stellten dazu fest, daß solche „Greuelnachrichten" nicht den Tatsachen entsprächen und lehnten den Boykott deutscher Waren im Ausland ab. Weiterhin bekräftigten sie, daß sie sich sowohl im Krieg als auch im Frieden als Deutsche gefühlt hätten und eine große Zahl von Juden „an der Front für Deutschlands Größe gekämpft und geblutet" habe.[12] Abschließend drückte die israelitische Gemeinde ihre Überzeugung aus, die nationale Regierung werde jedem Anständigen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die öffentliche Erklärung, – sofern sie freiwillig abgegeben worden war –zeigt, wie patriotisch der größte Teil der hiesigen Juden in seiner Einstellung war.

Diese Haltung bestätigt auch der amerikanische Autor Dickinson, der berichtet, daß Hermann Reis einmal gesagt haben soll: „Wenn da nicht der antisemitische Unsinn wäre, hätte ich vielleicht Hitler gewählt."[13] Das Zitat gibt einen Hinweis auf die Einstellung mancher bürgerlichen jüdischen Familie, die durchaus für Hitler und ein nationales Deutschland gestimmt hätte, wäre nicht der propagierte Antisemitismus so stark zu Tage getreten.

Eine im 19. Jahrhundert entstandene, wenn auch nicht immer offen zu Tage tretende antisemitische Einstellung großer Teile der Marburger Bevölkerung[14] läßt sich treffend und anschaulich in einem Spruch darstellen, der von Marburger Nationalsozialisten geprägt wurde: „Das Hakenkreuz in seinem Lauf hält weder Jud' noch Landrat auf."[15] Diesen Spruch zitierte der Kreisleiter der NSDAP, Hans Krawielitzki, als Oberbürgermeister Müller, der den Nationalsozialisten in seiner politischen Einstellung nicht paßte, zwangsweise pensioniert wurde.

Die ersten Zahlen für die nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Landkreis Marburg lebenden Juden liefert eine Statistik vom März 1934: Zu diesem Zeitpunkt gab es 778 Juden, die in 31 Gemeinden wohnten. Der Landkreis hatte insgesamt 127 Gemeinden mit 65.461 Einwohnern.[16] Der jüdische Bevölkerungsanteil betrug also gerade 1,18 %. Gemeinden mit einer nennens-

---

12) Oberhessische Zeitung (OZ), 30. 3. 1933, s. Dokum. 3 auf S. 64

13) Dickinson, a. a. O., S. 99; „Knopf also says that Sigmund (gemeint ist Sigmund Stein alias Hermann Reiss, Anm. d. Verf.) once made the statement, 'If it weren't for the anti-Semitic nonsense, I might have voted for Hitler.' Knopf's story may be questioned, yet there ist no need flatly to disbelieve it."
Ähnliches berichtet auch der Marburger Soziologe Max Graf zu Solms über einen seiner Studenten unter dem Datum vom 5. 5. 1932 = „Herr Selig Cohn . . . sprach sich gestern zustimmend zum Nationalsozialismus aus! . . . Er sagte, er als Jude werde darunter persönlich wohl sehr zu leiden haben, aber etwas, woran Millionen glauben, könne doch nicht etwas sinnloses sein! Jedenfalls bemühe er sich sehr ernst, mit diesem Phänomen sich auseinanderzusetzen!" (Max Graf zu Solms. Ein Lebensgang, Briefe, Selbstzeugnisse, Berichte. Marburg 1982, S. 284)

14) vgl. dazu B. vom Brocke, Marburg im Kaiserreich 1866–1918, in: Marburger Geschichte, S. 482 ff.

15) OZ, 13. 7.1933; zur Pensionierung des Oberbürgermeisters Müller erklärte Kreisleiter Krawielitzki: „. . . 'Das Hakenkreuz in seinem Lauf . . .'. Dieses Wort paßt auf den bisherigen Oberbürgermeister Müller."

16) vgl. zur Statistik auch S. 18 u. 53

werten Zahl jüdischer Bürger waren Kirchhain, Neustadt und Wetter. Hier gab es auch relativ viele jüdische Vereine. In Kirchhain gab es einen bedeutenden Viehmarkt. Das gleiche war in Neustadt, Wetter und Lohra der Fall.[17]
In anderen Orten lebten nur zwei oder drei Juden, die sowohl von der jüdischen Gemeinde im Landkreis Marburg als auch von der Dorfbevölkerung nach der „Machtergreifung" abgekapselt leben mußten. Da aber gerade in den ersten Jahren des NS-Regimes die Auswanderung sehr groß war, kann man um 1933 eine Zahl von mindestens 850 Juden annehmen, die im Landkreis lebten. In der Stadt Marburg lebten nach der „Machtergreifung" 325 jüdische Bürger.[18]
Die Juden im Landkreis Marburg waren vor allem Händler, Kaufleute, gelegentlich auch Metzger und Landwirte. Aus diversen Akten geht hervor, daß sie in ärmlichen Verhältnissen lebten und nicht den Wohlstand von Deutschen anderer Konfession erreichten. Es entsprach also nicht der damals verbreiteten öffentlichen Meinung, jüdische Geschäftsleute, Metzger oder Landwirte seien besser gestellt als andere Deutsche.

2. Die Situation der Juden nach der „Machtergreifung"

a) Jüdische Geschäftsleute und Viehhändler

Die erste große geplante antisemitische Aktion in Marburg und Umgebung stellt der Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933 dar, der durch das Ankleben von Plakaten an die jüdischen Schaufenster am 28. 3. 1933 vorbereitet wurde. Sie enthielten die Aufforderung, nicht bei Juden zu kaufen. Solche Plakate wurden von SS-Angehörigen angebracht, und die SA sorgte dafür, daß diese Schilder nicht entfernt wurden.[19]
Als Reaktion auf diesen Boykott kleideten sich einige jüdische Geschäftsleute besonders sorgfältig, hefteten das Eiserne Kreuz 1. Klasse an ihre Brust und stellten sich vor ihren Geschäften auf die Straße. Andere wiederum legten ihre Orden aus dem 1. Weltkrieg in ihre Schaufenster. Derartige Handlungen wurden bisweilen mit der gehässigen Bemerkung kommentiert: Wo haben die das gekauft?[20] NSDAP und Oberhessische Zeitung (OZ) stellten die Behauptung auf, angebliche Greuelmeldungen im Ausland hätten diese spontane Reaktion in der Bevölkerung ausgelöst. Der Artikel vom 29. 3. 1933 läßt jedoch keinen Zweifel, daß der Boykott minutiös geplant war, denn am Ende des Artikels wird

17) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822, „Juden (Allgemeines und Besonderes)" enthält: Listen 1938–1942; vgl. Gespräch mit Hermann Bauer. Mbg.
18) Arnsberger, a. a. O., S. 1949. (1932).
19) OZ vom 29. 3. 1933; unter der Überschrift „Gegenmaßnahmen" war zu lesen:
„Anläßlich der Deutschfeindlichen Auslandspropaganda ist man, wie allerorts, auch in unserer Stadt zu Gegenmaßnahmen geschritten. Im Laufe des gestrigen Nachmittags durchfuhren Autos mit SS.-Leuten die Straßen der Stadt und klebten an die Schaufenster der jüdischen Geschäfte Plakate . . .
zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Vor den Häusern hatten SA.-Posten Aufstellung genommen, die dafür Sorge trugen, daß die Plakate nicht entfernt wurden . . ."
20) Dickinson, a. a. O., S. 134 ff.

die Frage aufgeworfen, „... ob es noch nötig ist, den Boykottaufruf herauszugeben und die bis ins kleinste fertige Boykottorganisation in Gang zu setzen."[21]

Am 30. und 31. März folgten weitere Aufrufe zum Boykott.

Am 30. März setzte die israelitische Gemeinde Marburgs jenes oben schon erwähnte Inserat in den Anzeigenteil der Oberhessischen Zeitung, in dem sie sich von angeblichen „Greuelnachrichten aus dem Auslande"[22] distanzierte und ihre patriotische Gesinnung bekundete. Ohne Erfolg – wie zu erwarten war –, denn am 1. April kam es dennoch zu dem organisierten Boykott, der ohne „jegliche Zwischenfälle unter strengster Disziplin und ohne jede Störung durchgeführt wurde."[23] In der O Z stand anschließend, ein großer Teil der Bevölkerung habe den Boykott positiv aufgenommen und die Resonanz bei Massenkundgebungen sei angeblich groß gewesen.

Die zweite große antisemitische Aktion bestand darin, daß innerhalb kurzer Zeit sämtliche Viehmärkte der Umgebung Marburgs „judenfrei" gemacht wurden. Am 7. 9. 1933 fand der erste Viehmarkt in Lohra statt, von dem Juden ausgeschlossen waren. In der O Z heißt es dazu, dieser erste „judenfreie" Viehmarkt habe großen Anklang bei der Bevölkerung gefunden.[24] Es folgten in diversen Gemeinden weitere „judenfreie" Viehmärkte. Danach wurden die im Landkreis lebenden Juden auch von dem Handel auf Krammärkten ausgeschlossen.[25] 1934 wurde ein Gesetz erlassen, das ihnen den Handel auf Viehmärkten untersagte.[26]

Dazu erfolgten mehrere Stellungnahmen in der örtlichen Presse. Zum Beispiel fand in Kirchhain eine Veranstaltung statt, auf welcher der Redner der NSDAP, Graf Schwerin, das Judentum dadurch diskriminierte, daß er behauptete, die Juden seien von „unheilvollem Einfluß" auf die Landwirtschaft. Er stellte den „deutschen seßhaften germanischen nordischen Bauern" dem jüdischen „Nomaden- und Raubvolk" gegenüber. Außerdem griff der Redner ein weit verbreitetes, verleumderisches Vorurteil auf, indem er zu zeigen versuchte, daß „der Talmud dem Juden das Recht gibt, Andersgläubige auszubeuten und zu

21) vgl. Anm. 19).
22) vgl. Anm. 12).
23) OZ, 3. 4. 1933, anläßlich der Boykottkundgebung auf dem Marbuger Marktplatz erscheint dieser Artikel unter der Überschrift „Der Abwehrkampf": „... wurden am Sonnabend die Maßnahmen, die von der Parteileitung der NSDAP angeordnet worden waren, unter strengster Disziplin und ohne Störung durchgeführt. (Es) ... fand ... eine Boykottkundgebung statt, zu der sich die SA und SS sowie die Bürgerschaft in großer Anzahl eingefunden hatten."
24) OZ vom 7. 9. 1933.
25) OZ vom 23. 9. 1933.
26) Bezieht sich auf die „judenfreien" Viehmärkte, vgl. als Beispiel OZ, 27. 9. 1933.
27) OZ vom 23. 8. 1935; Dieses Vorurteil verkehrt die tatsächlichen Inhalte des Judenglaubens. (vgl. hierzu Trepp, Leo, Das Judentum (Geschichte und lebendige Gegenwart), Hamburg, März 1970, S. 16): „Die Thora kennt zweierlei Mitzwoth (= Mehrzahl von Mitzwah): religiöse Vorschriften, die der Mensch Gott gegenüber zu befolgen hat, Gebote, die die Menschen untereinander einhalten sollen. ... Die Mitzwah ist also ein Jasagen, ein Bekenntnis zu Gott. In diesem Sinn sind auch jene Mitzwoth, die wir unseren Mitmenschen gegenüber zu erfüllen haben, Mitzwoth gegenüber Gott. ...
(3. Mose, „Er rief", 19:18; 'Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst'), ist mithin die grundlegende Mitzwah überhaupt, und die Weisen und Schriftgelehrten haben sie ganz zu Recht als den Grundstein des Judenglaubens herausgestellt.
Soziale Gerechtigkeit ist Mitzwah. Sowohl dem Gebenden wie auch dem Empfangenden verleiht sie den

begaunern."[27] Ferner benutzte er die Gelegenheit, die Juden zum Sündenbock für die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zu machen und sagte ihnen den Kampf an.
Während einerseits die jüdische Gemeinde diskriminiert wurde, brachte die Oberhessische Zeitung andererseits Meldungen, die eine Welt von Ordnung und Unbeschwertheit darstellten. So wurde beispielsweise dem Leser über Fremdenbesuche berichtet oder über ein KdF-Verlobungspaar, das sich zur Zeit in Marburg aufhielt. Diese Artikel weisen meist ein hohes Maß an Trivialität auf, weil sie deutlich zeigen sollen, wie persönliches Glück sich in nationalsozialistischen Organisationen wie etwa der Organisation „Kraft durch Freude" (KdF) verwirklichen lassen könne.

b) Beamte und Rechtsanwälte

Bis zum 5. März 1933, dem „Tag der Wiedereinführung des Berufsbeamtentums", gab es im Landkreis Marburg insgesamt vier jüdische Rechtsanwälte. Nach diesem Tag wurde drei von ihnen die Ausübung ihres Berufes verboten.[28] Auch der letzte jüdische Rechtsanwalt, Dr. Bachrach, wurde sieben Monate später, am 4. 10. 33 von seinem Amt suspendiert.[29] Die jüdischen Referendare am Gericht erhielten ebenfalls ihre Entlassung. Somit war die Forderung nationalsozialistischer Juristen anläßlich einer Versammlung in Marburg am 8. 4. 33 erfüllt: ein neues „deutsches" Recht zu schaffen, das frei von „talmudischer Haarspalterei und jüdischer Dialektik" sein sollte.[30]
Ähnlich wie den Juristen erging es den jüdischen Professoren an der Universität: sie wurden zwangsemeritiert. Zwei jüdische Hochschullehrer wählten noch im Jahr ihrer Entlassung, 1933, bzw. einige Zeit später, den Freitod.[31]
Zusätzlich erhielten einige von ihnen Redeverbot, wenn sie auf öffentlichen oder geschlossenen jüdischen Veranstaltungen auftreten wollten. Dies geht aus einer Anordnung der Gestapo aus Kassel hervor, die am 25. 2. 1935 an den Oberbürgermeister in Marburg weitergeleitet wurde.[32]

Rang und die Würde von Kindern Gottes. Das Judentum hat darum sozialer Gerechtigkeit auch überragende Wichtigkeit beigelegt."

28) OZ vom 5. 4. 1933; die jüdischen Anwälte sollten „. . . entsprechend dem Verhältnis der Bevölkerungsziffer . . ." entlassen werden.

29) OZ vom 4. 10. 1933.

30) OZ, 13. 7. 1933; Der Bezirksobmann des BNSDJ, Rechtsanwalt und Notar Dr. Böttcher, sagte in seiner Begrüßungsansprache: „. . . Die altrömische Rechtsordnung, die rezipiert worden sei, sei materialistisch und individualistisch gewesen. Ein über dem Einzelnen stehendes Recht der Volksgemeinschaft habe es nicht gekannt. Es gelte aber heute nicht nur den römisch rechtlichen Einfluß zu beseitigen, sondern auch den jüdisch marxistischen Geist. Das neue Recht werde frei sein von talmudischer Haarspalterei und jüdischer Dialektik.
Die Juden seien ein Schaden für das Ansehen dSchaden für das Ansehen der Justiz. Deshalb habe auch der Reichsleiter des BNSDJ, Dr. Frank II, am 18. Mai 1933 gesagt: Die Juden müssen aus der Justiz verschwinden. Der deutsche Mensch will, daß ein deutscher Mensch Recht spreche."

31) Dickinson a. a. O., S. 155; vgl. auch Gespräch E. Kaufmann.

32) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4823, „Judenangelegenheiten (Allg. und Bes.)" Bd. 1, 1933–1935;
Als Beispiel hierfür mag Prof. Martin Buber dienen, dem „aufgrund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat am 28. 2. 33 bis auf weiteres jede Betätigung als Redner in öffentlichen Veranstaltungen und in geschlossenen Tagungen jüdischer Organisationen" untersagt ist.
Schreiben der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Kassel vom 25. 2. 1935 an den Oberbürgermeister in Marburg.

3. Antisemitismus auf dem Lande

Direkt nach der „Machtergreifung" Hitlers am 30. 1. 33 untersagte die Gestapo „spontane" Aktionen gegen Juden. In Kassel veranlaßte sie am 27. 11. 1934, das Aufstellen antisemitischer Schilder auf öffentlichen Plätzen sei zu verbieten. Trotz dieser Anordnung kam es in vereinzelten Fällen zur Aufstellung antisemitischer Tafeln vor Ortschaften und auf öffentlichem Gelände oder zu anderen Aktionen, so z. B. in Cölbe, wo am 15. April unbekannte Täter Häuser von „Ariern" beschmierten, die mit Juden Geschäftsbeziehungen unterhalten hatten.

Der Marburger Landrat fragte bei der Gestapo in Kassel an, wie er den Fall zu behandeln habe. Ihm ging es also ganz offensichtlich weniger um eine gerechte Ahndung der Straftat, als viel mehr um eine gesonderte Behandlung von Delikten, die mit der ‚Judenfrage' zu tun hatten.

Im Jahre 1935 häuften sich antijüdische Einzelaktionen. „Arier" wurden von anderen „Volksgenossen" verfolgt, wenn sie mit Juden Handel trieben. So wurden in der Nacht vom 28. auf den 29. August bei drei Landwirten aus Wittelsberg die Fensterscheiben eingeworfen und ihre Häuser beschmiert: „Volksverräter, du Judenfreund, wir wollen dir helfen, fahre ab nach Palästina oder wir schlagen dir die Knochen kaput(t). Im Kahn wirst du erschlagen"; oder „Du fährst mit Juda im Auto spazieren. Wir wollen dich mal photografieren. Pfui, du Lump. Deutscher erwache, Judafreund."[33]

Der Druck auf Juden oder „Arier", die mit Juden Kontakt hatten, führte zunehmend zur Isolierung der Juden von der „Volksgemeinschaft". So stellte z. B. die Ortsgruppe der NSDAP in Cölbe Schilder am Ortseingang auf mit dem Hinweis: „Juden sind in diesem Orte unerwünscht."

Solche Schilder wurden auch an die Häuser einiger Einwohner Cölbes gehängt. Wer sich weigerte, sie an seinem Haus anbringen zu lassen, lief Gefahr, von den anderen Einwohnern der Gemeinde angepöbelt zu werden oder Schaden an seinem Haus zu nehmen.[34]

Aber auch schon vor den Nürnberger Gesetzen wurden Juden verfolgt, wenn sie mit „arischen" Mädchen bzw. Frauen intime Beziehungen hatten. Als Beispiel hierfür mag der Jude Alfred Stern aus Wetter gelten, der schon am 4. September 1933 in Schutzhaft genommen wurde, da er mit dem „arischen" Mädchen Grete Sch. aus Wetter befreundet war. Dieses „Sittlichkeitsvergehen" führte dazu, daß Alfred Stern 24 Tage in Schutzhaft saß und wahrscheinlich auch dort geschlagen wurde, wie aus einem ärztlichen Zeugnis vom 14. 9. 1933 hervorgeht.[35]

33) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4829, „Ausschreitungen gegen Juden (1934–1948)"; Mitteilung des Gendamerie-Hauptwachmeisters an den Amtsanwalt in Marburg vom 1. 9. 1935 s. Dokum. 7 auf S. 68ff.

34) StaM, 180 L. A. Mbg. Nr. 4829; es handelt sich in diesem Fall um den Lehrer Heinrich Naumann aus Cölbe. Aufgrund seiner Weigerung, die Erlaubnis zur Aufhängung antisemitischer Plakate zu erteilen, wurde sein Haus mit folgenden Worten beschmiert: „Judenfreund, Volks-Verräter, Du bist kein Volkserzieher." Schreiben des Gendamerieamtes Cölbe vom 2. 8. 1935 an den Landrat in Marburg.

35) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4828, „Erfassung von Juden 1933–1946"; Ärztliches Zeugnis des Oberstabsarztes a. D. Löhlein aus Wetter vom 14. 9. 1933; s. Dokum. 30 auf S. 89.



Tatort Marburg am 24. 8. 1933: SA treibt einen jüdischen Studenten durch die Stadt (hier: an der Weidenhäuser Brücke) **(Archivfoto)**

Ein anderes Beispiel liefert ein jüdischer Student, der unter dem gleichen Vorwurf von der Marburger SA am 24. 8. 1933 durch die Stadt getrieben wurde. Unter der Überschrift „Am Pranger" schilderte die OZ den Vorfall, daß sich ein Jude „an einem Christenmädchen vergangen" haben sollte. In Wahrheit jedoch hatte er sich mit ihrem und ihrer Eltern Einverständnis verabredet.[36]
Die antisemitische Pogromhetze der Oberhessischen Zeitung ist nicht zu übersehen. Am 16. November 1935 schrieb sie in einem Artikel mit der Überschrift „Junge Deutsche – Lakaien beim Juden": „Dort wo das deutsche Mädchen gesetzlich davor bewahrt wird, im jüdischen Haushalt an Leib und Seele zu verderben, dort wollen wir in Zukunft auch nicht das entsetzliche Bild des jungen deutschen Mannes als Schuhputzer für die Angehörigen einer fremden Rasse."[37] Solche Artikel sollten bei der Bevölkerung sowohl das „Rassedenken" als auch das Bewußtsein für die Selbstverständlichkeit der antisemitischen Maßnahmen fördern.

36) *OZ 24. 8. 1933: „Am Pranger" s. Dokum. 4 auf S. 65, vgl. dazu auch Dickinson a. a. O., S. 154 ff und Willertz, John R., Marburg unter dem Nationalsozialismus (1933–1945) in: Marburger Geschichte, S. 600.*
37) OZ vom 16. 11. 1935, vgl. Anm. 86).

4. Folgerungen

In den ersten drei Jahren nach der „Machtergreifung" Hitlers bis zu den „Nürnberger" Gesetzen trat keine schlagartige Veränderung für die Juden ein. Obwohl sich die antisemitschen Maßnahmen der Reichsregierung häuften, war es den Juden immer noch möglich, sich als Mitbürger zu fühlen, da sie noch die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen.[38]

Zwar konnten jüdische Rechtsanwälte und Professoren entlassen und der Handel den Juden auf Viehmärkten verboten werden, doch brachen die vorhandenen Beziehungen zwischen Juden und „Ariern" nicht ab. Der Bruch konnte erst durch die „Nürnberger Gesetze" erreicht werden, die die Juden zu Bürgern zweiten Ranges machten. Auch muß erwähnt werden, daß der Viehhandel zwischen Juden und „Ariern" erst nach der Reichspogromnacht 1938 ausgeschaltet werden konnte, da vorher „arische" Landwirte immer noch Juden das Vieh anboten, weil diese es für höhere Preise weiterverkauften als andere.

Es gab auch keine breite Mehrheit in der Bevölkerung, die sich an antisemitischen Maßnahmen aktiv beteiligte. Viele Menschen verhielten sich indifferent und ließen die NS-Regierung und Funktionäre mit den Juden machen, was sie wollten. Ihr Verhalten war opportunistisch, sei es aus Angst, Erpressung, Ignoranz oder aus allem zusammen.

Hermann Bauer berichtet, daß einflußreiche „arische" Chemiker der Behring-Werke – weil sie jüdische Frauen hatten – Rundschreiben verschickten und erklärten, ihre Frauen seien „arisch". Nach dem Kriege hätten sie beansprucht, als Verfolgte des Nazi-Regimes zu gelten, da sie ja jüdische Ehefrauen hätten.[39] Dieser Umstand darf aber nicht nur negativ gedeutet werden, sondern aus dieser Verhaltensweise wird zugleich Angst deutlich.

Es gab auch „Arier", die vor 1933 die Freundschaft mit jüdischen Bürgern gesucht hatten und diese nach der „Machtergreifung" Hitlers nicht mehr kennen wollten bzw. durften. Als typisches Beispiel mag die Erfahrung der Familie Jacobson gelten: Sie war mit einer „arischen" Marburger Familie bis zum 30. Januar 1933 sehr gut befreundet, die jedoch nach der „Machtübernahme" grußlos „voller Ignoranz" – so das Empfinden Frau Jacobsons – an ihnen vorüberging.[40]

38) Gespräch mit E. Kaufmann in Marburg am 18. 1. 1981.
39) Gespräch mit H. Bauer in Marburg am 24.. 1. 1981.
40) Gespräch mit E. Kaufmann in Marburg am 18. 1. 1981.

II. „Minderwertige Bürger"

1. Systematische Erfassung der Juden in Listen

Am 11. Juli 1933 erließ die Geheime Staatspolizei in Kassel die strengvertrauliche Verordnung, alle politisch organisierten Juden in Listen zu erfassen. Diese Verordnung wurde an die Ortspolizei in Marburg geschickt, die diese Erfassung durchzuführen hatte. Die Listen liefen über den Instanzenweg an den Landrat in Marburg, der sie dann weiter an die Gestapo in Kassel leitete. Die Listen selbst erstellten die einzelnen Ortspolizeibehörden der verschiedenen Gemeinden.

Wie oben gezeigt, stellte die jüdische Gemeinschaft eine klare Minderheit dar.[41] Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug kaum mehr als 1 %, in einzelnen Orten lag er jedoch zwischen 5–10 %.

- Schon im August 1935 nahm die Zahl der jüdischen Einwohner im Landkreis um 151 ab. Infolge von Auswanderung waren zu diesem Zeitpunkt nur noch 624 der ehemals 778 Juden in Marburgs Umgebung ansässig.
- Am 1. 1. 1936 gab es wieder 698 jüdische Einwohner (infolge von Zuwanderung). Noch im selben Jahr sank die Zahl auf 610 Einwohner.
- Am 1. 1. 38 lebten 491 und
- Am 1. 7. 38 nur noch 422 jüdische Bürger im Landkreis Marburg.

Diese Statistik läßt sich bis zur letzten Deportation im September 1942 weiterführen.

Die Abnahme der im Landkreis Marburg lebenden Juden in einer Zeitspanne von nur fünf Jahren um mehr als die Hälfte zeigt, welche Auswirkungen die ersten antisemitischen Maßnahmen hatten. Der größte Teil der Juden sah sich gezwungen, schon vor der Reichspogromnacht am 9. 11. 38 auszuwandern. Denn in den ersten Jahren nach der „Machtergreifung" war die Auswanderung noch relativ leicht möglich, obwohl die Juden ihr Hab und Gut weit unter Wert an „Arier" verkaufen mußten. Viele der ehemalig patriotisch gesinnten Juden zögerten jedoch vor diesem Schritt, weil sie sich noch zu sehr mit ihrer Heimat verbunden fühlten und auf eine Abschwächung der antisemitischen Maßnahmen hofften. Durch die genaue Kenntnis der Zahl der Juden konnte die Gestapo die jüdische Gemeinschaft zu einer kalkulierbaren Größe machen und sie jeglicher Initiative berauben.

41) s. o. S. 11.

2. Jüdische Vereine

Am 11. Mai 1934 wies die Staatspolizei in Kassel den Landrat in Marburg an, bis zum 5. 6. 1934 Listen anzufertigen von den im „dortigen Bezirk vorhandenen

a) jüdischen politischen Vereinen pp sowie ihren Nebenorganisationen jeder Art,
b) jüdischen angeblich unpolitischen Vereinen und deren Nebenorganisationen
c) jüdischen Logen oder logenartigen Verbänden,
d) ausländischen Juden –
e) inländischen Juden –

die bisher in irgendeiner Form in politischer Hinsicht in Erscheinung getreten sind."[42]

Am 9. Juli desselben Jahres erließ die Geheime Staatspolizei in Kassel nochmals eine Verordnung, alle im Landkreis Marburg existierenden jüdischen Vereine zu erfassen. Diese angeforderten Listen mußten bis zum 10. 8. 1934 erstellt sein und waren in dreifacher Ausfertigung einzureichen.[43] Auch sie sollten über die politische Betätigung der in diesen Vereinen organisierten Juden Auskunft geben. Aufzuführen waren jeweils der Vorstand des Vereins, die Organisationen, die ihm angeschlossen waren, und etwaige selbständige Unterorganisationen.

Aus den erhaltenen Listen geht hervor, daß es in jenem Zeitraum 18 jüdische Vereine im Landkreis Marburg gab. Unklar bleibt, welche der Vereine gemischt und welche rein jüdisch waren.

Nach einer am 5. März 1935 aufgestellten Liste gab es im Landkreis 16 rein jüdische Vereine, in denen zu diesem Zeitpunkt fast 500 Mitglieder organisiert waren.

Demnach sind 70–80% aller Juden Mitglieder in Vereinen gewesen.

Am 27. August 1935 wurden nochmals Listen der jüdischen Vereine von der Gestapo in Kassel beim Landrat angefordert, die bis zum 1. Oktober erstellt sein und dann vierteljährlich auf den neuesten Stand gebracht werden sollten. Sie gaben Auskunft über den Abgang von Mitgliedern, getrennt nach Austritt, Tod und Auswanderung, und den Zugang von neuen Mitgliedern. Bei der Aufstellung der Listen waren die Verantwortlichen verpflichtet, sich in jedem Fall an die örtlichen jüdischen Vereine und Ortsgruppen zu wenden, nicht an die Landesverbände.[44]

---

42) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4823 (s.o.), Anweisung des Polizeipräsidenten der Stapo in Kassel an den Landrat und den Oberbürgermeister in Marburg vom 11. Mai 1934, s. Dokum. 10 auf S. 73.

43) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4823, Verordnung der Gestapo in Kassel an den Landrat und den Oberbürgermeister in Marburg vom 19. Juli 1934, s. Dokum. 11 auf S. 74.

44) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4828, „Erfassung von Juden 1933–1946"; Verordnung der Stapo in Kassel an den Landrat und den Oberbürgermeister in Marburg vom 27. August 1935; s. Dokum. 12 auf S. 75.

Am 15. 10. 1935 schickte der Marburger Landrat die ersten Listen an die Gestapo: Es waren nur noch acht Vereine im Landkreis Marburg vorhanden. Dies waren in Kirchhain:
- der „Verein der jüdischen Frontsoldaten"
- der jüdische „Männerverein"
- der „Israelitische Frauenverein" und
- der „Israelitische Wohltätigkeitsverein".

Im allgemeinen war die politische Einstellung dieser Vereine neutral.
In Neustadt gab es:
- den „Israelitischen Frauenverein"
- den „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" und
- „Habonim Noar Chaluzi" (Siedlerverein Noah) (zionistisch eingestellt) der 1938 aufgelöst wurde.

In Halsdorf existierte der:
- „Habonim Mose Chaluzi" (Siedlerverein Mose) (zionistisch eingestellt) (1938 aufgelöst)[45]

Die Mitgliederzahl dieser Vereine umfaßte nun nur noch 180 Personen.
Grundsätzlich sollte mit dieser Erfassung 1. eine Trennung von „Ariern" und Juden erwirkt, und 2. eine politische Einordnung und Kontrolle der Juden vorgenommen werden. Da viele der jüdischen Vereine im Landkreis Marburg nicht politisch aktiv waren, widersetzte sich die jüdische Gemeinschaft nicht geschlossen antisemitischen Maßnahmen.

3. Die jüdische Volksschule in Marburg

Die einklassige, öffentliche jüdische Elementarschule befand sich in der heutigen Schulstraße in einem Haus, das gleichzeitig auch als katholisches Gemeindehaus diente. Diese jüdische Schule bereitete ihre Schüler auf den Eintritt in die nicht konfessionell getrennten höheren Schulen vor.[46]
Nach der „Machtergreifung" wurde die Schulstraße in „Otto-Böckel-Straße" umbenannt (Otto Böckel war der erste antisemitische Reichstagsabgeordnete von 1887–1903 für den Wahlkreis Marburg-Land).
Am 1. 5. 33 wurde der Lehrer der israelischen Elementarschule, Salomon Pfifferling, „bis auf weiteres beurlaubt" und hatte sich „jeder dienstlichen Tätigkeit zu enthalten".[47] Die Schule wurde aufgelöst, und die Schulkinder sollten in die Marburger evangelischen und katholischen Volksschulen umgeschult

45) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4828 (s.o.); Schreiben des Landrats an die Stapo in Kassel vom 15. Oktober 1935; s. Dokum. 13 auf S. 76.

46) Dickinson, a. a. O., S. 84/85; „Small as it (die jüdische Schule, Anm. d. Verf.) was, however, and located in the building which served as the Catholic parish house and parchochial school, it provided no strong focus of community interest – and it prepared the children who attended it for their entrance into the entirely non-segregated environment of the higher schools."

47) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4454, „Jüdische Volksschule. Zuschüsse der Stadt. II. Teil"; Schreiben des Schulrats an den Rektor der „Schlageterschule", Scholz, vom 30. April 1933, s. Dokum. 14 auf S. 77.

werden, wobei die Verteilung der Kinder „unter Berücksichtigung ihrer Wohnung und unter Beachtung der Schulbezirksgrenzen" vorgenommen wurde.[48] Tafel und Katheder der Schule waren der kaufmännischen Berufsschule zu überlassen.[49]

1934 wurde die Schule jedoch wiedereröffnet und die oben erwähnten Gegenstände mußten zurückgegeben werden. Lehrer Pfifferling durfte weiterhin seine Schüler unterrichten. In demselben Jahr mußte die Schule in das Synagogengebäude umziehen. Dieses brannte 1938 aus, und Lehrer Pfifferling wurde –wie andere Juden – in Schutzhaft genommen. (s. Kap. III)[50]

Am 17. 12. 1938 ordnete der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an, daß jüdische Schulen weiter bestehen sollten. Jüdische Schulpflichtige dürften „nicht ganz ohne Unterricht" gelassen werden. Die bestehenden Schuleinrichtungen konnten weiterhin genutzt werden, aber der Unterricht „an deutschen und jüdischen Schülern im gleichen Gebäude" kam „nicht mehr in Betracht".[51] Jüdische Privatschulen erhielten weiterhin Zuschüsse, Lehrer bekamen ihr Gehalt weiter gezahlt.

Am 11. Juli 1939 machte der Regierungspräsident in Kassel Lehrer Pfifferling darauf „aufmerksam", daß er sich „nach § 9 der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz ... mit Ablauf des 30. Juni 1939 im Ruhestand" befinde.[52]

Die Unterrichtsräume selbst wurden (nach dem Synagogenbrand) im Rahmen der Re-Ghettoisierung (s. Kap. IV.3.) in das Haus der Familie Katz, Untergasse 17, verlegt.

Nach der o. g. 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. 7. 1939 war die „Reichsvereinigung der Juden für die Förderung zur Auswanderung der Juden" geschaffen worden. Diese sollte das jüdische Schulwesen organisieren, damit „die letzten Mißstände ausgeräumt werden, die durch die Unterbringung jüdischer Kinder in deutschen Schulgebäuden noch vereinzelt bestehen."[53] „Es sollen Unterrichtskurse unterhalten werden, die der Auswanderung der Juden förderlich sind."[54]

48) vgl. Anm. 47).

49) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4454, Schreiben des Direktors der Berufs- und Fachschulen an den Oberbürgermeister vom 23. April 1934: „Im vergangenen Schuljahr wurde die israelitische Volksschule aufgelöst und der Kaufmännischen Berufsschule – mit Genehmigung der jüdischen Gemeinde – Tafel und Katheder überlassen. Da nun nach Angaben des Herrn Lehrer Pfifferling die Schule in Kürze wieder geöffnet wird, muß ich das Inventar zurückgeben. Ich benötige deshalb für ein Klassenzimmer einen Tisch und für den Lehrer eine Tafel." s. Dokum. 15 auf S. 78.

50) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4454 (s.o.); Schreiben der Stadtkasse an den Kreisschulrat in Marburg vom 11. November 1938:
„Die Synagoge, in der die jüdische Schule untergebracht war, ist am 10. November 1938 abgebrannt.
Lehrer Pfifferling von der jüdischen Schule ist zu seiner persönlichen Sicherheit von der Polizei in Schutzhaft genommen worden. Ich gebe hiervon Kenntnis und bitte das weitere veranlassen zu wollen ..."; s. Dokum. 16 auf S. 79.

51) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4454; Erlaß des Reichs- und Preuß. Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 17. Dezember 1938; s. Dokum. 17 auf S. 80.

52) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4454; Schreiben des Regierungspräsidenten an Lehrer Salomon Pfifferling vom 11. Juli 1939.

53) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4452, Artikel „868. Jüdisches Schulwesen" des Nachrichtendienstes DGT vom 21. 7. 1939; s. Dokum. 18 auf S. 81.

54) vgl. Anm. 52).

Die Stadt Marburg strich daraufhin alle Zuschüsse für die Schule.[55] Diese war damit nicht mehr öffentlich; sie mußte fortan als Privatschule von der Reichsvereinigung getragen werden.[56] Pfifferling durfte jedoch weiterhin unterrichten, nachdem von der Gestapo in Kassel „keine Bedenken" gegen ihn erhoben wurden.[57]

Am 22. Mai 1940 schließlich verlegte man die jüdische Volksschule in ein anderes jüdisches „Sammelhaus", nämlich in die Schwanallee 15 parterre.[58]

Nicht nur Schullehrer, Ort und Unterhalt der Schule, sondern auch der Unterricht selbst wurden von nun an ständig kontrolliert. Wollte z. B. die israelitische Gemeinde „einen Nähkursus für jüdische Frauen und Mädchen" abhalten, so konnte dies nur mit Erlaubnis der Geheimen Staatspolizei geschehen, und der Oberbürgermeister mußte dann seine Genehmigung erteilen.[59]

Am 1. Oktober 1940 wurde die jüdische Volksschule endgültig aufgelöst und die Schulkinder in Frankfurt eingeschult.[60] Lehrer Salomon Pfifferling wurde 1941 mit einem „unbekannten Bestimmungsort" deportiert.[61]

4. Striktes Verbot, mit „Ariern" zu verkehren

Das Verbot für Juden, mit „Ariern" zu verkehren, trat in vielen Formen zutage. Auf der einen Seite wurden Maßnahmen von der Reichsregierung erlassen, die sowohl den persönlichen Kontakt von „Ariern" zu Juden, als auch die gemeinsame Betätigung in Vereinen verbot. So erließ Hitlers Stellvertreter, Rudolf Heß, am 11. 4. 1935 eine Anordnung, die allen Parteigenossen den persönlichen Verkehr mit Juden untersagte. Außerdem sollte die Bevölkerung von „Parteigenossen und Angehörigen der Gliederungen der Partei über ... den Krebsschaden der Juden im deutschen Staat immer wieder" aufgeklärt werden.[62] Gleichzeitig wurden z. B. Thorafeste laut Erlaß der Stapo vom

55) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4452; Notiz der Stadt Marburg vom 28. Juli 1939. Unter Punkt 2 heißt es dort: „2. Die jüdische Schule in Marburg a. d. Lahn erhält ab Rechnungsjahr von der Stadt aus keinen Zuschuß mehr zu der Schule. Irgendwelche Einrichtungsgegenstände (Bänke usw.) seitens der Stadt Marburg hat die Schule nicht in Gebrauch." S. Dokum. 18 auf S. 81.

56) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4452; Der Oberbürgermeister ordnete am 9. 8. 1939 an: „1) In der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. 7. 1939 ... wird das jüdische Schulwesen näher geregelt. Nach dieser Verordnung werden die Juden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen. Diese Reichsvereinigung ist verpflichtet, für die Beschulung der Juden zu sorgen. Weiterhin hat die Reichsvereinigung die notwendige Zahl von Volksschulen zu errichten und zu unterhalten. Die von der Reichsvereinigung unterhaltenen Schulen sind Privatschulen. S. Dokum. 20 auf S. 83.

57) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4452; Schreiben der Gestapo in Kassel an den Landrat in Marburg vom 26. Januar 1940; s. Dokum. 22 auf S. 84.

58) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4452; Schreiben der Israelitischen Gemeinde an den Oberbürgermeister in Marburg vom 22. Mai 1940; s. Dokum. 21 auf S. 83.

59) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4452; Schreiben der Israelitischen Gemeinde an den Oberbürgermeister der Stadt Marburg vom 3. Juli 1940; s. Dokum. 23 auf S. 84.

60) StaM, 330 Mbg. C, Nr. 4452; Schreiben der Israelitischen Gemeinde an den Oberbürgermeister der Stadt Marburg vom 5. Oktober 1940; s. Dokum. 25 auf S. 85.

61) Arnsberger, a. a. O., S. 58; vgl. auch Moeller, Gabriel B., Die „Endlösung der Judenfrage" im Stadt- und Landkreis Marburg/Lahn. Eine Dokumentenauswahl, Marburg 1978, Dokument Nr. 2, (s. Anhang), vgl. dazu auch Willertz, a. a. O., S. 639, bes. Anm. 131); vgl. auch Bernhard Unckel, Die Entwicklung des Schulwesens der Stadt Marburg seit der Reformation, in: Marburger Geschichte, S. 261.

62) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4823; Rundschreiben von Rudolf Heß vom 11. April 1935 an alle Polizeibehörden, s. Dokum. 8 auf S. 69ff.

11. 12. 1935 nur dann genehmigt, wenn an diesen Festen ausschließlich Juden teilnahmen. Auch jüdischen Sportorganisationen durfte ihre sportliche Betätigung nicht untersagt werden. Allerdings war zu beachten, daß Kontakte zwischen „Ariern" und Juden nicht stattfanden. Dies verordnete die Gestapo in Berlin am 9. August 1935; der Marburger Landrat mußte die Verordnung durchführen.[63] Im Juli 1935 verbot der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Wanderfahrten von „Ariern" mit Juden. Selbst rein jüdische Wanderfahrten, an denen mehr als 20 Personen teilnahmen, waren künftig nicht mehr erlaubt; „Gleichtracht" und „geschlossene Ordnung" waren zu verhindern.[64] Die Unterbindung des persönlichen Kontakts ging weiter:

Am 24. August 1935 meldete der Gendarmerie-Posten in Schröck an den Landrat, daß aufgrund einer Zeugenaussage der Katharina Sch. angenommen werden müsse, „der Jude" Mendel habe sie verführt. Den Fall leitete der Marburger Landrat an den Oberstaatsanwalt, der ihn aber nicht weiterbehandelte, da er die Zeugin für geisteskrank erklärte. Mendel kam deshalb nicht in Schutzhaft.[65] Die Nazis versuchten, derartige Fälle aufzubauschen und damit zu demonstrieren, daß „der Jude" wegen seiner „Unreinheit" danach trachte, „reine" „arische" Frauen oder Mädchen zu „beschmutzen".[66]

5. Wirtschaftliche Restriktionen

Auch im Landkreis Marburg war der Viehhandel eine Domäne der Juden. Sie waren den Bauern, die Vieh erwerben oder verkaufen wollten, geradezu unentbehrlich geworden, weil sie sich aufgrund ihrer strengen rituellen Schlachtvorschriften (Schächten) Spezialkenntnisse bei der Qualitätsprüfung des Viehs erworben hatten.[67]

63) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4823; Verordnung der Gestapo in Berlin an den Marburger Landrat vom 9. August 1935.

64) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4823. Dies geht aus einem Schreiben vom 10. 7. 1935 des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hervor. Weiterhin heißt es in dieser Anordnung: „1. Die Errichtung von jüdischen Jugendherbergen ist zu gestatten, wenn diese nicht in unmittelbarer Nähe geschlossener Ortschaften oder von einzelnen Wohnungen liegen, so daß deren Bewohner durch die Nähe der jüdischen Jugendherberge sich nicht beruflich benachteiligt oder sonst unangenehm fühlen können.
Fernerhin ist dabei zu berücksichtigen, daß die Lage der jüdischen Jugendherbergen eine einwandfreie Beobachtung durch die zuständigen Polizeidienststellen gestatten muß.
2. Zeltlager für jüdische Jugendliche sind nicht zu gestatten. Auf jüdischen Privatgrundstücken sind sie nach vorausgehender Anmeldung erlaubt, sofern die Lage der Grundstücke den Bedingungen in Abschnitt 1.) entspricht."

65) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4824, Bd. 2, „Judenangelegenheiten (Allg. und Bes.) 1935–1938"; Vermerk des Oberstaatsanwalts vom 28. 9. 1933.

66) Dickinson, a. a. O., S. 139; „Since the Nazis reveled in projecting the satyr-like Jew who lusted after pure Aryan girls, Hagen's reputation gave the Nazis antagonism to him a special and ominous spice . . .".

67) Wiesemann, Falk, Juden auf dem Lande: die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern, in: Alltag im Nationalsozialismus, Sonderauflage der Körber Stiftung, Hg. Detlev Peukert und Jürgen Reulecke, Wuppertal 1981, (Im Buchhandel erschienen unter dem Titel: Die Reihen fast geschlossen), S. 381.

Kraft eines Gesetzes konnte man die Juden deshalb nicht von heute auf morgen aus dem Wirtschaftsleben ausschalten. Vom 1. März 1934 an wurde jedoch versucht, die Juden planmäßig aus der Wirtschaft auszugrenzen.
Gerade in der Landwirtschaft und im Einzelhandel – als wesentlichen Bestandteilen der NS-Ideologie – sollten die Verbindungen zwischen Juden und „Ariern" stark eingeschränkt werden.
Zu diesem Zweck wurden zunächst „Aufklärungskampagnen" gestartet: „Kauft nicht beim Juden, und er wird von selbst das Feld räumen."[68]
Die Juden konnten als Zwischenhändler im Viehhandel zwar nicht gänzlich ausgeschaltet werden, weil sie für die einander mißtrauenden Bauern als neutrale Vermittler notwendig waren[69], aber es wurde schon 1935 ein gesetzlich geregelter Viehhandel mit Festpreisen gefordert, der die vermittelnde Funktion der Juden ersetzen sollte[70].
Für einen Bauern war es nicht leicht, auf den jüdischen Zwischenhändler zu verzichten, denn schon vor der „Machtergreifung" – und in den Jahren danach – war es den hessischen Bauern angenehmer, Kredite von Juden zu nehmen als von größeren, anonymen Institutionen wie z. B. den Raiffeisengesellschaften, weil Juden günstigere Zinsbedingungen und Laufzeiten gewährten. Ein jüdischer Viehhändler sagte dazu: „Wir können ohne die Bauern auskommen, aber ich weiß nicht, wie sie ohne uns auskommen werden".[71] Selbst Parteigenossen der NSDAP, die im Landkreis ein öffentliches Amt bekleideten, trieben weiterhin mit Juden Handel. Um dem Einhalt zu gebieten, forderte die Gestapo in Kassel am 5. 6. 35 beim Marburger Landrat Listen dieser Personen an.[72] Sie wurden bis zum 11. Juli 1935 aufgestellt.[73] Die „Aufklärungsarbeit" wurde daraufhin verstärkt. Am 15. 6. 35 meldete z. B. der Bürgermeister Neustadts, daß „Dank der Aufklärungsarbeit durch den Stürmer ... hier keine Klagen mehr zu führen (sind) über Gemeinderäte oder Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen. Geschäfte mit Juden werden von diesen Personen nicht mehr getätigt.[74] Oder es fuhren „Kraftwagen" mit Transparenten durch Orte, auf denen u. a. zu lesen war: „1. Es gibt nur einen Staatsfeind, das ist Juda. 2. Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter. 3. Die SA lebt noch."[75]

68) OZ vom 8. 12. 1936: Unter der Überschrift „Politischer Abend" in Erfurtshausen erfuhr der Leser: „'Kauft nicht beim Juden und er wird von selbst das Feld räumen' erklang die Mahnung. Die Veranstaltung endete mit einem Sieg-heil auf den Führer."
69) Gespräch H. Bauer.
70) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4824, Schreiben des Gendr.-Meisters aus Wetter an den Landrat vom 9. 10. 35.
71) Dickinson, a. a. O., S. 169: „But a remark which the lawyer, Muehlenbach, says was made to him in late 1933 by a Jewish cattle dealer seems to have proved true: 'We'll be able to get along without the peasants, 'the dealer said, 'but I dont't see how they'll be able to get along without us."
72) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4175, „Handel mit Juden 1935–1939"; Schreiben der Gestapo in Kassel an den Marburger Landrat vom 6. 5. 1935: „Es wird um Mitteilung ersucht, welche Gemeinderäte usw. auch heute noch Geschäfte mit Juden tätigen. . . .".
73) StaM, 180 L. A. Mbg, Nr. 4175; Der Landrat stellte bis zum 11. Juli 1935 ein „Verzeichnis: der Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden und noch nach dem 1. 8. 1934 Geschäfte mit Juden getätigt haben" auf.
74) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4175; Schreiben des Bürgermeisters von Neustadt an den Landrat in Marburg vom 21. 6. 1935.
75) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4175; Schreiben des Gendarmerie-Meisters in Cölbe an den Landrat vom 10. August 1935; s. Dokum. 36 auf S. 95.



Das städtische Elektrizitätswerk stellte der SA seinen Wagenpark zur Verfügung z. B. für den Propagandaeinsatz am 10. 8. 1935 (Archivfoto)

Wer jedoch weiter mit Juden in Geschäftsverbindung stand, hatte mit härteren Maßnahmen zu rechnen.
So beschmierten z. B. unbekannte Täter in Wittelsberg (nach einem Bericht an die Gestapo) die Häuser einiger Einwohner mit „roter Farbe", weil sie mit „jüdischen Händlern in Verbindung gestanden hätten."[76]
Für die Stadt Marburg ergeben die Quellen ein ähnliches Bild. Auch hier wurde versucht, die Juden aus Geschäft und Handel auszuschalten, wie z. B. aus dem Marburger Schlachthaus, um „nationales Bewußtsein" zu demonstrieren.[77]
Waren noch 1933 die jüdischen Viehhändler das Hauptziel wirtschaftlicher Restriktionen, so wurden nun auch einzelne jüdische Geschäfte getroffen: Ge-

76) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4823; Diese Mitteilung, die vom kommissarischen Landrat in Marburg am 15. 4. 1935 an die Stapo in Kassel geschickt wurde, ist als Konsequenz von fünf Beschwerden Wittelsberger Einwohner zu verstehen, die „nachgewiesenermaßen in letzter Zeit mit jüdischen Händlern in Geschäftsverbindung" gestanden hätten. Die Beschwerden wurden von Andreas Emmrich, Ludwig Staubitz, der Tochter Heinrich Schneiders und Andreas Sohl erhoben. Beispielsweise war das Haus von Ludwig Staubitz mit folgendem „Text" beschmiert:
„Am Haus: Flachsmoses
An der Scheune: Du bist ein weißer Jude
Am Stall: Hier wohnt ein Judasgenosse".

77) Dickinson, a. a. O., S. 188; „'For about a week now there has been on the Hochburg slaughterhouse a sign which reads 'Jews are forbidden to enter." With this, the slaughterhouse has at last become Jew-free, and this fulfills a long held wish of those among the local citizens who give positive affirmation to their Germanness.' "

schäfte wurden „entjudet"[78], d. h. sie wurden an NS-treue Geschäftsleute verkauft. Andererseits sollten Juden nicht in deutschen Geschäften einkaufen. Sie bekamen auch keine Postwurfsendungen mehr mit Werbung für deutsche Waren.[79]

Aber auch in der Stadt war das Ausschalten des jüdischen Einzelhändlers nicht so leicht möglich: Erstens war der Anteil der jüdischen Geschäfte relativ hoch, und zweitens besaßen sie z. T. qualitativ bessere Waren und umgänglichere Verkaufsmethoden als die „Arier".[80]

Die jüdischen Geschäftsleute waren zudem in Marburg angesehene Bürger: der Jude Sally Haas z. B. hatte bis 1932 den Vorsitz des „Kaufmännischen Vereins" geführt.[81] Jüdische Geschäfte waren reeller, und noch heute loben u. a. frühere Angestellte des Textilgeschäftes Ellenzweig den sozialen Ton, der zwischen ihnen und ihrem Arbeitgeber geherrscht habe.[82] Viele Bürger kauften dennoch in diesen Geschäften nicht mehr: nicht, weil sie von Juden geführt wurden, sondern aus Angst, von den Nazis dabei „erwischt" zu werden. Schließlich wurde in Presseartikeln wie „Die nationale Erziehung des deutschen Käufers"[83] der Leser aufgefordert, nicht bei Juden zu kaufen. Gleichzeitig erschienen Rechenschaftsberichte einzelner Institutionen, wie z. B. der Stadtsparkasse, oder Haushaltspläne der Stadt[84], die durch ihre positiven Bilanzen dem Bürger suggerieren sollten, in der Wirtschaft gehe es – gerade ohne die Juden – wieder aufwärts.

6. Judenhaß – der Alltag in nationalsozialistischer Sicht

a) Judenhaß

Mit den „Nürnberger Gesetzen" von 1935, die die OZ in einem ganzseitigen Artikel abdruckte, setzte eine besondere Hetzkampagne gegen die Juden in der Presse ein.[85] Noch in derselben Ausgabe (16. 11.) wurde behauptet, ein deutscher Mann verderbe an Leib und Seele, arbeite er in einem jüdischen Haushalt als Angestellter, was den deutschen Frauen mittlerweile verboten war.[86] In der lokalen und überregionalen Berichterstattung versuchte man von nun an, ein Feindbild aufzubauen, das aus einer Kombination ‚Jude' und ‚Kommunismus' gebildet war.

78) OZ, 22. 7. 1938: „Ein Geschäft entjudet.
Schiffelbach, 20. Juli. Der Stützpunktleiter, Pg. Hauck, hat durch Kauf das seither jüdische Warenhaus S. Baer u. Co. in Alsfeld erworben. In dem erworbenen Anwesen wird Hauck ein vertrauenswürdiges deutsches Geschäft einrichten."

79) OZ, 17. 8. 1938, Die OZ schrieb, daß „arische Absender" ihre Postwurfsendungen mit dem Zusatz „Nicht an Juden" ergänzen dürften. (Verfügung des Reichspostministers).

80) Gespräch H. Bauer.

81) vgl. Anm. 80).

82) vgl. Anm. 80).

83) OZ vom 31. 2. 1933.

84) Gespräch H. Bauer.

85) OZ vom 16. 11. 1935, „Die Nürnberger Gesetze".

86) OZ vom 16. 11. 1935, „Junge Deutsche – Lakaien beim Juden.", vgl. Anm. 37.

Im Jahre 1936 finden sich viele derartige Artikel – zentralgesteuert vom Reichspropagandaministerium – in der OZ: Reden von Rosenberg, Goebbels u. a. über „Judentum und Bolschewismus"[87], den „Staat des Judentums"[88] oder ein „Tatsachenbericht" über die „Volksverelendung in Rußland"[89] wurden mit dem Ziel abgedruckt, dieses Feindbild auf suggestive Weise als Realität hinzustellen.

In Vorträgen in verschiedenen Ortschaften des Landkreises bezeichneten die Redner die Juden z. B. als „Weltfeind Nr. 1"[90] und machten sie für den Bolschewismus verantwortlich, den es zu bekämpfen gelte.[91]

Teilnehmer an diesen „Politischen Kundgebungen"[92] nahmen entweder „eine klare Haltung mit nach Hause", oder sie dankten „dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen" mit lebhaftem Beifall. Für die Reaktion in der Bevölkerung bei dem Miterleben antisemitischer Hetze mag der Bericht einer Marburgerin als Beispiel dienen, die sich an einen Vorfall erinnert, der sich zwischen 1935 und 1938 ereignete: Sie sei eines Morgens aufgewacht und habe sich „unbeschwert und glücklich" gefühlt bis zu dem Augenblick, als SA an ihrem Fenster vorbeigezogen sei und gesungen habe: „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, geht's nochmal so gut."[93]

Weitere Beispiele antisemitischer Ausschreitungen sind die Beschädigungen von Synagogen und jüdischen Grabsteinen auf Friedhöfen. So wurden auf dem jüdischen Friedhof am Fuße des Wollenbergs (bei Wetter) am 24. 3. 1938 sieben Denkmäler umgestoßen und in der Nacht vom 8. auf den 9. April die Synagoge beschädigt.[94] Auch der Hausmeister der Marburger Synagoge berichtete, daß des öfteren Scheiben eingeworfen wurden und er Parolen wie „Tod den Juden" entfernen mußte.[95]

Unter der Überschrift „Synagoge wird zur Scheune benutzt" stellte die OZ dar, wie die Juden aus Josbach aus dem öffentlichen Leben entfernt werden sollten. Am Schluß des Artikels wurde die Erwartung geäußert, daß der letzte Jude wohl alsbald aus Josbach abgezogen sein dürfte.[96]

Gelegentlich trat dieser Judenhaß auch in Form von spontanen Aktionen auf. In Wittelsberg z. B. wurden – wie oben schon erwähnt – die Scheiben der Häuser

87) OZ vom 11. 9. 1936.
88) OZ vom 11. 9. 1936, „Der Staat des Judentums".
89) OZ vom 27. 10. 1936, „In den Krallen der jüdischen Sowjets. Ein Tatsachenbericht über die Volksverelendung in Rußland".
90) OZ, 30. 11. 1936: „Weltfeind Nr. 1"
„. . . Die Sprache des Bolschewismus sei Mord, Brand und Zerstörung, Bürgerkrieg. . . . Es gelte wachsam zu sein gegen diese uns umlauernden Gefahren. Der Jude sei der Schrittmacher des Kommunismus. Ihn zu bekämpfen, heiße den Kommunismus bekämpfen. Starker Beifall dankte dem Redner für seine packenden und mitreißenden Ausführungen. Nach Vorträgen der Kirchhainer Ortsgruppenkapelle wurde die gut verlaufene Kundgebung mit einem Sieg-Heil auf den Führer beschlossen."
91) vgl. Anm. 90).
92) OZ, 3. 12. 1936, „Gauschulungsleiter Weibezahn", „Dem Weltfeind gilt's".
93) Gespräch E. Kaufmann.
94) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4829, „Ausschreitungen gegen Juden 1934–1948", Schreiben aus Wetter vom 24. 3. 1938.
95) Dickinson, a. a. O., S. 217, „. . . cleaning the walls which had been scrawled with, 'death to the Jews' and similar sentiments."
96) OZ vom 25. 10. 1938.

einiger Landwirte eingeworfen, weil sie angeblich Judenfreunde waren.[97] Spontane Aktionen waren jedoch nicht im Sinne der Parteiführung. „Demolierte Judengeschäfte" sollten „in kürzester Zeit auf Kosten der Juden wieder in Ordnung gebracht werden."[98] Es war beabsichtigt, eine Reihe von Maßnahmen gegen die Juden auf dem „Gesetzes- und Verordnungswege" durchzuführen.[99] Grundsätzlich wurden die „Nürnberger Gesetze", die die „legale" Grundlage zum Judenhaß schufen, von der Bevölkerung Marburgs nicht abgelehnt.[100]

Es gab Menschen, die stolz auf ihre antisemitische Vergangenheit waren, wie ein Artikel der OZ beweist, der über „50 Jahre antisemitische Bewegung im Kreise Biedenkopf" berichtet.[101] Bürgern, die sich noch nicht mit solchen antisemitischen Aktionen identifizieren konnten, wurde erklärt, sie sollten „Kein falsches Mitleid aus übertriebener Objektivität"[102] gegenüber den Juden zeigen. Wurde auf der einen Seite gegen die Juden gehetzt, so wurde auf der anderen versucht, das Bild der unterdrückten, „minderwertigen" Juden abzuschwächen oder vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Besonders der Eindruck, den das Ausland gegenüber Deutschland haben sollte, hatte positiv zu sein. So kommentierte der Verleger der OZ, Hitzeroth, am 8. 9. 1936, daß ein Engländer im „Sunday Chronicle" schreibe, in Deutschland gäbe es soviel „Schönes und Großartiges". Er könne nichts dafür, „daß man die ganze Zeit die Deutschen als eine Nation von wilden Tieren hingestellt habe, die Juden rösteten, Säuglinge umbrächten und das Gewehr präsentierten."[103]

Solche oder ähnliche Artikel, in der Regel aus Berlin vom Goebbels-Ministerium vorgefertigt und lokal abgedruckt, sollten die Repressalien decken und verharmlosen.

b) Rassenhygiene

Um dem Judenhaß ein pseudowissenschaftliches Fundament zu geben, begann im Herbst 1938 eine Kampagne „zur Reinhaltung der Rasse"[104]. Parteidienststellen verteilten antisemitisches Propagandamaterial, das im Büro der NS-Volkswohlfahrt vorbereitet worden war.

Bereits Anfang Oktober 1934 war in Marburg eine Ortsgruppe der „Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene" eingerichtet worden, deren Vorsitz der Mar-

97) StaM, 180 L. A. Mbg. Nr. 4829 (s. o.), Schreiben des Postenbereichs Schröck an den Amtsanwalt in Marburg, Wittelsberg den 1. 9. 1935, s. Dokum. 36 auf S. 95 und oben S. 24ff.

98) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4827, „In Schutzhaftnahme von Juden, 1938–1939", Verordnung des Reichspropagandaleiters der NSDAP Goebbels an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 11. November 1938. Obwohl diese Verordnung erst nach der Reichspogromnacht gültig wurde, stellen wir sie hier vor, weil zu diesem Zeitpunkt schon die allgemeine politische Tendenz deutlich wurde.

99) vgl. Anm. 98).

100) Dickinson, a. a. O., S. 185.

101) OZ vom 21. 7. 1938.

102) OZ vom 16. 8. 1938.

103) OZ vom 8. 9. 1936.

104) Willertz, a. a. O., S. 610, bes. Anm. 57) und 58).

burger Professor für Eugenik und SS-Untersturmbannführer, Dr. Wilhelm Pfannenstiel, führte.[105]

In der OZ erschienen „Rassenbotschaften des Tages", die Juden als „Barbaren", die „arisches" Blut schändeten, bezeichneten.[106] In öffentlichen Vorlesungen Dr. Pfannenstiels, die großen Zuspruch bei Marburger Parteigenossen fanden, dozierte der Rassehygieniker z. B. (lt. Bericht der OZ):

„Die deutsche Erbhochwertigkeit bestehe schon seit Jahrmillionen und habe sich auf uns vererbt. Unsere Aufgabe ist es, sie rein weiterzugeben. Nach unserer Weltanschauung vernichtet der Schöpfer das Erbminderwertige und fördert das Hochwertige. Daher stamme das alte nordische Wort: ‚Gelobt sei, was hart macht' ".[107]

Im Januar 1934 kam der Leiter des „Aufklärungsamts für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege", Dr. med. Walter Groß, nach Marburg und hielt in den Stadtsälen einen Vortrag über das Thema „Arzt und Volk". Er meinte u. a., ein Arzt trete „in dem Augenblick in Beziehung zur Politik, wenn er sich beruflich und persönlich einsetzt für Volksgesundheitspflege, Volkskrankenpflege, Erbgesundheitspflege, Rassenschutz und rassische Aufwertung".[108]

Presseartikel, Vorträge, aber auch die Mittel des Films verwendeten die Nazis bei solchen „Aufklärungskampagnen". So konnte sich z. B. der Bürger 1940 in dem Marburger Lichtspielhaus „Capitol" durch den Film „Der ewige Jude" aufklären lassen. Die OZ gab zu diesem „Dokumentarfilm" folgende Inhaltsbeschreibung: „Dokumente mit einer deutschen Unterschrift haben Wert und Bestand. Das mittelalterliche Sprichwort: ‚Trau keinem Fuchs auf grüner Heid und keinem Jud bei seinem Leid', beruhte auf der alltäglichen Erfahrung. Richard Wagner hatte die unerbittlich klare Erfahrung für sich, als er den Juden als einen ‚verkörperten Dämon des Verfalls' bezeichnete. . . . Wir, die wir schon im Weltkrieg im Osten gestanden haben, kennen das schmutzhafte polnische Ghetto. . . . Es ist in seiner Struktur unverändert geblieben, nur neue Mengen von Menschen und Dreck und Ungeziefer sind dazu gekommen. . . . Das wimmelt durcheinander wie in einem Rattenhaufen, und der Film zieht mit aller Schärfe den Vergleich zwischen zweibeinigen jüdischen Ratten und den vierbeinigen Schmarotzern aus der Tierwelt . . ."[109]

Ein anderer Förderer des Nationalsozialismus, der Marburger Psychologe Dr. E. R. Jaensch, veröffentlichte 1938 das Buch „Der Gegentypus". In einer Rede vor der Marburger Studentenschaft im Juni desselben Jahres stellte er den neuen „Geist" des Dritten Reiches seinem „Gegentypus" (Juden und Liberale) gegenüber. „Die Haltung ist nicht mehr die kontemplative, mediterrane, sondern die nordisch-deutsche der ‚Ritterlichkeit des Erkennens', die den Geist in den Dienst der Höherführung des Lebens und der Gesamtheit stellt.

105) Willertz, a. a. O., S. 641, vgl. auch dazu OZ vom 18. 1. 1934, „Die Kurorthygiene".
106) vgl. Anm. 104.
107) Zitiert bei Willertz, a. a. O., S. 628 (nach OZ vom 8. 3. 1937).
108) OZ vom 20. 1. 1934, „Die Rassenhygiene".
109) OZ vom 7. 12. 1940, „Der ewige Jude", s. Dokum. 39 auf S. 97.

Sie ist keine Kultur des reinen Geistes wie unter der Herrschaft des ‚Gegentypus', sondern eines Geistes der in vollem und ganzem, echt deutschen Menschentum gründet."[110]

Jaensch vertrat die These, der „Gegentypus" sei durch „eine Verwirrung der Sinneseindrücke, Unmännlichkeit, politischen Liberalismus und (oft) ausgebrochene oder doch latent vorhandene Tuberkulose" charakterisiert.[111]

Diese Merkmale galten dann später als Kriterien für die Annahme oder Ablehnung eines Einbürgerungsgesuchs. Der Anstragsteller wurde vom staatlichen Gesundheitsamt auf seine „erbgesundheitlichen Verhältnisse" (Stammbaum), auf seine „rassischen, körperlichen und seelischen" Merkmale und „das Vorliegen einer Tuberkulose" untersucht.

Konnte er „rassisch als dem deutschen Volk ähnlich und erscheinungsbildlich als gesund angesehen werden", gab die zuständige Behörde seinem Antrag statt.[112]

c) Die Behring-Feier 1940: Opportune Korrektur der Ideologie

Auch die Familie Behring hatte unter der antisemitischen Politik der Nationalsozialisten zu leiden.

Emil von Behring war wegen der Entdeckung seiner Serumtherapie 1901 der erste Nobelpreisträger überhaupt gewesen und genoß internationalen Ruf. In Deutschland wurde die Impfung der Soldaten gegen Wundstarrkrampf auf Aktivitäten der Behring-Werke durchgesetzt – eine Maßnahme, die z. B. die französische Armee schon Jahrzehnte vorher getroffen hatte.[113]

Die Ehefrau Behrings, Elsa, geb. Spinola, hatte letztlich seine Versuche und seinen erheblichen Grundbesitz mitfinanziert. Sie war Jüdin. Infolge ihres sozialen Engagements war sie in Marburg bekannt, u. a. war sie Vorsitzende des Deutschen Roten Kreuzes in dieser Stadt.[114] Sie starb 1938.

Behrings sechs Kinder galten demnach als Halbjuden. 1935 liefen Anfeindungen gegen von Behring in Julius Streichers Zeitschrift „Der Stürmer" an, weil er bei seinen Versuchen „Tierblut" mit „wertvollem arischen Blut vermischte". Trotzdem konnten die Nazis 1940 aufgrund seines Weltruhms nicht umhin, vom 4.–6. Dezember eine „50-Jahre Serumtherapie"-Feier abzuhalten, bei der das Emil-von-Behring-Denkmal am Pilgrimstein eingeweiht wurde. Die Enthül-

---

110) Willertz, a. a. O., S. 628, bes. Anm. 104).

111) vgl. Anm. 110.

112) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 3493, „Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit 1922–1944";
Beispiel soll hier das Einbürgerungsgesuch von Maria G. vom 18. Dezember 1943 sein, s. Dokum. 42 auf S. 100ff.

113) „Wann das Behring-Denkmal errichtet wurde." Auskunft von Frau Ulrich aus dem Behringarchiv an das Presseamt der Stadt Marburg vom 16. 12. 1981.

114) Rumpf, Wolfgang, freundlicherweise zur Verfügung gestellter Bericht vom 3. März 1982;
vgl. auch OZ vom 3. 12. 1940, „Emil von Behring: Retter der Kinder und Wohltäter der Menschheit"; in dem Artikel heißt es u. a.: „Marburg war ihm Schicksal geworden in vieler Hinsicht. Hier war er glücklicher Gatte und Vater. 'Du mußt durchaus hierherkommen', schreibt er an seinen Freund Wernicke, Dez. 1915 . . .".



Unterschrift zu diesem Foto in der OZ vom 3. 12. 1940: „Kinderreiche Mütter ehren den großen Forscher."

lung nahm Oberbürgermeister Scheller vor. Die Büste selbst hatte Prof. Dr. Georg Müller aus München geschaffen.

Zur Feier erschienen umfangreiche Artikel in der Oberhessischen Zeitung, die das Werk Behrings priesen. Eine offizielle Behring-Monographie wurde herausgegeben, in der über Frau v. Behring nur stand, daß sie aus einem reichen Mailänder Bankhaus stamme. Die Kinder wurden praktisch zu „Ariern" erklärt. In den Presseartikeln wurden die Familienangehörigen nicht gesondert erwähnt, „glücklicher Gatte und Vater" sei er gewesen, war das einzige, was der Leser über die Familiensituation erfuhr.[115]

Die Nazis feierten nur Behring selbst. Die Familienangehörigen wurden zu den Feierlichkeiten nicht eingeladen. Zu diesen waren jedoch Größen der Parteiprominenz nach Marburg gekommen. „Ja, wir stehen im Krieg, trotzdem können nur (wir) es uns im Großdeutschen Reich leisten, Kulturfeste zu feiern!"[116] Neben dem Rektor der Universität, Prof. Dr. Th. Mayer, dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Dr. B. Rust, und dem Reichsgesundheitsführer, Staatssekretär Dr. L. Conti, waren zahlreiche Gäste sogar aus dem Ausland nach Marburg gekommen.[117]

115) vgl. Anm. 114 und H. Zeiss/R. Bieling: „Behring, Gestalt und Werk". Berlin 1941. S. 454. Else Spinola, Tochter des Direktors der Köngl. Charité in Berlin.
116) OZ vom 4. Dezember 1940; „Erinnerungsfeier an Emil von Behring".
117) OZ vom 30. 11./1. 12. 1940; „Erinnerungsfeier an Emil von Behring".

Selbst Adolf Hitler zollte trotz der nunmehr modifizierten Anfeindungen Streichers dem „genialen Forscher" seinen Respekt. In einem Antworttelegramm an den Rektor der Philipps-Universität heißt es:

„Den am 50. Jahrestag des Bestehens der Serum-Therapie zur Erinnerungsfeier für Emil von Behring in Marburg Versammelten der medizinischen Wissenschaft und Praxis danke ich für die mir telegraphisch übermittelten Grüße. Ich erwidere sie herzlich mit meinen besten Wünschen für Ihre Weiterarbeit im Dienste der Heilkunde und der Gesundheitspflege.

Adolf Hitler."[118]

d) Der Alltag in nationalsozialistischer Sicht

Für die Bevölkerung waren die Hetztiraden gegen die Juden nur ein Teil des alltäglichen Lebens. Dennoch läßt sich auch für den ‚normalen' Alltag eine Verplanung und Durchorganisation erkennen. Es ist bezeichnend, daß z. B. in der Presse nationalsozialistische Tagesmeldungen neben hetzenden und diffamierenden Artikeln zu finden sind.

Während der Leser auf der einen Seite etwas über die „Kennkarte"[119] als neuen deutschen Personalausweis und über den Sonderstatus der Juden erfuhr, las er auch auf der anderen, daß die nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) Ferienfreuden schaffe für 120 Kinder, die aus Wien nach Marburg gekommen seien. Diese Fahrt „in das alte Reich . . . war für sie ein großes Ereignis!', denn einige waren noch nie mit dem Zuge gefahren. Mit Kaffee und belegten Broten für die Fahrt ausgerüstet, erreichten die ‚Buben und Madeln' die ‚neue Heimat', wo sie von Pflegeeltern freundlich aufgenommen wurden."[120]

Andere Artikel berichteten über Wehrsportversammlungen, zu denen Reservisten herangezogen werden konnten. Nachrichten über das Militär sollten den Nationalstolz der Bürger steigern, wobei nebenstehende antisemitische Artikel dieselbe Funktion durch negativen Kontrast erfüllten.

Auch die Universität nahm in der Berichterstattung einen zentralen Platz ein. So führte sie u. a. „Volksdeutsche Abende" zur „Wahrung des Deutschtums im Ausland" durch.[121] Organisiert wurden diese Veranstaltungen vom Bund Deutscher Akademiker (BDA). Hauptaussage der Vorträge war, „. . . unsere volksdeutschen Brüder zu hören und ihnen zu beweisen, daß wir Deutschen des Reichs die Volksgenossen von jenseits der Grenze nicht vergessen."[122]

Oder während der Reichskriegsminister z. B. Freiwillige für die Marine warb[123], startete der Kreisleiter der NSDAP eine Kampagne für den Kauf der „Volks-

118) OZ vom 5. 12. 1940, „Antworttelegramm des Führers", s. Dokum. 43 auf S. 102.
119) OZ vom 28. 7. 1938, „Kennkarte".
120) OZ vom 27. 8. 1938, „NSV schafft Ferienfreuden".
121) OZ vom 5. 8. 1938.
122) vgl. Anm. 121.
123) OZ vom 17. 8. 1938).

gasmaske" in Friedenszeiten: sie sei nötig zur Ausbildung im Luftschutz sowie zum Selbstschutz. Außerdem könne schließlich „. . . auch mal im Frieden etwas vorkommen. . ."[124], oder: „Vielleicht ist sie einmal Dein Lebensretter." Auch Aufrufe und Berichte über körperliche Ertüchtigung waren häufig zu lesen; so sollten Inhaber des SA-Sportabzeichens eine Wiederholungsübung im Kleinkaliberschießen und Handgranatenweit- und -zielwurf absolvieren.[125]

7. Folgerungen

Antisemitische Einstellung kann nicht quantitativ gemessen werden. Einzelbeispiele aber, die durch ihr häufiges Vorkommen eine Tendenz widerspiegeln, zeigen, wie in Teilen der Bevölkerung Antisemitismus nicht nur geweckt bzw. gefördert wurde, sondern sich zu einer inneren Grundhaltung verfestigte. Dieser Antisemitismus wurde durch die „Nürnberger Gesetze" legalisiert.
Fortan ging es nicht mehr nur um ‚spontane' Aktionen gegen Juden, sondern durch systematisches Vorgehen der Partei sollte öffentlich vor Augen geführt werden, wie „minderwertig" Juden seien und daß sie folglich nicht in die Gemeinschaft der Bürger gehörten. Das Zusammenspiel von überregionaler und lokaler Hetze, unterstützt durch akademische Vorträge, belegt, daß diese Kampagnen gut geplant und von oben nach unten durchorganisiert wurden. Die Nationalsozialisten verbanden mit ihren Hetztiraden zwei NS-Feindbilder miteinander, denn der Feind war nicht nur das Judentum, sondern der „jüdische Bolschewismus".
Um die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft wettzumachen, sorgten Aktionen von Parteigenossen dafür, daß z. B. dem „deutschen Bauern" freiwillig zu helfen sei, „. . . die reiche Ernte, die der Herrgott dem deutschen Volke gegeben hat, vor Brand und Zerstörung . . ." zu bewahren.[126]
Planung und Durchführung von antisemitischen Aktionen, von der Staatspartei kontrolliert, sollten vor allem gegenüber dem Ausland,[127] aber auch gegenüber loyalen Staatsbürgern den Schein der Legalität wahren helfen.

124) OZ vom 18. 10. 1938.
125) OZ vom 17. 8. 1938, „Heraus zum Kampf".
126) OZ vom 24. 8. 1938.
127) vgl. Anm. 103, Der Kommentar Dr. C. Hitzeroths zum bevorstehenden Reichsparteitag am 8. 9. 1936 mag hierfür ein Beispiel sein., s. Dokum. auf 44 S. 102ff.

III. Isolierte Menschen

1. Reichspogromnacht

Während der von den Nationalsozialisten sogenannten „Reichskristallnacht", jenem Pogrom in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, wurden in ganz Deutschland über 200 Synagogen in Brand gesteckt, 7500 jüdische Läden und Büros geplündert, 91 Juden ermordet und 26.000 Juden verhaftet.[128]

Die Marburger Synagoge befand sich in der Universitätsstraße. Noch zu ihrer Einweihung am 16. September 1897 hatte sich alles eingefunden, was „Rang und Namen in der Stadt besaß". Nach dem Einweihungsakt feierte man gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde „einen ergreifenden und zu Herzen gehenden Einweihungsgottesdienst."[129] In der Nacht zum 10. November ging diese Synagoge gleichfalls in Flammen auf.

Eingeleitet wurde die Reichspogromnacht durch die Ermordung des deutschen Gesandtschaftsrats vom Rath in Paris durch den Juden Herschel Feypel Grynszpan am 7. November 1938, der nach einem Schuldigen für die Vertreibung seiner Eltern suchte.

In der OZ kommentiert Dr. H. C. Hitzeroth dieses Ereignis unter der Überschrift „Deutschland trauert":

Die Tat Herschel Grynszpans habe eine „neue Welle" des „Abscheus und der Empörung" erregt, „die jetzt durch die deutschen Gaue flutet gegen seine Landsleute und Rassegenossen."[130] Die Geschichte der letzten fünf Jahre habe gezeigt, „daß das jüdische Element überall daran beteiligt ist, die Völker in Kampf und Haßstellung gegeneinander zu bringen." Weiterhin hieß es, der Tod vom Raths habe im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen ausgelöst.[131]

Wie „spontan" die „Reichskristallnacht" in der Stadt Marburg ablief, belegen Prozeßakten der Marburger Staatsanwaltschaft aus dem Jahre 1947 gegen die Synagogenbrandstifter. Aus diesen Akten ergibt sich folgendes Bild:

Am Abend des 9. November 1938 versammelte sich der Sturm III/11 der SA im Fronhof (Universitätsstraße), um den damals an diesem Tage alljährlich übli-

128) Allen, William S., Die deutsche Öffentlichkeit und die „Reichskristallnacht" in: Alltag im Nationalsozialismus (s. o.), S. 397.
129) Erinnerung und Gedächtnis zum 9. Nov. 1938, Presseamt der Stadt Marburg, (s. o.), S. 16.
130) OZ vom 10. 11. 1938, Dr. C. Hitzeroth, „Ein Fanal der Vergeltung", s. Dokum. 45 auf S. 104.
131) vgl. Anm. 130.



Die neue Synagoge an der Universitätsstraße wurde 1896/97 erbaut. Die in den Grundstein eingemauerte Urkunde enthielt u. a. die Namen des regierenden Kaisers, des Oberbürgermeisters der Stadt Marburg, des Rektors der Universität und des Standortkommandanten.

chen Appell durchzuführen (in Erinnerung an den Hitlerputsch vom 9. Nov. 1923). Danach trafen sich noch einige SA-Männer zu einem Kameradschaftsabend. „Im Laufe der Nacht erschienen der damalige SA-Brigadeführer Vielstich und der SA-Standartenführer Stollberg im Sturmlokal (Fronhof). Es wurde Alkoholverbot gegeben, das Telefon besetzt. Gleichzeitig wurde befohlen, daß keiner der anwesenden SA-Männer das Lokal verlassen dürfte. Der SA-Standartenführer gab dem Angeschuldigten Steih, dem damaligen Führer des SA-Sturmes III Jäger 11, Befehl, die Synagoge in Brand zu setzen. Auf die Umfrage Steihs meldeten sich dazu einige SA-Männer."[132] Es waren ungefähr 10–12 Männer. An die übrigen Anwesenden erging die Weisung: „Alles, was sich im Lokal befindet, muß hierbleiben, heute Abend erlebt ihr was."[133] Nach einer Erkundung der Synagoge wurden aus dem Geräteraum des SA-

132) Prozeßakten der Staatsanwaltschaft Marburg beim Landgericht, 2 KLs 13/49 der StA. Marburg, rechtskräftig: Mbg., den 17. August 1951, gegen Hans Steih u. a. wegen Brandstiftung.
Hier: Bericht des Untersuchungsrichters vom 10. 7. 1947, Bd. I, S. 109. S. Dokum. 46 auf S. 105ff.

133) Prozeßakten, a. a. O., Bd. I, S. 58.
Zeugenaussage von Heinrich Völker vom 25. März 1947.

Nachrichtensturms im Landgrafenhaus zwei Kanister mit Fußbodenöl geholt, die zur Inbrandsetzung der Synagoge verwendet wurden.
Die Polizei war inzwischen von dieser abgezogen worden, und die Feuermelder hatten SA-Leute besetzt, „um ein Alarmieren der Feuerwehr zu verhindern."[134] „Danach zogen etwa 10–12 Mann zur Synagoge, kletterten über den Zaun und drangen – teils durch's Fenster – in die Synagoge ein."[135] Bald darauf kam Qualm aus dem Gebäude. Ein Zeuge beobachtete von der Untergasse aus diesen Vorgang und schimpfte.[136]
Als die Synagoge in Flammen stand, rief der SA-Mann Heinrich Völker – als Elektriker fachkundig –, den Direktor des E-Werks an und fragte, „ob (er) die Sicherung aus der Verteilerstation, die sich in der Nähe der Synagoge befand, heraus nehmen sollte. Der Direktor sagte ja. (er) . . . begab (sich) dann zu der Verteilerstation, die an der Ecke Universitätsstraße–Gutenbergstraße steht, . . . und nahm die Hauptsicherung heraus."[137]
Die Feuerwehr, die schon am Tag zuvor informiert worden war, kam erst 1–2 Stunden nach der Brandstiftung, beschränkte sich aber darauf, die angrenzenden Häuser vor einem Übergriff der Flammen zu schützen.[138]
Ein vierzehnjähriger Junge, der dies beobachtete, rief: „Die löschen ja gar nicht!"[139]
Die Synagoge brannte vollständig aus; ihre Grundmauern wurden am Abend des 10. November gesprengt.
Der Angeklagte soll sich später gerühmt haben, er besitze noch die Streichholzschachtel, mit deren Streichhölzern er die Synagoge in Brand gesteckt habe[140].
Der SA-Sturmführer erhielt für seine Teilnahme beim Anzünden der Synagoge aus der Adolf-Hitler-Dank-Kasse heimlich eine Belohnung von 250.– Reichsmark.[141]
Auch im Landkreis Marburg war die Reichspogromnacht keine spontane Aktion, wie sich aus Dokumenten des Staatsarchivs erkennen läßt. Noch am 8. 11. 38 fragte der Kriminal-Assistent Hermann beim Marburger Landrat an, ob es aufgrund der Ermordung vom Raths in Marburg zu antijüdischen Ausschreitungen gekommen sei.[142]Die Antwort des Landrats lautete: „Fehlanzeige". Am 10. 11. 38, also direkt nach der Reichspogromnacht, ordnete die Sta-

134) Prozeßakten, a. a. O., Bd. I, S. 1, Zeugenaussage von Friedrich Groos vom 19. Mai 1945.
135) Prozeßakten, a. a. O., Bd. I, S. 109, Bericht des Untersuchungsrichters vom 10. 7. 1947.
136) Prozeßakten, a. a. O., Bd. I, Zeugenaussage von Friedrich Groos beim Untersuchungsrichter des Landgerichts vom 19. Juni 1947, S. 7.
137) Prozeßakten a. a. O., Bd. I, S. 59, Zeugenaussage Heinrich Völkers vom März 1947.
138) Dickinson, a. a. O., S. 222, „. . . .Even in those overall aspects of the situation where a plan is most evident – in the sluggishness of the police and fire departments, in the fact that the latter carefully doused the surrounding houses without drenching the fire itself – there is ambiguity."
139) Oberhessische Presse vom 11. 11. 1978, ein Artikel Hermann Bauers.
140) Prozeßakten wie Anm. 153, s. Dokum. 47, Blatt 387 auf S. 113.
141) Willertz, S. 631, bes. Anm. 111).
142) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4827; die Anfrage ist auf den 8. 11. 1938 datiert.



Die brennende Synagoge an der Universitätsstraße am 10. November 1938 (Dieses Foto machte der Chemigraph Karl Wagner, der am frühen Morgen des 10. November auf dem Weg zur Arbeit in der Druckerei der Oberhessischen Zeitung an der Brandstätte vorbeikam und einen Fotoapparat bei sich hatte)

po in Kassel an, daß bei antisemitischen Ausschreitungen Plünderungen und Diebstähle in jedem Fall zu vermeiden seien.[143]
Weiterhin sollten soviele arbeitsfähige Juden zwischen 16 und 60 Jahren festgenommen werden, als Haftraum zur Verfügung stehe.
Der SSD in Berlin befahl, alle spontanen antisemitischen Aktionen müßten von Ordnungspolizei in Zivil begleitet werden, um Plünderungen zu vermeiden und „zerstörte offene Läden, Wohnungen, Synagogen und Geschäfte von Juden . . . zu versiegeln, zu bewachen, vor Plünderungen zu schützen."[144] Außerdem sollten Brandlegungen vermieden werden.
Bis 8.00 Uhr am 10. November war der Stapo in Kassel zu melden, wieviele Juden bis dahin festgenommen und wieviele Synagogen demoliert worden seien. Mißhandlungen von Juden sollten in jedem Fall unterbleiben. Um 21.00 Uhr ordnete die Staatspolizeidienststelle in einem Telegramm an, sämtliche verhafteten Juden seien bis zum 11. November nach Kassel, Kaserne Hohenzollernstraße 6, zu transportieren.[145] Am gleichen Abend erging die Anweisung vom Regierungspräsidenten in Kassel, daß auf Anordnung der obersten Parteileitung alle spontanen antisemitischen Aktionen jeglicher Art zu unterbleiben haben.
Auf Anweisung der Gestapo vom 14. November war von einem Wiederaufbau der zerstörten Synagogen bis auf weiteres abzusehen und alle Personen, die geplündert hätten, festzunehmen. Juden sollten aus der Haft entlassen werden, wenn sich ihre Auswanderungsabsicht in einem konkreten Stadium befände (Antrag auf Visumerteilung gestellt).[146]
In einer Anweisung vom 17. November veranlaßte die Gestapo den Landrat, auch dann einen Antrag auf Haftentlassung für Juden zu stellen, wenn diese ihren Besitz „arisieren" lassen wollten.[147] Am 21. November meldete der Gendarmerie-Obermeister Klawitter dem Landrat in Marburg, haftfähige Juden seien im Raum Marburg nicht mehr vorhanden.[148]
Nicht alle Verhafteten kehrten aus dem KZ Buchenwald zurück. Einer Marburgerin schickte man die Asche ihres Mannes.[149]

---

143) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4827; Die telefonische Anordnung der Stapo vom 10. 11. 1938, 5.03 Uhr, richtete sich an alle Landräte in ihrem Machtbezirk. In ihr heißt es: „Soweit im dortigen Bezirk Aktionen gegen Juden stattfinden, ist hiergegen einzuschreiten, als deutsches Leben und Eigentum gefährdet ist. Plünderungen und Diebstähle sind zu verhindern. Plünderer sind festzunehmen. Im dortigen Bezirk sind soviele Juden festzunehmen, als Haftraum zur Verfügung steht. Mißhandlungen dürfen in keinem Fall vorkommen. Festzunehmen sind nur gesunde, männliche und arbeitsfähige Juden, jedoch keine Ausländer, da Lagerüberführung von hier geplant ist. Nach Möglichkeit ist darauf zu achten, daß begüterte Juden festgesetzt werden. . .".
144) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4827; Anweisung vom SSD in Berlin an den Kasseler Regierungspräsidenten, der sie an den Landrat weiterleitete, vom 10. Nov. 1938, s. Dokum. 48 auf S. 123.
145) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4827; Schreiben der Stapo in Kassel an den Landrat in Marburg. S. Dokum. 49 auf S. 124.
146) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4827; Anweisung der Gestapo in Kassel an den Landrat in Marburg vom 14. 11. 1938, s. Dokum. 52 auf S. 127, bes. Pkt. 1 und 3.
147) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4827; Anweisung der Gestapo an den Landrat vom 17. 11. 1938, s. Dokum. 51 auf S. 126.
148) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4827; Meldung des Gendarmeriemeisters Klawitter an den Landrat in Marburg, vom 21. 11. 1938.
149) Katz, a. a. O., S. 39.

Trotz der oben erwähnten Befehle, war die Zerstörung jüdischer Einrichtungen im Landkreis relativ hoch. In fast jeder Gemeinde wurden jüdische Häuser demoliert und Juden, trotz des Verbots der Gestapo, geschlagen. Ein typisches Beispiel liefert die Gemeinde Wohra, in der in der Nacht vom 9. auf den 10. Nov. ein LKW mit 30 Personen vorfuhr, die alle Juden Wohras aus ihren Häusern herausholten und auf der Straße zusammenschlugen.[150]
Auch in Neustadt, Wetter, Fronhausen, Josbach, Mardorf, Momberg, Roth und Wohra wurden die Synagogen bzw. Betsäle schwer beschädigt oder sogar vollständig „zusammengehauen". Die Synagoge in Schweinsberg wurde außerdem angezündet.[151]
Die Reichspogromnacht war eine gesteuerte Aktion. Zwar wußten wohl nicht alle von einer minutiösen Planung, doch ist nachweisbar, daß jede antisemitische Aktion solchen Ausmaßes von Staats- oder Parteiinstitutionen gelenkt wurde, um dann von den jeweiligen Organen auf lokaler Ebene ausgeführt zu werden.

2. Wer beteiligte sich an der Reichspogromnacht?

Über die „Reichspogromnacht" in Marburg konnten die Bürger am 10. 11. 38 in der O. Z. lesen: „(als die Ermordung vom Raths bekannt wurde) . . . bemächtige sich in unserer Stadt aller Volksgenossen eine gewaltige Erregung. Wo man hinhörte, war eine ungeheure Empörung über den Mord festzustellen. . . . Da kann man es verstehen, daß die erregten Volksgenossen ihrer Wut in irgendeiner Form Ausdruck geben mußten."[152]
Aus den Akten der Staatsanwaltschaft Marburg von 1952 (Wiederaufnahmeverfahren gegen die Synagogenbrandstifter) erfährt man Folgendes über die Verantwortung für und die Mitbeteiligung an der „Reichskristallnacht":
„Am Morgen des 9. Nov. 1938 erschienen bei dem damaligen Standartenführer Stollberg (s. o.) zwei Angehörige des Sicherheitsdienstes (SD) aus Kassel in SS-Uniform, deren Namen nicht bekannt geworden sind, und gaben Stollberg den Befehl, die Synagoge in Brand zu setzen. Als Stollberg daraufhinwies, daß er keinen Befehl entgegenzunehmen brauche, ließen sie erkennen, daß die Synagoge in jedem Falle, also auch ohne seine Mitwirkung, zerstört würde."[153]
In der Stadt Marburg waren ausschließlich SA-Leute an der Brandstiftung beteiligt, die schon im Fronhof z. T. den Befehl erhalten hatten, „. . . nach Hause zu gehen und sich ‚Räuberzivil' anzuziehen."[154]

150) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4829, „Ausschreitungen gegen Juden 1938–1948"; vgl. Aussagen des LKW-Fahrers vom 23. 12. 1938.
151) StaM, 180 L. A. M, 180 L. A. Mbg., Nr. 4829.
152) OZ vom 10. 11. 1938, s. Dokum. 45 auf S. 104.
153) Prozeßakten der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Marburg a. d. Lahn, 2 KLs 42/47, Bd. I, rechtskräftig: Mbg., den 13. 3. 1953, gegen Hans Steih u. a.: Hier: Urteilsbegründung aus Wiederaufnahmeverfahren vom 9. Dezember 1952, S. 385. S. Dokum. 47 auf S. 105ff.
154) Urteilsbegründung Prozeßakten (2 KLs 42/47), S. 386. S. Anm. 153.

Auch im Landkreis Marburg beteiligten sich zum überwiegenden Teil SA-Männer, die in der Regel nicht in Uniform auftraten, an der Reichspogromnacht. Es nahmen dort jedoch auch solche Personen teil, die aufgrund ihrer antisemitischen Einstellung ‚lediglich' jüdischen Besitz zerstören wollten. Schließlich sollten nur die Personen strafrechtlich verfolgt werden, die sich durch Plünderungen persönlich zu bereichern gedachten oder die sich „Verfehlungen sadistischen Ursprungs" zu Schulden haben kommen lassen.[155] Insofern kann man davon ausgehen, daß sich nur relativ wenige ‚Zivilpersonen' aktiv an den Zerstörungen der Reichspogromnacht beteiligten.

3. Reaktion der Bevölkerung

Zum Verständnis der Verhaltensweisen der Bevölkerung gegenüber den Geschehnissen in der „Reichskristallnacht" soll hier die Reaktion der Bürger der Stadt Marburg als Beispiel dienen.

Als die Marburger Synagoge in Flammen stand, hatte sich früh am Morgen in der Universitätsstraße eine Menschenmenge eingefunden, nach deren Verhalten sich vier Gruppen untergliedern lassen:

1. Ein Teil stand vor der brennenden Synagoge und sah sich das entsetzliche Geschehen an, wagte aber nicht, sich dazu zu äußern.
2. Ein anderer, kleinerer Teil war von dem Brand „angewidert und angeekelt".[156] Er wagte jedoch nicht, aktiv Widerstand zu leisten.
3. Manche gingen an der Synagoge vorbei oder sahen sich den Brand an und meinten, daß „es ihnen (den Juden) Recht geschehe."[157]
4. Wenige hätten sich auch persönlich an dieser Aktion aktiv beteiligen wollen.

Allgemein standen die Marburger den Ereignissen dieser Nacht wohl eher ablehnend gegenüber. Einzelbeispiele belegen dies: Arthur Katz z. B. schreibt in seinen Erinnerungen: „Ich weiß, daß auch vielen Marburgern Los und Leiden der Juden zu Herzen ging."[158]

Eine Diakonisse meinte, „dass dieser Frevel die meisten Bürger sehr empörte."[159]

Schon bei der Inbrandsetzung der Synagoge hatte ein Bürger die SA-Männer bei ihrem Einstieg in diese beschimpft[160], was in der damaligen Situation als mutig angesehen werden muß.

Ein Unternehmen, bei dem zweifellos Leib und Leben auf's Spiel gesetzt wurden, stellte auch die Rettung der Thora-Rollen (sie enthalten den Pentateuch,

155) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4829.
156) Gespräch H. Bauer.
157) Gespräch H. Bauer.
158) Katz, a. a. O., S. 39.
159) Prozeßakten, (2 KLs 13/49), Bd. I, S. 114, Schreiben der Diakonisse Mathilde Krumma D. (ehemalige Leiterin des St. Elisabethhauses) an die Mbg. Staatsanwaltschaft vom 14. Juli 1947.
160) vgl. Anm. 136.

d. h. die fünf Bücher Moses') und der Kult-Bücher aus der brennenden Synagoge dar. Bis heute ist ungeklärt, wer sie vor dem Verbrennen bewahrte.[161]
In einer Aktennotiz von Dr. Käthe Neumann, Mitarbeiterin der Religionskundlichen Sammlung der Philipps-Universität, aus dem Jahr 1955 heißt es:
Die „geretteten Thora-Rollen und jüdischen Bücher wurden zunächst im Staatlichen Finanzamt aufbewahrt. Gegen Ende des Jahres 1943 ging den staatlichen Finanzämtern, die damals als Treuhänder jüdischen Eigentums fungierten, die Weisung zu, Bücher und dergleichen aus jüdischem Besitz teils als Material an Papierfabriken, teils an die Rosenberg-Institute (das Amt Rosenberg war eine Dienststelle der NSDAP, die sich mit Weltanschauungsfragen beschäftigte) zu schicken und einen unverwendbaren Restbestand zu zerstören."[162]
Im Dezember übernahm die jüdischen Schriften die Religionskundliche Sammlung, wo sie bis 1946 aufbewahrt wurden, um dann wieder in den Besitz der zu dieser Zeit neu entstandenen jüdischen Gemeinde zu gehen.

4. Reaktion des Staates

Aufgrund „ihrer feindlichen Haltung ... gegenüber dem deutschen Volk und Reich" wurde den Juden „die Zahlung einer Kontribution von 1.000.000.000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt."[163]
Ferner hatten die Juden die Schäden ihrer Wohnungen und Gewerbebetriebe „zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben"[164] selbst zu beseitigen und zu bezahlen. Versicherungsansprüche wurden „zugunsten des Reichs beschlagnahmt."
Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Deutschen Wirtschaftsleben. Vom 12. November 1938."[165] und der „Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Vom 23. November 1938."[166] waren die Juden endgültig aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgesondert. Sie mußten ihre Betriebe und

161) Erinnerung und Gedächtnis . . ., a. a. O., unnummerierte S. 19. (vgl. Anm. 2)
Daß ein Rettungsvorgang im angegebenen Sinne vorliegt, halten wir für zweifelhaft:
Da bereits vor der Reichspogromnacht Scheiben an der Synagoge eingeworfen worden waren, hatte wohl der jüdische Synagogenvorsteher die Thora-Rollen mit nach Hause genommen. Dort wird sie das Finanzamt nach der Deportation vorgefunden und übernommen haben. Ferner ist die Rettungsabsicht der Leitung der Religionskundlichen Sammlung nicht als bewiesen anzusehen, da 53 Bücher als unbrauchbar an das Finanzamt zurückgesandt und somit der Vernichtung preisgegeben wurden. Wie konnte die Religionskundliche Sammlung über brauchbar oder unbrauchbar entscheiden?

162) Kirche in Marburg, November 1979, S. 158 (Wiederabgedruckt in „Erinnerung und Gedächtnis", a. a. O.).

163) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; „Judenangelegenheiten, Judenvermögen 1938–1939": Reichsgesetzblatt (Teil I) vom 14. November 1938. „Verordnung über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit. Vom 12. November 1938.", s. Dokum. 53 auf S. 128.

164) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben. Vom 12. November 1938".

165) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Vom 12. November 1938.", s. Dokum. 54 auf S. 129.

166) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; „Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Vom 23. November 1938.", s. Dokum. 55 auf S. 130.

Geschäfte schließen und in „arische" Hände überführen. Es wurde „zwangsarisiert".

Die Arisierungsmaßnahmen hatten sich jedoch „im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu bewegen"[167], d. h. Juden mußten einen Käufer finden, dem sie in einer bestimmten ihnen gesetzten Frist ihr Eigentum zu verkaufen hatten.[168] Käufer fanden sich dann auch mehr als genug, und sie kauften jüdisches Eigentum oft unter dessen realem Wert.

Auch der Staat profitierte von diesen „Arisierungsmaßnahmen". Juden mußten ihre Wertpapiere „in ein Depot bei der Devisenbank" einlegen.[169] Sie durften Juwelen, Schmuck- und Kunstgegenstände nicht selbst veräußern, sondern hatten sie in „den vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen" zu verkaufen.[170]

Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe von Juden deutscher Staatsangehörigkeit waren bis zum 31. Dezember 1938 zu schließen. Juden sollten von nun an in deutschen Geschäften kaufen. „Daher haben alle Maßnahmen zu unterbleiben, durch die Gewerbetreibende veranlaßt werden, Juden nicht mehr zu bedienen."[171]

Mit den oben erwähnten Verordnungen kamen jedoch neue Probleme auf den Staat zu. Deutsche Käufer stritten sich darum, wer was von Juden kaufen durfte. Bei diesen Vorgängen schoben sich Pg's häufig jüdische Anwesen untereinander zu. So klagte z. B. eine Witwe aus Bürgeln dem Landrat in Marburg, daß sie das Anwesen der Jüdin Bertha Hess käuflich hatte erwerben wollen, der Ortsbauernführer ihr aber mitgeteilt habe, solch ein Vertrag würde keinesfalls genehmigt. Der Knecht des Ortsbauernführers habe es dann jedoch gekauft, obwohl sie aus dem Grundstück einen NSV-Kindergarten hatte machen wollen.[172]

Einige schreckten dabei auch nicht vor Denunziationen zurück. Der Reichsminister des Inneren weist dazu am 10. Januar 1939 an, daß „zur wirksamen legalen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft und zum Einsatz des jüdischen Vermögens für die Zwecke des Vierjahresplanes ... in letzter Zeit beobachtet worden sei, daß **deutsche** Volksgenossen um deswillen de-

167) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; Telegramm des Reichswirtschaftsministers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 22. November 1938: „Die Arisierungsmaßnahmen haben sich im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu bewegen. Jede Arisierung, die unter Ausserachtlassung dieser Bestimmung erfolgt, ist rechtsunwirksam. Jede lokale Sondermaßnahme hat zu unterbleiben. Die erforderlichen weiteren Maßnahmen erfolgen in den nächsten Tagen."

168) StaM, 330 Mbg., Acc 1973/1, Nr. 367, „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben", der Marburger Oberbürgermeister ordnete den Verkauf jüdischen Besitzes binnen einer Frist von vier Wochen an. Zustellbescheinigung an die jüdischen Geschäftsleute Marburgs vom 10. Dezember 1938. S. Dokum. 56 auf S. 134.

169) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens. Vom 3. Dezember 1938." Der Depotzwang für Wertpapiere wird in Artikel III angeordnet.

170) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; es handelt sich um Artikel IV der in Anm. 169 genannten Verordnung.

171) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; Vertrauliche Anweisung des Reichswirtschaftsministers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 30. Dezember 1938. s. Dokum. 57 auf S. 135; vgl. dazu auch: Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers vom 2. Januar 1939 an den Regierungspräsidenten in Kassel. s. Dokum. 59 auf S. 138.

172) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; Schreiben des Landrats an den Bürgermeister in Bürgeln vom 20. März 1939, s. Dokum. 60 auf S. 139ff.

nunziert wurden, weil sie früher einmal in jüdischen Geschäften gekauft, bei Juden gewohnt oder sonst mit Juden in geschäftlicher Beziehung gestanden haben. ... Der Herr Generalfeldmarschall (Göring, als Verantwortlicher des Vierjahresplanes) wünscht daher, daß diesem Unwesen nach Kräften Einhalt getan wird."[173]

Die zwischen Deutschen und Juden geschlossenen Verträge waren der Kontrolle des Staates unterstellt. Die Vertragspartner mußten die zuständigen Behörden um Erlaubnis fragen. So durfte zwar ein „Vermögensstück" über dem „Verkaufswert" erstanden werden, doch dann hatte der Erwerber, – weil er sich nach den Vorstellungen der Nazis einen Vorteil gegenüber anderen verschafft hatte und das „Vermögensstück für sich entsprechend einschätzte" – den „Unterschiedsbetrag zwischen vereinbartem Kaufpreis und Verkehrswert als Ausgleichszahlung an das Reich" abzugeben.[174]

Ab 1940 wurden Verkäufe jüdischen Besitzes angeordnet. Konnte oder wollte ein Jude seinen Besitz nicht verkaufen, wurde ein Treuhänder eingesetzt, der die Vertragsbedingungen mit dem Ankäufer aushandelte.[175] Bis Ende des Jahres war die gewerbliche Wirtschaft im Landkreis Marburg – bis auf wenige Ausnahmen – „entjudet".[176]

Die Nationalsozialisten hatten somit nach der Reichspogromnacht die Juden „legal" aus der Wirtschaft ausgeschaltet. Damit war ein integrierter und wichtiger Faktor aus dem differenzierten und über Jahrhunderte entwickelten Wirtschaftsgefüge Marburgs und seiner Umgebung zerstört worden. Die an der „Beute" profitierenden „Arier" konnten mit der Ausschaltung zufrieden sein.

5. Emigration

Schon vor der Reichspogromnacht förderten die Nazis Auswanderungsbestrebungen der Juden unter der Bedingung, daß eine Kapitalflucht jüdischen Vermögens ins Ausland mittels Anweisung unterbunden würde.[177]

173) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; Runderlaß des Reichsinnenministers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 10. Januar 1939. s. Dokum. 61 auf S. 141.

174) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2939; Anweisung des Reichswirtschaftsministers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 26. Juli 1939. s. Dokum. 62 auf S. 142.

175) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4078, „Verhandlungen über Arisierung von jüdischem Grundbesitz in Wohra. 1940–1942"; Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Hessen Nassau an den Landrat in Marburg vom 12. Oktober 1940.

176) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 2925, „Ausführung der VO über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. 12. 1938";
Am 13. August 1940 erhielt der Regierungspräsident den „Runderlaß des Reichswirtschaftsministeriums vom 23. Juli 1940" betreffs der „Entjudung der gewerblichen Wirtschaft". s. Dokum. 63 auf S. 143.
Am 22. August 1940 waren in einem Schreiben des Landrats an die Bürgermeister des Kreises alle noch in jüdischen Händen befindlichen Gewerbebetriebe zu melden. s. Dokum. 64 auf S. 144.
Beispiel für die Situation im Landkreis Marburg mag das Antwortschreiben des Bürgermeisters in Neustadt an den Landrat in Marburg vom 2. September 1940 sein. s. Dokum. 65 auf S. 145.

177) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 3487, „Auswanderungswesen (Allg.) 1910–1948"; Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 4. November 1936. Tauschgeschäfte zwischen Auswanderern und Rückwanderern sollten unterbleiben.
„Zur Zeit ist unter den auslandsdeutschen Kaufleuten leider die Neigung zu bemerken, nach Deutschland

Ab August 1938 wurden die Juden aus dem Reisevermittlungsgewerbe ausgeschlossen, denn die Auswanderungsbestrebungen sollten staatlich kontrolliert werden. Man setzte jüdische Auswanderungsagenten ein, die Reisen vermittelten.[178]

Nach dem 9./10. November 1938 wurde die Auswanderung mit der Bildung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland", deren Vorsitzender in Marburg Hermann Reis war,[179] „mit allen Mitteln gefördert".Außerdem errichtete die Regierung eine „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung" aus Vertretern des Reichsministeriums des Innern.

Diese sollte für das Reichsgebiet „. . . 1) alle Maßnahmen zur **Vorbereitung** einer verstärkten Auswanderung der Juden treffen, u. a. eine zur einheitlichen Vorbereitung von Auswanderungsgesuchen geeignete jüdische Organisation ins Leben zu rufen, alle Schritte zu tun, um die Bereitstellung und zweckentsprechende Verwertung in- und ausländischer Geldmittel zu erwirken, und in Zusammenarbeit mit der Reichsstelle für das Auswanderungswesen geeignete Zielländer für die Auswanderung festzustellen.

2) die Auswanderung zu lenken, u. a. für eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden zu sorgen;. . . "[180]

„Um die Auswanderung unbemittelter Juden zu ermöglichen, sollen die wohlhabenden Juden im Falle ihrer Auswanderung zu einer besonderen Abgabe herangezogen werden. . . "[181]

Die wohlhabenden Juden hatten dieser Anordnung des Reichsministers des Inneren zufolge den „Hundertsatz" ihres Vermögens der zuständigen jüdischen Kultusvereinigung zu entrichten. Nur wenn er einen bestimmten Betrag entrichtet hatte und demnach seinen Verpflichtungen der Kultusgemeinde gegenüber nachgekommen war, durfte ihm ein Reisepaß ausgestellt werden. Außerdem wurde geprüft, ob der Auswandernde mit „der Zahlung von Kreissteuern oder sonstigen Kreisabgaben im Rückstande" war. Andernfalls sollte der Reisepaß einbehalten werden.[182] Alle diese Umstände erschwerten die Auswanderung, so daß der Regierungspräsident schon am 3. Dezember 1938 anordnete, die Juden sollten bei der „Entjudung des Grundbesitzes" angemessene Preise erhalten, da ihr Vermögen ohnehin durch Sonderbelastungen mit der „Sühneleistung" und der „Reichsfluchtsteuer", die ihnen nach der Reichs-

---

zurückzuwandern und sich dabei die geschäftlichen Möglichkeiten zunutzezumachen, die sich aus dem Bestreben jüdischer Staatsangehöriger, aus Deutschland auszuwandern, ergeben."

178) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 3487; Erlaß des Reichswirtschaftsministers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 30. August 1938.

179) Dickinson, a. a. O., S. 235.

180) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 3487; Anordnung des Chefs der Sicherheitspolizei S-PP (II) (Heydrich) in Berlin an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 11. Februar 1939.
Das Zitat stammt aus einem Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan Göring an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 24. Januar 1939. s. Dokum. 66 auf S. 146.

181) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 3487; Vertraulicher Schnellbrief des Reichsministers des Inneren an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 25. Februar 1939. s. Dokum. 67 auf S. 147.

182) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 3487, Schreiben des Landrats in Marburg an die Vorsitzenden des Kreisausschusses vom 22. Februar 1939.



Verunglimpfung der Juden im Marburger Faßnachtszug im Februar 1936
(Foto: F. Unkel)

pogromnacht aufgebürdet worden waren, stark beschnitten würde.[183] Die finanzielle Situation stellte für viele Juden ein entscheidendes Hindernis bei der Auswanderung dar. Obwohl eine Abgabe für die minderbemittelten Juden vom Reich für ihre Auswanderung gefordert wurde, konnten es sich in der Regel nur wohlhabendere Juden leisten, eine neue Existenz in einem andern Land aufzubauen.

Wenn auch Arbeitsbescheinigungen und Zeugnisse jüdischer Arbeitskräfte über ihre Berufsausbildung oder ihre fachliche Kenntnis ausgestellt werden durften,[184] die es vielleicht ermöglicht hätten, sie für einen Arbeitsplatz im Ausland zu empfehlen, wollten doch viele ihre vertraute Umgebung nicht verlassen. Ziele der Marburger Emigranten waren überwiegend Palästina und die USA. Erlangte ein Jude erfolgreich eine andere Staatsbürgerschaft, so wurde er in Deutschland stereotyp „der Reichsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil er durch sein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt hat."[185]

183) StaM, 330 Mbg., Acc: 1973/1, Nr. 367 (s. o.); Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel an den Marburger Oberbürgermeister vom 3. Dezember 1938. s. Dokum. 57 auf S. 135.

184) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 3487; Anordnung des Reichsministers des Inneren an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 21. Januar 1939.

185) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 3493, „Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit 1922–1944";
Die Ausbürgerungsurkunden waren vorgedruckt, so daß nur noch die Namen eingesetzt werden brauchten. Beispielhaft wurde hier die Ausbürgerungsurkunde des Juden Erich Steinhauer aus Kirchhain vom 26. Januar 1939 zitiert. s. Dokum. 68 auf S. 148.

6. Folgerungen

Die Reichspogromnacht stellte die einzige größere antisemitische Aktion dar, die es jedem Bürger ermöglichte, ungestraft über jüdischen Besitz herzufallen – und in einzelnen Fällen auch Juden zu mißhandeln. „Arier" konnten sich beteiligen, wenn sie den Rahmen der Planung dieser Maßnahme nicht sprengten. Der größte Teil der Bevölkerung lehnte jedoch die Geschehnisse der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 ab. Das bedeutet aber keineswegs, daß die Bevölkerung prosemitisch eingestellt war. Für die Mehrzahl der Marburger war die Synagoge ein Gotteshaus, das man nicht einfach anzünden konnte. Viele fragten sich wohl auch, wer die nächsten seien und wann ihre Kirche in Flammen aufgehe.[186] Zahlreiche Bürger empfanden die „Reichskristallnacht" vor allem als eine Störung von „Ruhe und Ordnung".[187] Mit dieser Nacht sollte den Juden gezeigt werden, daß sie einer wehrlosen Minderheit angehörten, auf die das Regime den Haß der Bevölkerung ‚spontan' zu lenken versuchte, wenn die Staatsmacht das aus ideologischen Gründen für notwendig hielt.

Für fanatische Antisemiten wie Julius Streicher, den Herausgeber der antisemitisch-pornographischen Zeitschrift ‚Der Stürmer', war die Ermordung vom Raths ein willkommener Anlaß, die Synagogen Deutschlands in Flammen aufgehen zu sehen. Er hatte schon am 10. August 1938 (!) in Nürnberg nach einer Rede „einen Kran in Bewegung gesetzt, um die Synagoge abzureißen; als erstes holte er den Davidstern herunter."[188] Dies alles unterstreicht die exakte Planung der „Reichskristallnacht" lange vor der Ermordung vom Raths.

Nach dem 10. November waren die Juden nicht nur isoliert, sondern wurden durch den Verlust ihres Eigentums, das z. B. eine Grundlage für die ohnehin erschwerte Auswanderung hätte darstellen können, zu wehrlosen Menschen.

In der Folgezeit übernahm die SS die antisemitische Politik, um „durchschlagende Aktionen und weniger Zerrissenheit" im Vorgehen gegen die Juden zu zeigen.[189] Diese führte die Juden „mit Sachkenntnis und Disziplin" in die Konzentrationslager.[190]

186) Allen, W. S., a. a. O., S. 403.
187) vgl. Anm. 186.
188) Huber, Heinz und Müller, Arthur (unter Mitwirkung von Prof. Waldemar Besson), Das Dritte Reich – seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten, 2. Bd., Wiesbaden 1964, S. 504.
189) Allen, a. a. O., S. 410.
190) Allen, a. a. O., S. 410.

IV. Wehrlose Menschen

1. Judenstern

Ab 1941 wurde allen noch im nationalsozialistischen Machtbereich verbliebenen Juden der deutlich sichtbar zu tragende „Davidstern" in der Öffentlichkeit als Kennzeichen aufgezwungen:„ ein handtellergroßer, schwarz ausgezogener Sechsstern, aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Jude". Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes festaufgenäht zu tragen" (9. 9. 1941). Diese Zwangsmaßnahme machte die völlige Absonderung der Juden unübersehbar.
Er bildete das Symbol für die Wehrlosigkeit der Staatsmacht gegenüber. Auf Anordnung Heydrichs vom 1. 9. 1941 mußte ihn jeder Jude, der älter war als 6 Jahre, seit dem 19. 9. 41 in Marburg tragen. Die Ausführung der Anordnung war den Landräten der Kreise auferlegt. Proteste der deutschen Bevölkerung gegen den Judenstern sind in den Dokumenten nicht zu finden. Das Gegenteil war der Fall: So schrieb der Ortsgruppenleiter der NSDAP in Lohra an den Oberbürgermeister in Marburg am 26. 9. 41: „Ich bitte Sie, dafür besorgt zu sein, daß die Jüdin Ida „Sarah" Wetterau sofort den Stern erhält, damit ihr schmierig jüdisches Gebaren endlich auch in der Öffentlichkeit entsprechend bescheinigt wird."[191] Auf diese Weise versuchte der Ortsgruppenleiter die für diese Frau geltende Sonderregelung (Mischehe mit zwei Kindern) aufzuheben, um ihr das Tragen des Judensterns aufzuzwingen.
Eine noch stärkere judenfeindliche Haltung zeigte derselbe Ortsgruppenleiter in einem Schreiben vom 27. 10. 1941 an den Landrat in Marburg. Er berichtete über eine von ihm miterarbeitete Eingabe, die mit dem „Antrag" schloß, daß „die Partei und die Staatsdienststellen den Judenklüngel und seine Förderer mit Rumpf und Stumpf ausrotten" sollten.[192]
Ein anderes Beispiel, wie Juden dem Spott der Straße ausgeliefert waren, berichtete uns Wolfgang Rumpf: „Die stadtbekannten Brüder Moses, die am Barfüßertor wohnten, wollten aus der Universitätsstraße das Haspelgäßchen herauf nach Hause; ein Junge, kaum zwei Jahre älter als ich (ca. 14 Jahre alt), in

191) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822, „Juden: Allgemeines und Besonderes", enthält Listen 1938–1942. Antrag des Ortsgruppenleiters der Gemeinde Lohra vom 26. September 1942 an den Herrn Bürgermeister.
192) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4826, „Judenangelegenheiten (Allg. Erlasse, besondere Angelegenheiten)"; Schreiben des Ortsgruppenleiters der Gemeinde Lohra an den Kreisleiter der NSDAP in Marburg vom 15. August 1941.

HJ-Uniform, verstellte ihnen den Weg und zwang sie, den langen Umweg über den Wilhelmsplatz zu nehmen. Dieser Zeitgenosse wohnt noch in unserer Stadt."[193]

Auch die immer wiederkehrenden antijüdischen Hetzartikel in der Oberhessischen Zeitung schürten Haß gegen die Juden. So schrieb z. B. am 21. 3. 1939 die OZ unter der Überschrift „Juden in Kurhessen": „Tierische Sinnlichkeit ist eine geläufige Erscheinungsform der jüdischen Rasse. In jungen Jahren, da der deutsche Mensch seiner Berufsausbildung nachgeht, seinem Studium, dem Arbeits- und Wehrdienst nachgeht, spukt in den jungen verschlagenen Judenköpfen triebhafte Sinnlichkeit. Wunder und Geheimnis des Lebens, die der heranwachsende Deutsche mit heiliger Ehrfurcht erlebt, werden für den aus dem Orient stammenden Judenbengel zum Tummelplatz abscheulicher Schweinereien. . . ."[194]

Die Presse, die Juden zu asozialen Menschen, ja zu Tieren abstempelte, ermöglichte es u. a., den Judenstern, ohne den geringsten Widerstand einzuführen. Auch als am 21. 4. 1942 die Wohnungen der Juden, einer Verordnung der Gestapo zufolge, mit einem Judenstern zu kennzeichnen waren, blieb jeglicher Widerstand aus.[195] Die öffentliche Brandmarkung der jüdischen Minderheit war somit ein perfekt durchdachtes und vollzogenes System der Isolierung.

2. „Judenbann" Ausgehverbot, Verkehrsmittelverbot und Verbot, die Wohngemeinde zu verlassen

Das Ausgehverbot für Juden wurde am 16. Mai 1940 verhängt und über die Geheime Staatspolizei in Kassel nach Marburg weitergeleitet. Damit war das in einem Rundschreiben verhängte Ausgehverbot vom 10. 9. 1939 verschärft worden. Die Gestapo verordnete den Juden – über den Oberbürgermeister in Marburg –, vom 1. 4. bis zum 30. 9. 1940 von 21.00 Uhr bis 5.00 Uhr und vom 1. 10. bis zum 31. 3. 1941 von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr ihre Häuser nicht zu verlassen. Die jüdischen Kultusvereine waren von dieser Anordnung unterrichtet.[196]

193) Rumpf, Wolfgang, Bericht vom 3. März 1982, s. o.

194) OZ vom 21. 3. 1939.

195) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822, „Juden (Allgemeines und Besonderes), enthält: Listen 1938–1942"; Anordnung vom 21. 4. 1942 der Gestapo in Kassel an den Oberbürgermeister in Marburg (als Ortspolizeibehörde). In der Anordnung heißt es: „Da die Juden jede Möglichkeit benutzen, sich auch weiterhin zu tarnen, ist es notwendig, die Kennzeichnungen der Wohnungen von Juden durchzuführen. Zu diesem Zweck ist die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland angewiesen worden, für eine sofortige Kennzeichnung der Wohnungen von Juden Sorge zu tragen. Dementsprechend haben (Staatsangehörige, Staatenlose usw.) jüdische Wohnungsinhaber, die nach der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBL. I, S. 547) und den dazu ergangenen Runderlassen des Reichsministers des Inneren vom 15. 9. 1941 und 16. 2. 1942 – Pol S IV B4b-B Nr. 940/41-6 –zum Tragen des Judensterns verpflichtet sind, ihre Wohnungen zu kennzeichnen." S. Dokum. 70 auf S. 150ff.

196) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822, Anordnung der Gestapo in Kassel an den Oberbürgermeister in Marburg.

Mit der Einführung des Judensterns durch Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden am 1. September 1941, die am 15. September 1941 in Kraft trat, traf die Juden eine weitere antisemitische Maßnahme: es war ihnen von nun an untersagt, ohne schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde den Bereich der Wohngemeinde zu verlassen.[197] Die Bewegungsfreiheit der Juden war dadurch erheblich beeinträchtigt: lediglich in ihrem Wohnraum durften sie sich frei bewegen. Vom 15. 9. 1941 an durften die Juden auch keine Verkehrsmittel mehr ohne besondere Genehmigung der Ortspolizeibehörde benutzen. Diese Genehmigung wurde nur dann erteilt, wenn Juden für den Arbeitseinsatz in Industriebetrieben benötigt wurden (z. B. im städtischen Gaswerk):[198]
„Um im Interesse der Erhaltung ihrer (der Juden) Arbeitskraft für die deutsche Kriegsproduktion den mit längeren Fußmärschen verbundenen Zeit- und Kräfteverlust bei den jüdischen Beschäftigten zu vermeiden, ist von einem völligen Ausschluß der Juden von den öffentlichen Massenstraßenverkehrsmitteln abzusehen."[199]
Ausnahmen für eine Reise gab es auch bei familiären Gründen (Tod oder schwere Krankheit eines nahen Verwandten).[200]

3. Re-Ghettoisierung

Am 28. November 1938 erging die Verordnung zur Einführung der Wohnbeschränkung für Juden. Im Verlauf der Durchführung dieser Verordnung wurden die Juden im gesamten Reich in den jeweiligen Städten und Orten enger zusammengefaßt; d. h.: sie wurden, wenn sie in einem vorwiegend von „arischen" Deutschen bewohnten Haus lebten, mit anderen Juden in ein vorwiegend von Juden bewohntes Haus versetzt.[201]

197) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822; dies ist ersichtlich aus einem Schnellbrief Heydrichs vom 15. September 1941, in dem er unter anderem folgende Anordnung erläßt: „Erlaubnisbescheinigungen dürfen nur an Juden ausgestellt werden, die eines der nachstehenden bezeichneten Ausweispapiere vorlegen, u. zw.: deutsche Staatsangehörigkeit, einen Reisepaß, einen Kinderausweis, eine Kennkarte oder einen amtlichen Lichtbildausweis. . .
Erlaubniserteilungen kommen nur beim Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit des Verlassens der Wohngemeinde in Betracht, worunter u. a. regelmäßig fallen werden:
Arbeitseinsatz, der durch amtliche Bescheinigungen des zuständigen Arbeitsamtes nachgewiesen ist,
Behördliche Vorladungen oder Maßnahmen, die ein Verlassen der Wohngemeinde notwendig machen, was gleichfalls von Seiten der Juden durch Vorlage einer amtlichen Bescheinigung bei der ausgestellten Behörde oder Dienststelle unter Beweis zu stellen ist . . .".

198) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822; in einer Anordnung vom 16. Oktober 1941 des Reichsministers des Inneren heißt es unter Punkt 4:
„Bei Kraftposten im Überlandverkehr sind Juden mit Erlaubnisschein nur zu befördern, soweit Platz vorhanden ist. Erforderlichenfalls haben Juden auch an Unterwegsorten den Wagen zu verlassen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müßten. Bereits entrichtete Fahrgebühren sind dann anteilmäßig zu erstatten, ohne die besondere Verwaltungsgebühr einzubehalten."

199) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822; Anmerkung des Reichsverkehrsministers zu Punkt 1 seines Schreibens vom 18. November 1941, welches die Benutzung der Straßenverkehrsmittel durch Juden regelt. Punkt 1 lautet: „Im Interesse der deutschen Kriegsproduktion darf der Arbeitseinsatz der Juden nicht gefährdet werden." s. Dokum. 71 auf S. 152ff.

200) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822; vgl. Anm. 197.
Schreiben Heydrichs IIa, letzter Punkt.

201) Moeller, Gabriel, a. a. O., Dokument Nr. 17.

Auch in Marburg wurden die Juden im Rahmen der Reghettoisierung auf einige noch Juden gehörende „Sammelhäuser" konzentriert:
Es handelte sich hier insbesondere um die Häuser:

Heusingerstraße 1–3	Steinweg 16
Barfüßertor 15b	Schulstraße 16
Untergasse 17	Schwanallee 15[202]

Im Landkreis Marburg verordnete die Gestapo auf Anweisung des Reichsführers SS (RFSS) am 12. 12. 38, eine Anzahl von Gemeinden vorzuschlagen, die geeignet wären, Personen zur Einengung ihrer Bewegungsfreiheit aufzunehmen. Bei der Meldung der Orte war insbesondere darauf zu achten, daß eine gut durchführbare polizeiliche Überwachung gesichert war.[203] Wenn auch die Rückmeldung des Landrats an die Gestapo im Staatsarchiv nicht auffindbar ist, muß die Anweisung ordnungsgemäß bearbeitet worden sein. Denn aus den Statistiken der gleichen Akte ist ersichtlich, daß in der Zeit vom 1. 4. 41 bis zum 30. 6. 41 Neustadt, Allendorf und Niederklein „judenfrei" gemacht wurden. Auf der gleichen Liste finden wir den Grund angegeben: Die Gestapo verteilte die in diesen drei Orten lebenden Juden auf andere Gemeinden. Zusätzlich wurden die in den Gemeinden Mardorf und Schweinsberg lebenden Juden nach Rauisch-Holzhausen verfrachtet.[204]
Das gesamte „Umsiedlungsverfahren" wurde so gehandhabt: Jüdische Familien zogen in Häuser, in denen schon vorher jüdische Familien lebten.
Somit wurde es den für die „Judenfrage" zuständigen NS-Politikern ermöglicht, die Juden noch stärker von ihrer Umwelt abzusondern.

4. Jüdische Friedhöfe

Arthur Katz schreibt in seinen „Betrachtungen und Erinnerungen eines Marburgers": „Nur verborgene Friedhöfe sind stumme Zeugen einstiger Blüte. . ."[205]
Die jüdischen Friedhöfe galten jedoch ab 1940 nicht mehr als geweihte Stätten. So stießen z. B. Jugendliche in Kirchhain am 26. März dreißig Grabsteine um. Einer aus der Gruppe hatte zuvor gesagt: „Wir wollen jetzt mal auf den Judenfriedhof gehen und ein paar Steine umwerfen".[206]

202) vgl. Anm. 201.
203) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4825, „Judenangelegenheiten (Allgemeines und Besonderes) Bd. 3, 1938–1941"; in dem auf den 12. 12. 1938 datierten Schreiben der Gestapo an den Oberbürgermeister in Marburg heißt es: „Gemäß der Anordnung der RFSS sind eine Anzahl von Orten unterschiedlicher Größe in Vorschlag zu bringen, die geeignet sind, solchen Personen, die nicht in Haft gehalten, aber in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden sollen, als Wohnsitz zugewiesen zu werden.
Ich bitte, einen oder mehrere geeignet erscheinende Orte des dortigen Bezirks vorzuschlagen, wobei neben der Beschäftigungsmöglichkeit (ohne Verwendung in einem geschützten Betrieb) insbesondere auf eine gut durchführbare polizeiliche Überwachung Wert zu legen ist."
204) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822; aus der Liste ist ersichtlich, daß aus Neustadt 30, aus Allendorf 11 und aus Niederklein 7 Juden auf andere Dörfer verteilt worden sind.
205) Katz, a. a. O., S. 12a.
206) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4174, „Ausschreitungen gegen die Juden in Kirchhain 1933–1945"; Schreiben an die Staatsanwaltschaft Marburg. Kirchhain, den 27. 3. 1940.

Wenn auch dieses Handeln wie ein – frevlerischer – Jungenstreich aussieht, war es dennoch ein Teil gewöhnlichen NS-Alltags. In der Folgezeit sahen die Nazis jüdische Friedhöfe nur noch als ein technisches Problem an, das es in „arischem" Sinne zu lösen galt.

„... Die Totenhöfe haben im Laufe der Jahrhunderte infolge der jüdischen Lehre, die die Wiederbelegung der Grabstelle eines Juden verbietet, gegenüber deutschen Friedhöfen räumlich eine unverhältnismäßig große Ausdehnung gewonnen. Soweit wie irgend möglich, ist dieses Land schleunigst der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen."[207]

Zwischen der Verordnung, daß Juden den Davidstern zu tragen haben und den drei Judendeportationen ab 1941 liegt die Auflösung der jüdischen Friedhöfe.

„Bei der starken Abwanderung wird in der Regel **ein** jüdischer Totenhof für den Kreis ausreichen. Dazu wird am besten ein Totenhof bestimmt, der einigermaßen zentral gelegen ist und erträgliche Verbindung zu den Orten des Kreises besitzt, in denen noch Juden wohnen. Es empfiehlt sich auch, nur einen solchen Totenhof bestehen zu lassen, dessen Grund und Boden möglichst unwertig ist und in absehbarer Zeit auch voraussichtlich weder für die Bebauung noch für landwirtschaftliche oder andere Zwecke in Frage kommt. Alle übrigen Totenhöfe im Kreise werden dann überflüssig und können ‚geschlossen' werden."[207]

Am 15. 6. 1940 befahl der Regierungspräsident in Kassel, einen jüdischen Totenhof im Landkreis zu bestimmen, der alle jüdischen Toten aufnehmen sollte. Dadurch werde es ermöglicht, alle anderen Totenhöfe zu schließen und später zu ‚säkularisieren'.

Der Oberbürgermeister der Stadt Marburg teilte dem Landrat in einem Schreiben vom 8. 7. 1940 mit, er habe den jüdischen Totenhof in Marburg zum Sammelfriedhof bestellt.[208]

Von nun an erfolgte die Schließung der im Landkreis verstreut liegenden Friedhöfe. Einige – wie der in Roth – wurden sofort „säkularisiert". Der Bestimmungszweck für das Gelände (der ehemaligen Friedhöfe) blieb den verschiedenen Gemeinden überlassen. Größtenteils sollten Wald und Wiese die Bestattungsplätze ersetzen. In Kirchhain hatte die Gemeinde die Absicht, aus dem jüdischen Friedhof Reichsbahngelände zu machen.[209]

Selbst die Grabsteine der „jüdischen Friedhöfe" waren wirtschaftlich zu verwerten. So schreibt der Gendamerie-Einzelposten in Stadt Allendorf II: „... Ferner könnten die alten Grabsteine, welche aus Sandstein sind, gut zu Schleifsteinen umgearbeitet werden."[210]

---

207) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4831, „Israelitische Totenhöfe im Landkreis Marburg 1940–1942"; Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel vom 15. Juni 1940 an den Oberbürgermeister in Marburg.

207a) vgl. Anm. 207).

208) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4831; Mitteilung des Oberbürgermeisters der Stadt Marburg an den Landrat des Kreises vom 8. 7. 1940.

209) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4831.

210) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4831; Schreiben des Gendarmerieeinzelposten, Allendorf II an den Landrat in Marburg vom 15. Juli 1940.

5. Folgerungen

Der jüdische Friedhof in Marburg am Alten Kirchhainer Weg bestand seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Wie Dickinson berichtet, durfte nach 1940 nur noch nachts beerdigt werden.[211] Auch nach 1945 kam es erneut zu Bestattungen.[212]

So folgerichtig wie die Nazis jüdische Friedhöfe und ihre Grabsteine schändeten, so konsequent verachteten sie den Wert des menschlichen Lebens.

So berichtet rückblickend die „Halbjüdin" Margot Müller, sie sei als vierjähriges Kind (etwa 1942) in die Marburger Kinderklinik eingeliefert worden, wo nach einiger Zeit die Ärzte die weitere Behandlung mit der Bemerkung abgebrochen hätten: „Sterben kann sie auch zu Hause."[213] Diesem Bericht fügt Wolfgang Rumpf den Hinweis an, daß der damalige Direktor der Kinderklinik „gern in SA-Uniform auftrat, er war unterschenkelamputierter Kriegsteilnehmer des I. Weltkrieges. Nach 1945 verschwand er aus Marburg. Ich sah ihn 1952 als Direktor der Kinderklinik in M."[214]

Judenstern, Ausgehverbot, Re-Ghettoisierung und Einebnung der jüdischen Friedhöfe waren eindeutige Zeichen für die nunmehr offen zu Tage getretene Verwirklichung des Zieles nationalsozialistischer Politik: die Ausrottung der Juden.

211) Dickinson, a. a. O., S. 271.
212) So wurde z. B. der am 31. 12. 1981 verstorbene Dr. Herbert Nußbaum hier begraben und ebenso Sally Bachrach (gest. am 28. 10. 1982).
213) Gespräch M. Müller.
214) Rumpf, Bericht vom 3. März 1982.

V. Juden als „Menschen- und Zahlenmaterial"

1. Statistischer Nachweis der Zahl der Juden im Landkreis Marburg zwischen 1939 und 1942

Der zahlenmäßige Nachweis der zwischen 1939 und 1942 im Landkreis Marburg lebenden Juden zeigt eindrucksvoll die Abnahme der jüdischen Bevölkerung. Die o. a. Zahl (vgl. Kap. II: Minderwertige Bürger) von 422 jüdischen Menschen bezog sich auf den 1. 7. 1938.

Diese Zahl der Juden im Landkreis Marburg änderte sich folgendermaßen:

31. 3. 1939: 344
30. 9. 1939: 252
31. 3. 1940: 214
30. 9. 1940: 194
31. 3. 1941: 162
30. 9. 1941: 142

Innerhalb des zuletzt genannten Zeitraumes konnten die drei letzten Juden auswandern. Auswanderungsbewilligungen zählten ab 1940 zu den Ausnahmen, da der Marburger Landrat seit der Zeit von der Gestapo immer mehr Berechtigungsscheine erhielt, Juden die erwirkte Auswanderungsgenehmigung wieder abzunehmen.

Zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1941 sank die Zahl der jüdischen Einwohner auf 75. Diese Zahl blieb während der Zeit vom 1. 1. 1942 bis zum 31. 3. 1942 annähernd konstant: Die Zahl der Einwohner ging lediglich um sieben Personen auf 68 zurück.

Vom 1. 4. 1942 bis zum 30. 6. 1942 sank die Einwohnerzahl dagegen auf 37. Dies ist die letzte Zahl, die innerhalb des genannten Zeitraums feststallbar ist.[215]

215) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822; Liste der vertraulichen „Nachweisung über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1942".
Durch die sprunghafte Abnahme der jüdischen Einwohner im Kreis Marburg auf 37 wurden die Gemeinden Fronhausen, Goßfelden und Roßdorf „judenfrei".

2. Die 1. und 2. Deportation

Die erste und zweite Deportation fand am 8. Dezember 1941 statt.[216] Aus insgesamt 16 Gemeinden wurden 76 Juden deportiert. Damit waren zwei Orte „judenfrei".
Beide Deportationen sind auf Anweisung der Gestapo in Kassel erfolgt, die ihrerseits aus Berlin Anweisungen erhalten hatte. Das geht aus einem Vermerk auf den beiden Deportationslisten hervor.[218] Weder Einzelheiten der Planung noch der Durchführung dieser beiden Deportationen sind aus den Dokumenten ersichtlich. Wir vermuten aber, daß die beiden ersten Deportationen in gleicher Weise wie die dritte und letzte Deportation abliefen, die wir detailliert belegen können.

3. Die letzte Deportation

Die Judendeportationen wurden – wie Kapitel IV, Abschnitt 3, anmerkt – durch die Konzentrierung der Juden in bestimmten „Sammeldörfern" oder „Sammelhäusern" vorbereitet. Diese Phase dauerte relativ lange; dagegen beanspruchte die eigentliche Planung der dritten Deportation nur 12 Tage.
Am 25. 8. 1942 befahl die Gestapo in Kassel in einem Schreiben, daß sämtliche in ihrem Machtbereich lebenden Juden kreisweise zu erfassen und nach Theresienstadt zu deportieren seien.[219] **Die Gestapo betonte, die Planung des gesamten Vorgangs liege in ihren Händen, daher seien ihre Anordnungen exakt auszuführen.**
Juden, die nach Theresienstadt kommen sollten, wurden in den Listen der Meldeämter als „unbekannt verzogen" oder als „ausgewandert" registriert. Das Ziel „Theresienstadt" durfte nicht eingetragen werden. Die Juden durften nur bestimmte Gegenstände mit sich führen. Dr. Lüdke (Gestapo Kassel) ordnete an:
„An Gepäck dürfen die Juden bei sich führen: einen Koffer **oder** Rucksack mit den Ausrüstungsstücken, und zwar:
a) vollständige Bekleidung (ordentliches Schuhwerk)
b) Essgeschirr (Teller oder Topf) mit Löffel
c) Bettzeug mit Decke
d) Mundvorrat für drei Tage."[220]

216) Moeller, a. a. O., S. 1; vgl. auch StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822; wie das Studium der Liste der „Nachweisung über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1941" im Kreis Marburg ergab, wurden durch die erste Deportation die Gemeinden Wohra und Oberwalgern „judenfrei".
217) Moeller, a. a. O., 1978, S. 1.
218) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4822; es handelt sich um eine Anmerkung des Ausstellers der Liste von der „Nachweisung über die Bewegung der jüdischen Bevölkerung in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1941." im Kreis Marburg.
219) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4830, „Verhandlungen über die dritte Judenevakuierung aus Marburg 1942 bis 1944"; Anordnung der Gestapo in Kassel vom 25. August 1942 an den Landrat in Marburg. s. Dokum. 76 auf S. 163ff.
220) vgl. ebd.

Weitere Ausrüstungsgegenstände waren erlaubt, wurden aber nicht als Handgepäck zugelassen, sondern waren in einem gesonderten Waggon mit der Reichsbahn an die Gestapo – Staatspolizeidienststelle-Kassel, Zielbahnhof: Kassel-Hauptbahnhof (Zollschuppen) – zu schicken.[221] Die Frachtkosten mußten die Juden selbst bezahlen. Außerdem wies Dr. Lüdke den Landrat an, „den Juden etwa mitgeführte Wertsachen wie Gold, Silber, Platin usw. zu belassen, da hier im Auffanglager ohnehin die körperliche sowie die Gepäckuntersuchung vorgesehen ist."[222]

Die Sammlung der Juden war Sache der Kreispolizei. Diese sollte den Ort festlegen, an dem die Juden zur festgesetzten Zeit zu erscheinen hatten. Polizeibeamte sollten die Juden auf ihrer Fahrt nach Kassel begleiten; jüdische Ordner wurden eingesetzt, um den Ablauf der Deportation zu überwachen.

Das Schreiben Dr. Lüdkes schließt mit dem Hinweis, das gesamte Eigentum der Juden sei zu beschlagnahmen; leicht verderbliche Sachen sollten sie gegen Quittung, aber unentgeltlich, den zuständigen NSV-Dienststellen übergeben.

Am 28. 8. 1942 gab der Landrat die Weisung der Gestapo an die Bürgermeister der betreffenden Gemeinden weiter. Er ordnete an, daß sich die zu „evakuierenden" Juden am 6. 9. 1942 um 9.00 Uhr auf dem Marburger Hauptbahnhof einzufinden hätten. Der Landrat setzte sich für einen reibungslosen Ablauf der Deportation ein, indem er z. B. eventuelle Anpöbeleien zu unterbinden suchte: „Der Abtransport muß sich völlig reibungslos vollziehen."

Am 28. August 1942 erließ die Gestapo für diesen Vorgang die letzte Anordnung: Von 50 hessischen Bahnhöfen aus – davon allein 8 im Raum Marburg – wurden am 5./6. September 1942 alle noch in Hessen lebenden Juden deportiert. Für Marburg war das Datum dieser „Judenevakuierung" der 6. 9. (ein Sonntag), 10.16 Uhr. Der Forderung der Gestapo nach Einhaltung der Zeit war unbedingt Folge zu leisten.[223]

Insbesondere die letzte Anordnung zeigt, in welcher Weise die Judenverschleppung geplant war: Die Zeitangabe 10.16 Uhr deutet auf einen exakten Zeitplan hin, der mit der Verschleppung minutengenau begann und mit pünktlicher Tötung der Juden endete. Noch am 30. August 1942 gab der Marburger Landrat die Anweisungen der Gestapo Kassel an die Bürgermeister der Gemeinden Kirchhain, Roth, Lohra, Wetter, Momberg und Rauisch-Holzhausen weiter.[224]

---

221) vgl. ebd.
222) vgl. ebd.
223) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4830; „Diese Fahrpläne sind unbedingt verbindlich. Für die **genaue und pünktliche** Einhaltung derselben bitte ich daher, unter allen Umständen Sorge zu tragen." s. Dokum. 77 auf S. 166ff.
224) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4830; Schreiben des Landrats an die Bürgermeister in Kirchhain, Roth, Lohra, Wetter, Momberg und Rauischholzhausen vom 30. August 1942 s. Dokum. 78 auf S. 169ff.

Zwischen dem 1. und 6. 9. 1942 erfolgten die Rückmeldungen der Bürgermeister, daß die Deportation reibungslos abgelaufen sei.[225] Diesen reibungslosen Ablauf meldete der Landrat der Gestapo in Kassel am 7. 9. 1942.[226]
Aus einer Liste geht hervor, daß 36 Juden aus dem Landkreis Marburg deportiert worden sind:

- 1 aus Kirchhain
- 1 aus Lohra
- 2 aus Wetter
- 4 aus Marburg
- 10 aus Roth
- 18 aus Rauisch-Holzhausen.

Die Zahl von 38 deportierten Juden – wir fanden sie verschiedentlich in der Literatur – ist unseres Erachtens falsch, da von den in der Liste aufgeführten Juden zwei Namen durchgestrichen sind: Diese beiden befanden sich schon vor der Abschiebung im Konzentrationslager.[227]
Am 10. November 1978 sagte der Marburger Oberbürgermeister in einer Gedenkfeier:
„Die letzten jüdischen Männer, Frauen und Kinder – von etwa 700 in Marburg und Umgebung – wurden am 6. September 1942 auf dem Marburger Hauptbahnhof in einen Sonderzug nach Theresienstadt gepfercht; darunter die bereits 86-jährige Dina Lucas. Das war das Ende.[228]

225) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4830; so schreibt beispielsweise der Bürgermeister in Wetter am 5. September 1942:
„Urschriftlich
dem Herrn Landrat
in Marburg/Lahn
Mit dem Berichte zurückgereicht, daß ich entsprechend den beiden dortigen Verfügungen vom 28. und 30. 8. 1942 die beiden hier wohnhaften Juden abgeschoben habe. Ich habe diesen auch den wesentlichsten Inhalt der dortigen Verfügungen nochmals schriftlich mitgeteilt. Meinerseits ist alles geschehen, um die Evakuierung wie vorgesehen durchzuführen, und es dürften sich hierbei keine Schwierigkeiten ergeben . . .".

226) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4830; Am 7. 9. 1942 schreibt der Landrat an die Gestapo in Kassel: „Zu dem Schlußabsatz der Verfügung vom 28. v. Mts. zeige ich an, daß sich die Judenevakuierung hier reibungslos vollzogen hat und irgendwelche Schwierigkeiten nicht aufgetreten sind."

227) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4830; es handelt sich um die beiden Juden Salomon Lilienstein aus Goßfelden und J. Levi aus Roth.

228) Gedenkrede von Oberbürgermeister Dr. Hanno Drechsler zum 9. Nov. 1938, in: Erinnerung und Gedächtnis wie Anm. 2.

VI. Juden als Mitbürger

„Nach dem Kriege – 1945/46 – kamen viele jüdische Personen nach Marburg (Zwangsarbeiter aus dem Osten, DP's: ca. 300 Personen). Nach einer Liste vom 1. 1. 46 umfaßte die jüdische Gemeinde damals 234 Personen."[229]

Diese Zahl schließt die wenigen überlebenden Marburger Juden ein, aber sie umfaßt auch eine Anzahl von Juden, die vorher nicht in Marburg gelebt hatten. Unsere Nachforschungen im Staatsarchiv ergaben, daß in der Zeit vom 4. 12. 45 bis 11. 1. 46 insgesamt 34 Marburger Juden zurückgekehrt sind.

Darüberhinaus kamen zurück

– nach Allendorf	1	Jude
– nach Fronhausen	2	Juden
– nach Großseelheim	2	Juden
– nach Momberg	2	Juden
– nach Neustadt	2	Juden
– nach Rauisch-Holzhausen	3	Juden
– nach Amöneburg	3	Juden
– nach Lohra	4	Juden
– nach Niederklein	4	Juden
– nach Himmelsberg	5	Juden und
– nach Kirchhain	6	Juden.

Diese Angaben wurden vom Landrat auf Anweisung des kommissarischen Regierungspräsidenten erstellt. Die Anweisung des RP erfolgte auf Wunsch des American Distribution Comitee und der Jewish Agency.[230]

Die Mehrzahl der zurückgekehrten Juden wollte nur für eine Übergangszeit in Marburg bleiben. In dem ehemaligen Schloß von Rauisch-Holzhausen war eine Landwirtschaftsschule eröffnet worden, in der man junge Juden auf ihre Tätigkeit als Siedler in Palästina vorbereitete.[231]

Als am 3. Februar 1946 in der Landgraf-Philipp-Straße in Marburg ein Synagogenraum eingerichtet wurde, betrug die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinde 234 Personen. Infolge Auswanderung nach Israel und in die USA schrumpfte diese Zahl bis zum Oktober 1949 auf 69 Menschen.[232]

229) Arnsberger, a. a. O., S. 58.
230) StaM, 180 L. A. Mbg., Nr. 4828, „Erfassung von Juden, 1933–1946".
231) Arnsberger, a. a. O., S. 58.
232) vgl. Anm. 231.

Heute leben in der Stadt nur noch 12 Juden.[233]
Die Juden, die vor 1933 in Marburg und Umgebung lebten, fühlten sich als Deutsche. Unter den Begriffen ‚Vaterland' und ‚Patriotismus' hatten sie sich etwas vorstellen können. Nach 1945 war das natürlich nicht mehr möglich. Einer unserer Gesprächspartner sagte dazu:
„Das Wort Vaterland kann ich nicht mehr hören – Heimat ist etwas anderes. Kultur, Sprache und Landschaft behalten ihren Wert."[234]

233) Gespräch mit Willy Sage (Geschäftsführer der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit), geführt am 29. 1. 1981.
234) Gespräch E. Kaufmann in Marburg am 18. 1. 1981.

Schlußbetrachtung

Wir haben versucht, einen Überblick über das Schicksal der jüdischen Bürger und die Vernichtung ihrer Lebensbedingungen in Marburg und Umgebung zwischen 1933 und 1945 zu geben. Innerhalb eines knappen Jahrzehnts war es den Nationalsozialisten gelungen, sämtliche bis dahin bestehenden Bindungen zwischen Juden und ihren Mitbürgern zu zerstören und die Juden als „Negativum" in der Weise „auszuradieren aus der deutschen Rechnung", daß sie in die Deportationslager abgeschoben werden konnten, um vernichtet zu werden.[235]

Während die jüdische Gemeinschaft in Marburg und Umgebung noch bis 1935 sich als ein integrierter Bestandteil der hiesigen Gesellschaft verstehen konnte, setzte mit den „Nürnberger Gesetzen" die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung dieser Menschen ein. Nach der gesetzlichen Diskriminierung zu Nicht-Staatsbürgern erfolgte durch die Reichspogromnacht die vorweggenommene, symbolische Vernichtung jüdischen Lebens.

Das Verbot ihrer Berufsausübung, der Raub ihres Besitzes und die Anordnung, den Judenstern zu tragen, kennzeichnen das Dasein der „unschädlich gemachten" Juden auf dem Weg zum Holocaust, der in Marburg am 6. 9. 1942, 10.16 Uhr, mit der dritten und letzten Deportation den Anfang des Endes bezeichnete.

„Terror? Niemals! Es ist Sozialhygiene. Wir nehmen diese Individuen aus dem Umlauf, wie ein Mediziner einen Bazillus aus dem Umlauf nimmt." (Mussolini, zitiert in: Angriff, J. Goebbels, S. 324)[236]

Abgesehen von einigen Beispielen eines manifesten Antisemitismus (durch Lehrer an Marburger Schulen, durch Professoren an der Philipps-Universität oder durch Richter des Amtsgerichts) konnten wir organisierten, aktiven Antisemitismus nur innerhalb und durch die NS-Partei feststellen.

Inwieweit latenter Antisemitismus – z. B. als schweigendes Hinnehmen antisemitischen Verhaltens – quantitativ vorhanden war und damit erfaßbar wäre, läßt sich nicht erheben.

„Der große Widerstand an den bösen Tagen des barbarischen Unrechts setzt eine Schulung im Kampf gegen das kleine Unrecht im Alltag voraus". Wenn man sich der Analyse Fritz Bauers anschließt, kann man sagen, daß in Marburg und Umgebung relativ wenig Widerstandshandlungen zu erkennen sind.[237]

Diesen Tatbestand versuchen wir folgendermaßen zu erklären: In Marburg

235) Goebbels, Joseph, Angriff, (NS-Wochenzeitschrift) München 1935, S. 322.
236) Goebbels, Joseph, Angriff, S. 324.
237) Bauer, Fritz, Hg., Widerstand gegen die Staatsgewalt, S. 300; zu Widerstandshandlungen vgl. auch: Schneider, Ulrich, Verfolgung und Widerstand in Marburg 1933–1945, S. 83 und S. 166ff.

herrschte in den Jahren der Weimarer Republik ein Denken vor, das zu kennzeichnen ist mit Kategorien bürgerlicher Anständigkeit, nämlich geformt durch Bildung, christliche Moral und Wertvorstellung, Ordnung und Ruhe.
Begründet war dieses Denken in der gesellschaftlichen Struktur Marburgs als Universitäts- und Verwaltungsstadt.
Durch diese Einstellung waren sicherlich auch in der Zeit des Dritten Reiches viele Bürger geprägt, und sie ließ wenig Raum, radikale antisemitische Vorstellungen (z. B. Hitlers, Goebbels, Rosenbergs) als Grundlage für eine entsprechende politische Praxis zu begreifen. Insofern fanden wir für die Zeit der NS-Herrschaft in dieser Stadt kaum Belege für eine aktive antisemitische Haltung, also auch dementsprechend nahezu keine prosemitische bzw. Widerstandsäußerung.
Es fehlen vor allem Hinweise auf eine aktive Hilfe den Juden gegenüber – von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen –, wenn die Staatsmacht – vor allem in Form der Partei – diese Menschen bedrängte.
Auch im Landkreis Marburg beschränkte sich u. W. antisemitische Agitation und Aktion vorwiegend auf Initiative der Partei. Judenhaß, als eine Ausdrucksform des Antisemitismus, stand auf dem Land eher in einer Tradition, deren Wurzeln mindestens bis in das 19. Jahrhundert zu verfolgen sind (vgl. dazu die Bewegung um den Reichstagsabgeordneten Otto Böckel), denn der Vorgang der Assimilation der Juden hatte sich – bei aller wirtschaftlichen Verflechtung der Juden auf dem Lande – vorwiegend in den Städten vollzogen.
Wie dargestellt wurde, war auch im Landkreis Marburg der Viehhandel eine Domäne der Juden; diese waren größtenteils in die dörflichen Gemeinschaften integriert, blieben aber dennoch im Bewußtsein der Bevölkerung etwas Besonderes, etwas Anderes. An diese Bewußtseinslage knüpfte der Nationalsozialismus an und radikalisierte sie.
Die Untersuchung hat gezeigt, daß die Repressalien gegen die Juden, stufenweise eingeführt, im NS-Staat für viele Deutsche zu alltäglichen und damit zu vertrauten Erscheinungsformen wurden, die sie nicht mehr differenziert wahrnahmen bzw. nicht als außergewöhnlich empfanden. Ergebnis dieser Politik war ein Zustand, der spätestens 1938 mit der Reichspogromnacht erreicht wurde, als der „Volksgemeinschaft der Arier", stilisiert zu einer elitären Rasse, der „Nicht-Arier" gegenüberstand. Diesem war jede Chance einer eigenständigen Entwicklung fortan genommen.
Infolge dieser ausweglosen Situation konnte die Deportation der Juden in die Vernichtungslager des Ostens geräuschlos vollzogen werden.
„Es gibt wohl überhaupt nur ein einziges Recht, das über jeden Zweifel erhaben ist. Es ist das Recht auf Leben, das dem Selbsterhaltungstrieb entspricht. Das – in aller Regel allem Lebendigen eingeborene – Recht auf Leben meint nicht nur ein Vegetieren, sondern eine menschenwürdige Existenz."[238]

238) Bauer, Fritz, a. a. O., S. 300.

DOKUMENTE

1. **Goebbels, Joseph: Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit. München 1935, S. 322–324.**

Der Jude

Über alle Fragen wird in Deutschland offen diskutiert, und jeder Deutsche nimmt für sich das Recht in Anspruch, sich in allen Fragen so oder so zu entscheiden. Der eine ist Katholik, der andere Protestant, der eine Arbeitnehmer, der andere Arbeitgeber, der Kapitalist, der Sozialist, der Demokrat, der Aristokrat. Eine Festlegung nach dieser oder jener Seite hat für den Zeitgenossen nichts Entehrendes an sich. Sie geschieht in aller Öffentlichkeit, und wo die Gegensätze noch unklar und verworren erscheinen, da reinigt man sie durch Diskussionen in Rede und Gegenrede. Einzig ein Problem ist dieser öffentlichen Behandlung entzogen, und es wirkt schon aufreizend, es nur zu nennen: die Judenfrage. Sie ist tabu in der Republik.

Gegen alle Injurien ist der Jude immunisiert: Lump, Parasit, Betrüger, Schieber, das läuft an ihm herab wie Wasser an der Teerjacke. Nenne ihn Jude, und du wirst mit Erstaunen feststellen, wie er aufzuckt, wie er betroffen wird, wie er plötzlich ganz klein in sich zusammensinkt: „Ich bin erkannt."

Es ist zwecklos, sich gegen den Juden zu verteidigen. Er wird blitzschnell aus seiner Sicherheit zum Angriff vorgehen und mit seiner Rabulistik alle Mittel der Verteidigung beim Gegner zerbrechen.

Schnell macht er aus dem Gegner das, was der eigentlich an ihm bekämpfen wollte: den Lügner, den Unfriedenstifter, den Terroristen. Nichts wäre falscher, als wollte man sich dagegen verteidigen. Das möchte der Jude ja. Er erfindet dann täglich neue Lügen, gegen die sich sein Gegner nunmehr zur Wehr setzen muß, und das Ergebnis ist, er kommt vor lauter Rechtfertigung nicht zu dem, was der Jude eigentlich fürchtet: ihn anzugreifen. Aus dem Angeklagten ist nun der Ankläger geworden, und der drückt mit viel Geschrei den Ankläger in die Anklagebank hinein. So ging es bisher immer, wenn ein Mensch oder eine Bewegung sich unterstand, den Juden zu bekämpfen. So auch würde es uns gehen, wären wir nicht bis ins letzte über seine Wesenheit orientiert, und hätten wir nicht den Mut, aus dieser Erkenntnis unsere radikalen Schlüsse zu ziehen. Und die sind:

1. Man kann den Juden nicht poſitiv bekämpfen. Er iſt ein Negativum, und dieſes Negativum muß ausradiert werden aus der deutſchen Rechnung, oder es wird ewig die Rechnung verderben.

2. Man kann ſich mit dem Juden nicht über die Judenfrage auseinanderſetzen. Man kann ja doch niemandem nachweiſen, daß man das Recht und die Pflicht habe, ihn unſchädlich zu machen.

3. Man darf dem Juden im Kampf nicht die Mittel zubilligen, die man jedem ehrlichen Gegner zubilligt; denn er iſt kein ehrlicher Gegner; er wird Großmut und Ritterlichkeit nur dazu ausnutzen, ſeinen Feind darin zu fangen.

4. Der Jude hat in deutſchen Fragen nicht mitzureden. Er iſt Ausländer, Volksfremder, der nur Gaſtrecht unter uns genießt, und zwar ausnahmslos in mißbräuchlicher Weiſe.

5. Die ſogenannte religiöſe Moral des Juden iſt keine Moral, ſondern eine Anleitung zum Betrug. Deshalb hat ſie auch kein Anrecht auf Schutz und Schirm der Staatsgewalt.

6. Der Jude iſt nicht klüger als wir, ſondern nur raffinierter und geriſſener. Sein Syſtem kann nicht wirtſchaftlich — er kämpft ja wirtſchaftlich unter ganz anderen Moralgeſetzen als wir —, ſondern nur politiſch gebrochen werden.

7. Ein Jude kann einen Deutſchen gar nicht beleidigen. Jüdiſche Verleumdungen ſind nur Ehrennarben für einen deutſchen Judengegner.

8. Der Wert eines deutſchen Menſchen oder einer deutſchen Bewegung ſteigt mit der Gegnerſchaft des Juden. Wird jemand vom Juden bekämpft, ſo ſpricht das abſolut für ihn. Wer nicht vom Juden verfolgt oder gar von ihm gelobt wird, der iſt nutzlos und ſchädlich.

9. Der Jude beurteilt deutſche Fragen immer vom jüdiſchen Standpunkt aus. Deshalb iſt meiſt das Gegenteil von dem, was er ſagt, richtig.

10. Man muß zum Antiſemitismus ja oder nein ſagen. Wer den Juden ſchont, der verſündigt ſich am eigenen Volk. Man kann nur Judenknecht oder Judengegner ſein. Die Judengegnerſchaft iſt eine Sache der perſönlichen Sauberkeit.

Mit dieſen Grundſätzen hat die judengegneriſche Bewegung Ausſicht auf Erfolg. Und eine ſolche Bewegung wird vom Juden deshalb auch nur ernſt genommen und gefürchtet.

Daß er dagegen lärmt und aufbegehrt, iſt nur ein Beweis dafür, daß ſie richtig iſt. Wir freuen uns deshalb darauf, umgehend auf dieſe Zeilen in den jüdiſchen Gazetten die diesbezügliche Quittung zu finden. Man mag dort Terror ſchreien. Wir antworten darauf mit dem bekannten Wort Muſſolinis: „Terror? Niemals! Es iſt Sozialhygiene. Wir nehmen dieſe Individuen aus dem Umlauf, wie ein Mediziner einen Bazillus aus dem Umlauf nimmt."

21. Januar 1929.

Gegenmaßnahmen

Anläßlich der Deutſchfeindlichen Auslandspropaganda iſt man, wie allerorts, auch in unſerer Stadt zu Gegenmaßnahmen geſchritten. Im Laufe des geſtrigen Nachmittags durchfuhren Autos mit SS.-Leuten die Straßen der Stadt und klebten an die Schaufenſtern der jüdiſchen Geſchäfte Plakate, auch die Büros der jüdiſchen Rechtsanwälte und die Häuſer der jüdiſchen Viehhändler und Gütermakler wurden mit ſolchen Plakaten verſehen. Die Plakate weiſen darauf hin, daß es ſich hier um jüdiſche Unternehmen handelt, bei dem ein Deutſcher nichts mehr kauf ſolle. Die meiſten jüdiſchen Geſchäftsinhaber ſchloſſen darauf ihre Läden. In den Straßen der Stadt herrſchte bis in die Abendſtunden ſtarker Verkehr; zu Zwiſchenfällen iſt es nicht gekommen. Vor den Häuſern hatten SA.-Poſten Aufſtellung genommen, die dafür Sorge trugen, daß die Plakate nicht entfernt wurden.

Wie die NSDAP. dazu mitteilt, ſind dieſe Maßnahmen noch nicht angeordnet, ſondern wohl aus der Erregung heraus geboren, die durch die Verbreitung der Greuelmeldungen im Auslande in der Bevölkerung Deutſchlands entſtanden iſt. Die NSDAP. werde zunächſt abwarten, welche Wirkung ihre Ankündigung haben wird, daß alle jüdiſchen Unternehmen in Deutſchland und alle aus dem Ausland

2. „Gegenmaßnahmen" OZ vom 29. 3. 1933.

eingeführten Waren boykottiert werden, bis der jüdiſche Boykott gegen Deutſchland aufgehoben iſt. Aus dieſem Grunde ſind die in wenigen Orten vorgenommenen Einzelaktionen eingeſtellt worden. Man wird ſich erſt in einigen Tagen auf Grund der ausländiſchen Preſſeſtimmen darüber ſchlüſſig werden, ob es noch nötig iſt, den Boykottaufruf herauszugeben und die bis ins kleinſte fertige Boykottorganiſation in Gang zu ſetzen.

3. **Oberhessische Zeitung (OZ) vom 30. 3. 1933; in den Anzeigenteil gesetzte Erklärung der Israelitischen Gemeinde Marburgs.**

Erklärung!

Die Mitglieder der Jüdiſchen Gemeinde Marburgs haben mit Abſcheu davon Kenntnis genommen, daß im Auslande Greuelnachrichten über Mißhandlung Deutſcher Juden verbreitet und zum Boykott Deutſcher Waren aufgefordert wird.

Wir rücken ſämtlich weit ab von all dieſen durchſichtigen Lügen.

Wahrheitsgemäß und aus innerem Bedürfnis heraus erklären wir, daß bis zum heutigen Tage keinem Juden in Marburg auch nur ein Haar gekrümmt wurde und bitten von dieſer Erklärung den zu ihrer Verbreitung erforderlichen Gebrauch zu machen.

In Krieg und Frieden haben ſich die Marburger Juden als Deutſche und Marburger gefühlt. An ſeinem Sports- und Vereinsleben haben ſie bis zum heutigen Tage tätigen Anteil genommen.

Eine große Anzahl der Marburger Juden hat an der Front für Deutſchlands Größe gekämpft und geblutet. Die Größe und das neue Erſtarken Deutſchlands liegt auch ihnen am Herzen.

Wir wiſſen, daß die nationale Regierung jedem Anſtändigen Gerechtigkeit widerfahren läßt und proteſtieren mit ihr gegen jegliche Aechtung und Verkleinerung Deutſchlands.

Marburg a. d. Lahn, den 30. März 1933

Der Vorstand der israel. Gemeinde Marburgs.

b805

Oberhessische Zeitung

Anzeiger für das frühere kurhessische Oberhessen

Hessische Landeszeitung

Amtsblatt für die Stadt Marburg

Kreisblatt für den Landkreis Marburg

4. „Am Pranger"
OZ vom 24. 8. 1933.

Am Pranger

Wie in anderen Städten und Ortschaften so wurde am Sonnabend nachmittag unter Vorantritt des Spielmannszuges und unter Begleitung von SA.-Männern des Sturmes 4/J. 11 ein Jude durch die Straßen der Stadt geleitet, der sich an einem Christenmädchen vergangen hatte. Er trug ein Schild, auf dem die Worte standen: „Ich habe ein Christenmädchen geschändet!" Auf dem Marktplatz angekommen, geißelte Standartenreferent Todenhöfer die Tat des Juden und warnte ihn, noch einmal mit Christenmädchen in Verbindung zu treten. Sollte er sich die Warnung nicht zu eigen machen, dann gäbe es noch andere Mittel, ihn gefügig zu machen. Die deutschen Mädchen und Frauen mahnte er, daß auch sie die Ehre zu wahren und nicht mit Juden in Verbindung zu treten hätten. Darauf wurde der Jude in Schutzhaft abgeführt.

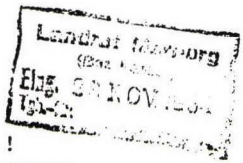
Wie aus der Sturmführer 4/J. 11 mitteilt, handelt es sich um den Studenten Spier aus Gemünden. Er wurde von vier SA.-Leuten zum Kämpfrasen geholt, von wo aus der Marsch angetreten wurde.

5. Schreiben der Stapo in Kassel an den Marburger Landrat vom 27. 11. 1934.

Staatspolizeistelle
den Regierungsbezirk Kassel
80[18]

Kassel, den 27.11.1934.

Gpl. 292.



G e h e i m !

Streng vertraulich !

Von verschiedenen Stellen ist die Frage der Aufstellung von Tafeln mit antisemitischen Aufschriften angeschnitten worden.

Die Staatspolizeistelle steht auf dem Standpunkt, dass Tafeln von jedermann auf seinem Privatgrundstück aufgestellt werden dürfen. Aus staatspolitischen Gründen dürfen jedoch die Tafeln nicht so aufgestellt werden,

1.) dass sie ihrer Aufstellung und Aufmachung nach mit Bekanntmachungen der Ortspolizeibehörden bezw. der Gemeindeverwaltung verwechselt werden können,

2.) dass sie auf öffentlichen Plätzen, Strassen und deren Ränder bezw. in unmittelbarer Nähe stehen.

3.) dass die Aufschriften ~~nicht~~ als Stoff zur Greuelpropaganda von vorbeifahrenden Ausländern (z. B. durch Photographieren) verwertet werden können.

4.) dass Aufmachung und Schrift ~~nicht~~ öffentliches Ärgernis erregen.

Das Aufstellen von Posten und die Aufforderung, " bei Juden nicht zu kaufen", ist unzulässig. Es ist jedoch nichts dagegen einzuwenden, dass für deutsche Geschäfte besonders geworben wird, z.B. durch Aufstellen von Schildern mit der Aufschrift "Kauft nur in deutschen Geschäften"," Deutsche kauft nur bei deutschen Händlern". usw.

gez. von Pfeffer.

An Landräte des Bezirks
" Oberbürgermeister
" Polizeibehörden in Fulda u. Hanau
" Polizeidirektor in Hanau.

Beglaubigt:
Polizeiinspektor.



6. Anordnung des Reichs- und Preußischen Ministers des Inneren an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 20. August 1935.

A b s c h r i f t .

)er Reichs- und Preussische
Minister des Jnnern. Berlin, den 20. August 1935.
III P 3710 / 59 .

G e h e i m !

Betrifft: Verhinderung von Ausschreitungen.

Der Führer und Reichskanzler hat angeordnet, dass Einzelaktionen gegen Juden von Mitgliedern der NSDAP., ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände unbedingt zu unterbleiben haben.

Wer hiernach noch an Einzelaktionen gegen Juden teilnimmt, oder dazu anstiftet, muss in Zukunft als Provokateur, Rebell und Staatsfeind betrachtet werden. Jch ersuche daher, von nun an rücksichtslos gegen alle derartigen Aktionen vorzugehen und mit allen Mitteln für unbedingte Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Ungesetzlichkeiten sind erforderlichenfalls mit den schärfsten polizeilichen Mittel zu verhindern. Jnsbesondere dürfen strafbare Handlungen der Sachbeschädigung, der Körperverletzung , der Nötigung, des Haus- und Landfriedensbruches und der Zusammenrottung unter keinen Umständen geduldet werden, gleichviel gegen wen diese Straftaten sich richten.

Wenn trotzden Ausschreitungen noch vorkommen, ersuche ich, mir sofort telephonisch oder telegraphisch zu berichten. Jch werde jede Lässigkeit verantwortlicher Beamten bei der Durchführung dieses Erlasses aufs schärfste dienststrafrechtlich ahnden.

gez. F r i c k .

n die Landesregierungen
(für Preußen: die Herren Ober- und Regierungspräsidenten pp.

---

er Regierungspräsident. Kassel, den 3. September 1935.
A. I. d. R. V. Nr. 123/35.

G e h e i m !

Abschrift zur Kenntnis nnd mit der Anweisung, die Ortspolizeibehörden entsprechend zu verständigen.

Jn Vertretung
gez. Mühlpfordt i/V.

: die Herren Landräte.

---

7. Schreiben des Gendarmerie Postenbereichs Schröck an den Amtsanwalt in Marburg, Wittelsberg, den 1. 9. 1935.

9 – 11

Abschrift.

end. Postenbereich Schröck,
Kreis Marburg/Lahn,
Reg. Bez. Kassel.

Wittelsberg, den 1. 9. 1935.

An
den Herrn Amtsanwalt
in Marburg/L.

Tatort: Wittelsberg.

Amtsgerichtsbezirk Marburg.

Strafbare Handlung:
Sachbeschädigung und groben Unfug.

---

1) Der Landwirt Konrad Kaiser, wohnhaft Wittelsberg, Haus-Nr.13, geb. 2. Juli 1896 erstattet Anzeige gegen unbekannte Täter wegen Sachbeschädigung. Strafantrag wird beigefügt.
p. Kaiser wurden in der Nacht vom 28. auf 29. August d.Js. in der Zeit von 24 Uhr bis 1 Uhr 6 Fensterscheiben an seinem Wohnhause eingeworfen, Schaden 6 Mark.
Ferner wurden die Wände der Stallgebäude mit weisser Oelfarbe beschmiert. Schaden 15 Mark. An den Wänden stand gemalt: Volksverräter, du Judenfreund wir wollen Dir helfen, fahre ab nach Palästina oder wir schlagen Dir die Knochen kaput. Im Kahn wirst du erschlagen.
Verdächtige Personen können nicht angegeben werden.

2) Der Landwirt Johann Heinr. Kaiser, wohnhaft Wittelsberg, Haus-Nr.21 geb. 3o. 12. o7 erstattet Anzeige gegen unbekannte Täter wegen Sachbeschädigung. Strafantrag wird beigefügt. p. Kaiser wurden in der Nacht vom 28. auf 29.August ds. Js. in der Zeit vom 24 Uhr bis 2 Uhr 2 Fensterscheiben an seinem Wohnhause eingeworfen, Schaden 5 Mark.
Ferner wurden die Wände des Wohnhauses mit weisser Oelfarbe beschmiert. Schaden 15 Mark. An den Wänden stand gemalt: Du fährst mit Juda im Auto spazieren. Wir wollen dich mal photographieren. Pfui du Lump, Deutscher erwache, Judafreund.
Verdächtige Personen können nicht angegeben werden.

3) Der Landwirt Ludwig Staubitz, wohnhaft Wittelsberg, Haus-Nr. 49 geb. 24. August 95, erstattet Anzeige gegen unbekannte Täter wegen Sachbeschädigung. Strafantrag wird beigefügt.

Ludwig Staubitz wurden in der Nacht vom 28. auf 29. (vgl. Au. (Ber.) ds. Js. in der Zeit von 24 Uhr bis 2 Uhr 9 Fensterscheiben an seinem Wohnhaus eingeworfen. Schaden 6 Mark.

Ferner wurden die Wände des Wohnhauses mit weisser Ölfarbe beschmiert. Schaden 5 Mark. An den Wänden stand Flachs - Moses, Du wirst aufgehängt. Verdächtige Perso können nicht angegeben werden.

gez. Kothe,
Wend. Hauptwachtmeister.

8. Anordnung Nr. 63/35 der Reichsleitung der NSDAP vom 11. April 1935 mit Anschreiben des Reichsinnenministers vom 15. 6. 1935.

Der Reichs- und Preußische
Minister des Innern
I A 4220/3603 II.

Berlin NW 40, den 15. Juni 1935.
Königsplatz 6
Fernsprecher:
Abt. I, II, IV, VI, VII Sammel-Nr. A 1 Jäger 0027
" II, III, V (II. b. Einheit 72-74) Sammel-Nr. A 2 Flora 0084
Drahtanschrift: Reichsinnenminister

Streng vertraulich !

An

a) die Landesregierungen
(Für Preußen: An alle Polizeibehörden,
ohne Ortspolizeibehörden).

b) das Geheime Staatspolizeiamt
in Berlin.

Betrifft: Umgang mit Juden.

Anbei übersende ich ergebenst Abdruck einer Anordnung des Stellvertreters des Führers Nr. 63/35 zur streng vertraulichen Kenntnisnahme.

Frick

Abschrift I A 4220/3603 II.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- Reichsleitung -

München, Briennerstraße 45.

Der Stellvertreter des Führers.

Anordnung Nr. 63/35
(nicht zur Veröffentlichung)

Es widerstrebt mir im allgemeinen, Parteigenossen gegenüber mich über Selbstverständlichkeiten auszulassen.

Trotzdem sehe ich mich veranlaßt, allen Parteigenossen nochmals den persönlichen Verkehr mit Juden zu verbieten.

Ich muß von jedem Parteigenossen erwarten können, daß er weltanschaulich genügend gefestigt ist, um die Grenze zwischen einem etwa dienstlich oder sonstwie nicht vermeidbaren und einem vermeidbaren persönlichen Verkehr mit Juden selbst finden zu können.

Die Parteigenossenschaft hat es in erster Linie einzelnen würdelosen Parteigenossen zu verdanken, wenn viele Juden heute ihr altes Spiel der Zersetzung des deutschen Volkes wieder versuchen.

Wenn ich auch verstehen kann, daß sich alle anständigen Nationalsozialisten voller Empörung gegen diese neuen Versuche des Judentums auflehnen, so muß ich doch dringlichst davor warnen, dieser Empörung etwa durch Terroraktionen gegen einzelne Juden Luft zu machen, da diese praktisch nur das Ergebnis zeitigen können, die Parteigenossenschaft in einen vom Judentum begrüßten Gegensatz zur politischen, zum großen Teil aus Parteigenossen bestehenden Polizei unseres Staates zu bringen.

Die politische Polizei aber kann in solchen Fällen gar nicht anders,

anders,als nach der strengen Weisung des Führers alle Maß... zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu treffen, um ... dem Führer die Möglichkeit zu geben,die jüdische Greuel- u... Boykottpropaganda im Auslande jederzeit Lügen strafen zu k... nen.

Ich bitte alle Parteigenossen und Angehörigen der Glie gen der Partei über diese Zusammenhänge, darüber hinaus abe über den Krebsschaden der Juden im Deutschen Staat immer wi aufzuklären und ersuche im übrigen gegen würdelose Partei nossen und Parteigenossinnen,die trotzdem bewußt beim Jude kaufen, mit ihnen persönlichen Verkehr pflegen oder gar al gestellte durch Tragen von Parteiabzeichen Reklame für jüd Geschäfte machen, Parteigerichtsverfahren mit dem Ziel des schlusses aus der Partei,deren Mitgliedschaft sie bei bösw Verstoß gegen diese Anordnung durch ihr würdeloses Verhalt verwirkt haben, einzuleiten.

Ein entsprechendes Vorgehen erwarte ich aber auch geg Parteigenossen,die durch Einzelaktionen gegen Juden die Pa disziplin durchbrechen, unsere eigene Polizei in die Verle heit bringen, gegen Angehörige der Partei und ihrer Glieder vorgehen zu müssen und gewollt oder ungewollt durch ihr Ve ten die Geschäfte des uns feindlichen internationalen Jude besorgen.

Dagegen hat selbstverständlich jeder Parteigenosse d Recht und die Pflicht, bei festgestellten oder vermuteten schen Übergriffen die zuständige Stelle der politischen P zu unterrichten,der dann allerdings die Ergreifung weiter nahmen überlassen werden muß.

München, den 11. April 1935.

gez. R.Heß.

9. Anordnung der Gestapo Kassel an den Marburger Landrat vom 19. 11. 1934.

Gyf. II. 16.

Abschrift.

Geheimes Staatspolizeiamt Berlin, den 19 11.1934.
II B 2 - 70 182 /1838

An
alle Staatspolizeistellen.

11. Dez. 1934

Zu meinen Erlassen vom 9.7. und 5.9.34 - II 1 B 2 26 627/516- betr. die Überwachung des Judentums.

Das Ergebnis der Auswertung der bisher eingegangenen Berichte veranlasst mich zu folgenden Erläuterungen meines obigen Erlasses.

1. Zweck des Erlasses ist die Erfassung aller Formen des öffentlichen Lebens, in denen Juden oder Nichtarier zusammenarbeiten oder die sich positiv mit der Judenfrage beschäftigen. Dies sind also:
   a. die eigentlichen reinjüdischen Vereine und öffentlich rechtlichen Körperschaften, losen Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Organis.Formen, gleichgültig, ob sie sich jüdisch- politisch, kulturell, sportlich, gesellig oder religiös betätigen, also auch Synagogengemeinden,
   b. die Nichtarierorganisationen
   c. die hauptsächlich arischen judenfreundlichen Organisationen (z.Zt. wohl nur noch zur Verbreitung des Christentums unter den Juden).

   Nicht in den Bereich der zu erfassenden Organisationen gehören Vereine mit gemischt arischer und nichtarischer Mitgliedschaft, in denen lediglich der Ariererparagraph nicht angewendet worden ist, es sei denn, dass in diesen Organisationen der jüdisch- nichtarische Einfluss den arischen bei weitem überwiegt.
2. Wenn es sich bei dem behandelten Verein um die Ortsgruppe einer grösseren Organisation handelt, interessieren in erster Linie die von denen der Hauptorganisation abweichenden Verhältnisse der Ortsgruppe. So ist z.B. unter Geschäftsstelle stets die örtliche zu verstehen.

Änderungen der in den Berichten gemachten Angaben, sowie neu gegründete oder der Stapostelle bekanntwerdende Organisationen sind sofort nach Massgabe der beiden Erlasse - II 1 B 2 26627/516- vom 9.7.34 und des vorliegenden-betr. Überwachung des Judentums zu melden. Der Zusatzerlass-II 1 B 2 26627/516 vom 5.9.34, dessen Anordnungen vorstehend in erweiterter Form wiederholt werden, verliert hiermit seine Gültigkeit.

Im Auftrage:
gez. Dr. Haselbacher.

Staatspolizeistelle
den Regierungsbezirk Kassel
8018 f

Kassel, den 7.12.1934.

Gyf. 307

Abschrift zur Kenntnis.

Ich ersuche, über alle seit der letzten Berichterstattung eingetretenen Veränderungen sowie über neu gegründete Organisationen nach dem mit Rundverfügung v.19.7.34-8018 f. übersandten Muster in dreifacher Ausfertigung ungehend zu berichten.

In Vertretung:

...ren Landräte des Bezirks, die Herren
...rmeister als Ortspol.Behörden in
...d Marburg, an den Herrn Pol.Direktor
...

10. Anordnung des Polizeipräsidenten in Kassel an den Landrat in Marburg vom 11. Mai 1934.

Der Polizeipräsident
Staatspolizeistelle
für den Reg.Bez.Kassel

80[18 e]

Kassel, den 11. Mai 1934.

14/0.

Geh. Nr. 53/34.

Streng vertraulich !

Um einen möglichst erschöpfenden Einblick in den Einfluss marxistischer und staatsfeindlicher Elemente auf das Judentum und Logenwesen zu erhalten, sowie zur Vervollständigung der beim Geheimen Staatspolizeiamt eingerichteten Nachrichtensammelstelle ersuche ich bis zum 5.6.1934 erneut getrennte Nachweisungen in doppelter Ausfertigung aufzustellen und einzusenden über alle im dortigen Bezirk vorhandenen:

a) jüdischen politischen Vereine pp sowie ihre Nebenorganisationen jeder Art,

b) jüdischen angeblich unpolitischen Vereine und deren Nebenorganisationen,

c) jüdischen Logen oder logenartige Verbände,

d) ausländische Juden
e) inländische Juden

} die bisher in irgendeiner Form in politischer Hinsicht in Erscheinung getreten sind.

Sollten sich seit dem letzten Bericht nur kleine Änderungen ergeben haben, bitte ich mir lediglich diese mitzuteilen, anderenfalls sind die Listen vollkommen neu aufzustellen. Sie sind in der gleichen Form anzulegen wie durch meine Verfügung vom 24.7.33 angeordnet. Sie müssen nach dem Stande vom 1.6.34 aufgestellt sein.

In Vertretung:

Kühnert,

Herren Landräte des Bezirks
" Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörden in Fulda und Marburg
Herrn Polizeidirektor in Hanau.

11. Anordnung der Stapo in Kassel vom 19. Juli 1934.

Staatspolizeistelle
für den Reg.Bez.Kassel.
80[18 f]

Kassel, den 19. Juli 1934.

Durch Erlass des Geheimen Staatspolizeiamts von 9.7.1934 - II 1 B 2 26627/516 - ist angeordnet worden, dass sämtliche jüdischen Organisationen nach beiliegendem Vordruck zu erfassen sind. Der Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung hier einzureiche Alle Fragen müssen mit aller Sorgfalt genau und eingehend beantwortet werden. Die verantwortlichen Leiter der jüdischen Organisationen sind bei Beantwortung der Fragen darauf hinzuweisen, dass wissentlich falsche Angaben die Auflösung der Organisation zur Folge haben. Ich ersuche, die Fragebogen beschleunigt aufzustellen und mir bis zum 10.8.1934 einzureichen. Der Vordruck ist von Geheimen Staatspolizeiamt genau vorgeschrieben. Ich ersuche, ihn in der gleichen Weise (gleiches Format auf Saugpapier) herzustellen.

In Vertretung:

An
die Herren Landräte des Bezirks
" " Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörden in Fulda und Marburg
den Herrn Polizeidirektor in Hanau.

Der stellv.Landrat,
Geh.8.VIII.

Marburg, den 28.Juli 1934.

U.R. nebst allen Anlagen
dem Herrn Kreisleiter der Gendarmerie
H i e r

zur gefl. Kenntnisnahme. Falls jüdische Organisationen im Landkreise Marburg bestehen sollten, bitte ich um einen Bericht im Sinne des beiliegenden Vordrucks.

Not.8.VIII.1934.

12. Anordnung der Stapo in Kassel vom 27. August 1935.

Staatspolizeistelle
f.d.Reg.Bez.Kassel
II/1 8o[18]

Kassel, den 27. August 1935

Eilt ! Geheim !

Zur Erfassung der Juden in Deutschland soll zentral eine Judenkartei angelegt werden . Ich ersuche daher , sämtliche im dortigen Bezirk befindlichen jüdischen Organisationen zur Einreichung von Mitgliederlisten nach beifolgendem Muster zu veranlassen.

Die Mitgliederlisten sind der Staatspolizeistelle in vierfacher Ausfertigung mit Schreibmaschine geschrieben bis spätestens 15.1o.1935 einzureichen, und zwar auf Papierformat: Din A 4 (Grösse der Anlage). Für jeden Verein ist ein besonderes Mitgliederverzeichnis in vierfacher Ausfertigung anzulegen. Die Mitgliederlisten müssen den Stand vom 1.1o.1935 wiedergeben. Zu ihrer Beschaffung darf jedoch nicht an die Landesverbände, sondern unter allen Umständen nur an die örtlichen Vereine und Ortsgruppen herangetreten werden. Die Organisationen sind darauf hinzuweisen, dass falsche Angaben zur Auflösung führen. Die Ueberwachung in dieser Hinsicht hat von dort aus zu geschehen.

Alle eintretenden Veränderungen sind ohne nochmalige besondere Aufforderung jeweils am Vierteljahresersten als Stichtag in einer Nachtragsliste, gleichfalls in vierfacher Ausfertigung zu melden. Diese Liste muss enthalten:

1.) den Abgang , getrennt nach:
   a) durch Austritt
   b) durch Tod
   c) durch Auswanderung.
2.) den Zugang.

Diese Nachtragslisten sind mir dann jemals bis spätestens zum 1o. des auf den Vierteljahresersten folgenden Monats zu übersenden.

Hierüber gelten im übrigen die gleichen wie vorstehend ausgeführten Bestimmungen.

Fehlanzeige ist in jedem Fall erforderlich.

Auf sorgfältige Bearbeitung und pünktliche Einhaltung der Termine weise ich besonders hin.

gez. von Pfeffer.

Begl.:
Pol.Inspektor.

An die Herren Landräte des Bezirks,
" " Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde in Fulda und Marburg,
An die Staatspolizeiaussenstelle in Hanau.

13. Geheimes Einschreiben des kommissarischen Landrats an die Stapo in Kassel vom 15. Oktober 1935.

Der k.Landrat. Marburg-Lahn, den 15.Oktober 1935.

V.309. Geheim!
Einschreiben! Briefbuch

Betrifft :Jüdische Organisationen.
Bezug :Vf.v.27.8.35,II/1 8o[18].
Anlagen :32 lose Anlagen.

Jn den Anlagen überreiche ich je eine Nachweisung in vierfacher Ausfertigung über

a) Reichsbund jüd.Frontsoldaten,Ortsgruppe Kirchhain.
b) jüd.Männerverein Kirchhain.
c) Jsraelit.Frauenverein Kirchhain.
d) Jsraelit.Wohltätigkeitsverein Kirchhain.
e) Reichsbund jüd.Frontsoldaten,Ortsgruppe Neustadt.
f) Jsraelitischen Frauenverein Neustadt.
g) Habonim Neustadt.
h) Habonim Halsdorf. +

Sonstige jüd.Vereinigungen,die hier in Frage kommen würden,bestehen im Landkreise Marburg nicht.

Jn Vertretung:

1/ An
die Staatspolizeistelle
in
Kassel.

+ Ausw 15/7 1938 aufgelöst Kiem 18/7 38

1) * Registratur notiere bitte 7. wieder Vorgänge usw. 2) Ich z. d. Akten vorgezogen Vf. d. Regs. nicht gleichlautend. Mg.

14. Schreiben des Schulrats an den Rektor der Jüdischen Volksschule („Schlageterschule"), vom 30. April 1933.

Abschrift.

Der Schulrat.

Nr.560/33. Marburg/L.,den 30.April 1933.

Herrn Rektor Scholz,

in M a r b u r g /L.,Schlageterschule.

Der israelitische Lehrer Pfifferling ist ab 1.5.d.Js. bis auf weiteres beurlaubt worden und hat sich jeder dienstlichen Tätigkeit zu enthalten.

Ich beauftrage Sie,die umgehende Einschulung der israelitischen Schulkinder ab 1.Mai d.Js.in die Marburger ev.und kath.Volksschulen in Verbindung mit den übrigen Schulleitern vorzunehmen und mir alsbald unter Beifügung einer Uebersicht über die Ueberweisungen zu berichten;die endgültige Stellungnahme zu der vorläufigen Regelung behalte ich mir noch vor.

Die Verteilung der Kinder auf die einzelnen Schulen ist unter Berücksichtigung ihrer Wohnung und unter Beachtung der Schulbezirksgrenzen vorzunehmen;den Eltern der Kinder ersuche ich Nachricht zukommen zu lassen.

Die Stadtschuldeputation und der Vorsteher der israel.Gemeinde haben Mitteilung erhalten.

Für den Fall,dass sich bei der Einschulung Schwierigkeiten ergeben sollten,ersuche ich um telefonischen Anruf.

gez.Dr.clössner.

Marburg/Lahn MAI 1933

Der Schulrat.
Nr.560/33. Marburg/L.,den 30.4.1933.

Der Stadtschuldeputation in Marburg/L.

Die vorstehende Abschrift mit der Bitte um gfl.Kenntnisnahme ergebenst übersandt.

Der Schulrat · Stadt — Frankenberg

15. **Schreiben des Direktors der Berufs- und Fachschulen an den Oberbürgermeister der Stadt Marburg vom 23. April 1934.**

Der Direktor
d. Berufs-u. Fachschulen
Marburg a. d. Lahn

Marburg a. d. L. den 23. April 1934.

Schulbüro
Eing. 24. April 1934
Tgb. Nr. ———

An den

Herrn Oberbürgermeister,

Marburg a. d. L.

Im vergangenen Schuljahr wurde die israelitische Volksschule aufgelöst und der Kaufmännischen Berufsschule mit Genehmigung der jüdischen Gemeinde- Tafel und Katheder überlassen. Da nun nach Angaben des Herrn Lehrer Pfifferling, die Schule in Kürze wieder eröffnet wird, muß ich das Inventar zurückgeben. Ich benötige deshalb für ein Klassenzimmer einen Tisch für den Lehrer und eine Tafel.-

Hamel

U. an B zur gefl. weiteren Veranlassung weitergereicht.
Lehn, 24/4. 34.
Mengel

Stadthauptamt VII
25. APR. 1934
Marburg/Lahn

Vorsp. dem Schulamt zurückgesandt. Mit dem beigefügten Kostenanschlag betragen die Kosten für die Bank-

16. **Schreiben der Stadtkasse an den Kreisschulrat vom 11. November 1938. StAM 330 Mbg C 4454.**

1. Schreiben an

Herrn
Kreisschulrat Dr.Clössner
in Marburg a.d.Lahn

---- ---- Sch. 11.November 1938

Stadtkasse Marburg a/d.Lahn Eing. 14. NOV. 1938 vorm.nachm. Anl.

Die Synagoge, in der die jüdische Schule untergebracht war, ist am 10.November 1938 abgebrannt.
Lehrer Pfifferling von der jüdischen Schule ist zu seiner persönlichen Sicherheit von der Polizei in Schutzhaft genommen worden.
Ich gebe hiervon Kenntnis und bitte das Weitere veranlassen zu wollen.

2. Kasse z.Kts. Die zweite Rate von 135,07 RM unter Titel 2.21. 216 gem.Kassenanweisung vom 4.8.1938 ist vorläufig nicht zu zahlen.

3. W. V- 2o.12.1938. J. V.

zu c. z. Kts genommen und vermerkt
Eg. d. 2. 11. 38
Stadtkasse

2. 224/3

17. Verordnung des Reichs- und Preuß. Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 17. Dezember 1938.

er Reichs- und Preuß.Minister
fur Wissenschaft, Erziehung
und Volksbildung
E I b 796,EIIe,EIII,EIV.

Berlin,den 17.Dezember 1938.

Der Oberbürgermeister der Stadt Marburg a.d.Lahn
Eing.: 28. DEZ. 1938
Anlagen

Betrifft: Schulunterricht an Juden.

Durch meinen Erlaß vom 25. November 1938 - E I b 745 - habe ich angeordnet, daß Juden nur jüdische Schulen besuchen dürfen. Eine Neuregelung der Unterhaltung jüdischer Schulen ist in Aussicht genommen.

Da es nicht angeht, die schulpflichtigen Juden in der Zwischenzeit ganz ohne Unterricht zu lassen, ist dafür zu sorgen, daß die bisherigen Schuleinrichtungen für Juden bis auf weiteres aufrecht erhalten bleiben. Die in den Schulgebäuden der allgemeinen Volksschulen eingerichteten Sammelklassen sind jedoch, wenn andere Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stehen, aufzulösen, da ein Unterricht an deutsche und jüdische Schüler im gleichen Gebäude nicht mehr in Betracht kommen kann.

Von der Zahlung von Zuschussen an jüdische Privatschulen aus Mitteln des Staates wird künftig abgesehen. Soweit die Lehrer jüdischer Schulen (mit Ausnahme der nach Absatz 2 aufgelösten Sammelklassen für jüdische Schüler) ihr Gehalt bisher aus der Staatskasse oder einer anderen öffentlichen Kasse (Gemeindekasse, Landesschulkasse) erhalten haben, ist dieses bis auf weiteres weiterzuzahlen.

Die Haftentlassung der in Schutzhaft genommenen Lehrer wird durch die zuständigen Polizeibehörden veranlaßt werden.

Dieser Erlaß wird nicht veröffentlicht.

Jm Auftrage
gez.Holfelder.

n die Herren Regierungspräsidenten - Schulabteilung -

Der Regierungspräsident
t.für Kirchen und Schulen
B IV Nr. 3668.

Kassel,den 23.Dezember 1938.

Abdruck übersende ich zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung.

Jn Vertretung
gez.Flach.

Beglaubigt:
Reg.-Assistent.

n
ie Herren Landräte des Bezirks,
ie Herren Oberbürgermeister in
assel, Hanau, Fulda und Marburg,
ie Herren Kreisschulräte des Bezirks.

1) Kreisschulrat Dr. Klösener hat den Lehrer Differding aufgefordert zur Anzeige eine evtl. schulpflichtige jüdische Kinder vorhanden sind und wenn ja den Rektor schriftlich Bericht zu erstatten. Akten d. Lehrer 29.12.38.

18. **Artikel des Nachrichtendienstes des Deutschen Gemeindetages vom 21. 7. 1939; dazu: Notiz über Streichung der Zuschüsse für die Schule.**

868. Jüdiſches Schulweſen

Im Reichsgeſetzblatt Teil I Nr. 118 vom 6. 7. 39 S. 1097 ff iſt eine 10. Verordnung zum Reichsbürgergeſetz vom 4. 7. 39 veröffentlicht, die im weſentlichen die Förderung der Auswanderung der Juden bezweckt und hierfür eine Reichsvereinigung der Juden ſchafft. In Art II dieſer Verordnung iſt u. a. — mit dem Ziel der weiteren Abſonderung vom deutſchen Volk — eine Zentraliſierung des jüdiſchen Schulweſens in der Reichsvereinigung vorgeſehen. Hierdurch ſollen die letzten Mißſtände ausgeräumt werden, die durch die Unterbringung jüdiſcher Kinder in deutſchen Schulgebäuden noch vereinzelt beſtehen. Von der Reichsvereinigung ſollen Unterrichtskurſe unterhalten werden, die der Auswanderung der Juden förderlich ſind.

Nachrichtendienſt DGT, 21. 7. 1939

Verfg.

1. Kts. genommen.
2. Die jüdische Schule in Marburg a.d.Lahn erhält ab Rechnungsjahr 1939 von der Stadt aus keinen Zuschuss mehr zu der Schule. Irgend welche Einrichtungsgegenstände (Bänke usw.) seitens der Stadt Marburg hat die Schule nicht im Gebrauch.
3. z.d.A-(17.4.)

Mbg. d. 28. Juli 1939.
D. O.
J. V.

19. Ausschnitt aus dem „Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages"; Nr. 27 Jahrgang 1935; vom 21. 9. 1939.

Der Landrat
IIIa/L.
Eing. 25. SEP. 1939
Ausschnitt aus dem Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages"
Nr. 27 Jahrgang 193.

4131. Jüdische Volksschulen

Auf Grund des § 14 Abs 2 der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. 7. 39 hat der REr.M im Einvernehmen mit dem RMdJ zur Ausführung des Artikels II der Verordnung durch Erl vom 14. 8. 39 (Deutsch. Wiss. Erziehg. Volksbildg. S. 454/455) folgendes bestimmt:

„Zu § 6.

(1) Zu den Pflichtaufgaben der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gehört nur die Einrichtung von Volksschulen für Juden. Die Errichtung von Mittel- und Höheren Schulen sowie von Berufs- und Fachschulen und sonstigen Schul- und Unterrichtskursen ist der Reichsvereinigung nach Maßgabe des Bedürfnisses und der verfügbaren Mittel freigestellt.

(2) Die Lehrpläne für die von der Reichsvereinigung unterhaltenen Schulen werden den Bedürfnissen der jüdischen Auswanderung entsprechend von der Reichsvereinigung mit Genehmigung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung aufgestellt. Es bestehen keine Bedenken dagegen, von den sonst üblichen Lehrplänen abzuweichen. Insbesondere ist nichts dagegen einzuwenden, daß in die Lehrpläne der Volksschule Unterricht im Hebräischen und in einer für die Auswanderung dienlichen lebenden Fremdsprache aufgenommen werden. Da Übungsstätten für Zwecke der Leibeserziehung bei der Mehrzahl der Schulen nicht vorhanden sein werden, kann die Leibeserziehung auf das unter den gegebenen räumlichen Verhältnissen durchführbare Maß beschränkt werden.

(3) Lehrerausbildungsstätten dürfen von der Reichsvereinigung nur errichtet werden, soweit die Versorgung ihrer Schulen mit jüdischen Lehrkräften dies erfordert. Die Errichtung bedarf der Genehmigung durch den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Über Dauer und Art der Ausbildung werden auf Antrag der Reichsvereinigung vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung besondere Vorschriften erlassen.

(4) Zum Zwecke der Lehrerfortbildung können von der Reichsvereinigung Fortbildungslehrgänge veranstaltet werden. Zeit und Ort der Lehrgänge sowie die Namen der Lehrgangsleiter und der mit der Fortbildung betrauten Personen sind dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vorher mitzuteilen.

(5) Auf die Schulen der Reichsvereinigung finden die reichs- und landesrechtlichen Vorschriften über Privatschulen Anwendung. Errichtung und Aufhebung bedürfen der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde. Die Genehmigung zur Errichtung darf nur unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs erteilt werden. Die Schulen sind berechtigt, Zeugnisse über die Leistungen ihrer Schüler sowie Versetzungs- und Abgangszeugnisse auszustellen. Den höheren Schulen kann auf Antrag der Reichsvereinigung die Abhaltung der Reifeprüfungen gestattet werden. An der Reifeprüfung hat ein Beauftragter der Schulaufsichtsbehörde teilzunehmen.

(6) Die Lehrkräfte an den Schulen der Reichsvereinigung werden auf Privatdienstvertrag angestellt. Ihre Anstellung bedarf der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde. Bei der Erteilung der Genehmigung zur Anstellung an Volksschulen kann von den sonst üblichen Voraussetzungen fachlicher Vorbildung abgesehen werden, wenn Lehrkräfte mit abgeschlossener fachlicher Vorbildung nicht zur Verfügung stehen und nach der Person der in Aussicht genommenen Lehrkraft erwartet werden kann, daß sie einen für die Bedürfnisse des jüdischen Schulwesens ausreichenden Unterricht erteilt.

(7) Für die den Lehrkräften zu zahlende Vergütung werden von der Reichsvereinigung mit Genehmigung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Richtlinien aufgestellt.

(8) Die Reichsvereinigung bestimmt mit Genehmigung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, ob und in welcher Höhe an den von ihr unterhaltenen Schulen Schulgeld erhoben wird. Schulgeld kann auch an den Volksschulen der Reichsvereinigung erhoben werden.

Zu § 8.

(1) Die bestehenden öffentlichen und privaten jüdischen Schulen, Einrichtungen der jüdischen Lehrerbildung und sonstigen jüdischen Erziehungseinrichtungen, die nicht bis zum 30. 9. 39 von der Reichsvereinigung übernommen werden, haben mit dem 1. 10. 39 den Betrieb einzustellen. Sie sind bis zu diesem Zeitpunkt einstweilen fortzuführen, sofern nicht die Reichsvereinigung dem Unterhaltsträger gegenüber bereits vorher erklärt, daß eine Übernahme der Einrichtung nicht in Betracht kommt.

(2) Die Übernahme erfolgt durch Fortsetzung des Unterrichtsbetriebes auf Kosten der Reichsvereinigung. Das Rechtsverhältnis zwischen dem bisherigen Unterhaltsträger und der Reichsvereinigung ist vertraglich zu regeln.

(3) Bei den bisher vom Staat oder einer Gemeinde unterhaltenen öffentlichen jüdischen Schulen ist eine Übereignung des Gebäudes an die Reichsvereinigung unzulässig. Es ist jedoch zu prüfen, ob ihr das Schulgebäude und seine Einrichtung mietweise überlassen werden können; auch dies soll nur dann geschehen, wenn die Schule in einem besonderen Gebäude untergebracht und ein Zusammentreffen deutscher und jüdischer Kinder nicht zu befürchten ist. Kann das Gebäude der Reichsvereinigung nicht überlassen werden, so soll der Unterhaltsträger der Schule tunlichst für eine andere geeignete Unterkunft Sorge tragen.

(4) Verpflichtungen öffentlicher jüdischer Volks- und Mittelschulen in Preußen gegenüber der Landesschulkasse oder Landesmittelschulkasse erlöschen mit der Übernahme der Schule durch die Reichsvereinigung oder ihrer Auflösung.

Zu § 9.

(1) Den Lehrkräften öffentlicher jüdischer Schulen, die mit dem Ablauf des 30. 6. 39 in den Ruhestand getreten sind, ist dies in der durch § 163 des Deutschen Beamtengesetzes vorgeschriebenen Form mitzuteilen. Der Aushändigung einer Urkunde bedarf es nicht.

(2) Die Lehrkräfte können bis zur Übernahme der Schule durch die Reichsvereinigung oder bis zu ihrer Auflösung im Angestelltenverhältnis weiter beschäftigt werden. Sie erhalten in diesem Falle eine Vergütung nach den Grundsätzen des Erlasses vom 11. 4. 38 – E II e 870 –.

(3) Weigert sich eine jüdische Lehrkraft, die auf Grund des § 9 der Verordnung in den Ruhestand getreten ist, eine ihr von der Reichsvereinigung angebotene Beschäftigung an einer jüdischen Schule anzunehmen, so hat die Reichsvereinigung dies der Schulaufsichtsbehörde mitzuteilen. Diese veranlaßt das weitere wegen des Fortfalls des Ruhegehalts.

(4) Die Weiterbeschäftigung jüdischer Lehrkräfte im Ruhestand durch die Reichsvereinigung ist keine Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Zu § 11.

Bei der Durchführung der Schulaufsicht bedient sich der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung der ihm nachgeordneten Behörden. Die sachliche und örtliche Zuständigkeit richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften. Für die Aufsicht über die von der Reichsvereinigung unterhaltenen Volksschulen ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, die Schulaufsichtsbehörde der Kreisinstanz zuständig."

Nachrichtendienst DGT, 21. 9. 1939

20. Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Marburg an das Stadtbauamt vom 9. 8. 1939. StAM 330 Mbg C 4452.

Der Oberbürgermeister. Marburg, den 9.8.1939

1) In der 1o. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4.7.1939 (Reichsgesetzblatt Teil 1 1939, Seite 1o97) wird das jüdische Schulwesen näher geregelt.
Nach dieser Verordnung werden die Juden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen. Diese Reichsvereinigung ist verpflichtet, für die Beschulung der Juden zu sorgen. Weiterhin hat die Reichsvereinigung die notwendige Zahl von Volksschulen zu errichten und zu unterhalten. Die von der Reichsvereinigung unterhaltenen Schulen sind Privatschulen.
2) B. zur Kenntnis und evlt. weiteren Veranlassung. (Zurücknahme von Schulbänken usw.)
3) Ein Zuschuss zu der jüdischen Schule in Marburg kommt ab Rechnungsjahr 1939 nicht mehr in Frage.
4) Z.d.A.

Stadtbauamt
10. AUG. 1939
M

J.V.

21. Schreiben der Israelitischen Gemeinde an den Oberbürgermeister der Stadt Marburg vom 22. Mai 1940.

Israelitische Gemeinde
Marburg a. d. Lahn
Postscheck-Konto: Frankfurt-M. Nr. 851 41

Der Oberbürgermeister der Stadt Marburg a.d.Lahn
Eing.: 22. MAI 1940
Anlagen

Marburg, den 22.Mai 1940.
Barfüßertor 15.B.

An den H e r r n
O b e r b ü r g e r m e i s t e r der Stadt Marburg,
M A R B U R G / Lahn.

Betr. Verlegung der jüdischen Volksschule.

Im Anschluss an unser Schreiben vom 6.ds.Mt. teilen wir dem Herrn Oberbürgermeister ergebenst mit, dass die jüdische Volksschule heute nach Schwanallee 15 parterre verlegt worden ist.

Hochachtungsvoll!
Israelitische Gemeinde

Bezirksrat z. P.
f. d. R. Mbg., d. 23. 5. 40.

22. Schreiben der Gestapo Kassel an den Marburger Landrat vom 26. Januar 1940. StAM 330 Mbg C 4452.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel

B.-Nr. II B 4-P.248.
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum angeben.

Kassel, den 26. Januar 1940
Wilhelmshöher Allee 32
Fernsprecher: Nr. 36675 – 36677

Der Landrat
29. JAN. 1940

An den
Herrn L a n d r a t
in M a r b u r g / Lahn.

Betrifft: Unterrichtsgenehmigung für den jüdischen Lehrer Salomon P f i f f e r l i n g in Marburg/Lahn, Heusingerstrasse

Vorgang: Dortige Anfrage vom 21.1.1940 -Nr.123a/40.-

Staatspolizeilicherseits werden gegen die Erteilung de Unterrichtsgenehmigung für den Obengenannten keine Bedenken erhob

Im Auftrage:
gez. W o [illegible] u s.

Geheime Staatspolizeistelle Kassel

Beglaubigt:
Kanzleiangestellte.

23. Schreiben der Israelitischen Gemeinde Marburg an den Oberbürgermeister der Stadt Marburg vom 3. Juli 1940.

Jsraelitische Gemeinde
Marburg a. d. Lahn

Postscheck-Konto: Frankfurt-M. Nr. 85141

Eing.: - 4. JUL 1940

Marburg, den 3. Juli 1940.
Barfüssertor 15-3.

Stadtschulamt Marburg
Eing. 5. JULI 1940
Anl.

An den
Herrn Oberbürgermeister der Stadt Marburg,
Abteilung Schulamt,
MARBURG.

Die Israelitische Gemeinde veranstaltet hier einen Nähkursus für jüdische Frauen und Mädchen mit Erlaubnis der Geheimen Staatspolizei (Akte II.B. 4 2032/40) Die Leitung hat die jüdische Schneidermeisterin Rosine Sara Löwenthal, Frankfurt/M. Jahnstrasse 24 übernommen.

Wir wissen nicht, ob hierzu die Erlaubnis des Herrn Oberbürgermeister-Abt. Schulamt erforderlich ist, und bitten um gefl. Bescheid. Bejahendenfalls bitten wir uns die Genehmigung hierzu freundl. erteilen zu wollen.

Fräulein Löwenthal besitzt einen Unterrichts-Erlaubnisschein für Frankfurt.

Israelitische Gemeinde

24. Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel an den Oberbürgermeister in Marburg vom 27. Juli 1940.

Der Regierungs-Präsident.

B IV № 1453 b

wird ersucht, in Antwortschreiben die obige Nummer anzugeben.

Fernruf: Sammelnummer 5742 [24211].

Kassel, den 27. Juli 1940
Schloßplatz Nr. 6

Ich genehmige jederzeit widerruflich die Errichtung einer privaten jüdischen Schule in Marburg.

die jüdische Kultusgemeinde in Marburg (Lahn).

Eing.: - 5. AUG.

- - - - -

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme.

Im Auftrage
gez. Remy-

den Herrn Oberbürgermeister
in Marburg

Regierungspräsident d. Reg.-Bez. Kassel

Regierungsamtmann

25. Schreiben der Israelitischen Gemeinde an den Oberbürgermeister in Marburg vom 5. Oktober 1940.

Israelitische Gemeinde E.V.
Jüdische Kultusvereinigung
Marburg a. d. Lahn

Postscheck-Konto: Frankfurt-M. Nr. 851 41

Marburg, den 5. Oktober 1940.

Barfüßertor 15 B
(Marburg a.d.Lahn)
Eing.: - 7. OKT. 1940
Anlagen

An den Herrn
Oberbürgermeister der Stadt
Marburg,
MARBURG / Lahn.

Auf Anordnung der Schulabteilung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin ist die hiesige jüdische Volksschule, die bisher im Hause Schwanallee 15 untergebracht war, am 1. Oktober 1940 aufgelöst worden. Die Schulkinder werden in Frankfurt eingeschult.

Israelitische Gemeinde

26. Schreiben der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (Schulabteilung) an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 21. November 1940.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
Berlin-Charlottenburg 2/ Kantstraße 158 = Sammelnummer 91 91 41

Schul - Abteilung

Bitte bei der Antwort angeben:
Unser Zeichen: Abt. VII.Fst/Wal.
Ihr Zeichen:

Den 21.November 1940

Betr. Auflösung jüdischer Schulen.

Wir erlauben uns mitzuteilen, daß wir die Privaten jüdischen Volksschulen in:

Hanau,
Korbach,
Langenselbold,
Marburg

zum 1.Oktober ds.Js.aufgelöst haben.

Dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung haben wir unter dem 17.ds.Ms. davon Mitteilung gemacht.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
Schulabteilung
gez. Paula Sara Fürst.

An den Herrn Regierungspräsidenten in K a s s e l.

Der Regierungspräsident
B IV Nr. 3439

Eingegangen Stadt Marburg a.d.Lahn 29. NOV. 1940 Anlagen

Kassel, den 25.November 1940

Abschrift übersende ich zur Kenntnisnahme.

Im Auftrage:
gez.Rexy

An den
Herrn Oberbürgermeister
in M a r b u r g

Regierungsprüfungsamt

Beglaubigt:
Regierungs [illegible]sekretär

27. Schreiben des Landrats inn Marburg an das Gerichtsgefängnis vom 4. September 1933.

Der Landrat.
C.

Marburg, den 4. September 1933.

Die Viehhändler Albert und Julius Stern aus Wetter sind in Schutzhaft genommen worden. Ich bitte um Aufnahme in das Gerichtsgefängnis.

J.V.

Gerichtsgefängnis

Hier.

28. Schreiben Alfred Sterns an den Landrat in Marburg, Wetter, den 5. September 1933.

Wetter, den 5. Septr. 1933

An

den Herrn Landrat,

Marburg/Lahn

Hierdurch beantrage ich der unterzeichnete Pferdehändler Adolf Stern meine Freilassung aus der Schutzhaft. Ich erkläre, dass ich mich nicht nach Wetter sondern nach Verwandten nach auswärts begeben werde, bis der Sachverhalt geklärt ist.

Ich bestreite, in der letzten Zeit mich mit arischen Mädchens abgegeben zu haben. Es ist undenkbar mir auch nur einen Fall nachzuweisen. Es wird behauptet ich sei noch am 27. August 1933 mit einem arischen Mädchen gesehen worden, diese Behauptung ist aber unrichtig. Richtig ist, was ich niemals bestreitet habe, dass ich mit der Grete Schmidt ein Verhältnis unterhalten habe, jedoch habe ich auch mit diesem Mädchen seit Monaten seit dem die Bestimmungen über den Verkehr zwischen Arierin und Nichtarier herrschen, kein Verhältniss mehr unterhalten.

29. Zeugenaussage Margarethe Sch. zu deren Vorladung vom 14. September 1933.

14. September 1933

Vorgeladen erscheint das Dienstmädchen Margarethe Sch 19 Jahre alt, wohnhaft Wetter, Römerplatz 95 und sagt mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht und zur Wahrheit ermahnt folgendes aus:

Ich gebe zu, einmal und zwar im Januar 1933 mit dem Alfred Stern in Wetter intim verkehrt zu haben. Später habe ich nicht mehr mit ihm verkehrt und war auch nicht mehr mit ihm zusammen, insbesondere bin ich auch abends nicht mit ihm spazieren gegangen. Ich war auch noch nicht in dem Gartenhäuschen des Pferdehändlers Stern.

Richtig ist, dass ich vor einigen Wochen abends in der Nähe des Pumpwerks mit Frau Archinal traf. Sie frug mich, wohin ich wollte. Ich antwortete ihr auf den Strich, was ortsüblich soviel wie possieren heisst. Ich habe aber an diesem Abend nicht mit einem jungen Mann possiert, sondern war auf der Papiermühle.

Ich versichere nochmals, dass ich seit Januar 1933 mit keinem Judenjungen etwas zu tun gehabt habe.

v. g. u.

M. Sch.

30. Ärztliches Zeugnis von Dr. med. W. Löhlein aus Wetter vom 14. 9. 1933.

Dr. med. W. Löhlein
prakt. Arzt — Oberstabsarzt a. D.

Telephon Nr. 4
Postscheck: Frankfurt a. M. 81312

Wetter (Hess.-Nass.), den 14. 9. 193

Aerztliches Zeugnis.

Der Pferdehändler Alfred Stern aus Wetter geb. 25. 1.1907, ist von mir am 31.8.33. in der Gefängniszelle des Amtsgerichts Wetter ärztlich untersucht worden. Der kräftig -gebaute junge Mann hatte eine leicht beschleunigte Herztätigkeit, die Herztöne waren rein, die Herztätigkeit regelmässig, der Lungenbefund wies keine krankhaften Erscheinugen auf. Eine am nächsten Tage vorgenommene Untersuchung des Urins ergab normale Verhältnisse. Bei der Besichtigung des Körpers stellte ich fest, dass auf beiden Schultern in der Gegend des oberen Teiles der Schulterblätter die Haut im Umfange einer Handfläche blaugefärbt war, durchzogen von rötlichen Striemen. Ueber die rechte Gesässbacke zog sich ein etwa ½ cm breiter, etwa 10 cm langer Streifen in horizontaler Richtung. Die Gegend des Ansatzes des Steissbeines war stark druckschmerzhaft. Etwa in der Mitte des Hinterkopfes war eine kleine Beule fühlbar, die auf leichten Druck schmerzhaft war.

31. Vermerk des Landrats in Marburg vom 28. 9. 1933.

M. 28.9.33.

1) Vermerk: Die sehr eingehenden Vernehmungen haben keinen ausreichenden Anhalt dafür erbracht, daß Alfred Stern in den letzten Monaten mit der Margarethe Schmidt oder einem anderen Mädchen arischer Abstammung verkehrt hat. Die Zeugen haben versagt. Es handelt sich offenbar um üblen Kleinstadtklatsch; einer beruft sich auf den anderen als Urheber. Keiner hat selbst etwas gesehen.

Bei dieser Sachlage ist in Beachtung des Erlasses des Herrn Min.d.J. vom 19.9.33 die Weiterbelassung des Alfred Stern in Schutzhaft nicht vertretbar, da die Voraussetzungen dieses Erlasses nicht erfüllt sind.

++ ++

2) Entlassung des Alfred Stern aus der Schutzhaft und Vorladung zum Landratsamt zwecks schriftlicher Verwarnung.

++ ++

3) Herrn Wagner wegen Berichtigung der Listen pp vorzulegen.

++ ++

4) Z.d.A. J.V.

32. Schreiben des Landrats in Marburg an die städtische Ortspolizeibehörde in Wetter vom 2. November 1934.

In Schutzhaft v.15.4.-11.5.1933 und 4.9.-28.9.1933 wegen Greuelpropaganda und Sittlichkeitsverbrechen an Christenmädchen. linksgerichtet.

Landrat Marburg

Personalbogen.

Name: Stern
Vorname: ~~Adolf~~ Alfred
geboren: 25.1.1907
Geburtsort: Wetter
Kreis: Marburg Lahn
Beruf: Pferdehändler
Deckname:
Beschäftigt bei:

Wohnung: Wetter
Familienstand: ledig
Ehefrau-Ehemann
Religion: isr.
Staatsangehörigkeit: Deutsch
Vorstrafen: A.G. Biedenkopf v. 1.3.34: 15.-M

Politische Einstellung und Betätigung: früher Zentrum

Stellv. Landrat,
Tgb. Nr. 258.

Marburg, den 2. November 1934.

Eilt!

U.R. der städtischen Ortspolizeibehörde
~~dem Gendarmerieposten~~
in
Wetter

O.-R.-Nr. 2113

mit dem Ersuchen um sofortige Ausfüllung des obigen Fragebogens. Gleichzeitig wollen Sie sich bei Rückgabe auch darüber äußern, ob der Betreffende sich heute in irgendeiner Weise politisch betätigt oder ob sonstige Wahrnehmungen über den Betreffenden in politischer Hinsicht gemacht worden sind. Der hierunter angegebene Termin muß unter allen Umständen eingehalten werden.

Frist: 10.11.34.

J.V.
gez. Seufer.
Beglaubigt:
Angestellter.

33. **Schreiben der Stapo in Kassel an den Landrat in Marburg vom 6. 5. 1935.**

Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Kassel

Kassel, Polizeipräsidium, Königstor 31 — Eingangs- und Bearbeitungsvermerk

Gpj. 141.

An

den Herrn L a n d r a t

in M a r b u r g /L.

Geschäftszeichen und Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen und Tag meines Schreibens
II/2 Io 15 q 6.5.35

Betrifft: Bericht -Geh. A.2 v.27.4.35-an den Herrn Regierungspräsidenten.

Es wird um Mitteilung ersucht,welche Gemeinderäte usw. auch heute noch Geschäfte mit Juden tätigen.Ausserdem ist der Name des Beauftragten der Landesbauernschaft,der die Aeusserung gemacht hat, festzustellen. Was ist über die Sache dort bekannt?

Im Auftrage :

Anlagen

Drahtwort Staatspolizei Kassel | Fernruf 350 31 4 | Postscheck Frankfurt a/M. 6730 Reg.-Hauptkasse Kassel | Bankkonto Reg.-Hauptkasse Kassel Reichsbank-Girokonto

34. Anordnung der Stapo in Kassel an den Landrat in Marburg vom 23. Oktober 1935.

Staatspolizeistelle
für den Regierungsbezirk Kassel
II/2 80[18]

Kassel, den 23. Oktober 35.

4PL4

Marburg
Eingang
Urkt. 376.

Betr.: Juden im Viehhandel.

Es wird immer wieder darüber geklagt, dass der Viehhandel auch heute noch fast restlos in den Händen der Juden liegt. In letzter Zeit sollen jüdische Händler dazu übergehen, auch Schlachtvieh zu überhöhten Preisen aufzukaufen, während auf den Viehmärkten Schlachtvieh zu angemessenen Preisen so gut wie überhaupt nicht angeboten wird. Dieser Zustand würde zur Folge haben, dass die Preise für Fleisch und Wurstwaren trotz der Verbote und Anordnungen übermässig erhöht würden. Es besteht daher die Vermutung, dass es sich bei diesen Massnahmen um einen planmässigen Angriff des Judentums handelt, der darauf abzielt, Unruhe und Unzufriedenheit in die Bevölkerung zu tragen.

Ich ersuche, in dieser Richtung Ermittlungen anzustellen und mir bis zum 15. 10. 11. 35 zu berichten.

Fehlanzeige erforderlich.

Im Auftrage:
Marks

An
die Herren Landräte des Bezirks
die Herren Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörden
in Fulda und Marburg
die Aussenstelle der Stapo Kassel
in Hanau.

Anzeige haben erstattet:
Städte Amöneburg, Neustadt,
Ziegenberg, Schweinsberg, Wetter,
die Gend.Ämter Niederklein,
Dorf, Caldern, Lohra.

Der L. Landr. 4. 27. 10. 35.
Urkt. 376.

1) An
a) Die Herren Bürgermstr. als O. P. B. in 6 Städ
b) " " Gend. Oberwachtmeister
c) " " " Wpm.

Einsehen von 1 bis 3.
Zu 2 c: Die Herren sind sofort mit entspr. Weisung zu versehen.

35. Schreiben des kommissarischen Landrats an die Bürgermeister der Städte und die Herrn Gendarmerie-Beamten des Kreises vom 5. 6. 1935.

Vorzimmer

.k.Ldrt.
eh.141.

M.5.6.35.

Geheim! Streng vertraulich!

1) An
die Herren Bürgermeister der Städte
und die Herren Gend.-Beamten des Kreises.
====

Ich ersuche um Bericht bis spätestens 15.d.Mts., welche Gemeinderäte und sonstige im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten auch heute noch und zwar nach dem 1.8.34 Geschäfte mit Juden getätigt haben bezw. tätigen. Die Feststellungen sind streng vertraulich, aber auch unbedingt gewissenhaft zu treffen. Sie sollen zunächst möglichst nicht zur Kenntnis der Beteiligten kommen. Aus dem Bericht muss ersichtlich sein, ob die Gemeinderäte pp, über die zu berichten ist, Mitglieder der NSDAP sind.

Zusatz für die Gend.-Beamten:

Der Bericht hat sich auch auf die Bürgermeister und die Standesbeamten Jhres Dienstbezirks zu erstrecken.

++ ++

2) An den ~~Herrn~~ Direktor der landwirtsch.Werkschule,
Herrn Landwirtschaftsrat Winter
in K i r c h h a i n.

Vor einigen Wochen soll ein Beauftragter der Landesbauernschaft Kurhessen in einer öffentlichen Versammlung in Kirchhain erklärt haben, daß die Militärverwaltung den grössten Teil des von ihr benötigten Hafers heute schon wieder durch jüdische

Groß-

D.k.Ldrt. Marbg.d.5.6.35.
Geh.141.

Großhändler beziehe.Jch bitte mir umgehend durch Namhaftmachung der Person des Beauftragten der Landesbauernschaft mitzuteilen, was Jhnen über die Angelegenheit bekannt ist. Sollten Sie an der Versammlung selbst nicht teilgenommen haben, möchte ich zuverlässige Teilnehmer der Versammlung hören. Die Namen Jhrer Gewährsmänner bitte ich mir alsdann ebenfalls mitzuteilen.

++ ++

3) An Geheim! Persönlich!
Herrn Bürgermeister Lesch
in Großseelh

Sie haben am 27.4.35 gelegentlich einer Besprechung dem Kreisoberinspektor mitgeteilt, daß kurze Zeit vorher ein Beauftragter der Landesbauernschaft Kurhessen in einer öffentlichen Versammlung in Kirchhain erklärt habe, die Militärverwaltung kaufe den grössten Teil des von ihm benötigten Hafers heute schon wieder bei jüdischen Großhändlern.

Jch ersuche um einen schriftlichen Bericht über die Angelegenheit, wobei Sie mir auch den Namen des Beauftragten der Landesbauernschaft, der die in Rede stehende Ausserung getan hat, mitteilen wollen. Sie haben damals hier angegeben, daß Sie selbst in der in Rede stehenden Versammlung waren.

++ ++

4) W.v.am 12.VI.1935.

36. Schreiben des Gendarmeriemeisters in Cölbe an den Landrat in Marburg vom 10. August 1935.

Gendarmerie-Amtsbereich Cölbe
Kreis Marburg
Reg.-Bez. Kassel

Cölbe, den 10. August 1935

An

den Herrn Landrat

in

Marburg.

Unter Bezugnahme auf die mündl. Anweisung vom 3.8.35 berichte ich, dass am Sonntag, den 4.8.35, während des Gottesdienstes 3 Lastkraftwagen mit — der SA-Reserve II von Marburg durch Wehrda gefahren sind. Die Kraftwagen waren mit Transparenten geschmückt, auf denen wie folgt stand: 1. Es gibt nur einen Staatsfeind, das ist Juda."
2. Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter."
3. Die SA. lebt noch."
Ob Reaktion, ob Kommunist, SA. stets auf dem Posten ist."
5. Das Hakenkreuz nimmt seinen Lauf, es hält kein Jud noch Pfaffe auf

Nr. 5 konnte ich in Wehrda nicht feststellen. Es wurde dem Zellenwart der NSDAP. Johs. Kessler aus Wehrda in Marburg von einem Beteiligten, den er nicht nennen möchte, mitgeteilt. Kessler selbst bittet nicht genannt zu werden.

Gendarmerie-Meister.

37. Schreiben des Bürgermeisters in Amöneburg an den kommissarischen Landrat in Marburg vom 14. Juni 1935.

15. Juni 1935

er Bürgermeister.

Amöneburg, den 14. Juni 1935.
Bz. Kassel.

Betrifft: Verfügung vom 5.6.35- Handel mit Juden durch Gemeinderäte pp.

Dank der Aufklärungsarbeit durch den " Stürmer " sind hier keine Klagen mehr zu führen über Gemeinderäte oder Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen. Geschäfte mit Juden werden von diesen Personen n i c h t mehr getätigt.

den Herrn
komm. Landrat,
Marburg/Lahn,
-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

G e h e i m!

38. Anordnung des Reichs- und Preuß. Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 15. März 1935. Judenangelegenheiten (Allg. + Bes.) Bd. 1 1933–1935.

Abschrift.

Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.
E IV Nr. 2339. Berlin W 8, den 15. März 1935.

Der Reichswirtschaftsminister und preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit.
V 10981/34. Berlin W 8, den 8. Februar 1935.

Betrifft: Kurse zur Ausbildung von Juden im Handwerk.

Wie der Reichs- und Preußische Minister des Innern mir mitteilt, hält er es nicht für angebracht, die Abhaltung von handwerklichen Unterrichtskursen für auswanderungswillige Juden zu verhindern oder zu erschweren, da jede Maßnahme zu begrüßen ist, die die Auswanderung der Juden fördert. Der bei einem Verbleib einzelner handwerksmäßig ausgebildeter Juden im Inlande befürchteten Schwarzarbeit dürfte durch polizeiliche Maßnahmen wirksam begegnet werden können. Der in solchen Fällen etwa beabsichtigten selbständigen Ausübung eines Handwerks als stehendes Gewerbe stehen die Vorschriften der Dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 18. Januar 1935 -RGBl.I S. 15, entgegen.

Im Auftrag
gez. Dr. Wienbeck.

An den Herrn Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung,
pp.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Beachtung.
Dieser Erlaß ist nicht zu veröffentlichen.
Im Auftrage
Unterschrift.

An die Herren Regierungspräsidenten pp.

Der Regierungspräsident.
A VIII Nr. 7001 H, Kassel, den 10. April 1935.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Beachtung.
Im Auftrage:
gez. R ö h l i c h.
Beglaubigt:
(Siegel) Brinn
Reg.- Büro- Assistent.

An
die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister bezw.
Bürgermeister (Schulverwaltung)
in Kassel, Hanau, Fulda, Marburg,
Eschwege, Schmalkalden und Hersfeld.

„Der ewige Jude"

Capitol. Dokumente mit einer deutschen Unterschrift haben Wert und Bestand. Das mittelalterliche Sprichwort: „Trau keinem Fuchs auf grüner Heid und keinem Jud bei seinem Eid" beruhte auf der alltäglichen Erfahrung. Richard Wagner hatte die unerbittlich klare Erkenntnis für sich, als er den Juden als einen „verkörperten Dämon des Verfalls" bezeichnete. In unseren Tagen ist aus den warnenden Worten die erfüllende Tat geworden, und wir alle waren Zeugen, als der Führer noch in Friedenszeiten vor dem Reichstag und vor dem deutschen Volk in der Vorahnung kommender Dinge erklärte, daß ein vom Judentum entfesselter neuer Weltkrieg zugleich auch das Ende der jüdischen Rasse sein würde.

Ein anklägerisches Dokument aber findet seine höchste Rechtfertigung, wenn es vom Angeklagten freiwillig bestätigt wird. In dem Filmdokument „Der ewige Jude" ist das der Fall. Es liegt eindeutiges Material vor; die Juden selbst haben es erbracht, allerdings nicht zum Zweck des Geständnisses, sondern zur Rechtfertigung ihres parasitären Daseins, und den Filmherstellern Taubert und Hippler blieb nur die Aufgabe, die Fülle des Materials zu sichten, die Bildgruppen aneinander zu reihen und die einzelnen Szenen mit klaren Worten zu verbinden und die historischen Zusammenhänge aufzuzeigen. Das so entstandene Filmdokument ist eine Entwicklungsgeschichte des Judentums in Europa und in der ganzen Welt. Wir, die wir schon im Weltkrieg im Osten gestanden haben, kennen das schmutzstarrende polnische Ghetto, und die Soldaten dieses Krieges haben es bei ihrem Vormarsch abermals zu sehen bekommen; es ist in seiner Struktur unverändert geblieben, nur neue Mengen von Menschen und Dreck und Ungeziefer sind dazu gekommen. Die schachernden Massen drängen sich auf den Märkten und in den Straßen, um ihren Ramsch in Zloty umzusetzen; das im Fellschen und fanatischen Handeln erworbene Geld ist ihr Jehova, die ehrliche Arbeit ist ihr Teufel. Das wimmelt durcheinander wie in einem Rattenhaufen, und der Film zieht mit aller Schärfe den Vergleich zwischen den zweibeinigen jüdischen Ratten und den vierbeinigen Schmarotzern aus der Tierwelt, denn beide sind als Bazillenträger aus Asien nach Südeuropa und von dort aus in alle Welt gewandert.

Da haben die amerikanischen Juden in einer übermütigen Laune einen Film gedreht, in dem sie schmunzelnd darstellen, wie der alte Amschel Rothschild seinen Söhnen gelehrt hat, wie man das Wirtsvolk am besten um die Steuern betrügen kann und wie sich das Geheimnis des Geldverdienens entschleiern läßt. Der eine geht nach Neapel, der andere nach Wien, der dritte nach London, der vierte nach Paris, das Stammhaus bleibt in Frankfurt; der eine wird Italiener, der zweite Oesterreicher, der dritte Engländer, der vierte Franzose, der Vater wird Deutscher, aber alle fünf bleiben Juden, alle stellen Wechsel aus, alle verdienen an den neuen Vaterländern, und der Ruhm des Hauses Rothschild steigt steigt steigt bis zum Throne des israelitischen Gottes empor. Das ist nicht der deutsche Rothschild-Film, sondern ein von Juden für Juden gedrehter Film, ein jüdischer Lehrfilm, zur Nachahmung für alle Ghetto-Bewohner, die den Sprung in die große Welt tun wollen. Er blendet wieder auf.

Im Ghetto wimmelt es; die häßlichen bärtigen Gesichter gieren unverhüllt brutal, und dann passieren sie Revue: glatt rasiert, aber noch mit allen abstoßenden Wesenszügen ihres Ursprungs, auf der nächsten Station sind sie anschmiegsame und bescheidene Zuwanderer, ein Stück weiter haben sie den biederen Ausdruck der Bürger im Gesicht, und zum Schluß muß man schon sehr genau hinsehen, um in den großangehenden Nachbarn einen Juden zu erkennen. Das ist eine der größten Fähigkeiten des Judentums: die äußere Anpassung an die neue Umgebung und das innere Festhalten an der schmierigen Ghetto-Gesinnung.

Das Purim-Fest der Juden ist eine Erinnerung an den Tag, an dem die Urväter Israels etwa 75 000 antisemitische Perser hingeschlachtet haben. Das ist ein Fest mit vielen rituellen Eigenheiten, und damit die in der Welt verstreuten Juden das Purim-Fest nicht vergessen, haben die Warschauer Rabbiner einen Film drehen lassen, aus dem ersehen werden kann, wie die polnischen Juden jubelnd und ausgelassen mit Trank und Schmaus des Ruhmes der alten Zeit gedenken.

In der Synagoge steht der Lehrer vor den Judenjungen und macht ihnen den Talmud klar. Mit wiegendem Oberkörper psalmodieren sie allesamt, was Jehova vorschrieb: Mitleidlosen Kampf gegen die fremden Völker, Wucher, Schacher, Plünderung; alle sollen betrogen werden, nur der eigene jüdische Bruder nicht, denn die eigene Rasse darf der Jude nicht betrügen.

Jüdische Metzger treten auf, um Vieh zu töten; es wird auf rituelle Weise zu Boden geworfen, ohne Betäubung geschächtet, und es verblutet unter schweren Zuckungen. Diese Bilder sind um der Wahrheit willen ein wichtiger Bestandteil des Filmdokuments, aber sie werden in einer Anzahl von Bildstreifen fortgelassen, weil diese Schächt-Szenen für manchen Zuschauer unerträglich wären.

Der deutsche Mensch mit seinem Streben, Werte für die Allgemeinheit zu schaffen, wird dem egoistisch raffenden jüdischen Menschen gegenübergestellt, und das ist ein organischer Abschluß. Das Filmdokument vom ewigen Juden wird aufrüttelnd wirken und so seine vorbestimmte Aufgabe im Kampf gegen das internationale plutokratische Judentum erfüllen. Seiffert.

*

40. Schnellbrief des Preuß. Ministers des Inneren vom 30. Juli 1934.

Abschrift.

Der Preuß. Minister des Innern. Berlin, den 13. April 1933.

I Z Allg. 18/33.

Schnellbrief!

Zur Vorbereitung einer bewußt völkischen Gesetzgebung ist u.a. bei dem Herrn Reichsminister des Innern angeregt worden, sämtliche Änderungen jüdischer Personennamen, die seit November 1918 vorgenommen worden sind, rückgängig zu machen. Der Herr Reichsminister des Innern hat den Wunsch geäußert, vor weiterer Entschließung über die Anregung des näheren unterrichtet zu werden

a) über die bei der Entscheidung über derartige Anträge auf Namensänderung beobachteten Grundsätze,

b) über den zahlenmäßigen Umfang der Fälle, in denen seit November 1918 innerhalb Preußens jüdisch klingende Namen geändert worden sind (getrennt nach Namensträgern jüdischer, christlicher und sonstiger Konfession, ferner nach alteingesessenen und neu zugewanderten Personen),

c) über die Gründe, die durchweg für die Änderung jüdisch klingender Namen maßgebend gewesen sind.

Ich ersuche, mir die erbetenen Angaben für die Zeit vom November 1918 bis Ende November 1919, in der die Genehmigung zu einer Namensänderung durch die Regierungspräsidenten erteilt wurde, binnen längstens 3 Wochen zu machen. Gegebenenfalls ist Fehlanzeige zu erstatten.

Der Kommissar des Reiches.
Im Auftrage:
gez. Grauert.

die Herren Regierungspräsidenten pp.

==========

komm. Regierungspräsident. Kassel, den 18. April 1933.

I a A 61,012 A.

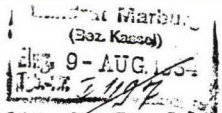
Abschrift zur gefälligen Kenntnis und zum Bericht bis zum 30. April 1933 - ev. Fehlanzeige-.

Im Auftrage:
gez. Dr. K n o s t.

An
die Herrn Polizeipräsidenten hier,
den Herrn staatl.Polizeidirektor in Hanau,(Siegel)
die Polizeiverwaltungen in Fulda
Marburg und

Beglaubigt:
Reg.- Kanzlei- Assistent.

41. Erlaß des Preuß. Ministers des Inneren vom 30. Juli 1934.



Abschrift.

Der Preußische Minister des Innern. Berlin, den 30. Juli 1934.
I Z 24.

Auf den Bericht vom 19. Juli 1934 - A III.-

Wie aus meinem Runderlaß vom 25. Juni 1934 - I Z. 10 IV (nicht veröffentlicht) zu entnehmen ist, sind Anträge auf Verdeutschung ausländischer Namen grundsätzlich wohlwollend zu behandeln. Diese Anordnung ist im ausdrücklichen Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern sowie nach Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt getroffen worden.

Bereits in Ihrem Bericht vom 30. Mai 1933 - A III 61/9-103/33- hatten Sie Bedenken gegen die Verdeutschung ausländischer Namen geltend gemacht. Sie haben damals diese Bedenken damit begründet, daß derartige Verdeutschungen den Verdacht eines Germanisierens erwecken könnten; der Herr Reichskanzler habe aber entsprechend der grundsätzlichen Einstellung des Nationalsozialismus zu dieser Frage in seiner Reichstagsrede vom 17. 5.1933 ein Germanisieren fremder Volksstämme ausdrücklich abgelehnt. In meinem Erlaß vom 23.6.1933 - I Z Allg. 27/33- hatte ich bereits darauf hingewiesen, daß dieser Auffassung eine Verkennung des Begriffs "Germanisieren" zu Grunde liegt. Es müsse daher bei der getroffenen Regelung sein Bewenden haben.

Wenn sie nunmehr unter dem Gesichtspunkt der Rassenpflege erneut Bedenken gegen die angeordnete Behandlung von Verdeutschungsanträgen geltend machen, so vermag ich Ihren Ausführungen auch diesmal nicht zu folgen. Zunächst ist hervorzuheben, daß nur die Namen solcher Personen verdeutscht werden, die der arischen Rasse angehören; lediglich bei Personen, die ungarischer oder finnischer Abstammung sind, wird in dieser Hinsicht eine Ausnahme gemacht werden können. Geht man aber hiervon aus, so ist nicht zu befürchten, daß eine Verschlechterung der rassischen Bestandteile des deutschen Volkes dadurch eintreten wird, daß in einem, auf die Gesamtzahl der Bevölkerung gerechnet, ganz verschwindendem Ausmaße Angehörige einer zwar arischen, aber nicht nordischen Rasse anstelle ihres bisherigen nichtdeutschen, einen deutschen Namen erhalten. Dabei ist auch zu bedenken, daß einmal die Tatsache des nichtarischen Namens keineswegs unter allen Umständen die überwiegende Zugehörigkeit zu einer anderen als der nordischen Rasse dartut, zum anderen aber auch, daß nur in den allerseltensten Fällen eine an sich mögliche Eheschließung wegen der Tatsache des nichtdeutschen Namens nicht zustande kommt.

Ich ersuche daher, in dieser Angelegenheit entsprechend den gegebenen Weisungen weiter zu verfahren,

An den Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg.

Abschrift übersende ich ergebenst mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

In Vertretung.
gez. G r a u e r t.

An sämtliche Herren Regierungspräsidenten (mit Ausnahme von Merseburg) und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin.

Der Regierungspräsident. Kassel, den 3. August 1934.
A I a A 61,012 A.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme.

In Vertretung:
gez. von Müffling.

An
Herrn Polizeipräsidenten in Kassel,
Herrn staatl.Polizeidirektor in Hanau,
Polizeiverwaltungen in Fulda und

Beglaubigt:
(Siegel)

42. „Untersuchung" des Amtsarztes des Staatlichen Gesundheitsamtes in Marburg zum Einbürgerungsantrag Maria G. vom 18. Dezember 1943.

Staatliches Gesundheitsamt

Der Amtsarzt (Gesundheitsamt) Marburg /Lahn, den 18. Dezember 19 43

Zwecks Beifügung zum Gesuch auf

Einbürgerung

ist heute Maria

aus Himmelsberg Kr.Marburg /L. geb. 13.1.1923

in Himmelsberg nach Leistung des Namenszuges in meiner Gegenwart

Maria Goldstein (Namenszug)

untersucht worden. Der Untersuchung ging eine eingehende Besprechung der Erbverhältnisse der Familie voraus. Die gemachten Angaben erscheinen nicht sicher glaubhaft. (Glaubhaftigkeit),

sie sind für die Beurteilung der Erbgesundheit —~~xxxxxxxxx~~— unzureichend.

Es ergibt sich aus ihnen für die erbgesundheitlichen Verhältnisse: Hinsichtlich der mütterlichen Familie ist in erbbiologischer Hinsicht nichts Nachteiliges bekannt geworden. Der Vater, jetzt staatenlos, kam als polnischer Kriegsgefangener nach Himmelsberg und blieb nach 1918 dort. Der bestehende Verdacht, dass der Vater Jude, oder Judenmischling ist, wird von Vater und Tochter als nicht den Tatsachen entsprechend zurückgewiesen, kann jedoch durch keine Tatsachen entkräftet werden. Die Schwester Elisabeth hat ein uneheliches Kind. Die Schwester Elisabeth hatte als Kind Lungentuberkulose, der Bruder Josef hat seit 1940 Kiegelenks-, seit 1942 Lungentuberkulose.

Die Befragung über bisherige eigene Erkrankungen ergibt:

1923 Masern, sonst nicht ernstlich krank gewesen.

Bln. Bertelsmann Verlag NSG Nr. 13/820 * Blatt 6
Amtsärztliches Zeugnis zum Gesuch auf Einbürgerung

Die Unterſuchung ſelbſt hatte folgendes Ergebnis:

1. raſſiſch: Vorwiegend fälisch-ostische Rassenmerkmale.
(Syſtemmaße nach Günther)
Rundschädel. Haare blond, Augen blau.

2. körperlich: Gut gebaut. Schlankwüchsig. Innere Organe ohne Krankheitserscheinungen. Auch im Röntgenbild kein Anhaltspunkt für das Vorliegen einer Tuberkulose. Senkfüsse. Reflexe in normaler Stärke seitengleich auszulösen. Keine krankhaften Reflexe.

3. ſeeliſch: unauffällig.

Hiernach muß d ie Unterſuchte

raſſiſch als dem deutſchen Volk ähnlich und

erſcheinungsbildlich als geſund angeſehen werden.

Die Unterſuchung ergibt auch keine Anhaltspunkte für das Vorliegen erbkrankhafter Schäden oder Anlagen, ſodaß unter Mitberückſichtigung der erbgeſundheitlichen Angaben über die Familie die Annahme der Erbgeſundheit berechtigt iſt. **Gegen die Einbürgerung beſtehen** ~~dauernd~~ folgende **amtsärztlich** ~~keine~~ **Bedenken.**

Hiernach beſtehen gegen die Einbürgerung folgende ärztlichen Bedenken:

Die Untersuchte zeigt zwar erscheinungsbildlich keinen jüdischen Bluteinschlag, dagegen erscheint der Vater, der auch beschnitten ist, jüdischen Bluteinschlags verdächtig.



Der Amtsarzt
Im Auftrage:
Dr. Hein
Medizinalrat

43. „Antworttelegramm des Führers"; OZ vom 5. 12. 1940.

Antworttelegramm des Führers

Anläßlich der Gedenkfeier für Emil von Behring richtete der Rektor der Philipps-Universität, Prof. Dr. Mayer, folgendes Telegramm an den Führer:

„Anläßlich des 50. Jahrestages des Bestehens der Serum-Therapie haben sich Männer der Wissenschaft und Praxis aus dem In- und Auslande in Marburg zu einer Erinnerungsfeier an Emil von Behring versammelt. Sie entbieten dem Führer und Reichskanzler ihre ehrerbietigen Grüße und geloben, beseelt von dem Wunsche, die Werke echter Menschlichkeit in Krieg und Frieden zu fördern, an diesem Ehrentage ihren Einsatz im Sinne des Wirkens Emil von Behrings jetzt und in aller Zukunft.

Vom Führer traf folgendes Antworttelegramm ein:

„Den am 50. Jahrestag des Bestehens der Serum-Therapie zur Erinnerungsfeier für Emil von Behring in Marburg Versammelten der medizinischen Wissenschaft und Praxis danke ich für die mir telegraphisch übermittelten Grüße. Ich erwidere sie herzlich mit meinen besten Wünschen für Ihre Weiterarbeit im Dienste der Heilkunde und der Gesundheitspflege.

Adolf Hitler."

44. „Nürnberg"; OZ vom 8. September 1936.

Nürnberg

Marburg, 8. Sept. 1936.

Dr. C. H. Heute beginnt der Reichsparteitag 1936. Schon gestern sind manche Formationen im festlich geschmückten Nürnberg eingetroffen, das nun für eine Woche lang der innerpolitische Mittelpunkt des Deutschen Reiches und Volkes ist. Die bisher vorliegenden Meldungen besagen, daß die Organisation, die mit so gewaltigen Menschenmengen in der Stadt rechnen muß, klappt, und daß die Begeisterung der ankommenden Parteimitglieder außerordentlich ist. In der Stadt herrscht schon heute ein freudiges Gewühle, das die großen Tage anzeigt, die folgen werden.

Die Ausschmückung der Stadt ist gewaltig. Nürnberg selbst mit seinen alten Häusern, seinen Ecken und Giebeln, macht ja schon an sich den Eindruck bester alter deutscher Kultur, und die Einwohner wetteifern nun darin, mit Grün, mit Fahnen, mit weißen und goldenen Bändern die Stadt in ein Meer festlicher Freude zu tauchen. Mittelalterliche Standarten und Banner sind in großer Zahl hervorgeholt, und auch die Städtebanner von den Olympischen Spielen kehren wieder. Sie sind an den Fahnenmasten emporgewunden. Ein Gang durch die Stadt ist ein Genuß, trotz des Regens, der noch immer herniederrauscht. Der Weg zur Burg, von wo sich der schönste Rundblick bietet, ist ein beliebtes Ziel.

Heute wird als Auftakt traditionsgemäß der Pressechef Dr. Dietrich die Presse empfangen. Etwas später trifft der Führer ein. Zu gleicher Zeit findet das Einläuten des Parteitages durch die Glocken sämtlicher Kirchen Nürnbergs statt, nachdem zuvor die Fahnen der alten Armee und Marine durch

eine Fahnenkompanie eingeholt worden sind. Ein kleines militärisches Schauspiel wird also am Beginn dieses Parteitages stehen, der nach dem Parteitag des Sieges und des Willens, nach dem der Freiheit vom vorigen Jahr wieder einmal die innere und äußere Kraft der Bewegung zeigen soll.

In gewaltigen politischen Kundgebungen in Stätten, die für sie gebaut sind, sollen die ungeheure Lebenskraft, der Wille und unerschütterlicher Glaube an die Sendung der Nation zum Ausdruck kommen, in einer symbolhaften Verschmelzung von Sicherheit, stolzem Wehrwillen und einer besonderen kulturellen und geistigen Sendung. Bekennen zu Vergangenheit und Zukunft des deutschen Volkes führt die Menschen zusammen und soll ihnen die Kraft zu der Haltung geben, die das Volk erfüllt. Und darum ist der diesjährige Parteitag auch wie stets ein Dankesfest für den Führer.

Es ist natürlich, daß der Reichsparteitag im Ausland schon jetzt starke Beachtung findet. Dabei wird verschiedentlich die Art des neuen Deutschland einer Betrachtung unterzogen, ebenso wie seine Politik. „Daily Mail", ein Blatt Lord Rothermeres, nennt die Außenpolitik der nationalsozialistischen Regierung außerordentlich erfolgreich und weist darauf hin, daß sie immer zur rechten Zeit eingeleitet wurde. Wenn die deutschen Athleten die Weltherrschaft im Sport gewonnen hätten, habe Deutschland einen olympischen Rekord in der Staatskunst aufgestellt. Hitler habe gehandelt. Das entspreche dem dynamischen Charakter des Führers. Das Blatt weist darauf hin, daß Deutschland und Italien allein ein bestimmtes Ziel hätten und den Weg kennten, es zu erreichen. Die Haupterfolge des Jahres seien gewesen die Wiederbesetzung des Rheinlandes, die Regelung der österreichischen Frage und die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht.

Im „Sunday Chronicle" stellt Beverley Nichols Betrachtungen über Deutschland an, das er bei einem Besuche aufs genaueste beobachtet habe. Nur sehr wenige Engländer hätten eine Vorstellung von der moralischen Stärke Deutschlands, von der Einigung der Nation, wie sie noch nie bestanden habe. Diese geeinte Nation trachte aber nicht nach Krieg, was schrecklich wäre, sondern nach Frieden. Er widerruft dann die von ihm früher befürworteten Grundsätze. Er könne nichts dafür, daß es in Deutschland so viel Schönes und Großartiges gebe, und daß man die ganze Zeit in England die Deutschen als eine Nation von wilden Tieren hingestellt habe, die „Juden rösteten, Säuglinge umbrächten und das Gewehr präsentierten". Zwar seien die Deutschen nicht taktvoll, aber sie seien auf dem richtigen Wege, und das ewige Genörgele in der britischen Presse dürfe nicht die Engländer überzeugen, daß die Deutschen ihre Feinde seien. Das sei die größte Tragödie von der Welt. Heute repräsentiere Hitler die deutsche Seele. Hoffentlich werde auch Lloyd George so sehen, wie er es gesehen habe

—*—

Ein Fanal der Vergeltung

Als gestern in den Abendstunden die Nachricht von dem Ableben des Gesandtschaftsrats I. Klasse vom Rath infolge des Anschlages des jüdischen Meuchelmörders Grünspan bekannt wurde, bemächtigte sich in unserer Stadt aller Volksgenossen eine gewaltige Erregung. Wo man hinhörte, war eine ungeheure Empörung über den Mord festzustellen, zumal es gerade der Totengedenktag der Bewegung war, an dem dieser letzte Blutzeuge des Großdeutschen Reiches sein Leben beschloß.

Da kann man es verstehen, daß die erregten Volksgenossen ihrer Wut in irgend einer Form Ausdruck geben mußten. Die Synagoge war das Opfer. Dieser Bau, der den Mittelpunkt des jüdischen Ungeistes darstellt, ging heute in den frühen Morgenstunden in Flammen auf. Die Feuerwehr war in eifriger Pflichterfüllung bemüht, das Feuer von den umliegenden Häusern fernzuhalten, was ihr auch vollkommen gelang. Die SA., die schnell alarmiert wurde, sorgte in Gemeinschaft mit Polizeibeamten für die Sicherheit der die Universitätsstraße benutzenden Bevölkerung durch Absperrung der Brandstätte. Auch bemühte sie sich, das Eigentum des in dem Kellergeschoß des Judentempels wohnenden Volksgenossen in der gegenüberliegenden Schule in Sicherheit zu bringen.

Selbstverständlich hatte sich an der Brandstelle eine große Menschenmasse eingefunden, die ihrer Entrüstung über den feigen jüdischen Mord und ihre Befriedigung über diese — verhältnismäßig geringfügige — Vergeltungsmaßnahme zum Ausdruck brachte, sich dabei aber vorbildlich diszipliniert verhielt.

Der Bau ist vollkommen ausgebrannt, sodaß nur noch die Umfassungsmauern stehen. Damit ist gleichzeitig ein Gebäude verschwunden, das infolge seines asiatischen Stils und seiner klobigen Gestalt unser schönes Stadtbild empfindlich verschandelte.

*

Die Empörung über den hinterhältigen jüdischen Mordanschlag hat allenthalben die deutsche Bevölkerung in Empörung versetzt. Arch in Kirchhain wurde von den empörten Volksgenossen die dortige Synagoge beschädigt, ebenso auch das jüdische Gemeindehaus. Aehnliche Vorkommnisse werden aus anderen Gegenden gemeldet.

46. Bericht des Untersuchungsrichters vom 10. 7. 1947 im Prozeß gegen Hans Steih u. a. wegen Brandstiftung.

1. B e r i c h t !

Dem in der Nacht vom 9./1o. 11. 1938 von national - sozialistischen Elementen in ganz Deutschland durchge - führten Judenprogromen fiel auch die Synagoge in Mar - burg/L. zum Opfer . Die Zerstörung war von höherer Füh- rung befohlen . Mit der Inbrandsetzung der Synagoge Mar- burg/L. war der damalige SA-Standartenführer S[redacted] beauftragt . (Bl.91) . Am Abend des 9.11.1938 führte die SA. den an diesem Tage alljährlich üblichen Appell durch. Auch im Fronhof , dem Sturmlokal des Sturmes III Jäger 11 fand eine solche Veranstaltung statt. Im Anschluss daran trafen sich dort noch zahlreiche SA-Männer zum Kamerad - schaftsabend . Auch SA-Männer anderer Stürme nahmen daran teil. Es war ein reges Kommen und Gehen. Im Laufe der Nacht erschienen der damalige SA-Brigadeführer V[redacted] und der SA-Standartenführer S[redacted] im Sturmlokal .Es wurde Alkoholverbot gegeben, das Telephon besetzt . Gleich- zeitig wurde befohlen , daß keiner der anwesenden SA-Männer das Lokal verlassen durfte . Der SA-Standartenführer S[redacted] gab dem Angesch. St[redacted] , dem damaligen Führer des SA-Sturmes III Jäger 11 , Befehl , die Synagoge in Brand zu setzen . Auf die Umfrage St[redacted]'s meldeten sich dazu einige SA-Männer . Mit diesen zogen sich S[redacted] und St[redacted] in ein Nebenzimmer des Lokals zu weiteren Bespre- chungen zurück (Bl.53). Es waren etwa lo Mann . Wer - außer S[redacted] und St[redacted] - an dieser Besprechung teil- nahm,konnte im Laufe der Voruntersuchung bisher nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Der Angesch. St[redacted] be - nannte anfangs dazu die SA-Männer Friedrich G[redacted] ,Otto D[redacted] , Heinrich V[redacted] und Hans B[redacted] (Bl.54/8o),schränk- te seine Angaben später wesentlich ein (Bl.94). Nach sei- nen Angaben soll Friedrich G[redacted] dabei einen besonders gro- ßen Mund gehabt haben (Bl.8o/94). Im Anschluss daran bega- ben sich St[redacted] und G[redacted] zu einer Erkundung nach der Syna - goge (Bl.9o/94). Weiter wurden aus dem Geräteraum des SA- Nachrichtensturmes im Landgrafenhaus 2 Kanister mit Fuß - bodenöl geholt . Nach Angaben des Zeugen V[redacted] , der selb Gerätewart des SA-Nachrichtensturmes war , soll dieses der SA-Mann P[redacted] gemacht haben. (Bl.88 Rs.) . (P[redacted] befindet sich noch in russischer Kriegsgefangen - schaft - Bl. 72 /88 Rs.) Auch dem SA-Truppführer des Nach- richtensturmes S[redacted] ist bekannt, daß Fußbodenöl zur Inbrandsetzung der Synagoge verwendet wurde (Bl.93).G[redacted] bestreitet , etwas davon zu wissen , wird jedoch von P[redacted] erheblich belastet (Bl.9/11).(P[redacted] konnte durch den Untersuchungsrichter bisher wegen Krankheit nicht ver- nommen werden.)Als im Fronhof bekannt wurde , daß die Po- lizei von der Synagoge zurückgezogen war und die Feuermel- der durch SA-Leute besetzt waren(Bl.7) zogen etwa lo -12 Mann nach der Synagoge , kletterten über den Zaun , dran- gen - teils durch's Fenster - in die Synagoge ein .Dazu gehörten auch die SA-Leute G[redacted] (Bl.9o) und P[redacted]r(Bl. lo4) . Beide wollen durch ein Fenster nur bis in den Vor- raum gelangt sein, dann gemerkt haben , daß die Synagoge

in

in Brand gesetzt wurde , und sich darauf wieder zurückge - zogen haben (Bl.9o/1o4). Auch der Sturmführer St[redacted] kletterte über den Zaun und will die Synagoge erst betreten haben,als sich bereits dicker Qualm zeigte (Bl.94) .Dabei will er dem SA-Truppführer V[redacted] begegnet sein(Bl.94 Rs.).Dieser kam gerade aus der Synagoge ;St[redacted] machte ihn darauf aufmerksam,daß Vorsorge wegen der elektr.Stromleitung getroffen werden müsste (Bl.94 Rs.). V[redacted] kümmerte sich alsbald darum, schraubte die Sicherung heraus , setzte sich auch mit dem Elektrizi - tätswerk und dem Elektromeister W[redacted] in Verbindung (Bl.89/95). Ebenso will St[redacted] noch G[redacted] begegnet sein(Bl.94), der meinte , daß die Bänke schon brennen würden. G[redacted] hatte im Innern der Synagoge beobachtet , wie das Feuer auf dem Fußboden entlang lief (Bl.9o) . Inzwischen kam der Synagogendiener Kl[redacted] zum Frühdienst . Er kam am Fronhof vorbei , begegnete dort einigen SA-Leuten . Als er die Tür zum Innenraum der Synagoge öffnete, bemerkte er, daß ein Brand ausgebrochen war (Bl.91/92). Als er aus der Synagoge wieder herauskam , begegnete er einigen SA-Leuten . Diese machten sich auf Weisung desSTurmführers St[redacted] an dem Inventar der Hausmeisterwohnung zu schaffen.St[redacted] hatte weiter befohlen , noch Schriftstücke aus der Synagoge zu retten und zur Standarte zu bringen . (Bl.7o Rs.). An der Bergung der Sachen aus der Hausmeisterwohnung beteiligten sich etwa 6-8 Mann , darunter Sp[redacted] . Auch machten sie sich sonst an der Synagoge zu schaffen. (Bl.93 Rs.) .Polizei und Feuerwehr war um diese Zeit noch nicht zur Stelle. Inzwischen be - gab sich der Synagogendiener Kl[redacted] zum Polizeirevier und meldete dort den Brand , Darauf wurde durch die Polizei um 6,o7 Uhr Feueralarm gegeben, während die Meldung von dem Brand über die Feuermelder -Anlagen erst später - um 6,13 Uhr und 6,31 Uhr - erfolgte (Bl.97). Seit der Brandstiftung wa - ren bereits 1-2 Stunden vergangen .(Bl.1o4) .Um 6,12 Uhr traf die Feuerwehr am Brandplatz ein und bekämpfte den Brandherd . Das Feuer war schon soweit fortgeschritten, daß die Kuppel der Synagoge bereits heruntergebrannt war (Bl.97) und Brandbericht der Freiwilligen Feuerwehr Marburg/L. vom 11.11.38). Die Feuerwehr musste sich hauptsächlich darauf beschränken, die anliegenden Häuser zu schützen, damit sich der Brand nicht über die ganze Stadt verbreitete . SA-Männer ,die in der Nacht auf Befehl zum Einsatz gerufen wurden, bildeten Absperrposten, Die Synagoge brannte total aus. Die Mauern wurden gegen Abend gesprengt . (Bl.88/97 u. besonderer Brandbericht). Der Ange - schuldigte St[redacted] soll sich später noch gerühmt haben,die Streichhölzer zu besitzen, mit denen er die Synagoge angezündet hat(Bl.7o/1o).

Die Zerstörung der Synagoge erfolgte planmäßig . Die rechtliche Subsummierung dieses Tatbestandes als Brandstiftung ist zu eng . Es liegt vielmehr gleichzeitig organisierter schwerer Hausfriedensbruch in Tateinheit mit Landfriedensbruch (§§ 124 ,125 ,73 STGB.) vor . Die Tat wurde von mehreren geplant und ausgeführt , die sich aus Kreisen der SA. freiwillig gemeldet hatten . Sie wurden dadurch , daß die Polizei zurückgezogen und die Feuermelder besetzt waren, in ihrem Vorhaben gestärkt . Die Täter wurden zahlenmäßig verstärkt durch andere

andere SA-Leute , die sich an der Zerstörung beteiligten, bis Polizei und Feuerwehr eintraf . Die Bergung der Habseligkeiten des Hausmeisters spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle, Bis zum Eintreffen der Feuerwehr vergingen vielmehr noch 1-2 Stunden .

2. V[redacted] und S[redacted] sind bisher nicht ermittelt .P[redacted] (Bl.8/11) befindet sich wegen Herzleidens zum Kuraufenthalt . Sturmführer Georg K[redacted] (Bl.7o) ist im Arbeitslager Wetzlar ,Hermann Steinstr.61 .P[redacted] (Bl.72/88 Rs.) und K[redacted] (Bl.88 Rs.) sind noch in Kriegsgefangenschaft. SA-Mann G[redacted] vom Musikchor (Bl.88 Rs.) ist noch nicht ermittelt . Matthias E[redacted] (Bl.7o) aus Marbach Nr.88 kehrt erst in 1-2 Wochen von der Reise zurück. Außerdem ist noch der SA-Mann Ludwig W[redacted] ,Marburg, Kesselbach 8, zu vernehmen.

3. Urschr.mit Akten .

dem Herrn Oberstaatsanwaltschaft

in M a r b u r g /L.

zur Stellungnahme.vorgelegt , ob die Voruntersuchung auf Friedrich G[redacted] (Bl.89 Rs.),Paul P[redacted]r (Bl.1o4),V[redacted] (Bl.88) und S[redacted] (Bl.93) wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch in Verbindung mit dem Gesetz zur Ahndung nationalsozialistischer Straftaten vom 29.5. 1946 (GVBl.1946 S.136) ausgedehnt werden soll. Abschrift zur Entnahme für die Handakten liegt bei.

Marburg/L. ,den 1o.Juli 1947

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht

[redacted]

11. mit Akten

den Herrn Untersuchungsrichter beim Landgericht.-

Es bitte, die Voruntersuchung, wie beantragt, durchzuführen. Doktor, Volkes und Sprengler anzuhören. Abschrift des weiteren Berichts ist beizufügen.

Marburg (Lahn) den 11. VII 47

Der Oberstaatsanwalt

[redacted]

47. Urteilsbegründung aus dem Wiederaufnahmeverfahren gegen Hans Steih u. a. vom 16. September 1952.

2 KLs 42/47

Ling. F 9. DEZ. 1952

IM NAMEN DES VOLKES!

In der Strafsache gegen

den Schneidermeister Hans S t[redacted] u.A., hier nur gegen den Schneidermeister Hans S t[redacted], geboren am 1.Juli 1882 in O[redacted], Kreis Alsfeld, wohnhaft in Marburg/L., Ockershausen, Wolf'sche Stiftung,

wegen Verbrechens nach den §§ 306, 125 Abs.1 und 2 StGB.

hat die große Strafkammer des Landgerichts in Marburg/L. in der Sitzung vom 16.September 1952, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat H e r t z f e l d t
als Vorsitzender,

Assessor M i t z k a ,
Assessor L u i t j e n s
als beisitzende Richter,

Frau Martha M e y e r aus Ziegenhain,
Konditormeister Viktor S c h a t z aus Marburg,
als Schöffen,

Staatsanwalt S t r a u b e
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Referendar D i c k m a n n
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

f ü r R e c h t e r k a n n t :

Das Urteil der I. Strafkammer des Landgerichts in Marburg/L. vom 21.November 1947 wird aufgehoben, soweit es den Angeklagten St[redacted] betrifft. Der Angeklagte St[redacted] wird wegen Aufforderung zur schweren Brandstiftung in Tateinheit mit Aufforderung zum schweren Landfriedensbruch in einem Fall und ferner wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch in einem Fall zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Auf diese Strafe wird die in dieser Sache erlittene Untersuchungshaft in Höhe von 282 Tagen sowie die auf Grund des genannten Urteils vom 21. November 1947 vom 10. September 1949 bis 11. August 1950 verbüßte Strafhaft angerechnet.

Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last, die Gerichtsgebühr wird jedoch um ein Drittel ermäßigt.

G r ü n d e :

A.

Durch Urteil der I. Strafkammer des Landgerichts in Marburg vom 21.November 1947 ist der Angeklagte St[redacted] wegen vorsätzlicher Inbrandsetzung eines zum Gottesdienst bestimmten Gebäudes, begangen in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch als Rädelsführer und schwerem Hausfriedensbruch unter Anrechnung der in dieser Sache erlittenen Untersuchungshaft in Höhe von 282 Tagen zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren verurteilt worden. Der damalige Mitangeklagte, heutige Zeuge G[redacted] wurde als Mittäter der schweren Brandstiftung, begangen in Tateinheit mit Landfriedensbruch und schwerem Hausfriedensbruch zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Während die beiden weiteren Mitangeklagten, die heutigen Zeugen V[redacted] und S[redacted] freigesprochen wurden, ist die damalige Entscheidung gegen den ~~vierten~~ weiteren Mitangeklagten P[redacted]r aufgehoben worden. Der damalige Mitangeklagte , heutige Zeuge P[redacted]r wurde durch das Urteil der Strafkammer I des Landgerichts in Marburg/L. vom 8. Dezember 1948 von der Anklage der schweren Brandstiftung freigesprochen, im übrigen jedoch wegen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Im Zusammenhang mit dem Brand der Marbuger Synagoge am 10.November 1938 wurde auch gegen die später aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrten heutigen Zeugen Bauing. S[redacted] und Elektromonteur P[redacted] Anklage erhoben. Durch Urteil der Strafkammer III des Landgerichts in Marburg - AZ. 2 KLs 13/49 - vom 11.August 1950 wurde P[redacted] freigesprochen, S[redacted] jedoch wegen Anstiftung zum schweren Landfriedensbruch in Tateinheit mit Aufforderung zur schweren Brandstiftung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Diese drei Urteile sind inzwischen rechtskräftig geworden.

Auf Grund der gegen ihn durch das Urteil vom 21. November 1947 erkannten Strafe hat der Angeklagte S[redacted] vom 10.September 1949 bis 11. August 1950 Strafhaft verbüßt.

Das Urteil vom 21. NoveBber 1947 hat unter anderem die Feststellung getroffen, der Angeklagte S[redacted] habe sich im Fronhof an P[redacted] mit den Worten gewandt: "Komm doch mal her, Du hast doch die Schlüssel vom Landgrafenhaus und dort ist doch das Fußbodenöl." Der Angeklagte S[redacted] habe sich dann mit P[redacted] zum Landgrafenhaus begeben, P[redacted] habe auf Anordnung des Angeklagten zwei Kannen mit Fußbodenöl herausgegeben, der Angeklagte S[redacted] habe hiernach zusammen mit P[redacted] das Öl durch die Fenster der Synagoge auf deren Fußboden gegossen und das Öl in Brand gesteckt.
Diese Feststellungen hatte das Gericht für erwiesen angesehen auf Grund der Aussage des damaligen Mitangeklagten V[redacted], der sich zum großen Teil seinerseits auf eine ~~gleichlautende~~ ausführliche Bemerkung des zum damaligen Zeitpunkt noch in Gefangenschaft befindlichen P[redacted] berufen hatte.
Nach Rückkehr des P[redacted] beantragte der Angeklagte S[redacted] die Wiederaufnahme des Verfahrens mit der Begründung, P[redacted] könne bezeugen, daß er - der Angeklagte - dem P[redacted] weder den Befehl gegeben habe, mit ihm aus dem Keller des Landgrafenhauses das Öl zu holen, noch daß er zusammen mit P[redacted] Öl in die Synagoge geschüttet habe.
Durch Beschluß der Strafkammer III des Landgerichts in Marburg vom 24.Januar 1952 wurde die Wiederaufnahme des durch Urteil des Landgerichts in Marburg vom 21.November 1947 rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens, soweit es den Angeklagten S[redacted] betrifft, und die Erneuerung der Hauptverhandlung angeordnet.

C.

Die erneute Hauptverhandlung hat nunmehr folgende Feststellungen ergeben:

Der heute 70jährige Angeklagte, der zur Tatzeit 56 Jahre alt war, ist in Obergleen, Kreis Alsfeld, aufgewachsen und besuchte dort die Volksschule. Im Anschluß daran erlernte er das Schneiderhandwerk und wurde Schneidermeister. 1902 bis 1904 diente er als Wehrpflichtiger im Heere. Im Jahre 1904 kam er nach Marburg und übernahm ~~das~~ später das Schneidergeschäft seines Schwiegervaters Pf[redacted], dessen Tochter Luise er 1912 heiratete. Aus der Ehe sind 2 Kinder hervorgegangen. Der Angeklagte nahm am ersten Weltkrieg tail.

Im Jahre 1925 trat er in die NSDAP ein, 1927 schied er zwar vorübergehend wieder aus der Partei aus, wurde jedoch 1931 erneut Partei- und SA-Mitglied. In der SA erreichte er den Rang eines SA-Obersturmführers und führte den Sturm III, einen Reservesturm. Von 1933 bis 1940 war er Stadtbote, dann bis 1945 Hausmeister an einer Schule. Nach dem Zusammenbruch verbrachte St[redacted] 20 Monate in einem Internierungslager für politische Häftlinge. Er ist jetzt Rentner und hat als Verwalter der Wolf'schen Stiftung in Marburg-Ockershausen freie Wohnung.

Gerichtlich ist der Angeklagte bisher nicht bestraft.

Der Angeklagte hat in dieser Strafsache vom 12.Februar 1947 bis zum 19. 6.1948 in Untersuchungshaft gesessen.

Im Rahmen der Judenverfolgungen am 9. und 10.November 1938 anläßlich der Ermordung des Botschaftsrates vom Rath in Paris wurde auch die Synagoge in Marburg ein Opfer der im ganzen Reichsgebiet von der damaligen politischen Führung gegen die jüdische Bevölkerung und deren Eigentum veranlaßten Ausschreitungen.

Bereits im Laufe des 8. November 1938 waren von unbekannten Tätern die Fenster der Marburger Synagoge eingeworfen worden. Es war auch versucht worden, die Synagoge in Brand zu setzen. Am Morgen des 9.Nov.1938 erschienen bei dem damaligen Standartenführer S[redacted] zwei Angehörige des Sicherheitsdienstes (SD) aus Kassel in SS-Uniform, deren Namen nicht bekanntgeworden sind, und gaben S[redacted] den Befehl, die Synagoge in Brand zu setzen. Als S[redacted] darauf hinwies, daß er von ihnen keinen Befehl entgegenzunehmen brauche, ließen sie erkennen, daß die Synagoge in jedem Falle, also auch ohne seine Mitwirkung, zerstört werden würde.

Am Abend desselben Tages fand neben anderen Gedenkfeiern ~~auch~~ eine Feierstunde mit dem Dichter Annacker statt, an der auch S[redacted] mit seinen Sturmangehörigen teilnahm. Nach dieser Gedenkfeier führte der Angeklagte als damaliger Sturmführer in dem im oberen Stockwerk des Fronhofs gelegenen Sturmlokal einen Appell seines Sturmes, des Reservesturmes III, durch. Im Anschluß an diesen Appell blieb eine Anzahl der

Sturmangehörigen in der Gaststube des Fronhofs kameradschaftlich zusammen. Zu diesen SA-Leuten gesellten sich im Laufe der Nacht noch Angehörige anderer SA-Stürme, unter ihnen verschiedene Angehörige des SA-Nachrichtensturms, so auch die Zeugen R[redacted] und S[redacted]. Im Verlauf des Abends wurde angeordnet, daß alles dazubleiben habe. Auch der Genuß von Alkohol wurde verboten. Nach Mitternacht erschien der damalige SA-Standartenführer S[redacted], der zuvor schon verschiedene andere Stürme in ihren Sturmlokalen aufgesucht hatte, im Fronhof. Er sagte dem Angeklagten St[redacted] " Heute Abend geht die Synagoge hoch, suchen Sie mal Männer aus". Der Angeklagte wandte sich daraufhin an die anwesenden SA-Leute und forderte diejenigen, die sich an der Brandstiftung beteiligen wollten, auf, sich in das Nebenzimmer der Gaststätte zu begeben. Auf diese Aufforderung hin gingen 15 bis 20 SA-Leute - nicht nur Angehörige des Sturmes S[redacted], sondern auch Angehörige anderer SA-Stürme - mit S[redacted] zusammen in den Nebenraum, wo sie über die Inbrandsetzung der Synagoge berieten. Dabei forderte S[redacted] den Zeugen G[redacted] auf, mit ihm zusammen zu erkunden, wie man am besten an die Synagoge, die nur etwa 50 m vom Fronhof entfernt schräg gegenüber an der Universitätsstraße neben dem Landgrafenhaus stand, herankommen könnte. Beide führten dann auch gemeinsam den Erkundungsgang durch und gingen über das Lahntor und die Untergasse zum Plan und kehrten dann zum Fronhof zurück. Inzwischen hatten einzelne der Anwesenden den Befehl erhalten, nach Hause zu gehen und sich „Räuberzivil" anzuziehen. Auch der Zeuge G[redacted] zog sich um und wurde bei seiner Ankunft im Fronhof aufgefordert, zusammen mit anderen SA-Leuten von der Westseite her in die Synagoge einzudringen. Da die Vorbereitungen einem nicht bekannt gewordenen SA-Führer zu langsam vor sich gingen, rief dieser dem G[redacted] und seinen Begleitern zu: " Nun mal los, mal los!" Als diese Gruppe von etwa 6 Mann den Fronhof durch den zur Straße Am Grün führenden Nebenausgang verließ, stieß der Zeuge P[redacted]r, der wie andere SA-Leute telefonisch herbeigerufen war, zu ihnen. Die Gruppe nahm eine im Hofe des Fronhofs liegende Leiter mit, mit deren Hilfe die Gruppe G[redacted]-P[redacted]r den

eisernen Zaun zum Synagogengrundstück, der eine Höhe von über 2 m hatte, von der Straße her überstieg. Darauf zogen sie die Leiter nach und legten sie an ein Fenster auf der Westseite der Synagoge an. G[redacted] stieg hinauf, zerschlug die Scheibe und drang durch die so entstandene Öffnung in die Synagoge ein. P[redacted]r und die übrigen SA-Leute folgten ihm. Als sich G[redacted] und P[redacted]r im Innern des Synagogengebäudes befanden, hörte G[redacted] den Ruf " Raus, raus, es brennt, es brennt" Daraufhin versuchte jeder, so schnell wie möglich die Synagoge zu verlassen. G[redacted] trat eine Türfüllung ein, durch die er in den Haupteingang gelangte, sodaß er und P[redacted]r ins Freie gelangen konnten. P[redacted]r wollte im Hinblick auf den beginnenden Brand als Feuerwehrmann nach Hause gehen und sich zur Brandbekämpfung bereithalten. Er stieg daher wieder über den Eisenzaun auf die Straße. Dort sah er auf der gegenüberliegenden Straßenseite in der Nähe der Elisabethschule den Angeklagten S[redacted] auf-und abgehen. P[redacted] ging auf S[redacted] zu und meldete sich bei S[redacted] ab. Der Angeklagte, dem dies nicht genehm war, sagte zu P[redacted]r: "Ach Ihr Scheißkerle von der Feuerwehr".

Dann überstieg S[redacted] den Eisenzaun des Synagogengeländes und betrat durch die offenstehende, dem Landgrafenhaus zu gelegene Tür die Synagoge und traf auf V[redacted] und G[redacted] mit denen er sich unterhielt. Später verließ S[redacted] wieder das Synagogengelände und kehrte zum Fronhof zurück. Er ordnete dort an, daß alles im Fronhof zurückbleiben müsse und organisierte die Absperrung um die Brandstelle.

Im Laufe der Nacht brannte die Synagoge vollständig aus. Die Grundmauern wurden am nächsten Abend gesprengt.

Einige Zeit nach dem Brand behauptete der Angeklagte gesprächsweise seinen Kameraden gegenüber, er besitze noch die Streichholzschachtel, mit deren Streichhölzern er die Synagoge in Brand gesteckt habe.

D.

Diese Feststellungen sind erwiesen zum Teil auf Grund der eigenen Einlassung des Angeklagten, sowie auf Grund der Aussagen der Zeugen G[redacted], P[redacted]r, P[redacted], S[redacted], P[redacted] und V[redacted], soweit ihnen die Kammer gefolgt ist.

Die Kammer hat dabei trotz erheblicher Bedenken im wesentlichen die Angaben des Angeklagten zur Grundlage ihrer Feststellungen gemacht.

Der Zeuge S[redacted], der auf die Kammer im übrigen einen durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht hat, hat zwar ausgesagt, er sei nur anläßlich eines Rundganges zu den einzelnen Stürmen seiner Standarte kurz nach Mitternacht in den Fronhof gekommen, habe sich dort im Kreise der versammelten SA-Männer eine halbe Stunde aufgehalten und sei dann nach Hause gegangen, ohne dem Angeklagten zuvor einen Befehl zur Anzündung der Synagoge gegeben zu haben.

Es habe an dem Abend, nachdem nachts zuvor an vielen anderen Orten die Synagogen niedergebrannt worden seien, bei allen SA-Stürmen so auch im Fronhof eine allgemeine Spannung geherrscht. Er - S[redacted] - sei daher von den SA-Kameraden gefragt worden, ob er etwas von einer Inbrandsetzung der Marburger Synagoge wisse, worauf er im Hinblick auf den Besuch der beiden SD-Männer bei ihm an dem vorangegangenen Vormittag geantwortet habe, die Synagoge werde in dieser Nacht abbrennen. Der Zeuge will diese Bemerkung nicht im Sinne eines Befehls, sondern nur im Sinne einer Auskunft getan haben, doch konnte der Zeuge S[redacted] bei seiner Aussage die Möglichkeit nicht ausschließen, daß der Angeklagte die Bermerkung S[redacted] über die Inbrandsetzung als Befehl aufgefaßt hat.

Andererseits spricht für die Richtigkeit der Einlassung des Angeklagten, er habe von S[redacted] einen ausdrücklichen Befehl zur Inbrandsetzung der Synagoge erhalten, daß S[redacted], falls S[redacted] seine Worte tatsächlich falsch aufgefaßt hätte, diesen Irrtum bemerkt haben müßte und ihn auf der Stelle richtiggestellt hätte. Der Angeklagte muß in irgend einer Weise auf die Worte S[redacted] reagiert haben; auch handelte es sich bei der SA um eine halbmilitärische Organisation, bei der aller Erfahrung nach Befehle nicht stumm entgegengenommen zu werden pflegten, sondern in irgendeiner Form bestätigt wurden. Schließlich hat sich auch der Angeklagte unter Berufung auf den Befehl nicht nur an die Leute seines Sturmes, sondern an alle Anwesenden gewandt und sie aufgefordert,

sich an der Inbrandsetzung der Synagoge zu beteiligen. Es erscheint ausgeschlossen, daß der Angeklagte als Führer des SA-Sturmes aus sich heraus einen solchen Befehl auch an Angehörige anderer Stürme, wie beispielsweise des Nachrichtensturms, hat geben können. Hätte S[redacted] von sich aus gehandelt, dann hätte er das ganz bestimmt dem Zeugen S[redacted], seinem Vorgesetzten, bei dessen Erscheinen im Fronhof in irgendeiner Form mitgeteilt. Es muß schon so gewesen sein, daß eine dem Angeklagten und allen anderen SA-Leuten übergeordnete Stelle den Befehl gegeben hat. Das kann nach Lage der gesamten Umstände nur der Standartenführer S[redacted] gewesen sein.

Hinsichtlich der Beteiligung des Angeklagten an der Inbrandsetzung hat der Zeuge V[redacted] zwar bekundet, der Angeklagte habe lange vor dem Eintreffen S[redacted] befohlen, daß alles im Fronhof bleibe. Der Angeklagte habe dann im weiteren Verlauf des Abends von dem Zeugen P[redacted] die Schlüssel zum Geräteraum des Nachrichtensturms im Landgrafenhaus mit dem Bemerken, daß das dort befindliche Fußbodenöl benötigt werde, herausverlangt. Der Angeklagte habe dann zusammen mit P[redacted] und einigen anderen SA-Leuten gemeinsam den Fronhof verlassen. Einige Zeit danach sei im Fronhof bekannt geworden, daß die Synagoge brenne. Darauf seien alle im Lokal Anwesenden hinaus auf die Straße gelaufen. Aus den Fenstern der Synagoge sei dichter Qualm gedrungen. Er -V[redacted] - habe sich daraufhin über einen an den Stadtsälen befindlichen Sonderfernsprecher mit dem damaligen Leiter des Elektrizitätswerks, Direktor Sch[redacted], in Verbindung gesetzt, um nähere Weisungen über die ihm obliegende Sicherung der elektrischen Leitungen einzuholen. Direktor Sch[redacted] habe ihm gesagt, er solle die Sicherung der elektrischen Leitung in der Synagoge herausnehmen. Die Synagoge habe zu diesem Zeitpunkt nicht richtig gebrannt, es sei nur ein auffallend schwarzer Qualm ihm entgegengeschlagen. Darauf sei er durch die Hausmeisterwohnung in die Synagoge gegangen.

Beim Betreten der Synagoge sei ihm der Angeklagte entgegengekommen, und zwar vom Haupteingang des Synagoge her. Er habe dann die Sicherungen herausgeschraubt. Zu dieser Zeit seien etwa 3 - 4 Mann in der Synagoge gewesen.

Am Morgen nach dem Brande habe er bei der brennenden Synagoge den Zeugen P[redacted] getroffen. Dieser habe ihm erzählt, er habe zwei Kanister mit Fussbodenöl aus dem Landgrafenhaus geholt und sie hätten das Öl durch ein Fenster in die Synagoge geschüttet.

Demgegenüber läßt sich der Angeklagte dahin ein, er könne nicht verstehen, wie der Zeuge V[redacted] zu einer solchen Aussage komme. Er habe von dem Fußbodenöl nichts gewußt. Er kenne keinen Keller im Landgrafenhaus. Mit dem Öl habe er überhaupt nichts zu tun gehabt. Den Zeugen P[redacted] habe er nicht gekannt , sondern erst später im Laufe dieses Verfahrens kennen gelernt. Er habe daher auch P[redacted] gar nicht nach dem Schlüssel fragen können. Er habe sich vielmehr nach seinem Erkundungsgang mit G[redacted] eine Weile im Fronhof aufgehalten. Dann sei er allein auf die Universitätsstraße gegangen und habe in Höhe der Elisabethschule fünf bis zehn Minuten gewartet. Zunächst habe sich auf der Straße und auch auf dem Synagogengelände niemand gezeigt. Dann sei P[redacted]r von der Synagoge hergekommen. Er,der Angeklagte,habe P[redacted]r gefragt, wie es denn um den Brand stehe, und habe dann P[redacted]r als Feuerwehrmann nach Hause entlassen. Dann habe er gesehen, daß der Haupteingang der Synagoge offen gestanden habe, und sei deswegen unter Benutzung der Klinke des Tores des Eisenzaunes als Halt über den Eisenzaun in das Synagogengelände eingestiegen. In der Synagoge habe er sich kurz mit V[redacted] und G[redacted] unterhalten und sei alsbald wieder zum Fronhof zurückgekehrt, um die Absperrung der Brandstelle zu organisieren.

Der Zeuge P[redacted] bestätigt, daß er den Angeklagten damals nicht persönlich gekannt habe. Der Zeuge will am Abend des 9.11.1938 den Fronhof nur im Kreise der Kameraden einige Glas Bier getrunken und sich dann nach Hause begeben haben. Nach der Bekundung des Zeugen stimmt es auch nicht, daß er mit S[redacted] zusammen den Fronhof verlassen habe. Er habe auch kein Fußbodenöl aus dem Landgrafenhaus geholt. Er habe mit der Brandstiftung nicht das Geringste zu tun gehabt und habe dem Zeugen V[redacted] nichts derartiges erzählt. Er, der Zeuge P[redacted], habe gegen Morgen von der Hofstadt aus, wo er damals gewohnt habe, einen Feuerschein bemerkt und habe dann von der Untergasse aus die Synagoge brennen sehen.

Diese Angaben des Angeklagten und des Zeugen P[redacted] lassen sich mit Sicherheit nicht widerlegen; Es erscheint zwar äußerst merkwürdig, daß der Angeklagte zunächst Männer, die sich an der Brandstiftung beteiligen wollten , um sich scharte , dann mit Groos einen Erkundungsgang zur bestmöglichsten Inbrandsetzung der Synagoge machte, um dann, als die einzelnen Trupps gegen die Synagoge vorrückten, sich mehr an dem Unternehmen nicht mehr zu beteiligen, sondern für sich allein die Universitätsstraße entlang zu gehen und erst später nach besonderem Entschluß das Synagogengelände kurz zu betreten.

Auch spricht die Tatsache, daß der Angeklagte sich einige Tage nach dem Brand Kameraden gegenüber gerühmt hat, die Streichholzschachteln zu besitzen, mit deren Streichhölzern er die Synagoge angesteckt hat , für eine Täterschaft des Angeklagten bei der Inbrandsetzung der Synagoge. Schließlich deutet die Bekundung des Zeugen Völker, ihm sei beim Betreten der Synagoge schwarzer Qualm entgegengeschlagen, auf die nahe Möglichkeit hin, daß bei der Inbrandsetzung Fußbodenöl gebraucht worden ist.

Die Vorgänge jener Nacht konnten aber durch die vierzehn Jahre nach der Tatzeit erfolgte Beweisaufnahme doch nicht in allen Einzelheiten, ihren Zusammenhängen und ihrem zeitlichen Ablauf so genau aufgeklärt werden, als daß sich die Möglichkeit, daß der Angeklagte sich nicht selbst an der Inbrandsetzung beteiligt hat, mit Sicherheit ausschließen ließe.

Auch im übrigen hat die Beweisaufnahme außer der Aussage des Zeugen V[redacted] keine direkten Anhaltspunkte für eine Teilnahme des Angeklagten an der Brandstiftung selbst ergeben. Bei der Aussage des Zeugen V[redacted] war aber zu bedenken, daß es sich bei diesem Zeugen im wesentlichen um die Wiederholung seiner Angaben handelte, die er in der Hauptverhandlung am 14. und 21.November 1947 gemacht hat. Damals war dieser Zeuge aber nicht Zeuge, sondern Mitangeklagter . Ihm wurde, genau so wie heute dem Angeklagten S[redacted], zur Last gelegt, sich an der Inbrandsetzung der Synagoge beteiligt zu haben. Er hatte also, wie jeder der anderen Mitangeklagten, verständlicherweise nur das eine Bestreben, die Geschehnisse der Brandnacht in einem für ihn günstigeren Licht erscheinen zu lassen. Da er nicht bestreiten konnte, zur Zeit der Vorbereitungen

~~bereitungen~~ der Brandstiftung im Fronhof geweilt und danach zu derselben Zeit wie der später wegen Brandstiftung verurteilte Zeuge G[redacted] sowie der Angeklagte und P[redacted] in der brennenden Synagoge gewesen zu sein, konzentrierte er seine Verteidigung auf die Behauptung, sich nur deshalb an den Tatort begeben zu haben, weil er als Monteur des Elektrizitätswerkes die elektrischen Leitungen habe sichern müssen.

Das Gericht hat dem damaligen Angeklagten V[redacted] nicht mit hinreichender Sicherheit widerlegen können, in den Urteilsgründen aber zum Ausdruck gebracht, es liege der Verdacht nahe, daß seine Tätigkeit, nämlich das Herausschrauben der Sicherungen, die Ausführung eines Teiles des Gesamtbrandstifterplanes der Täter dargestellt habe. Dieser Verdacht besteht auch heute noch. Der Aussage des Zeugen V[redacted] stehen deshalb hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit erhebliche Bedenken entgegen. Diese Bedenken der Strafkammer werden noch dadurch bestärkt, daß der Zeuge V[redacted] im bisherigen Verfahren immer bekundet hat, der Zeuge P[redacted] habe ihm erzählt, er habe das Öl an Steih herausgegeben und S[redacted] und P[redacted] hätten es dann in die Synagoge hineingegossen.

Diese Aussage hat er in dem Verfahren gegen S[redacted] und P[redacted] und auch in der jetzigen Hauptverhandlung dahin eingeschränkt, daß er nunmehr bekundet, P[redacted] habe erzählt, P[redacted] und andere hätten das Öl in die Synagoge geschüttet. Ferner hat der Zeuge V[redacted] bisher mit Entschiedenheit behauptet, daß am Abend des 9.November, an dem die Parteien und ihre Formationen jedes Jahr große Feierlichkeiten abhielten, in dem Geräteraum des Nachrichtensturms ein Geräteinstandsetzen stattgefunden haben soll. Nachdem in dem Verfahren gegen S[redacted] die Zeugen P[redacted], K[redacted] und H[redacted] das für ausgeschlossen gehalten haben, bekundet V[redacted] nunmehr, er könne nicht mehr sagen, ob er an jenem Abend im Geräteraum gewesen sei oder nicht.

Trotz der erheblichen gegen den Angeklagten bestehenden Verdachtsgründe ist die Strafkammer auf Grund dieser Erwägungen zu dem Ergebnis gelangt, daß die Aussage des Zeugen V[redacted] auch unter Berücksichtigung des sonstigen Ergebnisses

der Beweisaufnahme nicht ausreicht, um den Angeklagten St[redacted] als Mittäter der schweren Brandstiftung im Sinne der Anklage zu überführen.

Damit aber entfällt eine Bestrafung des Angeklagten wegen schwerer Brandstiftung, wie sie ihm von der Anklage in erster Linie zur Last gelegt wird.

E.

I. Dagegen hat sich der Angeklagte dadurch, daß er die im Fronhof anwesenden SA-Leute zu einer Beteiligung an dem Inbrandsetzen der Synagoge aufgefordert hat, der Aufforderung zur schweren Brandstiftung gemäß §§ 49a, 306 StGB schuldig gemacht. Sein festgestelltes Verhalten erfüllt nämlich den Tatbestand einer gemäß § 49 StGB strafbaren versuchten Anstiftung zu einem Verbrechen, das nicht zur Ausführung gelangt ist.

Zugleich hiermit in Tateinheit (§ 73 StGB) hat sich der Angeklagte der Aufforderung zum schweren Landfriedensbruch gemäß §§ 49a, 125 Abs.II StGB schuldig gemacht; denn er hat die im Fronhof anwesenden SA-Leute aufgefordert, die Synagoge anzuzünden, das heißt nach öffentlicher Zusammenrottung eine Sache zu vernichten.

Die im Fronhof von S[redacted] zusammengefaßten SA-Leute sind als Menschenmenge im Sinne des § 125 StGB anzusehen. Es kommt für diese Feststellung nicht darauf an, daß die Menschenmenge aus einer größeren Anzahl von Personen besteht, als vielmehr darauf, daß sie ihrer Zusammensetzung und den im Einzelfall vorliegenden Umständen nach eine Gefährdung des Landfriedens darstellt. Das lag aber vor: Die SA, der die Beteiligten angehörten, war eine Formation der damals den Staat allein beherrschenden Partei, deren antijüdische Einstellung bekannt war. Die in diesem Sinne von höchster Stelle betriebene Propaganda hatte am 7. 11.1938, dem Tage, an dem der Anschlag auf den Botschaftsrat vom Rath in Paris erfolgte, ihren Höhepunkt erreicht. Es mußte erwartet werden und wurde auch allgemein erwartet, daß infolge des Todes des Botschaftsrates es zu Ausschreitungen größeren Ausmaßes kommen werde. Die allgemein herrschende, künstlich erzeugte Spannung drängte zu einer Entladung. Unter diesen Umständen stellten auch kleinste Gruppen eine erhebliche Gefährdung des Rechtsfriedens dar.

Diese Menschenmenge sollte nach der Aufforderung des Angeklagten sich "zusammenrotten", das heißt die SA-Leute sollten sich zu einem gemeinschaftlichen rechtswidrigen Handeln räumlich vereinen und für Dritte erkennbar -nämlich spätestens auf der Straße auf dem Wege zur Synagoge- mit Gewalttätigkeiten beabsichtigen. Schließlich sollte die von ihm beabsichtigte Zusammenrottung eine "öffentliche" sein, In dem Augenblick nämlich, in dem der Aufforderung des Angeklagten entsprechend die SA-Leute gruppenweise auf der Straße der Synagoge entgegenrückt wären, hätte die Möglichkeit und Gefahr unbeschränkter Beteiligung anderer Personen bestanden. Das hätte sich zwangsläufig sowohl aus der Öffentlichkeit des Ortes als auch aus der Tatsache ergeben, daß die Angehörigen der zusammengerotteten Menschenmenge sämtlich Mitglieder einer Gliederung der damals herrschenden Partei waren. In Anbetracht der bereits vorhandenen Spannung und Erregung, die Ausschreitungen gegen Juden als unmittelbar bevorstehend erscheinen ließ, war deshalb zu erwarten, daß sich ihnen Mitglieder anderer Organisationen der NSDAP oder andere Personen anschließen würden. Daß die Teilnehmer an der Zusammenrottung sich der Möglichkeit unbeschränkter Beteiligung anderer Personen an ihrer Zusammenrottung bewußt waren, bedarf nach Lage der Dinge keiner weiteren Begründung, zumal die Ausschreitungen sich auf einer der am stärksten belebten Straßen Marburgs abspielen sollten.

II. Ferner hat der Angeklagte S[redacted] dadurch, daß er einige Zeit später den Eisenzaun des Synagogengrundstücks überstieg und die Synagoge betrat, wo in diesem Zeitpunkt SA-Leute und andere, nicht bekannt gewordene Personen Gewalttätigkeiten gegen Sachen begingen, sich des einfachen Landfriedensbruchs gemäß § 125 Abs. I StGB schuldig gemacht. Er schloß sich nämlich einer öffentlich zusammengerotteten Menschenmenge an, die mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Sachen beging, und er handelte dabei im Bewußtsein, durch seine Anwesenheit in der Menge die Gefährlichkeit der Zusammenrottung für die öffentliche Ordnung zu erhöhen. Denn er war sich bewußt, daß er als SA-Führer durch seine Anwesenheit der ~~sich~~ in der Synagoge befindlichen Menschenmenge den Rücken stärkte.

In Tateinheit (§ 73 StGB) hiermit ist der Angeklagte auch des schweren Hausfriedensbruchs (§ 124 StGB) schuldig, da er sich einer öffentlich zusammengerotteten Menschenmenge,

die mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen eine Sache, das heißt die Synagoge (Ergänzung) anschloß , nachdem er und diese Menschenmenge widerrechtlich in das befriedete Besitztum - das Synagogengelände - eingedrungen waren.

Diese strafbare Handlung steht zu der Aufforderung zur schweren Brandstiftung in Tateinheit mit Aufforderung zum schweren Landfriedensbruch in dem Verhältnis der Tatmehrheit (§ 74 StGB).

Der Angeklagte ist demnach der Aufforderung zur schweren Brandstiftung in Tateinheit mit Aufforderung zum schweren Landfriedensbruch in einem Fall und ferner des einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch in einem Fall (§§ 49 a, 306, 125 Abs. II, 125 Abs.I, 124, 73, 74 StGB) schuldig.

Während die beiden Einzelstrafen gemäß § 73 StGB jeweils dem Gesetz zu entnehmen ist , das die schwerste Strafe androht, ist gemäß § 74 auf eine Strafe zu erkennen, die in einer Erhöhung der schwereren der beiden verwirkten Strafen besteht.

F.

Bei der Strafzumessung war strafschärfend zu berücksichtigen, daß der Angeklagte S[redacted] zu einer Tat aufgefordert hat, die ihrem Gesamtgehalt nach als äußerst verwerflich anzusehen ist und durch die das Ansehen des Deutschen Volkes in nicht wieder gutzumachender Weise geschädigt worden ist.

Strafschärfend wirkte weiterhin, daß der Angeklagte seine Autorität als Sturmführer und als „alter Kämpfer" dazu eingesetzt hat, um die anderen Teilnehmer zu einer Beteiligung an dem Synagogenbrand zu veranlassen. Erschwerend fiel ferner ins Gewicht, daß sich der Angeklagte nach der Zerstörung der Synagoge anderen gegenüber gerühmt hat, er habe noch die Streichholzschachtel, mit deren Streichhölzern er die Synagoge angesteckt habe.

Andererseits konnte dem Angeklagten zu Gute gehalten werden, daß er noch nicht vorbestraft ist und, wie viele andere, der von den höchsten Stellen des damaligen Staates raffiniert gesteuerten politischen Propaganda erlegen sein mag. Ihm fehlte offenbar die eigene Stellungnahme zu den Problemen der Menschenwürde und der Achtung der religiösen

Überzeugung anderer. Es kommt hinzu, daß er von seinem damaligen Vorgesetzten SA-Standartenführer S[redacted] zu seinen Handlungen veranlaßt worden ist und deswegen im Falle der Nichtbefolgung der Anordnung Nachteile für sich befürchtet haben mag.

Unter Berücksichtigung dieser gesamten Umstände erschien für die Aufforderung zur schweren Brandstiftung in Tateinheit mit Aufforderung zum schweren Landfriedensbruch eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, für den einfachen Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch eine Gefängnisstrafe von neun Monaten für erforderlich, aber auch ausreichend, Aus den beiden zeitlichen Freiheitsstrafen war unter Umwandlung der neunmonatigen Gefängnisstrafe in eine sechsmonatige Zuchthausstrafe (§ 21 StGB) gemäß § 74 StGB eine Gesamtstrafe zu bilden, die schuldangemessenerweise auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und neun Monaten festgesetzt worden ist.

Dem Angeklagten ist gemäß § 60 StGB aus Billigkeitsgründen die erlittene Untersuchungshaft in Höhe von 282 Tagen auf die erkannte Strafe angerechnet worden.

Nach § 373 Abs. I StPO war das Urteil der Strafkammer I des Landgerichts in Marburg vom 21.November 1947 aufzuheben und dem Angeklagten die auf Grund dieses Urteils vom 10. September 1949 bis 11. August 1950 verbüßte Strafhaft auf die jetzt erkannte Strafe anzurechnen.

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 465, 473 Abs.II und I StPO .

Zur Einstellung eingegangen am

Marburg (Lahn), den 10.12.62 Der Oberstaatsanwalt

Dr. Hagen

Marburg (Lahn), den 11.12.62 Geschäftsstelle der Staatsanwaltschaft

Justizsekretär

48. Funkspruch des SSD Berlin an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 10. November 1938. (weitergeleitet an den Marburger Landrat).

Abschrift.

Geheim.

Polizei-Funkdienst
Funkstelle Kassel.

Kopf ssd Berlin nr 4 loll 0630.
an alle

Der jüdische Mordüberfall in Paris hat spontane Demonstrationen und Aktionen gegen Juden, jüdischen Besitz und jüdischen Synagogen im ganzen Deutschen Reich ausgelöst. Diese Demontrationen und Aktionen sind verständlich und polizeilich nur nach ganz bestimmten Richtlinien zu überwachen bezw. einzuschrieten es wird befohlen:

1) Die Befehlsstellen der Ordnungspolizei setzen sich dofort ins-Einvernehmen mit den zuständigen Sicherheitsorganen und in Verständigung mit den zuständigen Polizeiverwaltungsdienststellen und treten mit den zuständigen Parteidienststellen in Verbindung um genau darüber unterrichtet zu sein, wo solche Demontrationen und Aktionen stattfinden.
2) Die Ordnungspolizei begleitet solche Demonstrationen und Aktionen nur mit schwachen Kräften in Zivil um eventuell Plünderungen zu verhindern. Uniformierte Ordnungspolizei wird nur in äussersten Notfall eingesetzt. Verhaftungen nimmt nur die Sicherheitspolizei vor.
3) Die Polizeidienststellen haben sich sofort mit den Parteidienststellen in Verbindung zu setzen und dafür Sorge zu tragen, daß Brandlegungen unter allen Umständen unterbleiben.
4) Zerstörte offnen Läden, Wohnungen, Synagogen und Geschäfte von Juden sind zu versiegeln, zu bewachen vor Plünderungen zu schützen.
5) Polizeiliche Verstärkungen sind soweit notwendig von der allgemeinen und aktiven SS gemäß Befehl des RFSS anzufordern.
6) Größere Demostrationen dieser Art sind sofrt an mich zu melden.

Der Chef der Ordnungspolizei
Sonderbefehlsstab O-Kdo.-g.a.2000
gez. Daluege.

Verteiler: Reg.Präs.Pol.Präs.JdO. Kdo.d.Schutzpolizei Kassel.

- - - -

Regierungspräsident. Kassel, den 10. November 1938.
A II Org.Nr.26938 g.

Geheim!

Vorstehende Abschrift übersende ich zur gefl.Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung.

Im Auftrage:
gez. Kaufmann.

An
den Herrn Landrat in Marburg.

49. Funkspruch der Stapo in Kassel vom 10. 11. 1938, 5.03 Uhr an alle Landräte.

Funkspruch der Staatspolizeistelle in Kassel.

An alle Landräte.

Soweit im dortigen Bezirk Aktionen gegen Juden stattfinden, ist hiergegen in soweit einzuschreiten, als deutsches Leben und Eigentum gefährdet ist. Plünderungen und Diebstähle sind zu verhindern. Plünderer sind festzunehmen. Im dortigen Bezirk sind soviel Juden festzunehmen, als Haftraum zur Verfügung steht. Misshandlungen dürfen in keinem Fall vorkommen. Festzunehmen sind nur gesunde männliche und arbeitsfähige Juden, jedoch keine Ausländer, da Lagerüberführung von hier geplant ist. Nach Möglichkeit ist darauf zu achten, dass begüterte Juden festgesetzt werden.

Bis zum 10.11.38, 8 Uhr genau (also heute) ist zu melden, ob und wo in den letzten Tagen Synagogenbrände vorgekommen sind. Gleichzeitig bitte ich um Meldung der Zahl der bis dahin festgenommenen Juden.

Staatspolizeistelle Kassel.
I.V.
A u g u s t i n .

G e h e i m !

telef.aufgen. 10.11.38 , 5,03 Uhr.

Bgmstr. teilt mit, dass er lt.telef.Anordnung folgende Juden festgenommen hat:
Hermann Heching aus Kirchhain,
Emil Katten aus Kirchhain.

50. Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel an den Landrat und den Oberbürgermeister in Marburg vom 11. November 1938. (enthält Anordnungen des Reichspropagandaleiters der NSDAP, Goebbels, vom 10. November 1938.)

Ich verweise auf meine heutige Benachrichtigung betr. Beendigung der antijüdischen Kundgebungen und Aktionen, die auch durch Presse und Rundfunk bereits veröffentlicht worden ist. Die Gauleiter haben zusammen mit der Polizei entsprechende Maßnahmen zu treffen, daß die demolierten Judengeschäfte in kürzester Frist auf Kosten ihrer jüdischen Inhaber wieder in Ordnung gebracht werden. Es steht eine Verordnung zu erwarten, nach der die Schäden, die bei den antijüdischen Kundgebungen entstanden sind, nicht von den Versicherungen getragen werden, sondern von den betreffenden Juden selbst. Es werden noch in kurzer Frist eine Reihe von Maßnahmen gegen die Juden auf dem Gesetzes- oder Verordnungswege durchgeführt werden. Über diese werde ich Sie rechtzeitig unterrichten. Die antijüdischen Aktionen müssen mit derselben Schnelligkeit, mit der sie entstanden sind, nunmehr eingestellt werden. Sie haben den von ihnen gewünschten und erwarteten Zweck erfüllt. Sollte sich durch Vorgänge im Judentum des In- und Auslandes eine neue Lage ergeben, so wird rechtzeitig Mitteilung ergehen.

gez. Dr. Goebbels,
Reichspropagandaleiter der NSDAP.

- - - - -

Der Regierungspräsident.
A II 205/38 g.

Kassel, den 11. November 1938.

12.11. M2 5111/38 1.

Abschrift obiger, mir durch die Gaupropagandaleitung am 10. November 1938 übermittelten Anordnung des Reichspropagandaleiters der NSDAP. übersende ich zur Kenntnis und mit dem Ersuchen, zwecks Wiederherstellung der demolierten Judengeschäfte mit den Kreisleitern der NSDAP. alsbald Fühlung aufzunehmen.

Der Chef der Ordnungspolizei - Sonderbefehlsstab - hat ferner verfügt, daß alle Polizeiverwaltungen dafür zu sorgen haben, daß zertrümmerte Läden durch Holzverkleidungen usw. so verschlossen werden, daß Zerstörung möglichst wenig sichtbar wird. Die Hausbesitzer sind anzuweisen, gegegebenenfalls die Arbeiten im Auftrage der Polizei ausführen zu lassen. Trümmer von Synagogen usw. sind beschleunigt zu beseitigen. Der Chef der Ordnungspolizei hat ersucht, seine Anordnung durchzuführen, sobald von den Gauleitungen Anweisung zur Beendigung der Aktionen vorliegt. Dies ist für die Kreise des Gaues Kurhessen und Hessen-Nassau der Fall. Den Herrn Landrat in Schmalkalden ersuche ich, unmittelbar festzustellen, ob diese Anweisung bereits vorliegt und dann zu handeln.

gez. von Monbart.

An
sämtliche Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister in Fulda u. Marburg,
den Herrn Polizeipräsidenten, Kassel
" " Polizeidirektor, Hanau.

Beglaubigt:
(Siegel)
Reg.-Assistent.

Kenntnis genommen
[illegible]

51. Rundverfügung der Gestapo in Kassel an den Landrat in Marburg vom 17. 11. 1938.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
B.Nr.II B 4 - 200/38.

Kassel, den 17.11.1938.

- V e r t r a u l i c h ! -

Betrifft: Juden.
Vorgang: Letzte Rundverfügung vom 14.11.38, obiges Aktenzeichen.

1.) Weitere Juden sind nicht mehr festzunehmen, es sei denn, dass besondere Festnahmegründe vorliegen. In diesem Fall bitte ich wie bei sonstigen Festnahmen umgehend nach hier zu berichten.

2.) Wegen der sich noch in dortigem Gewahrsam befindlichen Juden wird weitere Weisung ergehen. Soweit sich darunter Juden befinden, die über 60 Jahre alt oder krank oder körperlich behindert sind, sind sie sofort zu entlassen.

3.) Soweit in dortigem Gewahrsam befindliche Juden zu Arisierungsverhandlungen benötigt werden, sind sie sofort zu entlassen. Arisierungsverhandlungen dürfen durch die Inschutzhaftnahme der Besitzer oder Teilhaber nicht gestört werden. Im Interesse der erwünschten Arisierungen ist hierbei großzügig zu verfahren.

4.) Weiter sind in dortigem Gewahrsam befindliche Juden sofort zu entlassen, wenn dies ein dringendes Interesse der deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Exportes, geboten erscheinen lässt.

5.) Die gemäss den verstehenden Ziffern 2.) bis 4.)sofort vorzunehmenden Entlassungen müssen umgehend,spätestens innerhalb 3 Tagen, nach hier gemeldet werden.
T.

Etwaig auftretende Zweifel bitte ich durch vorherige Rückfrage bei der hiesigen Dienststelle zu klären.

6.) Erfasstes jüdisches Archivmaterial ist den Aussenstellen des SD. des RFSS zur Verfügung zu stellen. Die SD.-Aussenstellen werden sich mit der dortigen Dienststelle in Verbindung setzen.

7.) Je 6 Überdrucke dieser Rundverfügung sind beigefügt. 1 Exemplar davon bitte ich der Kreisleitung der NSDAP. zu ihrer Unterrichtung zuzuleiten.

An
die Herren Landräte des Bezirks
persönlich - o.V.i.A.-
die Herren Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörden
persönlich - o.V.i.A.-
in Fulda und Marburg
die Stapo-Aussendienststelle
z. Hd. von Herrn Kriminal -
Obersekretär H e s s e -o.V.i.A.-
in Hanau
nachrichtlich dem SD.-Unterabschnitt
in Kassel.

52. Verordnung der Gestapo in Kassel an den Landrat in Marburg vom 14. November 1938.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
B.Nr. II B 4 - 200/38.

Kassel, den 14. November 1938.

/18.

V e r t r a u l i c h !
E i l t s e h r ! Zu Ziffer 3.) und 5.)

Betrifft: Juden.

1.) Von einem Wiederaufbau zerstörter oder ausgebrannter Synagogen ist, gleichgültig von welcher Seite er geplant wird, bis auf weiteres abzusehen.

2.) Personen, die im Verlauf der Aktionen der Bevölkerung gegen die Juden geplündert bezw. gestohlen haben, sind umgehend unter sofortiger Meldung nach hier festzunehmen. Von einer Vorführung vor den Richter ist zunächst abzusehen.

P. 3.) Bis zum 17. ds.Mts., mittags 12 Uhr, muss zwecks Berichterstattung an den RF.SS und ChdDtschPol.i.RMdJ. an die hiesige Dienststelle gemeldet werden, wieviel Lager- und arbeitsfähige Juden (deutscher Reichsangehörigkeit oder Staatenlose) sich noch festgenommen in der einzelnen Kreisen in Gewahrsam befinden. Wegen des Abtransportes nach einem Konzentrationslager wird weitere Weisung noch ergehen.

4.) Juden, deren Auswanderung nachweislich bereits so weit betrieben worden ist, dass z.B. der Auswanderungstermin feststeht und sie im Besitz von Auswandererpapieren, Schiffskarten usw. sind, oder die eine Vorladung vor den zuständigen Konsul erhalten haben bezw. bei denen eine solche unmittelbar bevorsteht, sind im Hinblick auf die durchzuführende Auswanderung nicht mehr festzunehmen bezw., falls bereits festgenommen, umgehend zum Zwecke der Auswanderung zu entlassen, falls nicht besondere Gründe zu ihrer Festnahme geführt haben. In Zweifelsfällen ist die Entscheidung der Staatspolizeistelle

P. 5.) einzuholen. Bis zum 23. ds.Mts. bitte ich eine kurze Übersicht unter Berücksichtigung folgender Punkte herzureichen:
a) Anzahl der zerstörten Synagogen, und zwar unter Ortsangabe und Mitteilung, ob verbrannt oder anderweitig zerstört, b) wie zu a) bezüglich jüdischer Schulen, Betsäle, Gemeindesäle u.ä., c) Anzahl der jüdischen Geschäfte, die zerstört wurden, d) Wieviel arische Angestellte sind durch die Zerstörung erwerbslos geworden ? e) Wie hoch ist der Sachschaden bezgl. der zerstörten Geschäfte zu schätzen ? Ist bekannt, ob in welcher Höhe Schäden bei Versicherungsgesellschaften bereits angemeldet sind ? f) Anzahl der verbrannten oder anderweitig zerstörten Judenwohnungen, g) Anzahl der verletzten Juden. Sind Todesfälle zu verzeichnen ?

6.) Soweit genaue Zahlen nicht festzustellen sind, ist möglichst genau zu schätzen.

7.) Berichte in vorstehender Sache sind unter "Einschreiben" zu erstatten.

An
die Herren Landräte des Bezirks
[illegible]lich - o.V.i.A.-
[illegible] Herren Oberbürgermeister
[illegible]spolizeibehörden
[illegible]lich - o.V.i.A.- in Fulda u. Marburg
[illegible]apo-Aussendienststelle
[illegible] Herrn Krim.Sekr. Hesse
[illegible].i.A.
[illegible]
[illegible]lich dem SD.-Unterabschnitt
[illegible].

53. Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit. Vom 12. November 1938.

Reichsgesetzblatt

Teil I

1938	Ausgegeben zu Berlin, den 14. November 1938	Nr. 189

Tag	Inhalt	Seite
12. 11. 38	Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit	1579
12. 11. 38	Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben	1580
12. 11. 38	Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben	1581
12. 11. 38	Verordnung zum Schutz gefährdeten landwirtschaftlichen Grundbesitzes in den sudetendeutschen Gebieten	1581
12. 11. 38	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Fleisch- und Wurstpreise	1582
14. 11. 38	Verordnung über die Polizeiverordnungen der Reichsminister	1582

Im Teil II, Nr. 47, ausgegeben am 11. November 1938, sind veröffentlicht: Verordnung über die Änderung der preußisch-braunschweigischen Landesgrenze zwischen den Gemeinden Schwarme (Kreis Grafschaft Hoya) und Emtinghausen, Bahlum (Kreis Braunschweig). — Verordnung über die Regelung von Versorgungsfragen bei der Localbahn-Aktiengesellschaft in München. — Bekanntmachung über die Ratifikation eines Protokolls über die Verlängerung der Geltungsdauer des deutsch-finnischen Handelsvertrags. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des deutsch-litauischen Konsularvertrags (Ausdehnung auf Österreich).

Verordnung
über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit.

Vom 12. November 1938.

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) das Folgende:

§ 1

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1000000000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

§ 2

Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

54. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Vom 12. November 1938 und Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers vom 25. 11. 1938 mit „Grundsätzen" für die Durchführung.

Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Vom 12. November 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 — Reichsgesetzbl. I S. 1333) ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 — Reichsgesetzbl. I S. 627), die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2

(1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 45) sein.

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrage, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3

(1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

§ 4

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

Berlin, den 12. November 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

55. Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Vom 23. November 1938.

Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Vom 23. November 1938.

Auf Grund des § 4 der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1580) wird verordnet:

Artikel I

Einzelhandel

§ 1

(1) Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäfte oder Bestellkontore von Juden sind grundsätzlich aufzulösen und abzuwickeln.

(2) Soweit in besonderen Fällen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung die Weiterführung eines bisher jüdischen Unternehmens der im Abs. 1 genannten Art erforderlich ist, kann es in nichtjüdisches Eigentum überführt werden. Die Überführung bedarf der Genehmigung der für die Entscheidung nach dem Gesetz zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 262) zuständigen Stellen. Diese Genehmigung ersetzt die nach der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 415) erforderliche Genehmigung. Im übrigen gelten die Vorschriften dieser Anordnung und der dazu ergangenen oder ergehenden Durchführungsvorschriften.

§ 2

(1) Die Abwicklung hat nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen:

1. Der Vertauf oder die Versteigerung von Waren an letzte Verbraucher sind nicht zulässig.
2. Alle Waren sind zunächst der zuständigen Fachgruppe oder Zweckvereinigung oder deren bezirklicher oder fachlicher Untergliederung anzubieten, die für die Unterbringung der Waren Sorge zu tragen hat. Die Übernahme der Waren erfolgt auf Grund einer Bewertung durch Sachverständige, die der Präsident der zuständigen Industrie- und Handelskammer bestellt.
3. Die Gläubiger sind in der in der Konkursordnung vorgesehenen Reihenfolge aus dem Erlös der Gesamtabwicklung zu befriedigen.

(2) Der Reichswirtschaftsminister erläßt erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz weitere Richtlinien für die Abwicklung, die im Ministerialblatt für Wirtschaft veröffentlicht werden.

(3) Die Grundsätze und Richtlinien für die Abwicklung gelten auch im Falle des Konkurses für den Konkursverwalter.

§ 3

(1) Für die Abwicklung kann die nach § 1 Abs. 2 zur Entscheidung berufene Stelle Abwickler bestellen, sofern sonst eine ordnungsmäßige Abwicklung nicht gewährleistet ist. Der Abwickler hat die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns anzuwenden und steht unter der Aufsicht der berufenden Stelle. Diese Stelle setzt nach Beendigung der Abwicklung die Vergütung des Abwicklers und die Höhe der ihm zu erstattenden Auslagen fest.

(2) Die Kosten der Abwicklung trägt das abzuwickelnde Unternehmen.

§ 4

(1) Der Abwickler ist zu allen gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen ermächtigt, die die Abwicklung des Unternehmens erforderlich machen. Seine Ermächtigung ersetzt in diesem Rahmen jede erforderliche Vollmacht.

(2) Der Abwickler ist insbesondere berechtigt, im Namen des Gemeinschuldners bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens über das Unternehmen zu stellen. Der Abwickler kann zum Konkursverwalter bestellt werden.

Artikel II

Handwerk

§ 5

(1) Jüdische Inhaber von Handwerksbetrieben sind zum 31. Dezember 1938 in der Handwerksrolle zu löschen; die Handwerkskarte ist einzuziehen.

(2) Für die Überführung jüdischer Handwerksbetriebe in die Hand nichtjüdischer Erwerber gelten die bisherigen Vorschriften.

Berlin, den 23. November 1938.

Der Reichswirtschaftsminister
In Vertretung
Brinkmann

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Reichswirtschaftsminister. Berlin, den 25. November 1938.
III Jd. 9416/38.

Schnellbrief.

Der Oberbürgermeister der Stadt Marburg
Eing.: 29. NOV. 1938
Anlagen

Betrifft: Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 23. November 1938 - RGBl.I S.1642 -.

Bei der Anwendung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 - RGBl.I S.1580 - und der dazu ergangenen Durchführungsverordnung vom 23. November 1938 - RGBl.I S.1642 - sind die nachstehenden Grundsätze zu beachten. Im übrigen wird auf meinen Runderlaß vom 18. November 1938 - III Jd. 8782/38 - Bezug genommen.

I. Einzelhandel.

1.) Die nach dem Gesetz zum Schutze des Einzelhandels zur Entscheidung in erster Instanz berufene Stelle entscheidet auch in den Fällen, in denen es sich um die Abwicklung von Versandgeschäften handelt.

2.) Im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens sind die nach meinem Runderlaß vom 5. Juli 1938 - III Jd. 2818/38 - zu hörenden Stellen regelmäßig zu mündlichen Besprechungen zu laden, damit deren Gutachten und Äußerungen sofort abgegeben werden können. Auf I Ziff. 3 meines Runderlasses vom 18. November 1938 - III Jd. 8782/38 - wird verwiesen. Die Besprechungen sind sobald als möglich festzusetzen. Sie sind von allen Beteiligten so vorzubereiten, daß eine endgültige Entscheidung möglichst in der gleichen Sitzung erfolgen kann. Zu den Verhandlungen ist die bezirklich zuständige Organisation der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel oder deren fachlich zuständige Unterorganisation herbeizuziehen.

An Hand der bestehenden Verzeichnisse jüdischer Einzelhandelsbetriebe ist in diesen Besprechungen nach Möglichkeit bereits festzustellen, welche jüdischen Einzelhandelsgeschäfte im Bezirk von vornherein für eine Überführung in nichtjüdischen Besitz nicht in Frage kommen. In diesen Fällen kann die zuständige Verwaltungsbehörde etwa eingehende Anträge auf Übernahme des fraglichen Geschäfts ohne weitere Prüfung der Person des Erwerbers, und - wenn deren grundsätzliches Einverständnis besteht - auch ohne nochmalige Beteiligung der im Einzelfall nach meinem Runderlaß vom 5. Juli 1938 - III Jd. 2818/38 - anzuhörenden Stellen ablehnen.

In allen übrigen Fällen, in denen eine Überführung des Unternehmens in nichtjüdischen Besitz angebracht erscheint, sind die Bemühungen geeigneter Bewerber mit allen Mitteln zu unterstützen, so daß in kürzester Zeit eine Entscheidung getroffen werden kann. Ich weise jedoch darauf hin, daß auch hierbei die nach dem Einzelhandelsschutzgesetz erforderliche Prüfung der Erwerber in persönlicher Hinsicht nach den geltenden Bestimmungen durchzuführen ist.

Vorläufige Genehmigungen sollen nicht erteilt werden.

3.) In allen Fällen, in denen hiernach Betriebe aufzulösen und abzuwickeln sind und bei denen eine ordnungsmäßige Abwicklung andernfalls nicht gewährleistet erscheint, sind sofort Abwickler nach § 3 der Durchführungsverordnung einzusetzen. Geeignete Personen, die als Abwickler in Frage kommen, sind den zuständigen Behörden auf Anfordern umgehend von der zuständigen Industrie- und Handelskammer im Benehmen mit der bezirklich zuständigen Organisation der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel bezw. der fachlich zuständigen Unterorganisation vorzuschlagen.

Es wird sich empfehlen, für die Abwicklung größerer Betriebe Wirtschaftsprüfer, vereidigte Bücherrevisoren oder andere kaufmän-

nisch

nisch und fachlich besonders vorgebildete Personen heranzuziehen.

Die Bestellung von Abwicklern soll nach § 3 der Durchführungsverordnung jedoch nur erfolgen, wenn andernfalls nicht die Gewähr für eine ordnungsmäßige Abwicklung besteht. Grundsätzlich ist daher dem jüdischen Inhaber die Abwicklung selbst zu überlassen, wenn dadurch nicht die Gefahr erwächst, daß die Verbindlichkeiten nicht restlos erfüllt und insbesondere die Löhne und Gehälter nicht bezahlt werden. Auch der jüdische Inhaber ist, falls er selbst abwickelt, an die Grundsätze des § 2 der Durchführungsverordnung gebunden.

4.) Bereits in meinem Runderlaß vom 18. November 1938 - III Jd. 8782/38 - ist bestimmt, daß eine Wiedereröffnung jüdischer Gewerbebetriebe grundsätzlich nicht in Frage kommt. In gleicher Weise ist die Weiterführung eines Einzelhandelsgeschäfts durch den Abwickler unzulässig.

5.) Bei der Durchführung der Abwicklung ist folgendes zu beachten:

a) Der nach § 2 Abs. 1 Ziff. 2 eingesetzte Sachverständige hat seine Bewertung nach kaufmännischen Grundsätzen vorzunehmen. Er soll dabei in erster Linie von dem Einkaufspreis der vorhandenen Ware ausgehen und ist berechtigt, in den Fällen, in denen die Ware durch Zeitablauf oder sonstige Umstände an Wert verloren hat, einen dem heutigen Einkaufswert entsprechenden Betrag festzusetzen.

b) Bei Bewertung des Inventars usw. ist der Sachverständige nur dann heranzuziehen, wenn der Abwickler dies ausdrücklich wünscht. Auch hier ist nach kaufmännischen Grundsätzen vorzugehen.

c) Die Fachgruppe oder Zweckvereinigung, der die vorhandenen Waren zunächst anzubieten sind, hat sich in allen Fällen binnen 14 Tagen seit Eingang des Angebots schriftlich zu äußern und, falls sie die angebotene Ware selbst nicht unterbringen kann, Vorschläge für eine anderweitige sachgemäße Verwertung zu machen. Erfolgt nach Ablauf dieser Frist keine befriedigende Äußerung der Fachgruppe oder Zweckvereinigung, so ist die Veräußerung der vorhandenen Werte ohne besondere Beschränkung zulässig.

II. Handwerk.

Die für den Einzelhandel geltenden Sonderbestimmungen der Durchführungsverordnung finden auf das Handwerk keine Anwendung. In diesen Fällen bleibt es grundsätzlich bei dem in der Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26. April 1938 - RGBl.I S.415 - und in meinem Runderlaß vom 5. Juli 1938 - III Jd. 2818/38 - vorgeschriebenen Verfahren. Ich ersuche jedoch, mit Rücksicht auf das gesetzliche Verbot der Weiterführung jüdischer Handwerksbetriebe auch hier die laufenden Genehmigungsverfahren mit der größtmöglichsten Beschleunigung durchzuführen. Geht das Gutachten der in meinem Runderlaß vom 5. Juli 1938 sonst zu hörenden Stellen von diesen binnen angemessener Frist nicht ein, so muß im Einzelfall zur Beschleunigung des Verfahrens die Entscheidung der Verwaltungsbehörde notfalls lediglich auf Grund der Stellungnahme der zuständigen Handwerkskammer ergehen. Stets ist jedoch auch den übrigen anzuhörenden Stellen Gelegenheit zur Äußerung binnen einer von der Verwaltungsbehörde bestimmten Frist von mindestens 2 Wochen zu geben.

Ich

Ich ersuche, die für die Genehmigung nach der Anordnung vom 26. April 1938 und die nach dem Gesetz zum Schutze des Einzelhandels zuständigen Behörden sofort entsprechend zu unterrichten.

Im Auftrag
gez. Schmeer.

An die Herren Regierungspräsidenten in Preußen pp.

=========

Der Regierungspräsident. Kassel, den 26. November 1938.
A VII H I 102 b.

Abschrift übersende ich im Anschluß an meine Rundverfügungen vom 23. und 25.d.Mts. - A VII H I 102 b - mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung.

gez. von Monbart.

Beglaubigt:
(Siegel) Kanzleiangestellter.

An

1. die Herren Landräte des Bez.,
   den Herrn Pol.Präs. hier,
   " " " Dir. in Hanau,
   die Herren Oberbürgermeister
   in Kassel, Hanau, Fulda u. Marburg;
2. a) das Dezernat A II Jud (Feldt) im Hause,
   b) die Industrie-u.Handelskammer Kassel-Mühlhausen, hier,
   c) die Bezirksstelle Hanau der Industrie- und Handelskammer für das Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet in Hanau,
   d) die Bezirksstelle Fulda der Industrie- und Handelskammer für das Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet in Fulda,
   e) die Handwerkskammer hier,
   f) die Gauleitung der NSDAP., z.H. des Herrn Gauwirtschaftsberaters, hier.

zu 2: Abschrift übersende ich im Anschluß an meine Schreiben vom 23. und 25.d.Mts. A VII H I 102 b mit der Bitte um Kenntnisnahme.

56. Schreiben des Marburger Oberbürgermeisters an die jüdischen Geschäftsleute vom 10. Dezember 1938 mit hdschr. Verteilerhinweis.

Oberbürgermeister

Marburg, den 10. Dezember 1938.

Auf Grund des Artikels I, § 1 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 (RGBl. I S. 1709) gebe ich Ihnen mit sofortiger Wirkung auf, Ihren Gewerbebetrieb binnen einer Frist von vier Wochen, vom Tage der Zustellung ab gerechnet, abzuwickeln. Nach § 2 Abs. 1 und 2 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 23. November 1938 ist bei der Abwicklung der Verkauf oder die Versteigerung von Ware an letzte Verbraucher nicht zulässig, sondern alle Waren sind zunächst der zuständigen Fachgruppe oder Zweckvereinigung oder den bezirklichen oder fachlichen Untergliederungen anzubieten. Sie haben sich deswegen sofort mit dem örtlichen Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Herrn Kaufmann Körner, Frankfurterstrasse 35, vorher in Verbindung zu setzen, der Ihnen weitere Anweisungen geben wird.

Da Sie nunmehr Waren an letzte Verbraucher nicht mehr verkaufen dürfen, haben Sie Ihren Geschäftsbetrieb sofort zu schließen.

J. A.

.....

.....

.....

M a r b u r g a.d.Lahn

.....

Zustellungsbescheinigung.

1/ [illegible] Barfüßertor 15
2/ [illegible] Untergasse 18
3/ [illegible] Rotenberg 4
4/ [illegible] Untergasse 18
5/ [illegible] Universitätsstraße 82
6/ [illegible] Barfüßertor 50
7/ [illegible] Wettergasse 2
8/ [illegible] Reitgasse 2
9/ [illegible] Neue Kasseler Str. 13
10/ [illegible] Steinweg 16
11/ [illegible] Am Grün 16
12/ [illegible] Weidenhäuser Straße 20
13/ [illegible] Barfüßertor 12
14/ [illegible] Barfüßertor 15
15/ [illegible] Barfüßertor 26
16/ [illegible] Pilgrimstein 36
17/ [illegible]

57. Anordnung des Regierungspräsidenten an den Marburger Oberbürgermeister vom 3. Dezember 1938.

Der Regierungspräsident.
A.II. 1o214 Jud.

Kassel, den 3. Dezember 1938.

Der Oberbürgermeister der Stadt Marburg/Lahn
Eing.: 6. DEZ 1938
Anlagen

V e r t r a u l i c h

Betrifft: Entjudung des Grundbesitzes.

Kürzlich hat eine Besprechung der Gauleiter bei dem Herrn Generalfeldmarschall Ministerpräsidenten Göring stattgefunden, wobei nach Mitteilung der Gauleitung Kurhessen für die weitere Entjudung des Grundbesitzes etwa folgende Richtlinien herausgegeben worden sind:

Es sollen in erster Linie die jüdischen Fabriken und Geschäftshäuser und dann auch alle anderen Grundstücke der Juden möglichst bald in arischen Besitz überführt werden. Hierzu ist künftig voraussichtlich die Genehmigung der Landräte und Oberbürgermeister vorgesehen. Dabei soll darauf hingewirkt werden, daß der Grundbesitz von den Juden nach Möglichkeit zunächst den Gemeinden angeboten wird. Die Landräte und Oberbürgermeister hätten mit den Kreisleitern hierzu die nötigen Schritte zu veranlassen.

Die Juden sollen angemessene Preise erhalten, da ja das Reich ihr Vermögen durch Sonderbelastungen mit der Sühneleistung und mit der Reichsfluchtsteuer im Falle ihres Auswanderns ohnehin stark beschneidet. Soweit schon Veräußerungsverträge abgeschlossen sind, sollen die Preise in diesem Sinne noch nachgeprüft werden. Bei Geschäftsübergängen wird übrigens Wert darauf gelegt, daß die Geschäfte nur von Branchekundigen und finanziell leistungsfähigen Käufern übernommen werden. Bei gleicher Eignung ist die bevorzugte Behandlung von Parteigenossen, insbesondere von alten Kämpfern selbstverständlich.

Ich gebe hiermit diese Richtlinien vertraulich zur Kenntnis. Es ist dringend erwünscht, daß die Gemeinden, insbesondere die Städte selbst aus kommunalpolitischen Gründen in möglichst weitem Umfange als Käufer der jüdischen Grundstücke/ zu vermehren. Ich werde bei den evtl. erforderlichen Genehmigungen als Kommunalaufsichtsbehörde im Rahmen der bestehenden Vorschriften weitgehend entgegenkommen und ersuche die Herren Landräte als kommunale Aufsichtsbehörde ihrerseits ebenso zu verfahren.

Eine Handhabe zur Einflußnahme auf die Juden in dem bezeichneten Sinne geben die Bestimmungen des Herrn Reichskommissars für die Preisbildung in Angelegenheiten der Grundstücksverkäufe (vergl.u.a. Abs.4 des Erlasses des Herrn Reichskommissars für die Preisbildung vom 16.3.1938 -IV 5.25o-1786 - mitgeteilt durch Rundverfügung vom 25.4.38 -A.VII H.I.253 a) und die Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 -RGBl.I,S.415. Der Preis oder andere Bedingungen oder Voraussetzungen der Veräußerungsverträge könnten evtl.als Grundlage für eine Versagung der Genehmigung dienen, wenn der Jude seinen Grundbesitz nicht an die Gemeinde, sondern an sonstige Dritte veräußern will.

Was im übrigen die Entjudung von Einzelhandelsgeschäften betrifft, so verweise ich noch auf die Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 23.11.1938. Danach kommt eine Übertragung von jüdischen Einzelhandelsgeschäften jetzt nur noch in besonderen Ausnahmefällen in Frage; im allgemeinen sind sie aufzulösen und abzuwickeln.

/ auftreten, um ihren Grundbesitz zu Ich

Ich ersuche, die Entjudung des Grundbesitzes, bis eine endgültige Regelung von der Reichsregierung getroffen worden schon jetzt in der vorgeschriebenen Weise und in ständiger Fühlungnahme mit den Kreisleitern vorzubereiten, sie aber noch nicht endgültig abzuschließen und ebensowenig etwa dahingehende Genehmigungen zu erteilen.

Zusatz für die Herren Landräte in Hanau, Schlüchtern, Gelnhausen, Schmalkalden und den Herrn Oberbürgermeister in Hanau:

In der Annahme, daß auch seitens der für Sie zuständigen Gauleitung entsprechende Richtlinien weitergegeben werden, bitte ich, ebenfalls in engster Fühlungnahme mit den Kreisleitern der NSDAP die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen.

gez. von Monbart.

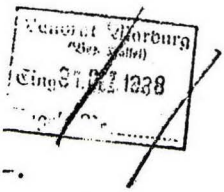
Beglaubigt:

(Siegel)

Regierungsassistent.

An
die Herren Landräte und Oberbürgermeister
des Bezirks,
den Herrn Polizeipräsidenten in Kassel.

58. Anweisung des Reichswirtschaftsministers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 31. Dezember 1938. StAM 180 LA Mbg 2939.



olizei-Funkdienst
unkstelle Kassel.
sd Berlin Nr. 52/1 - 52/2 125 3o 143o -.

Unter Aufhebung bisheriger Erlasse wird angeordnet, dass zwangsweise Schliessung von Einzelhandelsgeschäften und Handwerksbetrieben zum 31. Dezember auf Grund Verordnung über Ausschaltung von Juden aus deutschem Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 (RGBl.I S. 1580) vorläufig zu unterbleiben hat, soweit jüdische Inhaber fremde Staatsangehörigkeit besitzen. Die Schliessung erfolgt zunächst nur bei Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden. Diese Anweisung ist vertraulich zu behandeln.

Zusatz für Regierungspräsidenten, Landesregierungen der ausserpreussischen Länder, Reichsstatthalter Österreich und Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete:

Zum 2o. Januar 1939 bestimmt bitte mir über Anzahl vorhandener Einzelhandelsgeschäfte jüdischer Ausländer getrennt nach Staatsangehörigkeit einzelner Länder zu berichten.

Reichswirtschaftsminister III jd. 1
i.V. gez. Brinkmann.

Verteiler: Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten usw.

- - - - -

Der Regierungspräsident. Kassel, den 3o. Dezemb.1938.
A VII H 1-1o2 a.

Abschrift übersende ich zur weiteren Veranlassung. Bis zum 1o. Januar 1939 ist im Sinne des zweiten Absatzes zu berichten.

In Vertretung :
gez. von Müffling i.V.

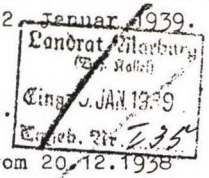
Beglaubigt:
(Siegel) Reg.-Assistent.

An
die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister
in Kassel, Marburg, Fulda, Hanau.

59. Verordnung des Reichswirtschaftsminisers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 2. Januar 1939.

Der Reichs-Wirtschaftsminister. Berlin W 8, den 2. Januar 1939.
III Jd 1/12116/38

Schnellbrief



Betrifft: Sonderverkaufsstelle für Juden in Kassel.

Aus dem jüdischen Nachrichtenblatt Nr. 8/38 vom 20.12.1938 entnehme ich folgende Notiz:

"Sonderverkaufsstelle für Juden in Kassel.
Das Wohlfahrtsamt der Stadt Kassel hat auf eine Bekanntmachung des zuständigen Kreisleiters hin zur Sicherstellung der Warenversorgung der Juden getrennt von dem Geschäftsverkehr der deutschen Bevölkerung die Versorgung der Juden mit lebenswichtigen Gütern übernommen. Die Juden und jüdischen Einrichtungen von Kassel haben künftighin ihren gesamten Bedarf an lebenswichtigen Gütern an einer näherbezeichneten Stelle der Stadt zu Tagespreisen gegen Barzahlung zu decken."

Ich weise darauf hin, daß nach einer ausdrücklichen Entscheidung des Herrn Beauftragten für den Vierjahresplan deutschen Kaufleuten aus dem Verkauf an Juden keine Nachteile erwachsen dürfen. Daher haben alle Maßnahmen zu unterbleiben, durch die Gewerbetreibende veranlaßt werden, Juden nicht mehr zu bedienen. Nur auf diese Weise ist es möglich, sämtliche jüdischen Gewerbebetriebe zu schließen. Eine Zulassung besonderer Einzelhandelsgeschäfte oder Handwerksbetriebe für die Bedienung jüdischer Kundschaft kommt grundsätzlich nicht in Frage.

Ich bitte um Bericht, in welcher Weise die Einrichtung einer Sonderverkaufsstelle für Juden in Kassel geplant war.

Im Auftrag
gez. Krüger.

An den Herrn Regierungspräsidenten, Kassel.

=========

Der Regierungspräsident. Kassel, den 6. Januar 1939.
A VII

Abschrift zur Beachtung. Ich verweise auf meine mündlichen Anordnungen in der letzten Konferenz und mache darauf aufmerksam, daß auf besonderen Befehl des Führers Juden in deutschen Geschäften kaufen sollen, nicht dagegen Deutsche in jüdischen Geschäften. Sondermaßnahmen sind daher rückgängig zu machen. Es darf von keiner Seite darauf hingewirkt werden, daß etwa die Geschäftsleute sich weigern, an Juden zu verkaufen. Schwierigkeiten sind mir umgehend zu melden.

gez. von Monbart.

Beglaubigt:
(Siegel) Baumann
Kanzleiangestellter.

Zusatz für den Herrn Oberbürgermeister in Kassel:
Unter Hinweis auf den letzten Absatz des Erlasses bitte ich um Bericht binnen 10 Tagen insbesondere auch darüber, was inzwischen hinsichtlich der Sonderverkaufsstellen für Juden veranlaßt ist.

An
die Herren Landräte
und Oberbürgermeister
des Bezirks.

60. Vermerk für des Marburger Landrats an den Bürgermeister in Bürgeln vom 20. März 1939.

D e r L a n d r a t . Marburg, den 20.März 1939.
J. 5.IV.

Es erscheint die Witwe Anna K l e e aus Bürgeln und erklärt:

Jch beabsichtigte das Anwesen der Jüdin Bertha Hess in Bürgeln käuflich zu erwerben und war mit ihr auch bereits einig geworden. Sie hatte mir mündlich eine feste Zusage gemacht und zwar am Mittwoch, den 15.März 1939. Ein Kaufvertrag war lediglich deshalb noch nicht geschlossen worden, weil der Bürgermeister uns erklärte, das Grundstück müsse vorerst taxiert werden. Hinterher hat die Verkäuferin gleichfalls mündlich einen Vertrag mit dem Knecht des Bauern und Ortsbauernführers Veit namens Konrad Hamel abgeschlossen. Dieser Vertrag soll heute notariell abgeschlossen werden. Der Umstand, dass die Verkäuferin entgegen dem ursprünglich mit mir mündlich abgeschlossenen Kaufvertrag das Grundstück nunmehr anderweitig verkauft hat, ist der Ausserung des Ortsbauernführers zu verdanken, dass der Vertrag mit mir keinesfalls genehmigt werden würde; unter diesem Druck hat die Jüdin dann an den Knecht des Ortsbauernführers, der ein Jnteresse an diesem Kauf hat, veräussert. Der Ortsbauernführer will für den Kaufpreis bürgen.

Jch hatte beabsichtigt, das fragliche Anwesen, das aus einem Wohnhaus, einer Scheune und einem kleinen Stallgebäude besteht, für einen Kindergarten der NSV. zu erwerben. Die Gemeinde kann das Anwesen nicht selbst hierfür erwerben, weil sie das erforderliche Geld nicht auftreiben kann, deshalb wollte ich das fragliche Anwesen an die Gemeinde zu dem vorgenannten Zweck vermieten. Jch habe auch bereits früher einige Räume der NSV. bei mir im Haus unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Ausser dem Raum für den Kindergarten der NSV. sollte in das von der Jüdin zu erwerbende Haus noch die Kindergärtnerin ziehen; das obere Geschoss wollte ich vermieten, Scheune und Stall

mangels

mangels ausreichender Wirtschaftsgebäude selbst benutzen. Der Erwerber Konrad Hamel will die Scheune angeblich abreisen.

v. g. w.

An
den Herrn Bürgermeister
in Bürgeln.

Abschrift übersende ich mit dem Ersuchen um Stellungnahme und Äusserung, ob die vorstehenden Angaben zutreffen und die Gemeinde ein Interesse daran hat, dass das Anwesen von der Witwe Klee erworben wird.

J. V.

Landrat Marburg (Bez. Kassel)
Eing. 27. März 1939
Tagebr. Nr.

Bürgeln, den 23.3.39

An den Bürgermeister.
Vorsitzenden
des Herrn Landrat
in Marburg

Zur Kenntnis, dass die Gemeinde kein Interesse daran hat, dass das Anwesen der Witwe Klee von Konrad Hamel erworben wird. Der Erwerber Konrad Hamel hat seinerzeit bereits seinen Namen für den N.S.D. Bürgermeister abgegeben. Die Witwe Klee hat jetzt mit Gegenüber vorgezogen, sie zugleich auf den Kauf stillschweigend verzichtet. Die Besitzerin der Frau Klee dürfte somit als erledigt anzusehen sein.

Zu den Akten
d. Bgm.

Bürgermeister

61. Erlaß des Reichsministers des Inneren an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 10. Januar 1939.

Der Reichsminister des Innern
Nr.I e 672/38
5012.

Berlin, den 10. Januar 1939.

Vertraulich!

Betrifft: Judenfrage und Denunziantentum.

Herr Generalfeldmarschall Göring hat als Beauftragter für den Vierjahresplan bei Erörterung der von ihm angeordneten und geplanten Maßnahmen zur wirksamen legalen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft und zum Einsatz des jüdischen Vermögens für die Zwecke des Vierjahresplans unter anderem zur Sprache gebracht, wie in letzter Zeit beobachtet worden sei, daß deutsche Volksgenossen um deswillen denunziert wurden, weil sie früher einmal in jüdischen Geschäften gekauft, bei Juden gewohnt oder sonst mit Juden in geschäftlicher Beziehung gestanden haben.

Bei aller Notwendigkeit einer geordneten Aufklärung des Volkes über die Dringlichkeit der allgemeinen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft bedeute das Ausspionieren und Denunzieren solcher oft lange zurückliegenden Vorgänge einen nach jeder Richtung unerfreulichen Mißstand, der insbesondere geeignet sei, die zur Durchführung des Vierjahresplans unbedingt erforderliche gleichmäßige und störungslose Anspannung aller deutschen Menschen für produktive lebenswichtige Aufgaben des deutschen Volkes zu erschweren. Der Herr Generalfeldmarschall wünscht daher, daß diesem Unwesen nach Kräften Einhalt getan wird.

Ich gebe hiervon Kenntnis mit dem Ersuchen, diese Weisung zur Geltung zu bringen und die nachgeordneten Behörden, die Gemeinden und Gemeindeverbände entsprechend zu unterrichten.- Von einer Veröffentlichung dieses Runderlasses ist abzusehen.

gez. F r i c k .

An die Herren Regierungspräsidenten pp.

Der Regierungspräsident.
A II 7008

Kassel, den 17. Januar 1939.

Vertraulich!

Abschrift übersende ich zur vertraulichen Kenntnis. Von einer Veröffentlichung des Erlasses ist abzusehen.
Zusatz für die Herren Landräte:
Die Gemeinden ersuche ich entsprechend zu unterrichten.

In Vertretung:
gez.Flach.

Beglaubigt:
Regierungsassistent.

An
die Herren Landräte u.Oberbürgermeister des Bezirks,
den Herrn Polizeipräsidenten,Kassel,
den Herrn Polizeidirektor, Hanau,
die Staatl.Gesundheitsämter des Bezirks,
die Staatshochbauämter,
die Herren Kulturbaubeamten,
die Herren Veterinärräte des Bezirks,
die Gewerbeaufsichtsämter,
die Staatlichen Kreiskassen,
die Katasterämter
die Herren Kreisschulräte
die Domänenrentämter.

(Siegel)

62. Verordnung des Reichswirtschaftsministers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 26. Juli 1939.

Der Reichswirtschaftsminister Berlin W.8, den 26.Juli 1939.
III Jd.1/17359/39.

Betr. Auflagen nach § 15 Abs. 1 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.Dezember 1938 - R.G.Bl.I.S.1709.-
Auf den Bericht vom 8. Juli 1939 - I.J.21.

Die Erhebung von Ausgleichszahlungen soll, wie in meinem Runderlaß vom 6. Februar 1939 dargelegt ist, grundsätzlich bezwecken, einen ungerechtfertigten Vermögensvorteil, den der Erwerber eines jüdischen Gewerbebetriebes oder Grundstücks aus der Entjudung zieht, zugunsten des Reiches zu erfassen. Die Ausgleichsabgabe soll daher regelmässig dann auferlegt werden, wenn zwischen dem Kaufpreis, der dem jüdischen Voreigentümer entsprechend dem Wert, den das Vermögensstück in seiner Hand besitz, und besitzen würde, gezahlt wird und dem Wert, den das gleiche Vermögensstück künftig in der Hand eines nichtjüdischen Erwerbers besitzt, ein nicht unerheblicher Unterschied besteht. Liegt der vereinbarte Kaufpreis über dem Verkehrswert, so ist der Vertrag regelmässig mit der Auflage zu genehmigen, daß der Kaufpreis auf den angemessenen Verkehrswert herabgesetzt wird.

Es bestehen aber keine Bedenken, dagegen, in Sonderfällen auch einen über dem Verkehrswert liegenden vereinbarten Kaufpreis zu genehmigen und den Unterschiedsbetrag zwischen vereinbarten Kaufpreis und Verkehrswert als Ausgleichszahlung zu Gunsten des Reichs zu erheben, wenn feststeht, daß der Erwerber bewusst und aus spekulativen Gründen einen die übliche Grenze überschreitenden höheren Kaufpreis vereinbart hat, um etwa andere Interessenten aus dem Felde zu schlagen in der Erwartung, daß die Genehmigungsbehörde den Preis auf das richtige Maß zurückschrauben werde. In diesen Fällen erscheint ein Festhalten an dem vereinbarten Kaufpreis unter Berechnung einer entsprechenden Ausgleichszahlung erforderlich, um solchen unlauteren Machenschaften entgegenzuwirken. Es ist auch nicht unbillig, da der Erwerber ja durch die Vereinbarung des Preises zum Ausdruck gebracht hat, daß er selbst den Wert des betreffenden Vermögensstückes für sich entsprechend einschätzt.

Im Auftrag
gez. Krüger.

An den Herrn Regierungspräsidenten in Osnabrück.

Der Landrat
des Landkreises Nürnberg/L.
2 AUG. 1939

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung.
Im Auftrage
gez. Krüger.
An die Herren Regierungspräsidenten pp.

Der Regierungspräsident. Kassel, den 31. Juli 1939.
A.II.1o261/39.
Abschrift übersende ich zur Kenntnis.
Im Auftrage
gez. Spintzyk i.V.

Beglaubigt:
Siegel.
Reg.- Assistent.

An
die Herren Landräte u.
Oberbürgermeister
des Bezirks.

63. Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel an den Landrat in Marburg vom 13. August 1940. (Enthält Runderlaß des Reichswirtschaftsministeriums vom 23. Juli 1940 „Entjudung der gewerblichen Wirtschaft.")

Entjudung der gewerblichen Wirtschaft.
Rd. Erl. d. RWM. vom 23. Juli 1940 - III L 2/10 051/40-.

Durch die Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 - RGBl. I S. 1709 - ist den höheren Verwaltungsbehörden die Möglichkeit gegeben worden, die Veräusserung der jüdischen Gewerbebetriebe an nichtjüdische Erwerber oder ihre Abwickelung anzuordnen. Um die Behörden nicht mit zusätzlicher Arbeit zu belasten, will ich darauf verzichten, eine zahlenmässige Übersicht über den Stand der Entjudung der Wirtschaft anzufordern. Die Entjudungsbehörden sind jedoch dafür verantwortlich, dass die Entjudung in ihren Verwaltungsbezirken bis zum Endes dieses Jahres abgeschlossen ist. Wenn in einzelnen Fällen dieser Termin nicht eingehalten werden kann, ist mir zu berichten.

An die für die [illegible] Entjudung der gewerblichen Wirtschaft zuständigen Verwaltungsbehörden.

RWMBl. 1940 S. 372.

Der Regierungspräsident
A II Nr. Gen - Jud.

Der Landrat des Landkreises Marburg/L. Eing. 16. AUG. 1940 Nr. A 10501

Kassel, den 13. August 1940.

Abschrift übersende ich zur Kenntnis und soweit noch erforderlich, zur weiteren Veranlassung. G.F. ist mir zu berichten, damit ich evtl. Zwangsmassnahmen ergreife.

Im Auftrage
gez. Spintzyck i.V.

Beglaubigt:
Kanzleiangestellter.

An
die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister in Kassel,
Hanau, Fulda u. Marburg.

64. Rundschreiben des Landrats an die Bürgermeister des Kreises vom 22. August 1940.

Der Landrat
des Kreises Marburg.

Marburg, den 22. August 1940.

-.-

An die

Herren Bürgermeister

des K r e i s e s.

Betrifft: Entjudung der gewerblichen Wirtschaft.

Durch die Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 - RGBl. I. S. 1709 - ist den höheren Verwaltungsbehörden die Möglichkeit gegeben worden, die Veräusserung der jüdischen Gewerbebetriebe an nichtjüdische Erwerber oder ihre Abwicklung anzuordnen.

Ich ersuche dafür zu sorgen, dass die Entjudung der gewerblichen Betriebe bis zum Ablauf dieses Jahres durchgeführt ist.

Ferner sind mir alle Gewerbebetriebe die noch in jüdischen Händen sind, innerhalb 8 Tagen zu melden. Fehlanzeige ist erforderlich.

J.V.
gez. Wagner.

Der Bürgermeister Rüdigheim, 25.8.40
V.
Vom Herrn Landrat
in Marburg
zurückgereicht.
Fehlanzeige
Wachter

Beglaubigt:
Schmidtgebs
Regierungssekretär

Der Landrat
des Landkreises Marburg/L.
Eingang 26. AUG. 1940
Nr.

65. **Schreiben des Bürgermeisters in Neustadt an den Landrat in Marburg vom 2. September 1940.**

Stadt Neustadt
Der Bürgermeister

A.47/27.

Neustadt, den 2.September 1940.
Kreis Marburg

Der Landrat
Marburg/L.
-4. SEP. 1940

Betr.Entjudung der gewerblichen Wirtschaft.

Verfügung vom 22.8.1940.

An den Herrn Landrat
M a r b u r g/L.

Hier sind jüdische Gewerbebetriebe nicht mehr vorhanden. Die Hausgrundstücke,in denen jüdische Geschäfte betrieben wurden sind an nichtjüdische Erwerber veräußert worden bis auf das Haus des Juden Salli Levi (M.Stern),der ein Futtermittel-,Getreide-und Düngemittelverkaufsgeschäft betrieb. Der Bäckermeister Emil Nees hier beabsichtigt das Lagerhausgrundstück zu erwerben,um darauf eine größere Bäckerei zu errichten.Diebezügliche Verhandlungen sind bereits eingeleitet,weil der Jude Levi noch nicht verkaufen will.

Meyerheim

66. Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei, Heydrich, an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 11. Februar 1939.

Der Chef der Sicherheitspolizei. Berlin, den 11. Febr. 1939.
S-PP (II)

Betrifft: Reichszentrale für die jüdische Auswanderung.

In der Anlage übersende ich eine Abschrift des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls Göring als Beauftragten für den Vierjahresplan vom 24.1.1939 an den Herrn Reichsminister des Innern, auf Grund dessen im Reichsministerium des Innern eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung zu bilden ist, deren Leitung mir übertragen ist.

Die Reichszentrale für die jüdische Auswanderung ist inzwischen gebildet worden. Ihrem Ausschuß gehören außer den beteiligten Referenten meines Amtes und den in dem letzten Absatz des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls genannten Herren, Gesandten Eisenlohr und Ministerialdirektor Wohltat, als Vertreter des Herrn Reichsministers des Auswärtigen Herr Legationsrat Dr. Schumburg, als Vertreter des Herrn Reichswirtschaftsministers Herr Oberregierungsrat Gotthardt, als Vertreter des Herrn Reichsministers der Finanzen Herr Ministerialrat Dr. Schwandt und als Vertreter der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern Herr Ministerialrat Dr. Lösener an.

Zum Geschäftsführer habe ich SS-Standartenführer Oberregierungsrat Müller bestimmt.

Ich bitte mich an allen Angelegenheiten, die die Auswanderung der Juden aus Deutschland berühren, zu beteiligen.

gez. Heydrich.

Nachrichtlich an die Herren Pr. Regierungspräsidenten pp.

Generalstaatsarchiv Marburg (Bez. Kassel)
Eing. 21. 2. 1939
Tagebuch-Nr. I 186

Abschrift.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan Berlin, den
Generalfeldmarschall Göring 24. Januar 1939.

Die Auswanderung der Juden aus Deutschland ist mit allen Mitteln zu fördern.

Im Reichsministerium des Innern wird aus Vertretern der beteiligten Dienststellen eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung gebildet. Die Reichszentrale hat die Aufgabe, für das gesamte Reichsgebiet einheitlich

1) alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen, u.a. eine zur einheitlichen Vorbereitung von Auswanderungsgesuchen geeignete jüdische Organisation ins Leben zu rufen, alle Schritte zu tun, um die Bereitstellung und zweckentsprechende Verwertung in- und ausländischer Geldmittel zu erwirken, und in Zusammenarbeit mit der Reichsstelle für das Auswanderungswesen geeignete Zielländer für die Auswanderung festzustellen;

2) die Auswanderung zu lenken, u.a. für eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden zu sorgen;

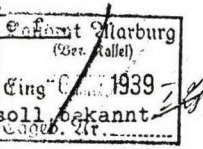
3) die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen, indem sie durch zentrale Bearbeitung der Auswanderungsanträge die für den einzelnen Auswanderer erforderlichen staatlichen Ausweise und Bescheinigungen schnell und reibungslos beschafft und den Vollzug der [illegible]

67. Schnellbrief des Reichsministers des Inneren an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 25. Februar 1939.

Der Reichsminister des Innern. Berlin, den 25. Februar 1939.
Pol. S V 6 1049/39-453-12.

Nicht zur Veröffentlichung geeignet, da vertraulich.

Schnellbrief



Betrifft: Auswanderung der Juden.

Die Auswanderung der Juden aus Deutschland soll bekanntlich mit allen Mitteln gefördert werden.

In diesem Zusammenhang weise ich auf folgendes hin:

I. Zu meinem nicht veröffentlichten Runderlaß vom 16. November 1937 - Pol. S V 6 2252/37 - 453 - 12 -, betr. Ausstellung von Pässen an Juden im Inland.

a) Um die Auswanderung unbemittelter Juden zu ermöglichen, sollen die wohlhabenden Juden im Falle ihrer Auswanderung zu einer besonderen Abgabe herangezogen werden, die in einem Hundertsatz des Vermögens des Auswandernden nach einer bestimmten Staffelung erhoben wird. Diese Auswanderer-Abgabe ist vorläufig an die zuständige jüdische Kultusvereinigung zu entrichten; später - nach Bildung der zur Zeit im Aufbau befindlichen sog. "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" - soll sie an diese Vereinigung abgeführt werden. Welche jüdischen Stellen für die Festsetzung und Einziehung der Auswandererabgabe im Einzelnen zuständig sind, ergibt sich aus der anliegenden Übersicht.

b) Des Weiteren muß sichergestellt werden, daß der jüdische Paßbewerber, der auswandern will, zuvor alle seine sonstigen Verpflichtungen gegenüber der jüdischen Kultusvereinigung erfüllt.

Zu a) und b): Die Bestimmungen meines eingangs erwähnten Runderlasses werden daher, soweit sie die Auswanderung von Juden betreffen, dahin ergänzt, daß der Paß den jüdischen Paßbewerbern zur Auswanderung oder zur Vorbereitung der Auswanderung nur dann ausgehändigt werden darf, wenn die zuständige jüdische Kultusvereinigung bescheinigt, daß der Paßbewerber zur Förderung der Auswanderung unbemittelter Juden unter Zugrundelegung eines Vermögens von.....ℛℳ eine Auswandererabgabe von.....% gezahlt und ferner seine laufenden Verpflichtungen gegenüber der Kultusvereinigung erfüllt hat.

Die Bescheinigungen sind von den Paßbehörden zu sammeln und zum 1. und 15. jeden Monats gesammelt der örtlich zuständigen Staatspolizei(leit)stelle unter Bezugnahme auf diesen Runderlaß zuzuleiten.

II. Zu meinem Runderlaß vom 2. Juli 1937 - Pol S V 6 1344/37 - 453 - 2 -, betreffend paßtechnische Behandlung Jugendlicher bei Auslandsreisen (RMBliV.S.1087).

Dieser Erlaß ist auf jugendliche Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 - Reichsgesetzblatt I S.1333) nicht mehr anzuwenden, da diese Personen allgemein der Hitlerjugend nicht angehören könne. Von derartigen Jugendlichen ist daher die Vorlage einer Bescheinigung, daß sie nicht zur Hitlerjugend gehören, nicht mehr zu fordern.

Ich ersuche, die Paßbehörden umgehend mit den erforderlichen Weisungen zu versehen.

Im Auftrage:
gez. Dr. Best.

An die Herren Preuß. Regierungspräsidenten pp.

---

68. **Schreiben der Gestapo Kassel an den Marburger Landrat vom 26. Januar 1939.**

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
II B 3 - St. 105 -

Kassel, den 26. Januar 1939.

Landrat Marburg
(Bez. Kassel)
Eing. 27. JAN. 1939
Tageb. Nr. 11

An

den Herrn Landrat
Marburg/Lahn.

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden Erich S t e i n h a u e r , geb. 8.4.1904 in Storndorf/Hessen, zuletzt in Kirchhain wohnhaft gewesen.

Vorgang: Verfg. vom 25.7.1938 - II B 3 - St.105 -

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Reichsangehörigkeit vom 14.7.33 (RGBL. I.S.480 ff) hat der Herr Reichs- und Preussische Minister des Innern durch Bekanntmachung vom 29.9.1938 (veröffentlicht im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 229 vom 1.10.1938) den Obengenannten der Reichsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil er durch sein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstösst, die deutschen Belange geschädigt hat.

Es wird ersucht, der Ortspolizeibehörde in Kirchhain zum Zwecke der Berichtigung des polizeilichen Melderegisters davon Kenntnis zu geben.

Im Auftrage:

W.

69. Schreiben des Marburger Landrats an den Bürgermeister als Ortspolizeibehörden in Amöneburg, Kirchhain, Schweinsberg, Wetter, Fronhausen, Oberwalgern, Gossfelden, Himmelsberg, Josbach, Lohra, Mardorf, Momberg, Rauisch-Holzhausen, Roßdorf, Roth und Wohra vom 9. September 1941.

Landrat
in Marburg

Marburg (Lahn), den 9. September 1941.

Betr: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der J u d e n .
vom 1. September 1941 R.G.Bl.I.S. 547 / 1941.

= = =

1. An die Herren Bürgermeister als. O.P.B. in Amöneburg, Kirchhain, Schweinsberg, Wetter, Fronhausen, Oberwalgern, Gossfelden, Himmelsberg, Josbach, Lohra, Mardorf, Momberg, R. Holzhausen, Rossdorf, Roth und Wohra.

Nach der Verordnung über die Kennzeichnung der J u d e n vom 1. September 1941 R.G.Bl. I.S. 547 / 1941 haben alle J u d e n , die das sechste Lebensjahr vollendet haben, den J u d e n s t e r n zu tragen.

Der Judenstern besteht aus einem handtellengrossen, schwarz ausgezogenen S e c h s s t e r n aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift " J u d e ". Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes fest aufgenäht zu tragen.

Juden ist es verboten,

a) den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bei sich zu führen;

b) Orden, Ehrenzeichen und sonstige Abzeichen zu tragen.

Die Verordnung tritt am 15.September 1941 in Kraft.

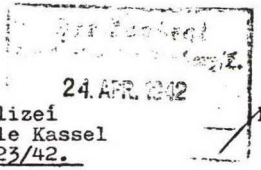
Ich ersuche alle in Ihrer Gemeinde lebenden Juden umgehend auf die Verordnung aufmerksam zu machen.

2. An die Herren Gendarmeriebeamten des Kreises , und die Herren Bürgermeister in Kirchhain u.Neustadt. Abschrift (von 1) übersende ich zur Kenntnisnahme und Beachtung. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 4 der Verordnung mit Geldstrafe bis zu 150.--RM. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

3. zu den Akten.

J.V.

70. Verordnung der Gestapo Kassel an den Landrat in Marburg vom 21. April 1942.



Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
Tgb.-Nr. II B 4 - 1923/42.

Kassel, den 21. April 1942.

Betrifft: Kennzeichnung der Wohnungen von Juden.
Vorgang: Ohne.

Da die Juden jede Möglichkeit benutzen,um sich auch weiterhin zu tarnen, ist es notwendig, die Kennzeichnung der Wohnungen von Juden durchzuführen.

Zu diesem Zwecke ist die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland angewiesen worden,für eine sofortige Kennzeichnung der Wohnungen von Juden Sorge zu tragen.Dementsprechend haben(staatsangehörige,staatenlose usw.)jüdische Wohnungsinhaber,die nach der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.September 1941 (RGBl.I,S.547) und den dazu ergangenen Runderlassen des Reichsministers des Innern vom 15.9.1941 und 16.2.1942-Pol S IV B 4 b - Tgb.Nr.940/41-6- zum Tragen des Judensterns verpflichtet sind,ihre Wohnungen zu kennzeichnen.Dasselbe gilt für die Verwaltungsdienststellen,Kinder-,Alters-und Siechenheime sowie für sonstige Einrichtungen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland,ihrer Bezirksstellen und der jüdischen Kultusvereinigungen.Da die soeben aufgeführten Bestimmungen über die Kennzeichnung bereits ein Höchstmass an Ausnahmen darstellen, sind darüber hinausgehende Befreiungen vom Kennzeichnungszwang nicht zulässig.

Die Kennzeichnung der Wohnungen und dergl.hat durch einen Judenstern aus Papier zu erfolgen, der in Form und Grösse dem im § 1 Abs. 2 der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl.I.S. 547)vorgeschriebenen Kennzeichen entspricht, jedoch in weisser Farbe gehalten ist,damit es sich von den meistenteils braunen Türen besser abhebt.Das Kennzeichen ist unmittelbar neben dem Namensschild oder in Ermangelung eines solchen sonstwie am Wohnungseingang von aussen und für jedermann sichtbar durch Aufkleben zu befestigen.Grundstücke sind aussen nicht zu kennzeichnen,auch wenn sich in ihnen ausschliesslich jüdische Einrichtungen befinden; in diesen Fällen ist vielmehr das Kennzeichen an der Haupteingangstür des Gebäudes selbst für jeden Eintretenden sichtbar anzubringen.

Die in Betracht kommende Wohnung ist unbeschadet der Anzahl der darin wohnenden Juden,die dem Kennzeichnungszwang unterliegen, nur mit einem Judenstern zu kennzeichnen. Ist der Wohnungsinhaber nicht verpflichtet,den Judenstern zu tragen bezw. am Wohnungseingang anzubringen und wohnt ebenfalls in dieser Wohnung ein Jude, der der Kennzeichnungsregelung unterworfen ist,so hat diese jüdische Person der Kennzeichnungspflicht dadurch nachzukommen,dass sie neben ihrem Namensschild den Judenstern anheftet.Umgekehrt ist eine im Gegensatz zum Wohnungsinhaber zum Tragen des Judenkennzeichens nicht verpflichtete und in demselben Haushalt wohnhafte Person berechtigt,ein Namensschild ohne Judenstern an der Wohnungstür zu befestigen. In die-

sen Fällen,in denen mehrere Personen zusammen wohnen, wovon ein Teil im Gegensatz zu einem anderen Teil den Vorschriften über die Kenn=

zeichnung

ren Landräte des Bezirks
ren Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörden
urg/L. und Fulda,
rn Polizeidirektor in Hanau
po-Aussendienststelle in Fulda.

tlich:

ekteur der Sipo u.des SD. in Kassel,
rn Oberpräsidenten in Kassel,
rn Regierungspräsidenten in Kassel,
- Hauptaussenstelle in Kassel

Kennzeichnung unterworfen ist, ist eine eindeutige,jeden Zweifel ausschliessende Trennung der Namensschilder einschliesslich der evtl. dazu gehörigen Judensterne vorzunehmen.

Bereits getroffene örtliche Regelungen für die Kennzeichnung der jüdischen Wohnungen werden durch diese Anordnung in vollem Umfange aufgehoben.

Die Verteilung der Wohnungskennzeichen an die Juden erfolgt einheitlich durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Verstösse gegen diese Anordnung , die ich mit staatspolizeilichen Mitteln ahnden werde, bitte ich, mir von Fall zu Fall unter Darlegung des Sachverhalts sofort mitzuteilen.

gez.Dr.L ü d c k e

ss-Sturmbannführer.

Begl.:

Angestellte.

71. Erlaß des Reichsverkehrsministers an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 18. November 1941.

Der Reichsverkehrsminister Berlin, den 18. November 1941
K 11. 26 151

Betr.: Benutzung der Straßenverkehrsmittel nach PBefG durch Juden - Erlaß vom 18. September 1941 - 15 VPA 21 -.

Bei dem Erlaß weiterer Bestimmungen gemäß meiner heutigen Ergänzungsanordnung sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:

1. Im Interesse der deutschen Kriegsproduktion darf der Arbeitseinsatz der Juden nicht gefährdet werden.

2. Im sicherheitspolizeilichen Interesse muß die Durchführbarkeit der behördlich getroffenen Bestimmungen über die Lebensführung der Juden gewährleistet bleiben.

3. Im Interesse der übrigen Reisenden müssen Beeinträchtigungen der Beförderungsmöglichkeiten für diese Reisenden durch Vorhaltung besonderer Plätze für Juden vermieden werden.

4. Im Interesse der übrigen Fahrgäste und im Interesse der Flüssighaltung des Verkehrs ist es erforderlich, daß die gegebenenfalls zu erlassenden "Weiteren Bestimmungen" für den Betrieb zu möglichst geringen Schwierigkeiten führen.

5. Im Interesse des Fahrpersonals muß die für die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden geltende Regelung klar verständlich sein und vom Fahrpersonal ohne besondere Schwierigkeiten gehandhabt werden können. Verwickelte Zulassungsbestimmungen mit Regeln und Ausnahmen verlangsamen den Betrieb und gefährden den Verkehr.

6. Eine uneinheitliche Handhabung in grundsätzlichen Punkten muß zur Vermeidung der daraus zu erwartenden vermehrten Unzuträglichkeiten sowohl bei den verschiedenen Verkehrsmitteln (Eisenbahn- (Stadt- und Vororts-) verkehr, Schiffahrt, Straßenverkehr), als auch in den verschiedenen Reichsgebieten tunlichst vermieden werden. Im übrigen wird je nach Lage der örtlichen oder gebietlichen Verhältnisse und Erfordernisse u.U. auf weitere Einzelbestimmungen nicht immer verzichtet werden können. Diese Bestimmungen werden den besonderen Bedürfnissen entsprechend verschieden sein müssen, sie können daher bei Bedarf zugelassen werden insbesondere für bestimmte Zeiten, Verkehrsmittel, Fahrgelegenheiten und Linien.

Hierzu wird im einzelnen bemerkt:

Zu 1): Der Arbeitseinsatz der Juden ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 31. Oktober 1941 - RGBl.I S.186 - geregelt. Danach dürfen jüdische Beschäftigte grundsätzlich nur gruppenweise eingesetzt werden (§ 12). Andererseits sind aber die Juden meist noch nicht in geschlossenen Wohngebieten (Gettos) untergebracht, sondern wohnen meist ohne Anlehnung an ihre Arbeitsstätten noch verstreut in den Gemeindegebieten und teilweise weit von den Arbeitsstätten entfernt. Um im Interesse der Erhaltung ihrer Arbeitskraft für die deutsche Kriegsproduktion den mit längeren Fußmärschen, zumal in den Großstädten mit großen Entfernungen, verbundenen Zeit- und Kräfteverlust bei den jüdischen Beschäftigten zu vermeiden, ist von einem völligen Ausschluß der Juden von den öffentlichen Massenstraßenverkehrsmitteln abzusehen. Es ist aber auch grundsätzlich nicht zweckmäßig, die Benutzung der Verkehrsmittel auf jüdische Beschäftigte zu beschränken und andere Juden auszuschließen; denn:

Zu 2): Die behördlich zugelassenen jüdischen Einrichtungen (Lebens- und Bezugscheinstellen, Schulen, Erfassungsstellen, anerkannte Judenorganisationen) sind aus sicherheitspolizeilichen Gründen meist an bestimmten Stellen zusammengefaßt und liegen unter Umständen so weit von der Wohnung der Juden entfernt, daß ihre Erreichbarkeit nur mit den Straßenverkehrsmitteln gewährleistet ist. Um die Durchführung des behördlich mit dieser Konzentration verfolgten

folgten Zweckes nicht zu beeinträchtigen, muß den auf diese Einrichtungen angewiesenen und verpflichteten Juden ihre Erreichbarkeit gegebenenfalls mit den öffentlichen Massenstraßenverkehrsmitteln ermöglicht werden. Da praktisch hier für alle Juden in Frage kommen, wird im allgemeinen auch für alle Juden die Beförderungsmöglichkeit gegeben werden müssen.

Zu 3): Die Zuweisung bestimmter Abteile, Wagenteile, Plätze oder Plattformen für Juden wird bei der gegenwärtigen Überlastung der Verkehrsmittel mit Sicherheit dazu führen, daß die Juden auf den ihnen vorbehaltenen Plätzen usw. mit wenigen Rassegenossen zusammen bequemer und angenehmer befördert werden, als unter gleichen Umständen die übrigen - meist dichtzusammengedrängten - Reisenden. Von der Zuweisung wird daher im allgemeinen abzusehen sein.

Zu 4): Gegen die Verweisung der Juden auf Plattformen sprechen auch betriebliche Gesichtspunkte: Plattformen dienen auf Grund der Beförderungsvorschriften oder gewohnheitsmäßig vielfach vorzugsweise für die Beförderung von Polizeibeamten und im Dienst befindlichen Wehrmachtsangehörigen, von Kinderwagen und Gepäckstücken und im übrigen für den Durchgangsverkehr in das Wageninnere. Aus der Zuweisung von Plattformen an Juden werden sich daher leicht erhöhte Unzuträglichkeiten ergeben können. Gegenüber Anträgen auf den Erlaß eines Sitzverbotes ist zu berücksichtigen, daß die Flüssigkeit des Verkehrs durch stehende Fahrgäste u.U. stärker beeinträchtigt wird als durch Sitzende. Bei der in der Anordnung vom 18. September 1941 gewählten Fassung "Juden dürfen grundsätzlich nur dann Sitzplätze einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden" erscheinen weitere Bestimmungen über ein Sitzverbot im allgemeinen entbehrlich.- Schwerwiegende betriebliche Gründe sprechen im allgemeinen auch gegen eine Bestimmung, nach der Juden bei nachträglich sich ergebender Überfüllung von der Weiterfahrt ausgeschlossen werden können. Eine solche Regelung würde zu erheblichen Aufenthalts- und Fahrtverlängerungen und zu Mißhelligkeiten für die Reisenden und das Fahrpersonal und zu weiteren Schwierigkeiten führen. Aus der Fahrscheinverlängerung und Fahrgeldrückerstattung, die den Betroffenen nicht abgesprochen werden könnte, würden sich ebenfalls unerwünschte Aufenthalte und Weiterungen sowie eine unverhältnismäßig große Verwaltungsarbeit ergeben, die unter den gegebenen Umständen für die meisten Betriebe kaum tragbar sein dürfte.

Zu 5): Klare Verständlichkeit und einfache Handhabungsmöglichkeit der Abfertigungsvorschriften sind wesentliche Erfordernisse auch für die Flüssigkeit des Verkehrs. Sie sind insbesondere erforderlich bei der derzeitigen Personallage und im Hinblick darauf, daß es notwendig geworden ist, zahlreiche Ersatzkräfte (Frauen, BDM-Mädels, Arbeitsdienstmaiden, Studentinnen, Ausländer) als Schaffner einzusetzen und diese Kräfte vielfach auch noch einem ständigen Wechsel unterliegen. Mancherorts hat der Fahrer auch noch Schaffnerdienste zu versehen. Die Einführung weiterer Berechtigungsausweise und die Zulassung von Juden nur gegen Vorzeigung solcher Ausweise wird in diesem Sinne zu erhöhten Betriebs- und Verkehrserschwernissen führen, die durch die allgemeine Überfüllung der Verkehrsmittel, die Verdunklung und die derzeitigen Lichtverhältnisse in den Fahrzeugen (Verdunklungsscheiben auch am Tage) noch erheblich vermehrt werden. Eine solche Regelung wird ferner aber

auch

auch noch mit einer wesentlichen Verwaltungsarbeit für die Ausgabe der Berechtigungsscheine verbunden sein, die im allgemeinen nicht im Verhältnis zu dem erreichbaren Ergebnis stehen dürfte. Auch das an sich schon aufs stärkste beanspruchte Personal muß vor derartigen zusätzlichen Belastungen tunlichst bewahrt werden.

Soweit die Genehmigungsbehörden hiernach den Erlaß weiterer Bestimmungen beabsichtigen, bedürfen sie nach Buchstabe C) der AO vom 18. September 1941 vorläufig meiner Genehmigung. Sodann haben die Genehmigungsbehörden - entsprechend einem Wunsche des Herrn Chefs der Sicherheitspolizei und des SD - von der getroffenen Sonderregelung auch den örtlichen Dienststellen der Polizei und der Geheimen Staatspolizei Kenntnis zu geben. Für den Bereich der Deutschen Reichspost gelten besondere Bestimmungen des Herrn Reichspostministers, der zum Erlaß "Weiterer Bestimmungen" die Reichspostdirektionen ermächtigt hat.

Da von einer Veröffentlichung meiner Anordnung vom 18. September 1941 auf Wunsch des Herrn Chefs der Sicherheitspolizei und des SD abzusehen war, unterbleibt die Veröffentlichung auch dieses Erlasses. Die Genehmigungsbehörden werden ersucht, sich darüber zu unterrichten, ob die vorstehenden Richtlinien bei den ihrer Aufsicht unterstehenden Betrieben beachtet werden. Den Verwaltungen und Betrieben ist ferner aufzuerlegen, für die ausreichende Unterrichtung des Abfertigungspersonals über die bei der Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden zu beachtenden Grundsätze Sorge zu tragen.- Eine Unterrichtung der Verwaltungen und Betriebe im Sinne dieses Erlasses erfolgt durch die zuständigen Reichsverkehrsgruppen.

gez. Dorpmüller

An die Genehmigungsbehörden nach PBefG, die Reichsbahndirektionen nachrichtlich an die Regierungspräsidenten pp.

Der Landrat
Eing. 12.
-6. DEZ. 1941
I. 7213

Der Regierungspräsident
A II V Nr. 3000 A

Kassel, den 3. Dezember 1941

V e r t r a u l i c h !

Abschrift übersende ich zur Kenntnis. Falls der Erlaß weiterer Bestimmungen (Sonderbestimmungen) auch in Zukunft noch für erforderlich gehalten wird, ersuche ich um Bericht. Es könnten jedoch m.E. nur Bestimmungen in Frage kommen, durch welche die Benutzung von für Sonderzwecke bestimmten Wagen (Einsatzwagen für Theater oder besondere Veranstaltungen) für die Benutzung durch Juden gesperrt werden.

gez. von Monbart

(Siegel) Beglaubigt:
Kanzleiangestellter

An

den Herrn Pol.Präs. hier,
" " " Dir. in Hanau,
die Herren Landräte des Bez.,
" " Oberbürgermeister
als OPB. in Fulda u. Marburg,
das Dezernat A II (Feldt) im Hause.

An die Herren Landräte, Eing. 12.12.41.
I. 7213.

154

72. Anordnung des Regierungspräsidenten in Kassel an den Landrat und den Oberbürgermeister in Marburg vom 18. Januar 1939.

Der Regierungspräsident. Kassel, den 18. Januar 1939
A.II. 231 g.

Nach einem Runderlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom 12.Januar 1939 - I 168o/38 g -5o12 - hat der Führer auf Vortrag des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring folgende Entscheidungen in der Judenfrage getroffen:

A.

I. Unterbringung der Juden.

1.a) Der Mieterschutz für Juden ist generell nicht aufzuheben. Dagegen ist es erwünscht, in Einzelfällen nach Möglichkeit so zu verfahren, daß Juden in einem Haus zusammengelegt werden, soweit die Mietverhältnisse dies gestatten.

b) Aus diesem Grunde ist die Arisierung des Hausbesitzes an das Ende der Gesamtarisierung zu stellen, d.h. es soll vorläufig nur dort der Hausbesitz arisiert werden, wo in Einzelfällen zwingende Gründe dafür vorliegen. Vordringlich ist die Arisierung der Betriebe und Geschäfte, des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, der Forsten u.a.

2. Die Benutzung von Schlafwagen und Speisewagen ist Juden zu untersagen. Andererseits sollen keine besonderen Judenabteile bereitgestellt werden. Ebensowenig darf ein Verbot für die Benutzung von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Vorort- , Stadt- und Untergrundbahnen, Amnibussen und Schiffen ausgesprochen werden.

3. Der Judenbann soll nur für gewisse, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtungen usw. ausgesprochen werden. Dazu gehören solche Hotels und Gaststätten, in denen vor allem die Parteigenossenschaft verkehrt (Beispiele: Hotel Kaiserhof,Berlin; Hotel Vierjahreszeiten, München, Hotel Deutscher Hof, Nürnberg, Hotel Drei Mohren, Augsburg etc.)
Ferner kann der Judenbann für Badeanstalten, gewisse öffentliche Plätze, Badeorte usw. ausgesprochen werden. Medizinische Bäder können im Einzelfall, soweit ärztlich verordnet, von Juden gebraucht werden, aber nur derart, daß kein Anstoß erregt wird.

II. Juden, die Beamte waren und pensioniert worden sind, ist die Pension nicht zu versagen. Es ist aber zu prüfen, ob diese Juden mit einem geringeren Ruhegehalt auskommen können.

III. Die jüdische Fürsorge ist nicht zu arisieren oder aufzuheben, damit die Juden nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen, sondern durch die jüdische Fürsorge betreut werden können.

IV. Jüdische Patente sind Vermögenswerte u.daher ebenfalls zu arisieren.(Ein ähnliches Verfahren ist im Weltkrieg seitens Amerika u.anderer Staaten Deutschen gegenüber angewendet worden.

B.

I.1. mit Kindern (Mischlinge I.Grades)

a) Ist der Vater Deutscher, die Mutter Jüdin, so darf diese Familie in ihrer bisherigen Wohnung verbleiben. Für diese Familien ist also hinsichtlich der Unterbringung kein Judenbann auszusprechen.
Das Vermögen der jüdischen Mutter kann in solchen Fällen auf den deutschen Ehemann bezw. auf die Mischlinge übertragen werden.

b) Ist der Vater Jude und die Mutter Deutsche, so sind derartige Familien ebenfalls vorläufig nicht in jüdischen Vierteln unterzubringen, da die Kinder (Mischlinge I.Grades) später im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht dienen müssen und nicht der jüdischen Agitation ausgesetzt werden sollen.
Hinsichtlich des Vermögens ist vorläufig so zu verfahren, daß es auf die Kinder ganz oder teilweise übertragen werden kann.

2.

2. ohne Kinder:
a) Ist der Ehemann Deutscher und die Frau Jüdin, so gilt das unter 1 a) Gesagte sinngemäß.
b) Ist der Ehemann Jude, die Frau Deutsche, so ist bei diesen kinderlosen Ehen so zu verfahren, als ob es sich um reine Juden handelt. Vermögenswerte des Mannes können nicht auf die Ehefrau übertragen werden. Beide Ehegatten können in jüdischen Häusern oder Vierteln untergebracht werden. Vor allem aber sind beide Ehegatten bei der Auswanderung wie Juden zu behandeln, sobald die verstärkte Auswanderung in Gang gebracht ist.

II. Läßt sich die deutsche Ehefrau eines Juden scheiden, so tritt sie wieder in den deutschen Blutsverband zurück und alle Nachteile für sie fallen fort.

Hiermit ist die Willensmeinung des Führers in diesen Fragen klar eingeholt, damit sie nunmehr als einzige Richtlinie für das Verfahren zu gelten hat.

Ich mache jedoch besonders darauf aufmerksam, daß die zu den einzelnen Punkten erforderlichen Verordnungen und Anordnungen der Minister abzuwarten bleiben. Dies gilt insbesondere auch für die Frage, wie bei Juden fremder Staatsangehörigkeit zu verfahren ist.

In diesem Zusammenhange weise ich nochmals nachdrücklichst auf meine Rundverfügung vom 31.12.1938 -A.II.1o229/38 Jud.- hin wonach selbständige Aktionen in der Judenfrage zu unterbleiben haben.

Ich ersuche die vorstehenden Richtlinien den nachgeordneten Behörden allgemein bekanntzugeben.

In Vertretung:
gez. Flach.

(Siegel)

Beglaubigt:
Reg. Assistent.

An
den Herrn Polizeipräsidenten in Kassel,
den Herrn Polizeidirektor in Hanau,
die Herren Landräte des Bezirks,
die Herren Oberbürgermeister Kassel, Hanau, Fulda u. Marburg,
Nachrichtiglich
Herrn Reg.Assessor Herrmann, Staatspol. Stelle Kassel
zur Kenntnis.

D.Ldrt.
Nr. 29/39 g.

Geheim! Mbg., den 5. September 1939.

1.) Der Erlass hat dem damaligen Sachbearbeiter, Reg.Assess Bachof, vorgelegen. Von diesem ist gesagt worden, dass das Erforderliche veranlasst sei.

++ ++

2.) Zu den Akten.

I.V.

73. **Schreiben des kommissarischen Leiters der Personalstelle der NSDAP Marburg an den Landrat vom 14. Januar 1939. (Ausschreitungen gegen Juden 1934–1948).**

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Hitlerjugend Bann 224 Marburg - Lahn

Briefanschrift:
Marburg-L., Hainweg 9a
Fernsprechnummer 2664 u. 3601

Bankkonto:
Städt. Sparkasse Marburg
Konto 1160

Zeichen: Personalstelle

Zeichen und Datum bei Antwort stets anzugeben!

Gegenstand:

Marburg-L., den 14. Januar 1939.

An den
Herrn Landrat des Kreises Marburg

Marburg/Lahn.

Landrat Marburg (Bez. Kassel) Eing. 16. Jan. 1939 Nachr. Nr.

Ich bitte um Angabe der Namen und genauen Anschriften derjenigen Hitlerjungen, die bei der Judenaktion in Kirchhain beteiligt ware Laut Anordnung des Kreisleiters sollen die betreffenden Jg. aus d der Hitlerjugend ausgeschlossen werden. Obige Angabe benötige ich also zur Durchführung der Strafverfahren.

Heil Hitler !
Der k.Leiter der Personalstelle
Oberscharführer.

Bann 224 HJ Marburg

74. Schreiben von Meta Berger aus Wehrda an den Landrat in Marburg vom 24. 9. 1939.

192

Frau Meta Berger 4915 Wehrda, den 24. September 1939
Kreis Marburg

Eingeg.: -6. Okt. 1939
Tgbr. M.

Herrn Landrat Krawielitzki

M a r b u r g (Lahn)

Adolf-Hitler-Platz

Sehr geehrter Herr Landrat!

Gestern ist in meiner Wohnung Haussuchung vorgenommen worden, ob ich gehamstert hätte, und ob wir Rundfunk besäßen. Etwa 8 Tage vorher erhielt mein Mann Ausgehverbot von 8 Uhr abends ab, auch ist ihm nicht gestattet, den gemeinsamen Luftschutzkeller zu benutzen.
Mein Mann war 35 Jahre preußischer Beamter und wurde auf den Führer und Reichskanzler vereidigt. Unsere Loyalität zum heutigen Staat können wir wohl nicht besser beweisen, als daß sich unsere beiden Söhne freiwillig zum Heeresdienst gemeldet haben, und daß unser ältester Sohn Helmut am 26. August ds.Js. eingezogen wurde und zur Zeit in Polen an der Front steht. Ich kann es nicht verstehen, daß die Eltern eines Soldaten in dem Augenblick, wo er für Volk und Vaterland kämpft, verdächtigt und beunruhigt werden.
Ich wäre Ihnen, Herr Landrat, dankbar, wenn Sie in diesem Fall Abhilfe schaffen würden, zumal ja auch andere Gesetze und Verordnungen der letzten Zeit wie z.B. Ablieferung von Juwelen usw., Mietsverhältnisse, Reichsvereinigung etc. auf Mischehen wie die unsere keine Anwendung finden.

Heil Hitler!

Meta Berger

75. **Schreiben des Ortsgruppenleiters der NSDAP Lohra an den Kreisleiter der NSDAP in Marburg vom 15. August 1941. StAM 180 LA Mbg Nr. 4826, Judenangelegenheiten B 64 1941–42.**

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Ortsgruppe Lohra

Geschäftsstelle:
Gladenbacherstraße 5

Gau Kurhessen

Kreisleitung Marburg (Lahn)

Abschrift.

Lohra, den 15. August 1941.
Kreis Marburg

An den

Kreisleiter der NSDAP

M a r b u r g /Lahn

Von der Partei und ihren Gliederungen wird eine Erziehung zu rassischem Denken aller Volksgenossen verlangt. Darüber hinaus verlangt der Beauftragte für Volkstumsfragen der NSDAP in seinem streng vertraulichen Rundschreiben vom 31.7.41, dass die Frauen und Mädchen, aber auch die Männer dazu erzogen werden, unseren Bundesgenossen, den Italienern gegenüber die richtige Haltung einzunehmen. Er verlangt, dass über Vorkommnisse unerlaubten Verhältnisses zwischen deutschen Frauen und Mädchen und italienischen Arbeitern Bericht zu erstatten ist.

Bei der Mehrzahl der hiesigen Bevölkerung braucht man mit einer derartigen Erziehung den Bundesgenossen gegenüber überhaupt nicht zu kommen, denn sie wissen ja nicht einmal, wie sie sich Juden gegenüber zu benehmen haben und müssen an der Richtigkeit meiner Mahnung zweifeln, wenn auf der einen Seite keine polizeilichen Massnahmen gegen das herausfordernde Verhalten dieser Juden unternommen werden, und auf der anderen Seite die Gemeinschaft die Jugend und auch die Erwachsenen direkt in einer anderen Denkungsweise ungestraft erzieht.

Es handelt sich um die Familie des früheren Gendarmeriebeamten Hans W e t t e r a u in Lohra.

Bei Wetterau selbst ist zu unterscheiden zwischen einem Wetterau in den letzten Kampfjahren und nach der Machtergreifung und demselben Wetterau nach dem Jahre 1939.

Wetterau war unmittelbar vor der Machtergreifung ausserordentlich konsiliant der Partei und den Führern der Gliederungen gegenüber. Er hat mich z.B. auch verschiedene Male über geplante Haussuchungen nach Waffen vorher unterrichtet. Auf mein Zureden sah er auch sein Vergehen gegenüber dem deutschen Volk durch die Heirat der Vollblutjüdin Ida Sarah Wetterau geb. Kaiser ein und wollte sich von ihr scheiden lassen. Der ständige Aufenthalt der Ehefrau in Köln bei ihrem Bruder war bereits vereinbart. Die Jüdin liess sich scheinbar willig auf die Scheidung ein und zwar bis zum Augenblick der Abreise. Dann stimmte sie ihren Mann durch eine unglaublich verzweifelte Szene mit ihren drei halbjüdischen Kindern wieder weich.

Von

Von diesem Augenblick an ist eine ständige Wandlung im Wesen des Wetterau vor sich gegangen. Anfangs versuchte er für seine Frau den Nachweis beizubringen, dass sie eine Halbjüdin sei. Der Bruder der Frau, der bis dahin Mandelbaum hiess und in Berlin Fabrikant war, erbrachte den Nachweis, dass sein Vater , der Vollblutjude, als uneheliches Kind in der Göttinger Univ. - Klinik geboren sei und daher nicht den Namen seines späteren Vaters Mandelbaum, sondern den Geburtsnamen seiner Mutter, Kaiser, hätte führen müssen. Er wollte - scheinbar seiner jüdischen Großmutter mit dieser neuen Aufdeckung einen arischen unehelichen Vater für das uneheliche geborene Kind verschaffen. Er hat Wetterau in echt jüdischer Weise überredet, er stehe in sehr guten Beziehungen mit dem Rassepolitischen Amt der SS, und dieses habe schon ärztliche Untersuchungen bei ihm eingeleitet, dass mit seiner Arischerklärung aufgrund des Antrages des Rassenpolitischen- Amtes der SS zu rechnen sei.

Dann kämpfte Wetterau dafür, dass seine älteste Tochter, die von einem Pg. Willi Hartmann ein uneheliches Kind geboren hatte, die Heiratserlaubnis bekam, welche natürlich verweigert wurde. Der Pg. Willi Hartmann in Hartenrod war vor der Machtergreifung SA- Truppführer und trat aus der SA aus, scheinbar, um ungestraft weiterhin das Verhältnis mit der Halbjüdin zu unterhalten. Er hat dem Schwiegervater gegenüber angegeben, dass er aus der Kampfzeit den Leiter des SS- Sicherheitsdienstes in Giessen sehr gut kenne und wollte es angeblich mit dessen Hilfe erreichen nach einer Untersuchung durch den Prof. Verschuer in Frankfurt/Main die Heiratserlaubnis zu erzwingen. Ich weiß auch, dass ein Termin zu dieser Untersuchung anberaumt gewesen sein soll, und dass dann an einem Vormittag eine Nachricht gekommen sein soll, es würde Prof. Verschuer z.Zt. nicht passen. Trotz der Ablehnung der Erteilung einer Heiratserlaubnis durch den Minister des Innern unterhält der Pg. Willi Hartmann den Verkehr mit der Halbjüdin weiterhin aufrecht, ohne dass die Partei bis zum heutigen Tage irgend etwas unternommen hat. Aber auch von Seiten der Polizei wird nichts unternommen, trotzdem dieser Willi Hartmann fast jedes Wochenende und auch seinen Urlaub im Hause Wetterau verlebt, wenn seine geliebte Halbjüdin nicht bei ihm in Hartenrod ist.

Wetterau versuchte, seinen Sohn Hugo, der der schmierigste jüdische Charakter ist, den je Lohra erlebte, zu Beginn dieses Krieges beim Militär trotz seines jugendlichen Alters von siebzehn Jahren unterzubringen, indem er sich mit diesem Chauffeur und seinem Lastzug in Mitteldeutschland der Wehrmacht zur Verfügung stellte. Auf diese Art und Weise ist tatsächlich der Halbjude Wetterau für einige Monate deutscher Soldat gewesen. Er wurde entlassen und bei der Musterung vom Wehrdienst zurückgestellt. Der Vater blieb zunächst bei der Wehrmacht, bis eines Tages nach Erkundigung über die " arische " Familie beim hiesigen Bürgermsiteramt auch seine sofortige Entlassung von der Wehrmacht verfügt wurde. Nachdem Wetterau all diese Anstürme vergeblich versucht hatte, steht er in verbissener Weise im Kampf mit seiner jüdischen Familie gegen alles Gesetzmäßige.

Die Frau hat z.B. eine Strafe wegen Nichtführens ihres zweiten jüdischen Vornamens, oder ihrer jüdischen Erkennungskarte(das weiß ich nicht genau) erhalten. Sie ging trotz einer für Juden angegebenen Geschäftszeit zu jeder Zeit einkaufen und musste vom Bürgermeister auf meine Veranlssung hin verschiedene Male ermahnt werden. Sie betritt heute noch ausser den ihr vorgeschriebenen Geschäften andere Geschäfte. Sie hält sich sehr häufig nicht an das Ausgehverbot nach neun Uhr abends. Sie benutzt jede Gelegenheit, den Verkehr mit anderen

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Ortsgruppe Lohra

Geschäftsstelle:
Gladenbacherstraße 5

Gau Kurhessen
Kreisleitung Marburg (Lahn)

Abschrift

4916

Lohra, den 15. August 1941
Kreis Marburg

Blatt II

anderen Frauen im Dorf anzuknüpfen, sei es, dass sie in Nachbarhäusern Wasser holt, sei es, dass sie öfters in die Kirche geht und sich dann auf dem Kirchweg unter die Frauen mengt, oder sei es , daß sie Verkehr anzuknüpfen versucht mit den Kunden, die sich ständig bei der Halbjüdin und jüngsten Tochter Hedwig Wetterau Kleider machen lassen. Sie weiß auch, dass ihr bis heute noch nichts passiert ist und quittiert dieses jeden neuen Schritt von mir bei jeder Begegnung , in dem sie mit ironischem Lächeln ihren Kopf in die Höhe streckt.

Die Gemeindeschwester, die Diakonissin Schwester Gertrud, hat sich ja hier durch ihre Haltung bei wirklichen Nationalsozialisten öfter in Kesseln gesetzt. So ist sie z.B. Weihnachten in das Lager der kriegsgefangenen Franzosen ohne Erlaubnis eingedrungen , hat die Tische weiß gedeckt und erbettelte Liebesgaben jedem einzelnen Kriegsgefangenen hingestellt. Auf meine Anzeige ist bis zum heutigen Tage nichts erfolgt. Sie unterhält mehrere Jugendgruppen und in diesen Jugendgruppen ist eine ihrer Lieblinge die Halbjüdin Hedwig Wetterau. Diese wurde z.B. am vergangenen Sonntag durch sie dadurch geehrt, dass die Schwester unmittelbar nach dem Gottesdienst aus der Kirche hinter ihr herlief, sie mit ihrem Vornamen rief, Hedwig, Hedwig und dann eine lange freundschaftliche Unterhaltung mit ihr führte, während die Kirchengänger, dieses schöne Bild ansehend, alle vorbeizogen. Die Halbjüdin Hedwig Wetterau wird zu ihren Besuchen der Jugendstunden der Schwester dann auch von den übrigen Getreuen dieser Schwester abgeholt . So ist es vor allem die Tochter des Pg. Elmshäuser , Anna, die die Halbjüdin abholt, mit ihr eingehängt durchs ganze Dorf zieht und dann unterwegs noch die anderen Mädchen mitnimmt, die sich dann ebenfalls einhängen.

Jakob Elmsheuser lässt als Pg. diese Sache zu und zwar trotz meiner dauernden Ermahnungen. Ja er meidet mich ebenso wie seine Familienangehörigen, versucht aber dann unter allen Umständen seinen freundlichen Gruss bei der Vollblutjüdin anzubringen. Er unterhält sich ebenso wie seine Familie mit dieser freundschaftlichst in aller Öffentlichkeit, die Vollblutjüdin stattet ihre Besuche in dem Erbhof dieses Jakob Emlsheuser ab und brachte sich kürzlich von dort kommend eine große Portion Pflanzen für ihren Garten mit. Um das Bild nicht weiter zu " verschönern " habe ich den Antrag gestellt, den Pg. Elmsheuser aus der Partei auszuschliessen, zumal er auf meine Aufforderungen , zu mir zu einer Rücksprache zu kommen, überhaupt nicht für nötig erachtet, mir auch nur eine Antwort zu erteilen.

So

So ist es nicht verwunderlich, wenn die Volljudin Ida Sara Wetterau in einer Reihe mit unseren Bauernfrauen vor dem Altar zum Abendmahl stehend auch Gelegenheit hat, mit diesen Frauen sonst Verkehr zu unterhalten. Die HJ unterweist ihre Jungens und Mädels in rassischem Denken, in der Jugendorganisation der [illegible] wird es ihnen wieder ausgetrieben. Wenn solche Persönlichkeiten die Schwester in freundschaftlichster Weise mit der Judenfamilie verkehren, so können auch die übrigen Volksgenossen keinen Anstand daran nehmen, ihrerseits den Verkehr aufrecht zu erhalten und umso weniger, wenn von seiten der Polizei nicht dagegen eingeschritten wird, dass der Willi Hartmann noch nicht erteilter Erlaubnis in wilder Ehe mit seiner geliebten Halbjüdin lebt, und die Partei ihn sogar nicht einmal zur Rechenschaft zieht.

Um aber das Ansehen der Partei nicht weiter schädigen zu lassen, weiter die Möglichkeit rassischer Erziehung und Beeinflussung unserer Volksgenossen und der Jugend zu haben und um der Jüdin ihr herausforderndes Wesen gegenüber dem Ortsgruppenleiter der NSDAP auszutreiben, muss ich darum bitten, dass sowohl von der Partei wie von den Staatsaufsichtsstellen dieser Judenklüngel und seine Helfer mit Mumpf und Stumpf ausgerottet werden.

Ich lege auf dessen Aufforderung zur Berichterstattung bei allen Vorkommnissen für den Beauftragten für Volkstumsfragen, Kassel, Wilhelmshöher Allee 26 eine Abschrift dieses Schreibens mit der Bitte um Weiterleitung bei.

Heil Hitler!

76. **Anordnung der Gestapo in Kassel an den Marburger Landrat vom 25. August 1942.**

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
II B 4 - 5400/42

Kassel, den 25. August 1942.

26. AUG. 1942

Sofort!

Betrifft: Evakuierung von Juden nach Theresienstadt.
Vorgang: Ohne.
Anlagen: Je 1 Liste.

Am 7. 9. 1942 werden die restlichen Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel nach Theresienstadt abgeschoben. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Abschiebung im Benehmen mit den beteiligten Stellen liegen ausschliesslich wieder in den Händen der Staatspolizeistelle Kassel. Eine namentliche Liste der nach den gegebenen Richtlinien in Frage kommenden Juden, getrennt für jeden Kreis, ist als Anlage beigefügt. Sämtliche Juden werden vor ihrem Abtransport nach Theresienstadt in einem Auffanglager in Kassel konzentriert. Vorgesehen für diesen Zweck sind die Bürgerschulen Schillerstrasse/Ecke Wörthstrasse in Kassel. Den Zeitpunkt der Abfahrt der Juden von ihren Abgangsbahnhöfen und ihrer Ankunft in Kassel werde ich noch bekannt geben.

Vor dem Abtransport nach Kassel sind die Kennkarten sämtlicher zur Evakuierung kommenden Juden auf Richtigkeit insbesondere der Personalien zu kontrollieren und mit dem Stempelaufdruck "Überprüft" zu versehen. Einer Erlaubnisbescheinigung zur Benutzung der Reichsbahn bezw. zum Verlassen des Wohnorts bedarf es nicht, da der Transport von Polizeibeamten begleitet werden soll.

Bei

die Herren Landräte
in Eschwege, Frankenberg/Eder, Fritzlar-Homberg,
Fulda, Gelnhausen, Hanau, Hersfeld, Hünfeld,
Marburg/Lahn, Melsungen, Rotenburg d.d.Fulda,
Schlüchtern, Schmalkalden, Witzenhausen und Ziegenhain,
die Staatspolizei-Aussendienststelle in Fulda,
den Herrn Polizeidirektor in Hanau,
den Herrn Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde
in Marburg/Lahn.

Nachrichtlich

dem Herrn Oberpräsidenten in Kassel,
dem Herrn Regierungspräsidenten in Kassel, und
der SD.-Hauptaussenstelle in Kassel

Bei Abmeldung der Juden ist in den Meldeämtern nicht der Zielort oder ein Vermerk "Evakuiert nach Theresienstadt", sondern lediglich "Unbekannt verzogen" bezw. "Ausgewandert" anzuführen.

An Gepäck dürfen die Juden bei sich führen: Einen Koffer oder Rucksack mit Ausrüstungsstücken, und zwar:

a) Vollständige Bekleidung, (Ordentliches Schuhwerk)
b) Bettzeug mit Decke,
c) Essgeschirr (Teller oder Topf) mit Löffel,
d) Mundvorrat für drei Tage.

Es bestehen keine Bedenken, wenn die Juden den Mundvorrat in einer Hand- oder Aktentasche oder im Netz bei sich tragen. Ausser diesem einen Gepäckstück dürfen sie zusätzlich brauchbare Ausrüstungsgegenstände (Werkzeug, Matratzen, Eimer, Töpfe, Reinigungsgegenstände usw.) mitführen.

Das Handgepäck (Koffer oder Rucksack) haben die Juden mit in die Züge zu nehmen, während die zusätzlichen Ausrüstungsgegenstände im Güterverkehr der Reichsbahn nach Kassel befördert werden. Die Art der Verfrachtung (Frachtgut oder in geschlossenen Güterwagen) sowie die Abfahrtszeiten der Güterzüge von den Abgangsbahnhöfen nach Kassel werde ich noch mitteilen. Die Frachtkosten hat jeder Jude selbst zu tragen. Die Aufgabe der Ausrüstungsgegenstände erfolgt an die Anschrift: "Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Kassel, Zielbahnhof: Kassel-Hauptbahnhof (Zollschuppen)".

Sämtliches Gepäck haben die Juden mit einem hieran zu befestigenden Namensschild (Name und Anschrift des Eigentümers) zu kennzeichnen. Mit einem Namensschild sind ferner auch die Kofferschlüssel zu versehen und mit Draht oder Bindfaden an Koffer zu befestigen. Das Gepäck darf mit Farbe nicht beschmiert werden.

Die Konzentrierung der Juden vor der Abfahrt nach Kassel ist Sache der Kreispolizeibehörden und für Fulda-Stadt Sache der Staatspolizei-Aussendienststelle in Fulda. Es empfiehlt sich, je nach den örtlichen Erfordernissen einen Sammelpunkt festzulegen, zu dem die Juden rechtzeitig vor Abgang des Zuges hinzubestellen sind.

Den einzelnen Judentransporten sind je nach Notwendigkeit ein oder mehrere Gendarmeriebeamte als Begleitkommando von den Abgangsbahnhöfen nach Kassel mitzugeben. Zweckmässig ist fernerhin, auch eine jüdische Transportleitung mit einer entsprechenden Anzahl jüdischer Ordner einzusetzen.

In Kassel werden die Juden auf den Bahnsteigen, auf denen die Züge ankommen, von Beamten der Geheimen Staatspolizei und der Schutzpolizei in Empfang genommen. Die den Transporten zugeteilten Begleitkommandos haben diesen Beamten die eintreffenden Juden zu übergeben. Auf den Bahnsteigen werden die Juden gesammelt und geordnet und dann von den bereitgestellten Beamten zum Auffanglager hingeführt. Ihr Gepäck haben die Juden bei sich zu tragen.

Für den Transport dieses Gepäcks vom Bahnhof in Kassel in das Auffanglager und vom Auffanglager in den Evakuierungszug wird gegebenenfalls von hier Sorge getragen.

- 2 - Sämtliches

Sämtliches Bargeld haben die Juden auf dem Transport mitzunehmen. Ihnen werden pro Person 50.- RM zur Verfügung gestellt. Der Gesamtbetrag wird schon vorher von den Juden aufgebracht und bei der jüdischen Gemeinde in Kassel eingesammelt. Die restlichen Barmittel werden den Juden erst hier im Auffanglager abgenommen.

Ich bitte ferner, den Juden etwa mitgeführte Wertsachen, wie Gold, Silber, Platin usw., zu belassen, da hier im Auffanglager ohnehin die körperliche sowie die Gepäckdurchsuchung vorgesehen ist. Auch die Lebensmittelkarten werden den Juden erst im Auffanglager abgenommen.

Das in den Wohnungen zurückbleibende Vermögen der zu evakuierenden Juden wird nach deren Abtransport beschlagnahmt. Um darüber eine Übersicht zu gewinnen, werden den Juden von hier Vermögenserklärungen zur Ausfüllung ausgehändigt, die sie über ihren jüdischen Obmann bei der Staatspolizeistelle Kassel abzugeben haben.

Das zurückbleibende Inventar haben die Juden mit einem Namensschild so zu kennzeichnen, dass der bisherige Eigentümer danach sofort festgestellt werden kann. Die Schlüssel zu den verlassenen Wohnungen, den Räumen und Behältnissen haben die Juden, ebenfalls mit einem Namensschild versehen, den jeweils zuständigen Kreispolizeibehörden zu übergeben, die sie dann in Briefhüllen mit der entsprechenden Aufschrift des bisherigen Eigentümers einsammeln. Die Schlüssel sind danach den zuständigen Finanzämtern zu übergeben bezw. ihnen auf Anforderung zuzustellen. Die in Betracht kommenden Räume sind nach Abzug der Juden zumindest stichprobenweise zu überholen und danach zu versiegeln.

Das lebende Inventar unterliegt ebenfalls der Beschlagnahme und ist von den Juden bei den zuständigen Ortsbauernführern abzuliefern, die es dann listenmässig erfassen und für ihre Betreuung Sorge tragen. Die Juden haben hierüber im Auffanglager in Kassel Meldung zu erstatten. Mit den zuständigen Ortsbauernführern bitte ich, dieserhalb rechtzeitig in Verbindung zu treten.

Leicht verderbliche Sachen werden unentgeltlich gegen Quittung der zuständigen NSV-Dienststelle zur Verfügung gestellt. Die Abgabe dieser Sachen bitte ich, in eigener Zuständigkeit im Benehmen mit den NSV-Dienststellen zu regeln. Der Begriff "leicht verderblich" ist nicht zu weit zu fassen, dass sich beispielsweise Kartoffeln und Eingemachtes bis zur Übernahme durch die Finanzämter zweifellos halten werden.

Jede Vermögensverschleppung bezw. Abgabe oder Verkauf von Sachen an deutschblütige Volksgenossen ist nachdrücklichst zu unterbinden. Derartige Gegenstände sind sicherzustellen.

Falls sich vor oder während der Evakuierungsaktion Schwierigkeiten in der Durchführung ergeben, bitte ich, diese im Rahmen der oben erwähnten Richtlinien in eigener Zuständigkeit und in weitgehender Selbständigkeit, gegebenenfalls im Benehmen mit den örtlich beteiligten Behörden und Parteidienststellen, zu regeln. Nur wenn es sich um an Ort und Stelle wirklich nicht überbrückbare Schwierigkeiten handelt, bitte ich, mich sofort fernmündlich zu unterrichten und meine Weisung einzuholen.

gez. Dr. Lüdcke

Beglaubigt:
Angestellte.

77. Anordnung der Gestapo in Kassel an den Marburger Landrat vom 28. August 1942.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kassel
II B 4 - 5400/42.

Kassel, den 28. August 1942.

Sofort!

Betrifft: Evakuierung von Juden nach Theresienstadt.
Vorgang: Meine Rundverfügung vom 25. 8. 1942 - II B 4 - 5400/42.

Die Beförderung der zusätzlichen Ausrüstungsgegenstände der Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel geschieht durch Frachtstückgutsendungen, die bei den jeweils zuständigen Güterabfertigungen durch die Juden sofort aufzugeben sind. Die Frachtstückgutsendungen müssen jedoch so rechtzeitig aufgegeben werden, dass sie spätestens am 3. 9. 42 in Kassel-Hauptbahnhof (Zollschuppen) eingegangen sind. Die in Frage kommenden Güterabfertigungen im Regierungsbezirk Kassel sind von ihren zuständigen Reichsbahndirektionen von der Verfrachtung der zusätzlichen Ausrüstungsgegenstände der Juden nach Kassel in Kenntnis gesetzt worden.

Die Heranführung der für die Evakuierung bestimmten Juden aus dem Regierungsbezirk Kassel zwecks vorheriger Konzentration in Kassel erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Reichsbahndirektionen in Personenzügen. Für diese Züge sind folgende Abfahrtszeiten festgesetzt:

Bahnhof

ie Herren Landräte in Eschwege, Frankenberg/Eder, Fritzlar-Homberg, Fulda, Gelnhausen, Hanau, Hersfeld, Hünfeld, Marburg/Lahn, Melsungen, Rotenburg a.d.Fulda, Schlüchtern, Schmalkelden, Witzenhausen und Ziegenhain,
lo Staatspolizei-Aussendienststelle in Fulda,
)n Herrn Polizeidirektor in Hanau,
)n Herrn Oberbürgermei[illegible]s Ortspolizeibehörde in Marburg/Lahn.

:ichtlich
dem Herrn Oberpräsiden[illegible] in Kassel,
dem Herrn Regierungspräsidenten in Kassel und
der SD.-Hauptaussenstelle in Kassel.

Bahnhof	Maisur	am 5.9.1942	ab	7,07 Uhr
Bahnhof	Hochstadt-Dörnigheim	am 5.9.1942	ab	7,17 Uhr
Bahnhof	Hanau-Nord	am 5.9.1942	ab	7,22 Uhr
Bahnhof	Hanau Hbf.	am 5.9.1942	ab	9,11 Uhr
Bahnhof	Niederrodenbach	am 5.9.1942	ab	9,22 Uhr
Bahnhof	Langenselbold	am 5.9.1942	ab	9,28 Uhr
Bahnhof	Sonborn	am 5.9.1942	ab	7,05 Uhr
Bahnhof	Birstein	am 5.9.1942	ab	6,35 Uhr
Bahnhof	Schlüchtern	am 5.9.1942	ab	10,31 Uhr
Bahnhof	Neuhof	am 5.9.1942	ab	14,29 Uhr
Bahnhof	Fulda	am 5.9.1942	ab	15,25 Uhr
Bahnhof	Gersfeld	am 5.9.1942	ab	11,20 Uhr
Bahnhof	Tann	am 5.9.1942	ab	9,20 Uhr
Bahnhof	Eiterfeld	am 5.9.1942	ab	10,41 Uhr
Bahnhof	Hünfeld	am 5.9.1942	ab	15,50 Uhr
Bahnhof	Burghaun	am 5.9.1942	ab	15,56 Uhr
Bahnhof	Wenigentaft-Mansbach	am 5.9.1942	ab	10,18 Uhr
Bahnhof	Geisa	am 5.9.1942	ab	8,23 Uhr
Bahnhof	Neukirchen,Krs.Hünfeld	am 5.9.1942	ab	16,06 Uhr
Bahnhof	Niederaula	am 5.9.1942	ab	15,25 Uhr
Bahnhof	Reichensachsen	am 6.9.1942	ab	7,11 Uhr
Bahnhof	Eschwege	am 6.9.1942	ab	5,23 Uhr
Bahnhof	Herleshausen	am 6.9.1942	ab	8,05 Uhr
Bahnhof	Frankenberg/Eder	am 6.9.1942	ab	7,27 Uhr
Bahnhof	Gemünden/Wohra	am 6.9.1942	ab	9,53 Uhr
Bahnhof	Holzhausen/Eder	am 6.9.1942	ab	8,42 Uhr
Bahnhof	Itter	am 6.9.1942	ab	6,35 Uhr
Bahnhof	Marburg/Lahn	am 6.9.1942	ab	10,16 Uhr
Bahnhof	Kirchhain	am 6.9.1942	ab	10,39 Uhr
Bahnhof	Lohra	am 6.9.1942	ab	8,15 Uhr
Bahnhof	Neustadt,Kr.Marburg/L.	am 6.9.1942	ab	11,00 Uhr
Bahnhof	Niederwalgern	am 6.9.1942	ab	8,56 Uhr
Bahnhof	Wetter	am 6.9.1942	ab	8,07 Uhr
Bahnhof	Bebra	am 6.9.1942	ab	6,43 Uhr
Bahnhof	Baumbach	am 6.9.1942	ab	6,59 Uhr
Bahnhof	Rotenburg a.d.Fulda	am 6.9.1942	ab	6,53 Uhr
Bahnhof	Sontra	am 6.9.1942	ab	9,21 Uhr
Bahnhof	Melsungen	am 6.9.1942	ab	7,26 Uhr
Bahnhof	Guxhagen	am 6.9.1942	ab	7,44 Uhr
Bahnhof	Borken	am 6.9.1942	ab	7,58 Uhr
Bahnhof	Wabern	am 6.9.1942	ab	8,11 Uhr
Bahnhof	Fritzlar	am 6.9.1942	ab	7,56 Uhr
Bahnhof	Gilsa	am 6.9.1942	ab	6,40 Uhr
Bahnhof	Homberg	am 6.9.1942	ab	6,53 Uhr
Bahnhof	Bad Soden-Allendorf	am 6.9.1942	ab	11,35 Uhr
Bahnhof	Witzenhausen-Nord	am 6.9.1942	ab	6,29 Uhr
Bahnhof	Schmalkalden	am 6.9.1942	ab	9,19 Uhr
Bahnhof	Treysa	am 6.9.1942	ab	11,12 Uhr

Die Juden aus Niedenstein, Kreis Fritzlar-Homberg, sind mittels Kraftomnibusses nach Kassel zu befördern und zwar so rechtzeitig, dass sie im Laufe des Vormittags des 6.9.1942 in Kassel eintreffen können.

Diese Fahrpläne sind unbedingt verbindlich. Für die genaue und pünktliche Einhaltung derselben bitte ich daher, unter allen Umständen Sorge zu tragen. Den einzelnen Judentransporten sind je nach Notwendigkeit mindestens 1 oder mehrere Polizeibeamte als Begleitkommandos von den Abgangsbahnhöfen bis nach Kassel mitzugeben. Zweckmässig ist fernerhin die Einsetzung einer jüdischen Transportleitung mit einer entsprechenden Anzahl jüdischer Ordner.

Ich bitte, mit den zuständigen Dienststellen der Reichsbahn und den weiteren an der Juden-Evakuierung beteiligten Behörden unverzüglich in Verbindung zu treten.

Über den Vollzug der Evakuierungsaktion bitte ich mir umgehend zu berichten.

Zusatz für den Herrn Landrat in Schmalkalden:

Zu dem dortigen Bericht vom 25.8.1942 - Pol. 1001/3a -, betr. schwachsinnige Juden in Aue, ergeht noch nähere Weisung.

Im Auftrage

78. **Schreiben des Marburger Landrats an die Bürgermeister des Landkreises vom 28. August 1942.**

Der Landrat
des Kreises Marburg/Lahn
Jd.

Marburg, den 28. August 1942

An
den Herrn Bürgermeister
in .....

Betrifft: Evakuierung der dort wohnhaften Juden.

Die auf der Anlage bezeichneten Juden werden am 7. 9. 1942 von der Geheimen Staatspolizei- Staatspolizeistelle-Kassel evakuiert. Da der Transport der hiesigen Juden in Marburg zusammengestellt wird, müssen sich die Juden wahrscheinlich schon am 6. 9. 1942 auf dem Hauptbahnhof in Marburg einfinden. Die genaue Zeit wird noch angegeben werden.

In den polizeilichen Abmelderegistern ist bei der Abmeldung einzutragen„ ausgewandert".
An Gepäck dürfen die Juden bei sich führen:
Einen Koffer oder Rucksack mit Ausrüstungsgegenstücken und zwar:

a) Vollständige Bekleidung,
(vor allem ordentliches Schuhwerk)
b) Bettzeug mit Decke,
c) Eßgeschirr(Teller oder Topf) mit Löffel,
d) Mundvorrat für 3 Tage.

Es bestehen keine Bedenken, wenn die Juden den Mundvorrat in einer Hand-oder Aktentasche oder im Nett bei sich tragen.

Ausser diesem einen Gepäckstück dürfen sie zusätzlich brauchbare Ausrüstungsgegenstände (wie Werkzeuge, Matratzen, Eimer, Töpfe, Reinigungsgegenstände usw.) mitführen. Das Handgepäck(Koffer oder Rucksack) haben die Juden mit in die Züge zu nehmen, während die zusätzlichen Ausrüstungsgegenstände im Güterverkehr der Reichsbahn nach Kassel befördert werden. Die Art der Verfrachtung werde ich noch mitteilen. Die Frachtkosten hat jeder Jude selbst zu tragen. Die Aufgabe der Ausrüstungsgegenstände erfolgt an die Adresse„ Geheime Staatspolizei- Staatspolizeistelle-Kassel, Zielbahnhof: Hauptbahnhof Zollschuppen."

Sämtliches Gepäck haben die Juden mit einem hieran zu befestigenden Namensschild zu kennzeichnen, wobei natürlich auch Kennummer und Kennort anzugeben sind. Auch die Kofferschlüssel sind mit einem Namensschild zu versehen und mit Draht oder Bindfaden am Koffer zu befestigen. Mit Farbe darf das Gepäck nicht beschmiert werden. Sämtliches Bargeld haben die Juden auf dem Transport mitzunehmen. Ebenso können sie Wertsachen wie Gold, Silber, Platin usw. mitnehmen, desgleichen die Lebensmittelkarten. Alles weitere regelt sich dann in Kassel.

Kassel. Das in den Wohnungen zurückbleibende Vermögen der evakuierten Juden wird nach deren Abtransport beschlagnahmt und in die Verwaltung des Finanzamtes übernommen. Über die vorhandenen Vermögensstücke usw. liegen genaue Übersichten bereits vor. Das zurückbleibende Inventar haben die Juden mit einem Namensschild so klar zu kennzeichnen, dass der bisherige Eigentümer sofort festgestellt werden kann. Die Schlüssel zu den verlassenen Wohnungen, den Räumen und Behältnissen sind ebenfalls mit einem Namensschild zu versehen und vor Antritt der Auswanderungsreise dem Bürgermeister als OPB. zu übergeben. Ich beauftrage Sie, die Wohnungen zu versiegeln und die Ihnen übergebenen Schlüssel in einer Briefhülle zu verwahren, die auch versiegelt und mit Ihrer Unterschrift versehen werden muss. Vorher ist nachzusehen, dass die Fenster ordnungsmässig verschlossen und die Wasserleitungen abgestellt sind, ebenso ist darauf zu achten, dass keine Lampen brennen.
Die Briefumschläge mit den Schlüsseln sind alsdann dem Beauftragten des Finanzamtes, der nach erfolgter Ausführung bei Ihnen vorsprechen wird gegen Quittung zu übergeben.

Falls lebendes Inventar(Kühe, Schweine, Ziegen, Federvieh usw.) vorhanden ist, unterliegt es gleichfalls der Beschlagnahme und ist von dem Juden, dem zuständigen Ortsbauernführer abzugeben, der hierüber eine genaue Liste anlegt und für die Betreuung des Viehs Sorge trägt. Der Jude muss im Auffanglager Kassel melden, ob, und welches Vieh er dem Ortsbauernführer übergeben hat. Leicht verderbliche Sachen werden unentgeltlich gegen Quittung der NSV.-Dienststelle zur Verfügung gestellt. Hierunter fallen natürlich nicht Kartoffeln, Einweckgläser usw..

Da der eine oder andere Jude bettlägerig und daher nicht wegefähig ist, muss dieser an die Bahn gefahren werden. Ich beauftrage Sie für Bereitstellung eines geeigneten Fahrzeugs zu sorgen, die Kosten hierfür tragen die Juden. Ich hoffe, dass sich der Abtransport dort reibungslos vollzieht und Schwierigkeiten unterbunden werden. Vorallendingen wird grosser Wert darauf gelegt, dass es nicht zu Anpöbeleien usw. kommt, andernfalls ich die Schuldigen rücksichtslos zur Verantwortung ziehen werde. Der Abtransport muss sich völlig reibungslos vollziehen.

Die für die Juden ausgestellten Kennkarten haben diese bei sich zu führen und auf dem Bahnhof in Marburg dem übernehmenden Beamten vorzuzeigen.

Falls noch irgendwelche Unklarheiten bestehen, stelle ich fernmündliche Rückfrage anheim.

++

An Herrn Bezirksleutnant Klawitter im Hause.

Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei- Staatspolizeistelle- Kassel sind die restlichen Juden aus dem Gebiet des Landkreises Marburg am 6. 9. 1942 mittels Sammeltransport der Geheimen Staatspolizei überstellen. Es kommen 36 Personen in Frage. Ich bitte schon jetzt Vorsorge zu treffen, dass ein Gend.-Beamter für diesen Tag für die Fahrt nach Kassel freigestellt wird. Die genaue Uhrzeit liegt noch nicht fest. Ich gebe hierüber noch näheren Bescheid.

++

An den Herrn Vorsteher des Finanzamtes Marburg.

Abschrift(von 1) übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme.
Ein Verzeichnis der aus dem Kreisgebiet zu evakuierenden Juden gebe ich zur gefälligen Kenntnisnahme bei.

++

ANHANG

Die folgenden Angaben wurden nach Auskünften des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes von Gabriel Möller 1978 zusammengestellt.

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.Datum u.-Ort	letzter Wohnort	Deportationsdatum und -ziel	Schicksal, soweit bekannt
1	Adler, Julius	30.8.1865 Kelsterbach	Marburg/Lahn	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 30.Okt.1942 im Ghetto Theresienstadt verstorben
2	Bachrach,Walter	9.6.1915 Marburg	Marburg/Lahn	am 9. Sept. 1942 vom Lager Drancy zum KL Auschwitz	Keine weitere Information
3	Bachrach,Albert	16.3.1922 Marburg	Marburg/Lahn	am 4. Sept. 1942 vom Lager Drancy zum KL Auschwitz	keine weitere Information
4	Baum, Berta	28.10.1876 Marburg	-	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 21. Febr. 1943 im Ghetto Theresienstadt verstorben
5	Benedikt, Bruno	9.12.1861 Berlin	-	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 2. Okt. 1942 im Ghetto Theresienstadt verstorben
6	Bergel,geb.Baum, Rosa	13.7.1871 Marburg	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt, am 29. Sept. 1942 nach MALY Trostineč	keine weiteren Informationen
7	Blumenfeld,Käte	4.11.1910 Kirchhain	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 5. Dez. 1941 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
8	Blumenfeld, geb.Wetterhahn, Fanny	28.5.1879 Hersfeld	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 5. Dez. 1941 mit unbekannten Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
9	Blumenfeld,Sally	25.3.1878 Kirchhain	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 5. Dez. 1941 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
10	Bornstein,Paula Sprinza	2.8.1911 Willun	Marburg/Lahn Neue Kass.Str.13	am 5. Dez. 1941 deportiert, am 9.Aug.1944 in das KL Stutthof eingeliefert	am 1. Okt. 1944 im KL Stutthof verstorben
11	Bornstein, Laja	29.5.1883 Kalisz	Marburg/Lahn	vom 2. Sept. 1939 bis zu einem unbekannten Zeitpunkt in Marburg/Lahn	keine weiteren Informationen
12	Carow, Elsa Elisabeth	11.10.1872 Prag	Marburg/Lahn	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 9. Oktober 1942 im Ghetto Theresienstadt verstorben
13	Dalberg,Traute	10.10.1919 -	Niedermarsberg, Hauptstraße 48	1937 von Niedermarsberg angeblich nach der Schweiz verzogen	keine weiteren Informationen
14	Drucker, Max	9.6.1912 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn, Ockershäuserstr.82	zum KL Lublin, (Datum nicht angeführt) Häftlingsnummer 10217	am 15. Aug. 1942 im KL Lublin verstorben
15	Drucker,Meier	15.3.1871 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn, Ockershäuserstr.82	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 29. Sept. 1942 nach Maly Trostineč	keine weiteren Informationen
16	Drucker, geb. Goldschmidt, Jeanette	8.12.1877 Hausen	Marburg/Lahn Ockershäuserstr.82	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt u.a. 29.Sept.1942 nach Maly Trostineč	keine weiteren Informationen
17	Freudenthal, Ernst	14.8.1922 Laisa	Marburg/Lahn	am 1.Juni 1942 mit unbekannten Bestimmg.ort	keine weiteren Informationen
18	Freudenthal, Willy	1.7.1896 Laisa	Marburg/Lahn Behringweg 7	zum KL Lublin(ohne Datum) Häftlingsnr.10196	am 15.Sept.1942 in KL Lublin verstorben

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.Datum und -Ort	letzter Wohnort	Deportationsdatum und-ziel	Schicksal, soweit bekannt
19	Frank, Sophie Henriette	8.4.1856 Frankfurt/M.	Marburg/Lahn Gisselbergerstr.17	am 8.Sept. 1942 zum Ghetto Theresienst.	am 15. Sept.1942 Ghetto Theresienst.verstorben
20	Fürst, Julius	16.2.1873 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn	am 8.Sept. 1942 zum Ghetto Theresienst. u.am 28.10.44 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
21	Fürst, geb. Gumpers, Martha	30.8.1883 Augsburg	Marburg/Lahn	am 8.Sept. 1942 zum Ghetto Theresienst. u.am 28.10.1944 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
22	Goldschmidt, Johanna	14.11.1919 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn	vom 2.Sept.1939 bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt in Marburg/ Lahn gemeldet	keine weiteren Informationen
23	Goldschmidt,geb. Baum, Bertha	6.7.1889 Neukirchen	Marburg/Lahn Heusingerstr. 1	am 5.Dezember 1941 mit unbek.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
24	Goldschmidt,Julius	20.8.1882	Marburg/Lahn	am 5.Dezember 1941 mit unbek. Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
25	Hammerschlag, Anschel	11.4.1856 Treis/Lumda	Marburg/Lahn	war bis 5.Sept.1942 in Marburg/L.gemeldet	keine weiteren Informationen
26	Hess, David	1.4.1869 Oberasphe	Marburg/Lahn Untergasse 17	am 8.Sept.1942 z.Ghetto Theresienst.u.am 29.9. 42 nach Maly Trostineč	keine weiteren Informationen
27	Hess, geb. Krämer, Frieda	19.12.1873 oder 1874 Giedel	Marburg/Lahn	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 29.9. 42 nach Maly Trostineč	keine weiteren Informationen
28	Hess, Oskar	9.4.1902 Wetter	Marburg/Lahn Untergasse 17	zum KL Lublin(Datum nicht angeführt) Häftlingsnr. 10235	am 24.Juli 1942 in Lublin verstorben
29	Goldberg,Adolf	21.9.1898 Marburg/Lahn	Halle/Saale Adolf-Hitler-Str.	zum KL Buchenwald, Häftlingsnr. 2073	am 2. April 1942 imKL Buchenwald verstorben
30	Höxter, Günther	5.5.1925 Bibra/Thür.	Amsterdam,Olympia-plein 37 oder Franschelaan 13	am 15.7.1942 vom Lager Westerbork zum KL Auschwitz	am 2. Sept. 1942 im KL Auschwitz verstorben
31	Höxter, geb. Sachs, Paula	15.6.1894 Bibra/Thür.	Dresden, Strehlauer Str. 52 oder Strehlenerstr.	am 1.10.1944 zum KL Stutthof, Häftlings-nummer 93909	keine weiteren Infor-mationen
32	Höxter, Aron	18.11.1892 Treysa	Dresden,Strehlauer Str. 52 oder Strehlenerstr.	am 1.10.1944 zum KL Stutthof, Häftlings-nummer 95881	keine weiteren Infor-mationen
33	Isenberg,Berta	26.11.1888 Buchenau	Marburg/Lahn Untergasse 17	am 1. Juni 1942 mit un-bekanntem Bestimm.ort	keine weiteren Infor-mationen
34	Isenberg, geb. David, Elise Terz	3./7.6.1867 Eilnhausen	Marburg/Lahn Ockershäuser Allee 48	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienst.	am 28. März 1943 im Ghetto Theresienstadt verstorben
35	Isenberg, Gerson	6.4.1880 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Steinweg 16	am 12. Nov. 1930 zum KL Buchenwald, Häft-lingsnummer 25656	am 14. November 1930im KL Buchenwald verstorben
36	Isenberg, Jettchen	24.12.1882 Buchenau	Marburg/Lahn Untergasse 17	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 18. Mai 1944 zum KL Auschwitz	keine weiteren Infor-mationen
37	Isenberg, Selma	29.7.1890 Buchenau	Marburg/Lahn Untergasse 17	am 1. 6. 1942 mit unbek.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
38	Isenberg, geb. Hirsch, Selma	25.2.1881 Eppingen/ Heidelberg	Marburg/Lahn Steinweg 16	am 8.9.1942 z.Ghetto Theresienst.u.am 18. 5.1944 z.KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
39	Jungmann,Horst	17.12.1924 Berlin	Berlin NW Wilsnackerstr.3 Jugendheim	am 28.März 1942 nach Trawniki bei Lublin	keine weiteren Informationen
40	Katz, Hilda	13.10.1879 Lohra	-	am 5.12.1941 m.unbe-kannt.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
41	Katz, Moritz	28.10.1870 Mollenfelde	Marburg/Lahn Heusingerstr.3	am 8.9.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 11.9.1944 im Ghetto Theresienstadt verstorben
42	Katz, Toni	8.3.1876 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn	war bis 5.9.1942 in Marburg gemeldet	keine weiteren Informationen
43	Katz, Martin	29.5.1936 Marburg/Lahn	Amsterdam, Valckenierstr.45	am 20.4.1943 vom Lager Westerbork n.Sobibor	keine weiteren Informationen
44	Levi, Hertha	2.6.1905 Treysa	Marburg/Lahn Heusingerstr.3	am 1.6.1942 m.unbekann-tem Bestimmungsorg	keine weiteren Informationen
45	Levi, Levi	5.5.1869 Neustadt	Rauscholdshausen, Schwanallee	am 8.9.1942 z.Ghetto Theresienstadt	am 8.12.1943 im Ghetto Theresienstadt verstorben
46	Levi, Kurt	6.5.1918 Frankfurt/M.	Frankfurt/Main Feststr.16/2 oder Pfingsweidstr.12	am 11.11.1941 nach Minsk	keine weiteren Informationen

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.Datum und -Ort	letzter Wohnort	Deportationsdatum und -ziel	Schicksal, soweit bekannt
47	Lion, geb. Stern, Fanny	9.7.1851/1853 Ockershausen	Marburg/Lahn	-	am 12.7.1941 in Marburg verstorben, dort auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt
48	Lion, geb.Bär oder Back,Franciska	12.9.1902 Stockheim	Marburg/Lahn Hasburgstr.17	am 9.8.1944 zum KL Stutthof,Häftl.nr.56247	keine weiteren Informationen
49	Lion, Karl	20.12.1881 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Haspelstr.17	am 5.12.1941 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
50	Loeb, geb. Freund,Jeanette	29.12.1869 Storndorf Alsfeld	Marburg/Lahn Stiftstr.36	am 8.9.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 20.Juni 1945 in Theresienstadt verstorben
51	Lucas, Dina	11.11.1866 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn	am 7.9.1942 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
52	Michel, Isidor	4.2.1892 Gladenbach	Marburg/Lahn Barfüsserstr.12	am 5.12.1941 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
53	Michel, geb. Meier, Sara	13./20.3.1892 Zimmersrose	Marburg/Lahn Barfüsserstr.12	am 5.12.1941 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
54	Moses, Fritz Siegfried	13.7.1891 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn	zum KL Lublin(Datum nicht angeführt)Häftlingsnr. 10180	am 23.6.1942 im KL Lublin verstorben
55	Moses, Hugo	23.2.1887 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn	am 1.6.1942 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
56	Munk, geb. Abraham,Selma	14.4.1860 Treysa	Frankfurt/Main Sandweg 32	am 15.9.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 9. 1. 1943 in Theresienstadt verstorben
57	Nathan,Betty	12.3.1918 Lohra	Marburg/Lahn Univers.Str.20	am 1.6.1942 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
58	Nathan, Hermann	23./25.3.1876 Lohra	Marburg/Lahn Schwanallee 15	zum Ghetto Theresienst. u.am 18. Mai 1944 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
59	Nathan, geb.Hess Bertha	19.6.1876 Oberasphe	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 8.9.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 29.3.1943 im Ghetto Theresienst.verstorben
60	Oppenheim, Agathe	28.6.1884 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Barfüsserstr.15	am 1.6.1942 mit unbekannten Bestimmg.ort	keine weiteren Informationen
61	Oppenheim, geb.Cahn Cahn, Johanna	2.4.1856 Königsstein	Marburg/Lahn	am 8.9.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 18.9.1942 im Ghetto Theresienst.verstorben
62	Oppenheim, Martha	30.6.1890 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 8.9.1942 z.Ghetto Theresienst.u.am 23. 1.1943 z.KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
63	Peritz, Kurt	1.11.1898 Breslau	Marburg/Lahn Heusingerstr.2	am 29.11.1938 aus dem KL Buchenwald entlassen	war vom 28.Juni 194 in Großbritannien(Ort nicht angeführt,Verbleib unbekannt
64	Pfifferling,Salomon	8.2.1882 Datterode	Marburg/Lahn Heustingerstr.1	am 5.12.1941 mit unbekannt.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
65	Pfifferling, geb. Rehbock, Selma	27.5.1881 Eisenach	Marburg/Lahn Heusingerstr.1	am 5.12.1941 mit unbekannt.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
66	Reinheimer,Beda,Sara	25.12.1885 Habitzheim	Marburg/Lahn	am 5.12.1941 mit unbekanntem Bestimm.ort	keine weiteren Informationen
67	Dr. Reiss, Hermann	16.9.1896 Allendorf	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 8.9.1942 z.Ghetto Theresienstadt u.am 29.9.44 z.KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
68	Reiss, Marion	12.4.1924/25 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn, Schwanallee 15	am 8.9.1942 z.Ghetto Theresienst.u.am 12. 10.44 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
69	Reiss, geb.Levy Selma	5.11.1902 Treysa	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 8.9.1942 z.Ghetto Theresienst.u.am 12. 10.44 z. KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
70	Rosenberg,Alfred	10.9.1888 Münster	Marburg/Lahn Barfüsserstr.50	zum KL Lublin(Datum nicht angeführt)Häftlingsnummer 10173	am 21.8.1942 im KL Lublin verstorben
71	Rosenberg, geb. Meyer, Estella	28.4.1895 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Barfüsserstr.15 b	am 1.6.1942 mit unbekannt.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
72	Rosenberg, Walter	6.12.1929 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Barfüsserstr.15b	am 1.6.1942 mit unbekannt.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
73	Rosenberg,Ruth	2.12.1922 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Barfüsserstr. 15 b	am 1.6.1942 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
74	Rosenberg,Benjamin	11.7.1923 Berlin	Marburg/Lahn	In einer Unterlage ist vermerkt: Left for USA 17.11.1948	am 10.3.1948 in Wien Bauernmarkt 1/17
75	Rosenbusch, geb. Eichelberg,Franziska	18.11.1854 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn	vom 2.9.1939 bis zu einem unbekannt.Zeitpunkt in Marburg/L.gemeldet	keine weiteren Informationen
76	Rosenthal,Werner	1.12.1922 Mainz	-	vom 1.2.1941 bis zu einem unbekannten Zeitpunkt in Goddelau gemeldet	keine weiteren Informationen
	oder Rosenthal,Werner	1.5.1922 -	Mainz, Ad. Karrillonstr.54	am 30.9.1942 nach Polen	keine weiteren Informationen

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.Datum und -Ort	letzter Wohnort	Deportationsdatum und -ziel	Schicksal, soweit bekannt
77	Rothschild,Minna	12.6.1883 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn	war bis 8.12.1941 in Marburg/L.gemeldet	vom Amtsgericht Marburg am 31.12.1945 f.tot erklärt
78	Rothschild,geb. Nusspaum,Pauline	23.4.1853 Bergen	Marburg/Lahn	--	am 1.4.1941 i.Marburg/Lahn verstorben u.dort auf dem Jüdisch.Friedhof beigesetzt
79	Salomon, Albert	19.2.1923	Den Haag	am 12.12.1942 zum KL Auschwitz-Birkenau	keine weiteren Informationen
80	Seligmann,geb. Schönberg,Rosa	28.2.1883 oder 27.2.1885 Welterod	Marburg/Lahn	am 1.6.192 mit unbekannten Bestimmungs-	keine weiteren Informationen
81	Simon, Hanna	1.4.1921 Wormdith	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 5.12.1941 mit unbekanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
82	Simon, Ismar	21.4.1927 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 5.12.1941 mit unbekanntem Bestimm.ort u. am 9.8.44 von Sipo Riga zum KL Stutthof, Häftl.nr. 56618	keine weiteren Informationen
83	Simon, geb. Seif Nanny	16.6.1895 Schwersenz	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 5.12.1941 mit unbekanntem Bestimm.ort	keine weiteren Informationen
84	Simon, Sulamith	14.3.1924 Wormdith	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 5.12.1941 mit unbekanntem Bestimm.ort	keine weiteren Informationen
85	Simon, Wilhelm	3.4.1889 Rücken	Marburg/Lahn Schwanallee 15	5.12.1941 mit unbekanntem Bestimm.ort	keine weiteren Informationen
86	Spier, Abraham	6.8.1886 Leidenhofen	Marburg/Lahn Moltkestr.11	am 8.9.42 zum Ghetto Theresienst.u.am 1.10. 44 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
87	Spier, Heinz Hermann	28.4.1921 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Moltkestr. 11	am 8.12.1942 z.Ghetto Theresienst.u.am 4.10. 44 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
88	Spier, geb. Levite Ricka	23.1.1888 Cramberg	Marburg/Lahn Moltkestr. 11	am 8.9.1942 z.Ghetto Theresienst.u.am 4.10. 44 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
89	Stern, Sally	30.11.1887 Kirchhain	-	am 1.6.1942 mit unbekanntem Bestimm.ort	keine weiteren Informationen
90	Stern, Betty	14.2.1878 Kirchhain	Marburg/Lahn Heusingerstr. 30	am 1.6.1942 mit unbekanntem Bestimm.ort	keine weiteren Informationen
91	Stern, Emilie	19.12.1893 Marburg	Marburg/Lahn Neue Kasseler Str.33/4	am 8.9.1942 mit unbekannt.Bestimm.ort	keine weiteren Informationen
92	Stern, Marga	16.5.1923 Völkersleier	Völkersleier, Landkrs.Hammelburg, Haus Nr. 34	am 25.4.1942 nach Izbica/Lublin	keine weiteren Informationen
93	Stern, geb.Siesel, Pauline	14.5.1868 Ober-Nockstadt	Marburg/Lahn Neue Kasselerstr. 33/4	am 8.9.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 12.9.1942 im Ghetto Theresienstadt verstorben
94	Strauss, Izak(Isaac)	17.8.1857 Amöneburg	Marburg/Lahn Wetterstr. 2	am 8.9.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 17.10.1942 im Ghetto Theresienst.verstorben
95	Walldorf, Moses	21.2.1884 Grossen-Buseck	Marburg/Lahn Haspelstr.17 oder Schwanallee 15	am 14.12.1938 aus dem KL Buchenwald entlassen;am 1.6.1942 mit unbek.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
96	Walldorf, geb. Theisebach,Thekla Dina	28.9,1886 Hatzbach	Marburg/Lahn Schwanallee 15	am 1.6.1942 mit unbekanntem Bestimm.ort	keine weiteren Informationen
97	Wertheim, Frieda	8.5.1877 Bürgeln	Marburg/Lahn Wettergasse 2	am 8.9.1942 zum Ghetto Theresienst.u.am 29.9. 42 nach Maly Trostineč	keine weiteren Informationen
98	Wertheim, Willi	28.1.1892 Hatzbach	Taurize (Aude)	am 26.3.1943 vom Lager Drancy u.am 4.3.1943 zum KL Lublin	keine weiteren Informationen
99	Wolf, Hans Martin	28.7.1914 Marburg/Lahn	Marburg/Lahn Universitätsstr.20	am 5.12.1941 mit unbekannt.Bestimmungsort	keine weiteren Informationen
100	Wolf, Meier	4.7.1870 oder 4.7.1873 Kordeck	Marburg/Lahn Universitätsstr.20 oder Schwanallee	am 8.9.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 15.3.1944 im Ghetto Theresienst.verstorben
101	Wolf, Willy William	14.8.1925 Frankfurt/M.	Frankfurt/Main Große Kornmarkt 13	am 22.1.1943 vom KL Auschwitz in das KL Buchenwald eingeliefert; am 20.3.1945 zum KL Bergen-Belsen überstellt.	keine weiteren Informationen
102	Hamburger, geb. Lustig, Jette	12.3.1858 Unsleben	Marburg/Lahn Deutschausstr.34/III	-	am 20.2.1942 in Marburg/L. verstorben,dort auf dem jüdischen Friedhof beigesetzt
103	Leijsser, Julius	2.6.1898 Marburg/Lahn	Amsterdam, Tintorettostr.15	am 20.7.1943 vom Lager Westerbork nach Sobibor	keine weiteren Informationen

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.Datum und -Ort	letzter Wohnort	Deportationsdatum und -ziel	Schicksal, soweit bekannt
104	Leyser, Wolfgang,	24.1.1924 Chemnitz	Landesheil-und Pflegeanstalt Wunstorf	am 27.September 1940 nach dem Generalgouvernement	keine weiteren Informationen

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.Datum und -Ort	letzter Wohnort	Deportationsdatum und -ziel	Schicksal, soweit bekannt
1	Katz, Moritz	20.5.1891 Schweinsberg	Schweinsberg/Landkreis Marburg	am 8.Sept.1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 12. Okt. 1944 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
2	Katz, geb. Jakob,Paula	17.12.1894 Büdesheim	Schweinsberg/Landkreis Marburg	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 12. Okt. 1944 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
3	Feibelmann, Albert	21.1.1878 Kaiserslautern	Schweinsberg/Land-	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 12. Oktober 44 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
4	Schirling,Moses	18.4.1860 Mardorf	Marburg/Lahn	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 29. Sept. 1942 nach Maly Trostineć	keine weiteren Informationen
5	Schaumberg,Rosa	13.10.1888 Schweinsberg	Schweinsberg	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 23. Jan. 1943 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
6	Lilienstein, Salomon	12.3.1884 Gossfelden	Gossfelden, Kreis Marburg/Lahn	-	am 5. Nov. 1942 im KL Auschwitz verstorben
7	Nathan, geb. Rosenthal,Bertha	26.12.1862 Niederweisel	-	war bis 6. Sept.1942 in Lohra, Landkreis Marburg gemeldet	keine weiteren Informationen
8	Abt, Ludwig	21.4.1904 Kirchhain	Kirchhain, Kreis Marburg	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 7. August 1943 im Ghetto Theresienstadt verstorben
9	Spier,Siegfried	14.5.1887 Momberg	Momberg, Kreis Marburg/Lahn	am 8. Sept.1942 z.Ghetto Theresienst.u.am 4.10.44 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
10	Spier, Gisela	29.11.1928 Momberg	Momberg	am 8.9.42 mit Transport XV - 1/717 z.Ghetto Theresienst.,am 4.10.44 mit Transport En-1045 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
11	Spier, Manfred	29.11.1925 Momberg	Momberg, Marburg/Lahn	am 8.Sept.42 zum Ghetto Theresienst.,am 1.10.44 zum KL Auschwitz u.10. 10.44 zum KL Dachau	am 16. MÄRZ 1945 im KL Dachau/Kommando Käufering verstorben
12	Spier, geb. Blumenfeld,Sida	26.7.1896 Momberg	Momberg	am 8.Sept.1942 zum Ghetto Theresienst.und am 4.10.44 z.KL Auschw.	keine weiteren Informationen
13	Mendel,Hermann	11.2.1878 Bonn	Rauischholzhausen	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 4.4.1943 im Ghetto Theresienst.verstorben
14	Mendel, geb. Löwnstein, Sara	9.5.1876 R.Holzhausen	Rauischholzhausen	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 8.3.46 und zu einem unbestimmten Zeitpunkt (vor dem 15.7.47) in Rauischholzhausen
15	Rülf, geb. Kanter, Bertha	16.3.1872 Neustadt	Rauischholzhausen Nr. 14	8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienst.	am 14. Nov. 1942 im Ghetto Theresienstadt verstorben
16	Rülf, Louis	29.5.1902 Rauischholzhausen	Rauischholzhausen Nr. 14	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 29.1. 43 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
17	Spier,Abraham	18.1.1881 Ebsdorf	Rauischholzhausen	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 18.5. 1944 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
18	Spier, geb. Wertheim,Jenny	4.6.1890 Hatzbach	Rauischholzhausen	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 18.5. 1944 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen

Lfd. Nr.	Name, Vorname	Geb.Datum und -ort	letzter Wohnort	Deportationsdatum und -ziel	Schicksal, soweit bekannt
19	Spier, Martin	11.7.1925 Rauischholz-hausen	Rauischholzhausen	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 18.5. 1944 zum KL Auschwitz	keine weiteren Infor-mationen
20	Spier, Walter	17.10.1927 Marburg/Lahn	Rauischholzhausen 16	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.,am18.5. 1944 z.KL Auschwitz, am 5.5.1945 im KL Mauthausen befreit	Bis November 1945 in Rauischholzhausen wohnhaft
21	Stern, geb. Kaufmann,Hedwig	17.5.1872 Wiesloch	Rauischholzhausen	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 29.9. 1942 nach Maly Trostineć	keine weiteren Informationen
22	Maas, geb. Goldenberg,Rosa	9.10.1883 Kestrich	Mardorf, Kreis Marburg/Lahn	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 23.1. 1943 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
23	Stern, geb. Rosenbaum,Paulina	30.3.1874 Rodheim/ Gießen	Niederklein oder Mardorf	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 8. Sept. 1942 im Ghetto Theresienstadt verstorben
24	Katz, geb. Nathan, Paula	4.4.1896 Lohra/Marburg	Gießen, Walltorstr. 48	am 30.Sept. 1942 nach Polen	Lt.Todeserklärung vom 9.5. 1947 Ende Okt. 1942 in Theresienstadt verstorben
25	Katz, Moritz	1893 -	Witzenhausen bei Kassel	war v.d.5.11.1943 im Ghetto Theresienst.	keine weiteren Informationen
26	Levi, Hermann	20.2.1881 Neustadt	Roth,Kreis Marburg/ Lahn, Hauptstr.8	zum KL Sachsenhausen (Datum nicht angeführt)	am 27.8.1942 im K. Sachsenhausen verstorben
27	Lilienfeld,Isaak	17.6.1867 Neustadt	Roth, Hauptstraße	am 8. Sept. 1942 zum Ghetto Theresienst.	am 20.Okt.42 im Ghetto Theresienst.verstorben
28	Lilienfeld, geb. Levy, Fanny, Frantiska	24.11.1868 Bierstadt/ Wiesbaden	Neustadt,Kreis Marburg	am 8.Sept.1942 zum Ghetto Theresienstadt	am 9. Dez. 1942 im Ghetto Theresienstadt verstorben
29	Lilienfeld, geb. Cohn, Rosa	8.5.1906 Marisfeld	-	am 8.Sept.1942 zum Ghetto Theresienst.und 9.10.44 z.KL Auschwitz	keine weiteren Informationen
30	Lilienfeld,Walter	1.5.1935 Marburg/Lahn	-	am 8.Sept.42 zum Ghetto Theresienst.u.am 9.10. 1944 z. KL Auschwitz	keine weiteren Informa-tionen
31	Lilienfeld,Hans	10.4.1930 Neustadt	-	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 9.10. 44 zum KL Auschwitz	keine weiteren Informa-tionen
32	Stern, geb.Rosen-busch,Bertha	26.5.1869 Roth Kirchgöns	Roth, Kreis Marburg/Lahn	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienst.u.am 18.5. 44 z. KL Auschwitz	keine weiteren Informa-tionen
33	Stern, Hugo	7.2.1896 Roth	-	am 8.Sept.42 z.Ghetto Theresienstadt u.am 18.5.44 z.KL Auschwitz	keine weiteren Informa-tionen
34	Stern, Louis	31.5.1894 Roth	-	am 5.12.1941 mit unbe-kanntem Bestimmungsort	keine weiteren Informa-tionen
35	Weiler, geb. Blumenthal,Amalie	1.7.1879 Halsdorf	Roth,Kreis Marburg/Lahn	am 8.Sept.1942 z.Ghetto Theresienst.u.29.9.42 nach Maly Trostineć	keine weiteren Informa-
36	Weiler, Wolf	15.3.1869 Neustadt/ Marburg	Roth, Kreis Marburg/Lahn	am 8.Sept.1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 29.Sept.1942 nach Maly Trostineć	keine weiteren Informationen
37	Lehrberger,Moses	9.6.1864 oder 9.7.1864 Wetter/Marburg	Wetter, Wolfgangstr.49	am 8.Sept.1942 zum Ghetto Theresienstadt und am 9.Sept. 1942 nach Maly Trostineć	keine weiteren Informationen
38	Lehrberger, geb. Freudenthal,Fanny	20.6.1868 oder 20.11.1868 Wetter/Marburg	Wetter, Wolfgangstr.49	am 8.Sept.1942 zum Ghetto Theresienst. und am 29. Sept.1942 nach Maly Trostineć	keine weiteren Informationen

Die abgedruckten Listen wurden nach Aussagen des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes von Gabriel Möller (Marburg) 1978 zusammengestellt.

QUELLENVERZEICHNIS

A) Gespräche mit Zeitzeugen:

1. Eleonore Kaufmann, Marburg (Cappel) 18. 01. 1981
2. Sally Bachrach, Marburg 20. 01. 1981
3. Hermann Bauer, Marburg 24. 01. 1981
4. Margot Müller, Marburg 25. 01. 1981

B) Archive und Sammlungen:

1. Staatsarchiv Marburg

Bestand:

1) **180 L. A. Mbg. Nr. 1759** Auszüge aus den Ein- und Verkaufsbüchern jüdischer Viehhändler 1935–1936
2) **180 L. A. Mbg. Nr. 2925** Verhandlungen über Arisierung von jüdischem Grundbesitz in Wohra. 1940–1942
3) **180 L. A. Mbg. Nr. 2939** Judenangelegenheiten, Judenvermögen 1938–1939
4) **180 L. A. Mbg. Nr. 3487** Auswanderungswesen (Allg.) 1910–1948
5) **180 L. A. Mbg. Nr. 3493** Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit 1922–1944
6) **180 L. A. Mbg. Nr. 3495** Überwachung des Auswanderungs- und Rückwanderungswesens sowie der Auswanderungsagenturen
7) **180 L. A. Mbg. Nr. 3871** Verwaltung der jüdischen Gemeinden (Bd. 1) 1897, 1925–1948
8) **180 L. A. Mbg. Nr. 4078** Verhandlungen über Arisierung von jüdischem Grundbesitz in Wohra. 1940–1942
9) **180 L. A. Mbg. Nr. 4174** Ausschreitungen gegen die Juden in Kirchhain 1933–1945
10) **180 L. A. Mbg. Nr. 4175** Handel mit Juden 1935–1939
11) **180 L. A. Mbg. Nr. 4177** Auswanderung von Juden 1935–1947
12) **180 L. A. Mbg. Nr. 4822** Juden (Allgemeines und Besonderes), enthält Listen 1938–1942
13) **180 L. A. Mbg. Nr. 4823** Judenangelegenheiten (Allg. und Bes.), Bd. 1: 1933–1935
14) **180 L. A. Mbg. Nr. 4824** Judenangelegenheiten (Allg. und Bes.), Bd. 2: 1935–1938
15) **180 L. A. Mbg. Nr. 4825** Judenangelegenheiten (Allg. und Bes.), Bd. 3: 1938–1941
16) **180 L. A. Mbg. Nr. 4826** Judenangelegenheiten (Allg. Erlasse, besondere Angelegenheiten), 1941–1947

17) **180 L. A. Mbg. Nr. 4827** In Schutzhaftnahme von Juden, 1938–1939
18) **180 L. A. Mbg. Nr. 4828** Erfassung von Juden, 1933–1946
19) **180 L. A. Mbg. Nr. 4829** Ausschreitungen gegen Juden, 1934–1948
20) **180 L. A. Mbg. Nr. 4830** Verhandlungen über die dritte Judenevakuierung aus Marburg, 1942–1944
21) **180 L. A. Mbg. Nr. 4831** Israelitische Totenhöfe im Landkreis Marburg 1940–1942
22) **180 L. A. Mbg. Nr. 4832** In Schutzhaft genommene Personen unter anderem wegen Zugehörigkeit zur KPD, 1933–1940
23) **180 L. A. Mbg. Nr. 4833** Personalbogen über in Schutzhaft genommene Personen, 1933–1937
24) **180 L. A. Mbg. Nr. 4934** Vermögens Verhältnisse der Juden 1947–1948
25) **330 Mbg. Acc. 1973/1, Nr. 367** Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben
26) **330 Mbg. C, Nr. 4452** Die israelitische Elementarschule. Allgemeines
27) **330 Mbg. C, Nr. 4454** Jüdische Volksschule. Zuschüsse der Stadt. II. Teil

2. **Archiv des Presseamtes der Stadt Marburg.** Akte: „Juden in Marburg", (eine Sammlung von Presseartikeln und sonstigen Schriftstücken über das Schicksal jüdischer Bürger Marburgs)

3. a) **Prozeßakten** der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Marburg an der Lahn, 2 Kls 42/47, Bd. I, rechtskräftig: Marburg, den 13. 03. 1953.
   b) **Prozeßakten** der Staatsanwaltschaft Marburg, beim Landgericht, 2 Kls 13/49 der StA. Marburg, rechtskräftig: Marburg, den 17. August 1951

4. a) „Wann das Behring-Denkmal errichtet wurde."
   Protokoll eines Gesprächs von R. Grenz mit Frau Ulrich vom Behring-Archiv, zugefertigt von R. Grenz am 16. 12. 1981.
   b) Bericht Wolfgang Rumpfs an die Verfasser vom 3. März 1982.
   c) Bericht über das „Israelitische Heilerziehungsheim in Marburg/Lahn". Archiv Yad Vashem, E/4526; freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Direktor Benjamin Armon, 24. Februar 1982.
5. a) Moeiler, Gabriel B., „Die 'Endlösung der Judenfrage' im Stadt- und Landkreis Marburg/Lahn", eine unveröffentlichte Dokumentenauswahl, Marburg a. d. Lahn, November 1978.

C) Zeitungen:

1) Oberhessische Zeitung, Generalanzeiger für Marburg, Januar 1933–Dezember 1943.
2) Oberhessische Presse, Generalanzeiger für Marburg, September – Dezember 1978 und September – Dezember 1979.
3) Kirche in Marburg. Mitteilungen der evangelischen und katholischen Gemeinden. Heft 11/1979.
4) „Studier mal Marburg". Monatsschrift herausgegeben vom Magistrat der Stadt Marburg. Jahrgang 1978.

D) Literatur:

1) **Allen, William** S.: Die deutsche Öffentlichkeit und die „Reichskristallnacht" – Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in:
Die Reihen fast geschlossen; Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg. Hg. Detlev Peukert und Jürgen Reulecke. Wuppertal 1981.
2) **Arnsberger, Paul**: Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bd. 2. Frankfurt 1971.
3) **Bauer, Fritz (Hg.)**: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Frankfurt 1965.
4) **„Die Welt dankt Behring"** (Behring Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Serumtherapie 1940), Berlin 1942.
5) **vom Brocke, Bernhard**: Marburg im Kaiserreich 1866–1918; in: Marburger Geschichte. Herausgegeben von Erhart Dettmering und Rudolf Grenz. Marburg 1980.
6) **Dickinson, John Kellog**: German and Jew. Chicago 1967.
7) **Das Dritte Reich**, seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten. Herausgegeben von Huber, Heinz/Müller, Arthur. 2. Bd., Wiesbaden 1964.
8) **Erinnerung und Gedächtnis**. Zum Gedenken an den 9. November 1938. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Marburg, Presseamt, zum 9. November 1979.
9) **Goebbels, Joseph**: Angriff (NS-Wochenzeitschrift 1927–1930), München 1935.
10) **Katz, Arthur**: Streiflichter, Betrachtungen und Erinnerungen eines Marburgers, (unveröffentlichtes Manuskript in Akte des Presseamtes der Stadt Marburg: Juden in Marburg, Nr. 1336 (s. o.).
11) **Kürschner, Walter**: Geschichte der Stadt Marburg. Marburg 1934.
12) **Martin, Bernd/Schulin, Ernst (Hg.)**: Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981.

13) **NSDAP Marburg.** (1923–1925. 1935). Festschrift zum 10 (12)jährigen Bestehen der NSDAP in Marburg, Hg.: Kreisleitung der NSDAP Marburg, Marburg 1935.
14) **Reitlinger, Gerald**: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945. 5. Auflage. Berlin 1979.
15) **Die Geschichte der Kurhessischen SA. Hg.**: SA-Brigade 47 (Kassel). Kassel 1935.
16) **Sartre, Jean-Paul**: Betrachtungen zur Judenfrage (Drei Essays). Zürich 1979.
17) **Schneider, Ulrich**: Verfolgung und Widerstand in Marburg 1933–1945, MS., Marburg 1978.
18) **Seier, Hellmut**: Marburg in der Weimarer Republik 1918–1933, in: Marburger Geschichte, s. o.
19) **Solms, Max Graf zu**: Ein Lebensgang. Herausgegeben von Freda Gräfin zu Solms unter Mitarbeit von Irmgard Foerster. Marburg 1982.
20) **Trepp, Leo**: Das Judentum, Geschichte und lebendige Gegenwart. Hamburg 1970.
21) **Unckel, Bernhard**: Die Entwicklung des Schulwesens der Stadt Marburg seit der Reformation, in: Marburger Geschichte, s. o.
22) **Wiesemann, Falk**: Juden auf dem Lande: die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern; in: Die Reihen fast geschlossen, s. o.
23) **Willertz, John R.**: Marburg unter dem Nationalsozialismus (1933–1945), in: Marburger Geschichte, s. o.

Inhaltsverzeichnis

VORBEMERKUNG 3

EINLEITUNG 5

I. JÜDISCHE BÜRGER

1. Juden um 1933 im Landkreis Marburg 9
2. Die Situation der Juden nach der „Machtergreifung" ... 12
   a) Jüdische Geschäftsleute 12
   b) Beamte und Rechtsanwälte 14
3. Antisemitismus auf dem Lande 15
4. Folgerungen 17

II. „MINDERWERTIGE BÜRGER"

1. Systematische Erfassung der Juden in Listen 18
2. Jüdische Vereine 19
3. Die jüdische Volksschule 20
4. Striktes Verbot, mit „Ariern" zu verkehren 22
5. Wirtschaftliche Restriktionen 23
6. Judenhaß – der Alltag in nationalsozialistischer Sicht ... 26
   a) Judenhaß 26
   b) Rassenhygiene 28
   c) Die Familie Behring 30
   d) Der Alltag in nationalsozialistischer Sicht 32
7. Folgerungen 33

III. ISOLIERTE MENSCHEN

1. Reichspogromnacht 34
2. Wer beteiligte sich an der Reichspogromnacht 39
3. Reaktion der Bevölkerung 40
4. Reaktion des Staates 41
5. Emigration 43
6. Folgerungen 45

IV. WEHRLOSE MENSCHEN

1. Judenstern 47
2. „Judenbann" – Ausgehverbot, Verkehrsmittelverbot und Verbot, die Wohngemeinde zu verlassen 48
3. Re-Ghettoisierung 49
4. Jüdische Friedhöfe 50
5. Folgerungen 52

V. JUDEN ALS „MENSCHEN- UND ZAHLENMATERIAL"

1. Statistischer Nachweis der Zahl der Juden im Landkreis Marburg zwischen 1939 und 1942 53
2. Die erste und die zweite Deportation 53
3. Die letzte Deportation 54

VI. JUDEN ALS MITBÜRGER 57
SCHLUSSBETRACHTUNG 59
DOKUMENTENANHANG 61
NAMENSLISTEN 171
QUELLEN- und LITERATURVERZEICHNIS 177

mit Rumpf und Stumpf ausrotten ...

Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933



Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 6